

AZV „Obere Röder“

Abwasserzweckverband „Obere Röder“, An den Dreihäusern 14, 01454 Radeberg

An die
Mitglieder der Verbandsversammlung

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen: le/do
Unsere Nachricht vom:

Telefon: 03528 433-30
Telefax: 03528 433-315
E-Mail: info@zv-radeberg.de

Datum: 19. November 2024

Einladung zur Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder"

Sehr geehrte Mitglieder der Verbandsversammlung,

hiermit laden wir Sie zur nächsten öffentlichen Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder"

am Mittwoch, dem 04.12.2024, 10:00 Uhr,

**in den Beratungsraum des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder",
An den Dreihäusern 14, 01454 Radeberg (Kläranlage),**

recht herzlich ein.

Die Tagesordnung entnehmen Sie bitte der Anlage.

Mit freundlichen Grüßen


Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

Anlage

Verbandsvorsitzender
Veit Künzelmann

Bankverbindung
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE79850503003000158242
BIC: OSDDE81XXX
BLZ: 850 503 00
Konto-Nr. 3000 158 242

Körperschaft des
öffentlichen Rechts
USt. für alle Betriebe
gewerbl. Art des AZV t.-
Nr.: 213/149/00585
USt-IdNr.: DE203435871

Abwasserzweckverband
„Obere Röder“
An den Dreihäusern 14
01454 Radeberg

Telefon: 03528 433-30
Telefax: 03528 433-315
E-Mail: info@zv-radeberg.de
Internet: www.zv-radeberg.de

Tagesordnung

Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ am 04.12.2024

TOP	Betreff	Beschluss-Nr.
1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	-
	Bestätigung der Tagesordnung	-
	Bestätigung des Protokolls vom 28.03.2024	-
	Bestimmung zur Mitunterzeichnung der Niederschrift	-
2.	Bürgeranfragen	-
3.	Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023	
3.1.	Feststellung des Jahresabschlusses auf den 31.12.2023 des AZV „Obere Röder“	01/2024
3.2	Verwendung des Jahresgewinns	02/2024
3.3	Entlastung des Verbandsvorsitzenden	03/2024
4.	Feststellung des Jahresabschlusses auf den 31.12.2023 der BVR mbH	04/2024
5.	Beschluss Haushaltssatzung und Wirtschaftsplan 2025 des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder"	05/2024
6.	Beschluss Wirtschaftsplan 2025 der BVR mbH	06/2024
7.	Informationen / Anfragen / Sonstiges <ul style="list-style-type: none">• Beteiligungsbericht zur Beteiligung an der BVR mbH• Zuarbeit zum Beteiligungsbericht der Mitglieder an dem AZV	

TOP 1



Protokoll

über eine öffentliche Sitzung der Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder" Radeberg

Datum/Zeit: 28.03.2024, 09:00 Uhr - 09:15 Uhr

Ort: AZV „Obere Röder“
An den Dreihäusern 14, 01454 Radeberg

Teilnehmer:	Herr Künzelmann	-	BM Wachau
	Herr Krauße	-	BM Großharthau
	Herr Höhme	-	OB Radeberg
	Herr Eisold	-	BM Arnsdorf
	Herr Schneider	-	BM Großröhrsdorf
	Herr Friedemann	-	Geschäftsführer AZV

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Beschluss- Nr.
1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	-
	Bestätigung der Tagesordnung	-
	Bestätigung des Protokolls vom 14.10.2022	-
	Bestimmung zur Mitunterzeichnung der Niederschrift	-
2.	Bürgeranfragen	-
3.	Entlastung des Verbandsvorsitzenden	07/2023
4.	Informationen / Anfragen / Sonstiges	

Herr Künzelmann eröffnet die Verbandsversammlung und begrüßt alle anwesenden Vertreter der Verbandsgemeinden und Gäste.

**TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
 Bestätigung der Tagesordnung
 Bestätigung des Protokolls 25.09.2023
 Bestimmung zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

➤ *Feststellung der Beschlussfähigkeit*

Die Verbandsversammlung ist mit 18 von 18 Soll-Stimmen beschlussfähig.

Die Einberufung der Sitzung erfolgte fristgemäß. Zeit, Ort und Tagesordnung wurden rechtzeitig ortsüblich bekanntgegeben, die Verhandlungsgegenstände sind rechtzeitig mitgeteilt worden.

➤ *Bestätigung der Tagesordnung*

Die vorliegende Tagesordnung wird durch die Verbandsversammlung bestätigt.

➤ *Bestätigung des Protokolls der Verbandsversammlung vom 25.09.2023*

Zum Protokoll der Verbandsversammlung vom 25.09.2023 gibt es keine Hinweise/Anfragen. Es wird in seinem Wortlaut bestätigt.

➤ *Bestimmung zur Mitunterzeichnung der Niederschrift*

Für die Niederschrift der heutigen Verbandsversammlung werden Herr Höhme, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Radeberg und Herr Krauß, Bürgermeister der Gemeinde Großharthau als Mitunterzeichner bestimmt.

TOP 2 Bürgeranfragen

Es sind keine Bürger anwesend.

TOP 3.3 Entlastung des Verbandsvorsitzenden für das Wirtschaftsjahr 2022

Herr Künzelmann sieht hier den Tatbestand des § 20 SächsGemO erfüllt, wonach für Ratsmitglieder, die Mitglied des jeweiligen Gremiums sind, ein Befangenheitsgrund vorliegt. Das betroffene Mitglied darf deshalb in dieser Angelegenheit weder beratend noch entscheidend mitwirken.

Herr Künzelmann übergibt gemäß § 54 Abs. 1 SächsGemO die Leitung zur Abstimmung an den stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Herrn Krauß. Herr Künzelmann begibt sich in den Zuschauerbereich.

Herr Krauß verliest den Beschluß und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss 07/2023

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder" erteilt dem Verbandsvorsitzenden gemäß § 34 Abs. 1 Nr. 2 SächsEigBVO uneingeschränkt Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Soll-Stimmen:	18
Anwesend:	17
Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0


Herr Krauße übergibt nach erfolgter Abstimmung und Beschlussfassung die Leitung der Sitzung wieder an Herrn Künzelmann.

TOP 4 Informationen / Anfragen / Sonstiges


Es besteht kein weiterer Informationsbedarf

Herr Künzelmann schließt um 09:15 Uhr die Verbandsversammlung.

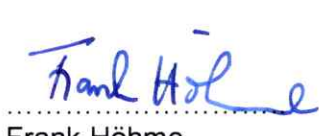
Radeberg, 28. März 2024




Jörg Friedemann
Schriftführer



Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender



Frank Höhme
Oberbürgermeister
Große Kreisstadt
Radeberg



Jens Krauße
Bürgermeister
Gemeinde Großharthau

TOP 3.1

AZV „Obere Röder“

Beschlussvorlage Verbandsversammlung	Beschluss-Nr. 01/2024 Datum: 04.12.2024 Einreicher: Verbandsvorsitzender
Beratungsfolge: Verbandsversammlung	 Öffentlich 04.12.2024

Thema

Feststellung des Jahresabschlusses auf den 31.12.2023 des AZV „Obere Röder“

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ stellt den Jahresabschluss auf den 31.12.2023 des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder" auf Grundlage des Prüfberichtes der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft fest. Darin enthalten sind die Ergebnisse des BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage und des BgA Leistungen für fremde Dritte.

1. Feststellung des Jahresabschlusses
 - 1.1. Bilanzsumme 44.094.400,83 €
 - 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf
 - das Anlagevermögen 41.097.598,50 €
 - das Umlaufvermögen 2.991.101,80 €
 - 1.1.2 Rechnungsabgrenzungsposten 5.700,53 €
 - 1.1.3 davon entfallen auf der Passivseite auf
 - das Eigenkapital 25.945.953,02 €
 - die empfangenen Ertragszuschüsse 14.865.001,86 €
 - die Rückstellungen 469.362,96 €
 - die Verbindlichkeiten 2.814.082,99 €
 - 1.2 Jahresüberschuss 228.238,49 €
 - 1.2.1 Summe der Erträge 7.714.235,41 €
 - 1.2.2 Summe der Aufwendungen 7.485.996,92 €



Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

Anlagen

- Jahresabschluss zum 31.12.2023 des AZV der LiSKa Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der BDO AG,
- Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 der LiSKa Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prüfungsbericht

Abwasserzweckverband „Obere Röder“
Radeberg

Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichts
für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis
zum 31. Dezember 2023

Prüfungsbericht

Abwasserzweckverband „Obere Röder“
Radeberg

Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichts
für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis
zum 31. Dezember 2023

INHALTSVERZEICHNIS

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A. PRÜFUNGSauftrag UND ERKLÄRUNG DER UNABHÄNGIGKEIT	1
I. Prüfungsauftrag	1
II. Erklärung der Unabhängigkeit	1
B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS	2
C. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	7
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	7
II. Feststellungen zur Rechnungslegung	8
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
2. Jahresabschluss	8
3. Lagebericht	9
D. GEGENSTAND DER PRÜFUNG	10
I. Gesetzlicher Prüfungsgegenstand	10
II. Auftragserweiterungen	10
E. ART UND UMFANG DER AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG	11
F. ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	14
I. Rechnungslegungsnormen	14
II. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	14
G. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGS NACH § 53 HGRG	15
H. SCHLUSSBEMERKUNG UND UNTERZEICHNUNG DES PRÜFUNGSBERICHTS	16

ANLAGEN

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023
bis zum 31. Dezember 2023

	<u>Anlage</u>	I
Bilanz	Seite	1
Gewinn- und Verlustrechnung	Seite	2
Anhang	Seite	3 - 11

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023
bis zum 31. Dezember 2023

<u>Anlage</u>	II
Seite	1 - 12

Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG

<u>Anlage</u>	III
Seite	1 - 17

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

	<u>Anlage</u>	IV
Rechtliche Verhältnisse	Seite	1 - 3
Wirtschaftliche Verhältnisse	Seite	3 - 5
Steuerliche Verhältnisse	Seite	5

Analysierende Darstellungen

	<u>Anlage</u>	V
Kennzahlen mit Vorjahresvergleich	Seite	1
Gegenüberstellung der Ansätze im Wirtschaftsplan (nur informativ)	Seite	2 - 3
Zusammensetzung und Entwicklung der zweckgebundenen Kapitalrücklagen (nur informativ)	Seite	4
Zusammensetzung der Betriebskostenumlage und der Entgelte für die Betriebsführung der Ortsnetze auf Ebene der Mitgliedskommunen (nur informativ)	Seite	5

Aufgliederung und Erläuterung aller Posten des Jahresabschlusses
für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

<u>Anlage</u>	VI
Seite	1 - 16

Besondere Auftragsbedingungen der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
und Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

<u>Anlage</u>	VII
Seite	1 - 4

Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können aufgrund der kaufmännischen Rundung Differenzen auftreten.

Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und anderer Gesetze, die im Prüfungsbericht genannt werden, beziehen sich, soweit nicht anders gekennzeichnet, auf die für das geprüfte Wirtschaftsjahr geltende Fassung.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<u>Kurzbezeichnung</u>	<u>vollständige Bezeichnung</u>
AAB	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
AktG	Aktiengesetz
AZV	Abwasserzweckverband
BAB	Besondere Auftragsbedingungen der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
BVR mbH	BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BHKW	Blockheizkraftwerk
D&O-Versicherung	Directors- and Officers-Versicherung (Organ- oder Manager-Haftpflichtversicherung)
EW	Einwohner
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätzegesetz)
IDW	Institut für Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KA	Kläranlage
n.F.	neue Fassung
PS	Prüfungsstandard
SAB	Sächsische Aufbaubank - Förderbank -, Leipzig
SAHO	Sachsenmilch Anlagen Holding AG, Wachau
SAS	SAS Aqua Service GmbH, Dresden
SächsEigBVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über die kommunalen Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (Sächsische Eigenbetriebsverordnung)
SächsKAG	Sächsisches Kommunalabgabengesetz
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsWG	Sächsisches Wassergesetz
Vj.	Vorjahr
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
WAB	Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Dresden GmbH i . L., Dresden
ZVK	Zusatzversorgungskasse

A. PRÜFUNGSauftrag und Erklärung der Unabhängigkeit

I. PRÜFUNGSauftrag

Die Verbandsversammlung des

Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg
(im Folgenden auch „AZV“, AZV „Obere Röder“ oder „Zweckverband“ genannt)

hat uns am 25. September 2023 zum Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 gewählt. Daraufhin beauftragte uns der gesetzliche Vertreter des Zweckverbandes mit der Prüfung

- des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung sowie
- des Lageberichts

für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 nach den §§ 317 ff. HGB i. V. m. § 58 Abs. 2 SächsKomZG und § 32 SächsEigBVO.

Dieser Bericht ist ausschließlich an den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ gerichtet.

Unser Prüfungsauftrag wurde entsprechend der bestehenden Auftragsvereinbarung ergänzt bzw. der gesetzliche Umfang der Abschlussprüfung wurde erweitert. Entsprechende Erläuterungen dazu befinden sich in Abschnitt „D.II. auftragserweiterungen“.

Die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit unterliegen – auch im Verhältnis zu Dritten – den Besonderen Auftragsbedingungen der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (BAB) sowie den Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (AAB), die diesem Bericht als Anlage VII beigefügt sind.

II. Erklärung der Unabhängigkeit

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Wir haben zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht des Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 in den diesem Bericht als Anlage I (Jahresabschluss) und Anlage II (Lagebericht) beigefügten Fassungen den am 30. August 2024 in Dresden unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss des Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Abwasserzweckverband „Obere Röder“ für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über kommunale Eigenbetriebe (SächsEigBVO) i. V. m. § 8 Abs. 2 Sächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) sowie den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit

dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften des § 30 SächsEigBVO und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit den §§ 317 HGB ff., § 58 Abs. 2 SächsKomZG und § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES VERWALTUNGSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften des § 30 SächsEigBVO entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften der SächsEigBVO zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbandes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften des § 30 SächsEigBVO entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB, § 58 Abs. 2 SächsKomZG und § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da

dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbandes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Zweckverband seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbandes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.



C. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I. STELLUNGNAHME ZUR LAGEBEURTEILUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Aus dem von den gesetzlichen Vertretern des Zweckverbandes aufgestellten Lagebericht heben wir folgende Angaben hervor, die unseres Erachtens für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Zweckverbandes sowie der zukünftigen Entwicklung des Zweckverbandes mit seinen wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung sind:

- Die Umsatzerlöse liegen mit TEUR 6.845 um TEUR 193 über dem Planansatz. Die Gewinn- und Verlustrechnung verzeichnet insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 228 und liegt über dem Planansatz von TEUR 74.
- Höhere Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultieren hauptsächlich aus Preissteigerungen und Mehrverbrauch. Das Jahresergebnis wurde im Wesentlichen durch die Zusammenarbeit mit dem Kunden Sachsenmilch Anlagen Holding GmbH und den Einleitungen aus Schönborn positiv beeinflusst.
- Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten wurden planmäßig getilgt und zusätzlich wurde eine Sondertilgung von TEUR 124 vorgenommen. Die Zahlungsfähigkeit des AZV war während des gesamten Wirtschaftsjahres gewährleistet. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.
- Die Chancen des Verbandes liegen im Bereich der Kostenoptimierung und dem effizienten Betreiben seiner Anlagen.
- Die gesetzlichen Vertreter sehen vor allem folgende Risiken der zukünftigen Entwicklung:
 - Aufgrund der Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung ergeben sich nach derzeitigem Kenntnisstand mittelfristig massive Kostensteigerungen in der Klärschlammverwertung.
 - Die Verbandskläranlage in Radeberg ist voll ausgelastet. Der AZV hat keinen unmittelbaren Einfluss auf das Einleitverhalten und die Einleitbedingungen (Qualität und Quantität), dies regeln die jeweiligen Mitglieder in ihren Abwassersatzungen. Hier besteht die Gefahr der Einstufung in die nächste Größenklasse durch die Obere Wasserbehörde. Dies hätte aufgrund dann geltender verschärfter Grenzwerte erhebliche Neuinvestitionen zur Folge. Weiterhin wäre bei einer Einstufung in die nächste Größenklasse der AZV schon ab 2029 zur Phosphorrückgewinnung verpflichtet.
 - Die im Jahr 2023 weitgehend abgestimmte neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie, welche im Jahr 2024 beschlossen werden soll, wird massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die regionale Abwasserentsorgung haben.
 - Preissteigerungen/Inflation
- Die Planung für das Wirtschaftsjahr 2024 weist Erträge von TEUR 8.214 und einen Jahresüberschuss von TEUR 53 aus.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse vermittelt der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen stellt der Lagebericht die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

II. FESTSTELLUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

1. BUCHFÜHRUNG UND WEITERE GEPRÜFTE UNTERLAGEN

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und – sofern einschlägig – den ergänzenden Bestimmungen der Satzung des Zweckverbandes. Die den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in der Buchführung, im Jahresabschluss und im Lagebericht in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß abgebildet.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ist nach unserer Feststellung grundsätzlich geeignet, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten zu gewährleisten.

2. JAHRESABSCHLUSS

Der von uns geprüfte Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 ist diesem Bericht als Anlage I beigelegt. Er entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und – sofern einschlägig – den ergänzenden Bestimmungen der Satzung des Zweckverbandes.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die für Zweckverbände gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 31 SächsEigVO geltenden Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben zu den einzelnen Posten von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung und gibt die sonstigen Pflichtangaben richtig und vollständig wieder.

Eine Darstellung der für den Jahresabschluss wesentlichen Bewertungsgrundlagen, die zum Verständnis der Gesamtaussage erforderlich sind, findet sich in Abschnitt F.II.

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes vermittelt.

3. LAGEBERICHT

Der von uns geprüfte Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 ist diesem Bericht als Anlage II beigelegt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse vermittelt der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes. In allen wesentlichen Belangen steht der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

D. GEGENSTAND DER PRÜFUNG

I. GESETZLICHER PRÜFUNGSGEGENSTAND

Gegenstand unserer Abschlussprüfung waren die Buchführung und der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften – gemäß § 31 SächsEigVO i. V. m. § 58 Abs. 2 SächsKomZG aufzustellende Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023. Dieser besteht aus

- der Bilanz,
- der Gewinn- und Verlustrechnung sowie
- dem Anhang einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverbandes für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Gemäß § 317 Abs. 4a HGB hat sich die Prüfung nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Die Verantwortung für Jahresabschluss und Lagebericht haben wir im Bestätigungsvermerk (Abschnitt B.) beschrieben.

II. AUFTRAGSERWEITERUNGEN

Die gesetzliche Prüfung erstreckte sich weiterhin gemäß § 53 HGrG auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt „G. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS NACH § 53 HGRG“ dieses Berichts und Anlage III zu diesem Bericht.

Ergänzend wurden wir beauftragt, in diesen Bericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes aufzunehmen. Diese Analyse haben wir in Anlage V zu diesem Bericht vorgenommen und ergänzend die Abrechnung des Wirtschaftsplanes dargestellt.

Ergänzend wurden wir beauftragt, im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu allen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir verweisen hierzu auf die Aufgliederungen und Erläuterungen in Anlage VI zu diesem Bericht

E. ART UND UMFANG DER AUFTRAGSDURCHFÜHRUNG

Wir haben die Grundzüge unseres prüferischen Vorgehens im Bestätigungsvermerk dargestellt (Abschnitt B.). Darüber hinaus geben wir hierzu nachfolgend weitere Erläuterungen:

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, am 25. August 2023 testierte und am 25. September 2023 festgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022. Die Prüfung der Eröffnungsbilanzwerte erfolgte unter Beachtung des International Standard on Auditing [DE] 510: „Eröffnungsbilanzwerte bei Erstprüfungsaufträgen“ (ISA [DE] 510).

Risiko- und systemorientierter Prüfungsansatz

Grundlage unseres risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Die hierzu notwendige Risikobeurteilung basiert auf der Einschätzung der Lage, der Geschäftsrisiken und des Umfeldes sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Zweckverbandes. Darüber hinaus berücksichtigen wir bei dieser Einschätzung unser Verständnis vom Prozess der Aufstellung des Jahresabschlusses und von den Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die die gesetzlichen Vertreter als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Auf der Grundlage unserer Risikobeurteilung haben wir die relevanten Prüffelder sowie Prüfungsschwerpunkte auf Abschluss- bzw. Aussageebene bestimmt und das Prüfprogramm entwickelt. In unserem Prüfprogramm wurden Art und Umfang der jeweiligen Prüfungshandlungen festgelegt.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten Aufbau- und Kontrolltests, aussagebezogene analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen (sonstige aussagebezogene Prüfungshandlungen) für die ausgewählten Prüffelder. Dabei wurden Wesentlichkeitsaspekte berücksichtigt.

Beschreibung des Prüfungsprozesses

Unseren Prüfungsprozess haben wir in Phasen unterteilt, die mit der Auftragsannahme/-fortführung beginnen und sich bis zur Berichterstattung erstrecken. Die nachfolgende Abbildung stellt unseren Prüfungsprozess zusammengefasst grafisch dar.



Die dargestellten Phasen berücksichtigen die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung.

Als Schwerpunkte unserer Prüfung haben wir festgelegt:

- Bewertung des Anlagevermögens und Fortschreibung des Sonderpostens für Empfangene Ertragszuschüsse
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen
- Nachweis und Periodenabgrenzung der Umsatzerlöse
- Prüfung der Vorjahresangaben

Alle Prüfungshandlungen erfolgten jeweils anhand bewusst oder repräsentativ ausgewählter Elemente. Die Bestimmung der jeweiligen Auswahl erfolgte abhängig von unseren Erkenntnissen über das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sowie von Art und Umfang der Geschäftsvorfälle.

Aufgrund der nicht wesentlichen Bedeutung der Vorräte für den Jahresabschluss des Zweckverbandes haben wir keine Beobachtung der körperlichen Inventur durchgeführt.

Im Rahmen der Einzelfallprüfungen haben wir Bestätigungen bzw. Mitteilungen und Auskünfte Dritter von ausgewählten Kunden (Mitgliedskommunen), Lieferanten sowie von für den Zweckverband tätigen Kreditinstituten, Rechtsanwälten und Steuerberatern eingeholt.

Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er insgesamt den gesetzlichen Vorschriften entspricht sowie mit dem Jahresabschluss und mit den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und ob er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes vermittelt. Dabei haben wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durchgeführt. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise haben wir hierbei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nachvollzogen und die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen beurteilt.

Bei unserer Prüfung haben wir die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den IDW Prüfungsstandard „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“ (IDW PS 720) beachtet.

Wir haben die Prüfung in den Monaten Juni bis August 2024 bis zum 30. August 2024 durchgeführt.

Zum Abschluss der Prüfung haben wir von den gesetzlichen Vertretern eine schriftliche Erklärung eingeholt, in der diese mit Datum vom 30. August 2024 die Vollständigkeit der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise sowie von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht bestätigt haben. Die gesetzlichen Vertreter des Zweckverbandes erteilten alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise.

F. ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. RECHNUNGSLEGUNGSNORMEN

Der Zweckverband hat den Jahresabschluss gemäß der Verbandssatzung i. V. m. § 58 Abs. 2 SächsKomZG und § 31 SächsEigBVO nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufzustellen.

Entsprechend dieser Vorgaben ist auch ein Lagebericht unter Beachtung der Vorgaben des § 30 SächsEigBVO zu erstellen.

II. WESENTLICHE BEWERTUNGSGRUNDLAGEN

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfordert aufgrund der gesetzlichen Wahlrechte eine Vielzahl von Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen seitens der gesetzlichen Vertreter des Zweckverbandes.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfordert im Rahmen der gesetzlichen Wahlrechte eine Vielzahl von Bilanzierungs- und Bewertungsentscheidungen seitens der gesetzlichen Vertreter des Zweckverbandes.

Im Folgenden gehen wir gemäß § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten ein.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, einschließlich im Berichtsjahr vorgenommener Änderungen, sind im Anhang (Anlage I) gemäß § 284 HGB beschrieben.

Im Einzelnen heben wir nachfolgend die unseres Erachtens wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden hervor:

- Im Zuge der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung (WAB) Dresden GmbH i. L. wurden dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“ zum 1. Juli 1995 Vermögensgegenstände übertragen. Sie wurden auf der Grundlage des Gutachtens der SAS Aqua Service GmbH, Dresden, vom 15. März 1998 über die Neubewertung zum 31. Dezember 1995 zu fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerten (Variante II) angesetzt. Der Mehrwert aufgrund der Neubewertung gemäß Gutachten (zurückgerechnet zum 1. Juli 1995) gegenüber dem Übertragungswert gemäß Teilbilanz zum 1. Juli 1995 wurde in die Kapitalrücklage eingestellt.
- Die Zuschüsse, die bis zum 31. Dezember 2019 gewährt wurden, einschließlich der verrechneten Abwasserabgabe und der Zuwendungen im Rahmen Richtlinie Klima 2014 werden gemäß § 27 SächsEigBVO als **Sonderposten für Empfangene Ertragszuschüsse** behandelt. Die Auflösung beginnt mit der Fertigstellung des bezuschussten Anlagengutes und wird in Höhe der Abschreibungen der bezuschussten Wirtschaftsgüter erfasst. Ebenso erfolgt ein Abgang, wenn ein gefördertes Anlagengut mit einem Restbuchwert größer als Null ausscheidet.

G. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSAUFTRAGS NACH § 53 HGRG

Wir wurden mit einer Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG beauftragt.

Wir haben die Prüfung gemäß der Auftragserweiterung unter Zugrundlegung des Fragenkatalogs zum IDW-Prüfungsstandard: „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720)“ durchgeführt.

Die Prüfung nach § 53 HGrG hat zu keinen wesentlichen Beanstandungen geführt.

Im Übrigen verweisen wir auf Anlage III zu diesem Bericht.

H. SCHLUSSBEMERKUNG UND UNTERZEICHNUNG DES PRÜFUNGSBERICHTS

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 des Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf, (IDW PS 450 n.F. (10.2021) und IDW PS 720) erstattet.

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. dieses Prüfungsberichts wiedergegeben.

Dresden, 30. August 2024

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Hohmann
Wirtschaftsprüfer

Assmann
Wirtschaftsprüferin

ANLAGEN

Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg
Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023
Bilanz

A K T I V A	31.12.2023		31.12.2022	P A S S I V A	31.12.2023		31.12.2022
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Zweckgebundene Kapitalrücklage		19.599.819,45	18.568.030,85
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		254.897,38	267.527,00	II. Gewinnrücklagen		3.602.943,77	3.602.943,77
II. Sachanlagen				III. Gewinnvortrag		2.514.951,31	2.405.987,31
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	6.253.335,65		6.347.973,65	IV. Jahresüberschuss		228.238,49	108.964,00
2. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	3.757,00		4.384,00		25.945.953,02		24.685.925,93
3. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nr. 1 und 2 gehören	632,00		1.893,00				
4. Reinigungs- und Entsorgungsanlagen	6.648.719,00		7.204.324,00	B. SONDERPOSTEN FÜR EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE		14.865.001,86	15.710.613,42
5. Verteilungs- und Sammlungsanlagen	27.572.618,00		28.530.913,00				
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	582,02		1.992,02	C. RÜCKSTELLUNGEN			
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	336.981,56		296.952,56	1. Steuerrückstellungen	30.570,65		3.414,65
8. Anlagen im Bau	0,00		3.748,50	2. Sonstige Rückstellungen	438.792,31		525.851,49
III. Finanzanlagen		40.816.625,23	42.392.180,73			469.362,96	529.266,14
Anteile an verbundenen Unternehmen		26.075,89	26.075,89	D. VERBINDLICHKEITEN			
B. UMLAUFVERMÖGEN				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.125.553,08		2.651.747,27
I. Vorräte				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	121.404,76		45.775,04
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		70.035,19	61.692,91	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	251.722,59		252.760,82
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				4. Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden	296.712,82		627.348,67
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60.228,10		46.638,85	5. Sonstige Verbindlichkeiten	18.689,74		23.149,24
2. Sonstige Vermögensgegenstände	56,61		947,91	- davon aus Steuern:			
		60.284,71	47.586,76	EUR 12.771,40 (Vj.: EUR 16.757,75)			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		2.860.781,90	1.724.837,17	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:			
				EUR 3.343,19 (Vj.: EUR 3.015,02)			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		5.700,53	6.686,07			2.814.082,99	3.600.781,04
		44.094.400,83	44.526.586,53				
						44.094.400,83	44.526.586,53

Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

Gewinn- und Verlustrechnung

	2023		2022
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		6.844.552,80	6.207.762,38
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		0,00	1.049,47
3. Sonstige betriebliche Erträge		869.682,61	970.329,96
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	965.839,50		794.382,61
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.674.609,08	2.640.448,58	1.578.807,76
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	939.334,55		936.883,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	260.584,60		224.299,59
- davon für Altersversorgung: EUR 31.770,14 (Vj.: EUR 29.122,09)		1.199.919,15	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.894.044,81	1.883.059,59
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.654.263,15	1.569.339,89
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		276,15	130,75
- davon Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 237,15 (Vj.: EUR 95,75)			
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		54.854,15	68.889,37
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		40.933,42	13.021,39
11. Ergebnis nach Steuern		230.048,30	110.589,04
12. Sonstige Steuern		1.809,81	1.625,04
13. Jahresüberschuss		228.238,49	108.964,00

Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg

Anhang für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

1. Gesetzliche Grundlagen für die Aufstellung des Jahresabschlusses

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) in der Fassung vom 10.12.2018, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Versammlung aufgestellt.

Die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§§ 238 ff.) wurden angewandt, soweit sich aus der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) keine speziellen Regelungen ergeben.

2. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Bilanz wurde nach § 26 Abs. 1 SächsEigBVO aufgestellt. Abweichend von der handelsrechtlichen Gliederung nach § 266 Abs. 2 HGB wurden die Position Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, sowie die Positionen technische Anlagen und Maschinen in jeweils drei Positionen aufgegliedert, um einen der Branche entsprechenden, transparenteren Ausweis des Sachanlagevermögens zu ermöglichen. Entsprechend § 27 Abs. 2 SächsEigBVO wurde ein Sonderposten für Empfangene Ertragszuschüsse eingefügt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde gemäß § 28 Abs. 1 SächsEigBVO nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz wurden Vorschriften der SächsEigBVO beachtet, ebenso die handelsrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften.

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind bei den jeweiligen Bilanzpositionen erläutert.

Im Zuge der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Dresden GmbH i. L., (WAB), Dresden, wurden dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“ (nachfolgend auch "Zweckverband" oder "AZV") zum 01.07.1995 Vermögensgegenstände übertragen. Sie wurden auf der Grundlage des Gutachtens der SAS Aqua Service GmbH (SAS), Dresden, vom 15.03.1998 über die Neubewertung zum 31.12.1995 zu fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerten (Variante II) angesetzt. Der Mehrwert aufgrund der Neubewertung gemäß Gutachten (zurückgerechnet zum 01.07.1995) gegenüber dem Übertragungswert gemäß Teilbilanz zum 01.07.1995 wurde in die Kapitalrücklage eingestellt.

Die neu bewerteten übernommenen Anlagegüter wurden entsprechend der Restnutzungsdauer gemäß Wertgutachten weiter linear abgeschrieben.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen** wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Die Herstellungskosten umfassen die handelsrechtlichen Mindestbestandteile.

Die **Abschreibungen** wurden unter Zugrundelegung der Abschreibungssätze für die öffentliche Abwasserbeseitigung (bis 31.12.2013: SSG-Mitteilung, Ausgabe 15.02.1993 sowie Abschreibungstabelle gemäß Anlage 13 des Gesetzes zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement; ab 01.01.2014 § 44 Abs. 3 Sächs-KomHVO) vorgenommen. Es wurde die lineare Abschreibungsmethode angewandt. Die Abschreibungen wurden im Zugangsjahr zeitanteilig vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden in Anlehnung an § 6 Abs. 2 EstG im Zugangsjahr abgeschrieben.

Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten aktiviert und bei voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert außerplanmäßig abgeschrieben.

Vorräte (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) wurden zu Anschaffungskosten aktiviert und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert und unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Der **Kassenbestand** sowie die **Guthaben bei Kreditinstituten** wurden zum Nennwert aktiviert.

Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Auszahlungen vor dem Bilanzstichtag, die Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Die Bewertung des **Eigenkapitals** erfolgte zum Nennwert.

Für die Zuschüsse, die bis zum 31.12.2019 empfangen wurden, einschließlich der verrechneten Abwasserabgabe und der Zuwendungen im Rahmen Richtlinie Klima 2014, war ein Sonderposten für Empfangene Ertragszuschüsse analog § 27 Abs. 2 SächsEigBV gebildet worden. Die Auflösung beginnt mit der Fertigstellung der bezuschussten Anlage und wird in Höhe der Abschreibungen der bezuschussten Wirtschaftsgüter erfasst. Ebenso erfolgt die Auflösung des Sonderpostens, wenn die bezuschusste Anlage aus dem Vermögen des AZV ausscheidet.

Gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB wurden die Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Bei der Bemessung der **Rückstellungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Laufzeit größer einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB entsprechend den Zinssätzen der Deutschen Bundesbank abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Durch den Körperschaftsteuerverlustvortrag (1.696 TEUR zum 31.12.2022) und Gewerbesteuerverlustvortrag (1.067 TEUR zum 31.12.2022) ergeben sich aktive latente Steuern. In Ausübung des Ansatzwahlrechtes für aktive latente Steuern gemäß § 274 Abs. 1 HGB wurden die latenten Steuern nicht aktiviert.

4. Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** ist im beigefügten Anlagennachweis dargestellt..

Der mengenmäßige Bestand der **Vorräte** (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) wurde durch eine körperliche Bestandsaufnahme durch den Zweckverband ermittelt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Das **Eigenkapital** gliedert sich folgt:

	31.12.2023	Vorjahr
	EUR	EUR
zweckgebundene Kapitalrücklagen	19.599.819,45	18.568.030,85
Gewinnrücklagen	3.602.943,77	3.602.943,77
Gewinnvortrag	2.514.951,31	2.405.987,31
Jahresüberschuss	228.238,49	108.964,00
	25.945.953,02	24.685.925,93

Die **Zweckgebundene Kapitalrücklage** beinhaltet im Wesentlichen erhobene und gezahlte Kapitalumlagen abzüglich der Rückzahlungen zur Finanzierung der Abschreibungen. Im Wirtschaftsjahr 2020 erfolgte die Einzahlung einer Förderung in Form eines Kapitalzuschusses in Höhe von 179.693,95 EUR im Rahmen der Förderrichtlinie Siedlungswirtschaft. Im Wirtschaftsjahr wurden weitere Fördermittel nach der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft RL SWW/2016 für die Schlammentwässerung über 1.031.788,60 EUR gewährt.

Den **Gewinnrücklagen** liegt der Beschluss 03a/2015 der Verbandsversammlung vom 29.09.2015 zugrunde. Danach war der Teilbetrag des Jahresüberschusses des Wirtschaftsjahres 2014, der aus der außerplanmäßigen Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse entstand, in die Gewinnrücklage einzustellen.

Die Fördermittel und die verrechnete Abwasserabgabe werden gemäß § 27 Abs. 2 SächsEigBVO als Ertragszuschüsse behandelt, soweit dies der Fördermittelbescheid dies zulässt. Hierfür wurde ein **Sonderposten für Empfangene Ertragszuschüsse** gebildet. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt analog der tatsächlichen Abschreibung des jeweils bezuschussten Anlagevermögens. Die Auflösung wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Im Berichtsjahr beinhaltet sie ausschließlich die planmäßige Auflösung.

Die **Steuerrückstellungen** betreffen den BgA Leistungen für fremde Dritte und entwickelten sich wie folgt:

	1.1.2023	Inanspruchnahme	Zuführung	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR
Körperschaftsteuer (KSt)	1.757,00	0,00	14.439,00	16.196,00
Gewerbesteuer	1.561,00	1.561,00	13.484,00	13.484,00
Solidaritätszuschlag zur KSt	96,65	0,00	794,00	890,65
	3.414,65	1.561,00	28.717,00	30.570,65

Die **Sonstigen Rückstellungen** mit 439 TEUR betreffen vor allem die Rückstellungen Abwasserabgabe mit 359 TEUR, die Rückstellungen für die Jahresabschlusserstellung, die Jahresabschlussprüfung und die örtliche Prüfung mit 46 TEUR und die Rückstellung für Aufbewahrungspflichten mit 10 TEUR.

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag			davon größer
	31.12.2023 EUR	bis 1 Jahr EUR	größer 1 Jahr EUR	5 Jahre EUR
gegenüber Kreditinstituten	2.125.553,08	526.194,19	1.599.358,89	504.773,53
<i>Vorjahr</i>	2.651.747,27	526.194,19	2.125.553,08	843.967,72
aus Lieferungen und Leistungen	121.404,76	115.682,49	5.721,82	0,00
<i>Vorjahr</i>	45.775,04	42.674,11	3.100,93	0,00
gegenüber verbundenen Unternehmen	251.722,59	251.722,59	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	252.760,82	252.760,82	0,00	0,00
gegenüber Gemeinden	296.712,82	296.712,82	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	627.348,67	627.348,67	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	18.689,74	18.689,74	0,00	0,00
<i>Vorjahr</i>	23.149,24	23.149,24	0,00	0,00
Summe	2.814.082,99	1.209.001,83	1.605.080,71	504.773,53
<i>Vorjahr</i>	3.600.781,04	1.472.127,03	2.128.654,01	843.967,72

Besicherungen der Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten Verbindlichkeiten gegenüber anderen Eigenbetrieben in Höhe von 339,15 EUR (Vorjahr: 292,74 EUR). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden resultieren wie im Vorjahr aus der Betriebskostenumlage und der Erbringung von Leistungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen wie im Vorjahr vor allem Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

5. Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** betreffen folgende Posten und werden im Inland erzielt:

	31.12.2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Betriebskostenumlage	4.619.472,68	4.196.935,00
Betriebsführungsentgelt Ortsanlagen	1.349.882,37	1.131.102,28
Mieterlöse BVR mbH	345.335,04	345.335,04
Einleitentgelt (SAHO)	191.891,73	185.119,21
Übrige Erlöse	337.970,98	349.270,85
	6.844.552,80	6.207.762,38

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Auflösung Sonderposten Empfangene Ertragszuschüsse im lfd. Jahr	845.611,56	849.933,56
Versicherungsentschädigungen, Schadensersatz	6.927,96	110.680,67
Übrige	17.143,09	9.715,73
	869.682,61	970.329,96

Hierin enthalten sind periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen 3 TEUR und übrige periodenfremde Erträge 8 TEUR.

Der **Materialaufwand** enthält:

	31.12.2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	965.839,50	794.382,61
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.674.609,08	1.578.807,76
	2.640.448,58	2.373.190,37

Der **Personalaufwand** beinhaltet:

	31.12.2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	939.334,55	936.883,32
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorgung und Unterstützung	260.584,60	224.299,59
	1.199.919,15	1.161.182,91

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betragen 1.654.263,15 EUR (Vorjahr: 1.569.339,89 EUR). Darin enthalten sind übrige periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 5 TEUR.

Das Honorar des Abschlussprüfers beträgt 14 TEUR und betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

6. Angaben zum Jahresergebnis

Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 228. Darin enthalten sind der Gewinn aus dem BgA Vermietung der Bio-Verwertungsanlage in Höhe von 36 TEUR und der Gewinn aus dem BgA Leistungen für fremde Dritte in Höhe von 91 TEUR.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses muss die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ noch beschließen.

7. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden zum Stichtag in üblicher Höhe. Sie setzen sich vor allem zusammen aus einem Vertrag über die Nutzung der Wasserzähler und Bereitstellung der Ablesedaten (48 TEUR p. a.), Softwarepflegeverträge DATEV (31 TEUR p. a.) sowie einen Beratervertrag zum Datenschutzbeauftragten (6 TEUR p. a. bis 30.04.2024).

8. Haftungsverhältnisse

Die betriebliche Altersversorgung des AZV „Obere Röder“ regelt das Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen (SächsGKV). Der Arbeitgeber leistet neben einem Beitrag zum Kapitaldeckungsverfahren i. H. v. 2,46 % (Vorjahr: 2,0 %) vom Zusatzversorgungspflichtigen Entgelt eine Umlage von derzeit 1,6 % (Vorjahr: 1,6 %) des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts sowie diverse Pauschalsteuern und einen sozialversicherungspflichtigen Hinzurechnungsbetrag aus der Umlage an die zentrale Versorgungskasse (ZVK). Dem Zweckverband könnten jedoch im Falle der theoretischen Zahlungsunfähigkeit der ZVK mittelbar Verpflichtungen entstehen.

Unmittelbar entstehen für den Zweckverband keine Verpflichtungen, da sich der Anspruch des einzelnen Mitarbeiters unmittelbar gegen die ZVK richtet.

Aufgrund der an der ZVK beteiligten öffentlichen Stellen mit deren Versicherten wird das Risiko der Inanspruchnahme (§ 285 Nr. 27 HGB) für die Gesellschaft als sehr gering beurteilt. Für die Subsidiärhaftung wurden keine Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus bestanden keine Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB.

9. Sonstige Angaben

Organe des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ waren im Berichtsjahr:

<u>1. Verbandsversammlung:</u>	Mitgliedsgemeinden Zusammensetzung lt. § 9 der Satzung	
<u>2. Verwaltungsrat:</u>	<u>(Ober-) Bürgermeister</u>	<u>Stadt/Gemeinde</u>
	Herr Frank Höhme	Radeberg
	Herr Jens Krauße	Großharthau
	Herr Jens Eisold	Arnsdorf
	Herr Veit Künzelmann	Wachau
	Herr Stefan Schneider	Großröhrsdorf
<u>3. Verbandsvorsitzender:</u>	Herr Veit Künzelmann (Bürgermeister der Gemeinde Wachau)	
<u>stellvertretender Verbandsvorsitzender:</u>	Herr Jens Krauße (Bürgermeister der Gemeinde Großharthau)	

Die Vergütungen der Organe des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ betrugen im Berichtsjahr 2.100,00 EUR.

Der Geschäftsführung im Zweckverband wurde im Berichtsjahr durch Herrn Jörg Friedemann wahrgenommen. Er wurde vertragsgemäß vergütet. Auf weitere Angaben wird unter Gebrauch der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Der Personalbestand (ohne Auszubildende) betrug im Jahresdurchschnitt im Berichtsjahr durchschnittlich 22 (Vorjahr: 22) Arbeitnehmer. Da der Geschäftsführer nicht der gesetzliche Vertreter des AZV „Obere Röder“ ist, wurde er vorliegend in die Anzahl der Arbeitnehmer mit einbezogen.

Anteilsbesitz:

	Anteil am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2023 EUR	Jahresergebnis 2023 EUR
BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg	51,00	1.096.528,52	55.517,55

Die restlichen Anteile von 49,0 % besitzt die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH selbst, so dass der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ wirtschaftlich mit 100% an der Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH beteiligt ist.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahrs eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, haben sich nicht ergeben.

Radeberg, 30. August 2024

Abwasserzweckverband „Obere Röder“



Veit Künzelmann

Verbandsvorsitzender

Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg

Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

Anlagennachweis

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand 1.1.2023	Zugang	Abgang	Um- buchungen	Stand 31.12.2023	Stand 1.1.2023	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	454.547,92	3.120,98	0,00	0,00	457.668,90	187.020,92	15.750,60	0,00	202.771,52	254.897,38	267.527,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	11.802.566,76	36.116,67	0,00	78.425,04	11.917.108,47	5.454.593,11	209.179,71	0,00	5.663.772,82	6.253.335,65	6.347.973,65
2. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	121.061,18	0,00	0,00	0,00	121.061,18	116.677,18	627,00	0,00	117.304,18	3.757,00	4.384,00
3. Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nr. 1 und 2 gehören	309.274,34	0,00	0,00	0,00	309.274,34	307.381,34	1.261,00	0,00	308.642,34	632,00	1.893,00
4. Reinigungs- und Entsorgungsanlagen	28.234.694,00	83.545,75	37.233,47	0,00	28.281.006,28	21.030.370,00	639.147,75	37.230,47	21.632.287,28	6.648.719,00	7.204.324,00
5. Verteilungs- und Sammlungsanlagen	48.121.503,15	0,00	0,00	0,00	48.121.503,15	19.590.590,15	958.295,00	0,00	20.548.885,15	27.572.618,00	28.530.913,00
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	123.290,31	0,00	0,00	0,00	123.290,31	121.298,29	1.410,00	0,00	122.708,29	582,02	1.992,02
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.613.783,01	108.405,75	1.235,93	0,00	1.720.952,83	1.316.830,45	68.373,75	1.232,93	1.383.971,27	336.981,56	296.952,56
8. Anlagen im Bau	3.748,50	74.676,54	0,00	-78.425,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.748,50
	90.329.921,25	302.744,71	38.469,40	0,00	90.594.196,56	47.937.740,52	1.878.294,21	38.463,40	49.777.571,33	40.816.625,23	42.392.180,73
III. Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	26.075,89	0,00	0,00	0,00	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89	26.075,89
	90.810.545,06	305.865,69	38.469,40	0,00	91.077.941,35	48.124.761,44	1.894.044,81	38.463,40	49.980.342,85	41.097.598,50	42.685.783,62

Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Gemäß § 2 der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ (nachfolgend „AZV“, „Verband“ oder „Zweckverband“ genannt) hat der Zweckverband die Aufgabe, das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser nach § 50 Abs. 1 und 2 des Sächsischen Wassergesetzes zu beseitigen. Die Ortskanalisation wird von den Verbandsmitgliedern in eigener Verantwortung hergestellt und betrieben.

Darüber hinaus kann der Zweckverband für andere Gemeinden und für Gemeindeteile, die nicht zum Verbandsgebiet gehören, Aufgaben der Abwasserbeseitigung erledigen.

Das gilt auch für die den Verbandsmitgliedern obliegenden Aufgaben aus dem Betrieb der Ortskanalisation. Für den Betrieb der Ortskanalisation der Mitglieder hat der AZV entsprechende Vereinbarungen mit der Stadt Großröhrsdorf, der Großen Kreisstadt Radeberg, der Gemeinde Wachau und der Gemeinde Arnsdorf getroffen.

Weiterhin führt der Verband zwei Betriebe gewerblicher Art (BgA). Dazu gehören der BgA Vermietung Bio-Coververgärungsanlage und der BgA Leistungen für fremde Dritte. Die Ergebnisse der Betriebe gewerblicher Art sind in dem Gesamtabschluss des AZV enthalten.

Zur Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben in Bezug auf die Klärschlammentsorgung gründete der AZV mit der im Entsorgungsbereich tätigen Nehlsen-Gruppe mit Gesellschaftervertrag vom 9. Januar 1997 die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg (BVR mbH). Gegenstand des gegründeten Unternehmens ist die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlamm. Daneben kann das Unternehmen Grünabfälle und Bioabfälle aller Art verarbeiten, soweit dadurch die Klärschlammbehandlung nicht beeinträchtigt wird. Der AZV hält 51 % der Gesellschaftsanteile, die verbleibenden 49 % hält die Tochtergesellschaft selbst.

Um die übertragenen Aufgaben erfüllen zu können, mietete die BVR mbH ab dem 1. Juni 1999 die Bio-Coververgärungsanlage vom Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, an.

1.2 Steuerungssystem

Die Zuständigkeiten der einzelnen Organe des Abwasserzweckverbandes sind in der Verbandssatzung geregelt. Die Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende in der aufgeführten Reihenfolge. Ein weiteres Instrument ist der jährlich aufgestellte und zu beschließende Wirtschaftsplan, welcher die finanziellen Rahmenbedingungen festlegt. Der vorgeschriebene zu erstellende Halbjahresbericht gibt einen Überblick über den Geschäftsverlauf, den Soll-Ist Stand in Bezug auf den Wirtschaftsplan und einen stichtagsbezogenen Überblick auf die Liquiditätslage des Verbandes. Mithilfe des eingeführten Risikomanagementsystems werden zusätzlich die wesentlichen Risiken analysiert und überwacht.

Im Verlauf des Wirtschaftsjahres 2023 wurden in zwei Verbandsversammlungen die für die wirtschaftliche Tätigkeit des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ notwendigen Beschlüsse gefasst.

Die Mitgliedskommunen erhielten drei Quartalsauswertungen und eine Halbjahresauswertung in Form eines Auszuges aus der Kostenrechnung und einen Plan-Ist-Vergleich zum Stand der Erfüllung des Wirtschaftsplanes sowie eine Aussage zur Liquidität.

Weiterhin erhalten die Kommunen im Rahmen der Betriebsführung quartalsweise Auswertungen über den Stand der offenen Posten sowie der Erlöse aus der Gebührenabrechnung, welche der AZV im Auftrag der Kommunen vornimmt.

Anhand der Kostenrechnung werden monatlich die Kosten durch die Geschäftsleitung ausgewertet, Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in den einzelnen Bereichen erörtert und entsprechende Maßnahmen ergriffen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen haben sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr aufgrund des andauernden russischen Krieges in der Ukraine und der nationalen Energiepolitik nicht wesentlich verändert. Die Preise für Material und Energie sind stark schwankend und schwer kalkulierbar.

2.2 Geschäftsverlauf

Das Jahr 2023 war im Bereich der Abwasserentsorgung durch die Folgeerscheinungen des russischen Krieges in der Ukraine und dem turbulenten Energiemarkt geprägt. Im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe waren weiterhin Preissteigerungen zu verzeichnen. Grundsätzlich positiv zu bewerten ist die rückläufige Inflationsrate im Jahr 2023 gegenüber 2022, aber auch diese führte grundsätzlich zu Verteuerungen. Inwieweit diese Entwicklung

anhält, ist schwierig abzuschätzen. Die Entwicklung der Einnahmen aus den Sonderchargen und den bestehenden Einleitverträgen war analog dem Vorjahr. Wesentliche neue Investitionsmaßnahmen haben nicht stattgefunden.

Während des Zeitraums vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 waren durchschnittlich 21 (Vorjahr: 21) Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Der Verband geht auch im Jahr 2024 von einem nahezu gleichbleibenden Personalbestand aus.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.3.1 Vermögenslage

Das Vermögen des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“, Radeberg, stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	255	0,6	267	0,6	-12
Sachanlagen	40.817	92,6	42.392	95,2	-1.575
Finanzanlagen	26	0,1	26	0,1	0
Anlagevermögen	41.098	93,3	42.685	95,9	-1.587
Vorräte	70	0,2	62	0,1	8
Liefer- und Leistungsforderungen	60	0,1	47	0,1	13
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	5	0,0	8	0,0	-3
Flüssige Mittel	2.861	6,4	1.725	3,9	1136
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	2.996	6,7	1.842	4,1	1.154
Gesamtvermögen	44.094	100,0	44.527	100,0	-433

Im Wirtschaftsjahr wurden Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 306 vorgenommen. Davon entfielen TEUR 111 auf die Maßnahme Klimatisierung der Büroräume und TEUR 13 auf die Fällmitteldosieranlage/KA Leppersdorf, TEUR 92 auf einen LKW und sonstige Transportmittel (Radlader), TEUR 11 auf die Bioverwertungsanlage, TEUR 2 auf Grunddienstbarkeiten, TEUR 59 auf KA Radeberg und Pumpwerke sowie TEUR 18 auf die Betriebsausstattung und kleinere Maßnahmen.

In den kommenden Wirtschaftsjahren wird mit jetzigem Kenntnisstand das Volumen für erforderliche Ersatzinvestitionen in ähnlicher Größenordnung ausfallen.

Das Vermögen des AZV ist wie folgt finanziert:

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Wirtschaftliches Eigenkapital					
Kapitalrücklagen	19.600	44,5	18.568	41,7	1.032
Gewinnrücklage	3.603	8,2	3.603	8,1	0
Gewinnvortrag	2.515	5,7	2.406	5,4	109
Jahresergebnis	228	0,5	109	0,2	119
Eigenkapital	25.946	58,8	24.686	55,4	1.260
Erhaltene Investitionszuschüsse	14.865	33,7	15.711	35,3	-846
	40.811	92,6	40.397	90,7	414
Mittel- und langfristiges Fremdkapital					
Archivierungsrückstellung	10	0,0	10	0,0	0
Finanzkredite	1.724	3,9	2.126	4,8	-402
Sicherheitseinbehalte	8	0,0	4	0,0	4
	1.742	3,9	2.140	4,8	-398
Kurzfristiges Fremdkapital					
Rückstellungen	459	1,0	519	1,2	-60
Finanzkredite	402	0,9	526	1,2	-124
Verbindlichkeiten des laufenden Geschäftsbetriebes	680	1,5	945	2,1	-265
	1.541	3,5	1.990	4,5	-449
Gesamtkapital	44.094	100,0	44.527	100,0	-433

Die wesentlichen Vermögenswerte sind Sachanlagen, sowie liquide Mittel. Der Eigenkapitalanteil liegt bei 92,6 % (Vorjahr: 90,7 %) unter Einbeziehung des Sonderpostens.

Das Fremdkapital besteht zu 64,8 % aus drei Finanzkrediten (drei Tilgungsdarlehen) mit Zinssätzen von 1,40 % bis 4,04 %. Die Laufzeiten für die Zinsbindung reichen von 2026 bzw. 2027 bis 2031. Die übrigen 35,2 % des Fremdkapitals resultieren aus geschäftstypischen Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

2.3.2 Finanzlage

Eine Übersicht der Finanzlage stellt sich in folgender verkürzter Kapitalflussrechnung dar:

	2023	2022
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.837	1.448
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-1.151	-326
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	450	-595
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1.136	527
Liquide Mittel zu Beginn der Periode	1.725	1.198
Liquide Mittel zum Ende der Periode	2.861	1.725

Für das Jahr 2023 waren Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 560 geplant. Es wurden Ersatzinvestitionen im Wert von TEUR 306 vorgenommen. Es wurden Investitionszuwendungen in Form von Zuschüssen in Höhe von TEUR 1.032 für Investitionen der Vorjahre vereinnahmt. Die Finanzierung der Anlagenzugänge im Wirtschaftsjahr erfolgte aus Eigenmitteln.

Die Ersatzinvestitionen erfolgten im Wesentlichen in Entsorgungs- und Behandlungsanlagen, in Maschinen- und Fahrzeuge und der EDV- und EMSR-Technik. Der AZV hat im Wirtschaftsjahr 2023 keine Grundstücke erworben oder veräußert, allerdings weitere Grunddienstbarkeiten gesichert. Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten wurden planmäßig getilgt und zusätzlich wurde eine Sondertilgung von TEUR 124 vorgenommen. Die Zahlungsfähigkeit des AZV war während des gesamten Wirtschaftsjahres gewährleistet. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Die Liquidität des AZV stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

1. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} = \frac{\text{TEUR } 2.861}{\text{TEUR } 1.541} = 1,86$
2. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel + Leistungsforderungen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} = \frac{\text{TEUR } 2.921}{\text{TEUR } 1.541} = 1,90$
3. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel + Leistungsforderungen + Vorräte + Sonstige Vermögensgegenstände}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} = \frac{\text{TEUR } 2.996}{\text{TEUR } 1.541} = 1,94$

2.3.3 Ertragslage

Nach Satzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ § 2 Abs. 4 strebt der Zweckverband keinen Gewinn an. Da der AZV ein Teilzweckverband ist, finanziert sich der Verband hauptsächlich für die nicht durch Zuschüsse Dritter (Fördermittel) gedeckten Kosten über die Erhebung von Betriebskosten- und Kapitalumlagen von den Mitgliedskommunen.

Entsprechend der genehmigten Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2023 wurden im Erfolgsplan die Erträge mit EUR 7.514.072 und die Ausgaben mit EUR 7.439.840 und im Liquiditätsplan ein Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 1.191.743 festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde auf EUR 750.000 festgesetzt und durch das LRA Bautzen mit Schreiben vom 8. Dezember 2022 bestätigt.

Die Umsatzerlöse liegen mit TEUR 6.845 um TEUR 193 über dem Planansatz. Die Gewinn- und Verlustrechnung verzeichnet insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 228 und liegt über dem Planansatz von TEUR 74.

Durch die Vereinbarungen zur Betriebsführung der Ortsnetze, seiner Betriebe gewerblicher Art und die Annahme von Fäkalien/Abwasser aus Fremdgebieten werden zusätzlich Deckungsbeiträge erwirtschaftet, die zur Finanzierung des AZV beitragen und die Mitglieder entlasten. Die endgültigen Umlagen werden mit Feststellung des Jahresabschlusses 2023 bei

den Mitgliedsgemeinden im Folgejahr erhoben.

Die Abrechnung des Erfolgsplanes stellt sich wie folgt dar, wobei die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis die auch für die interne Steuerung der Gesellschaft relevanten finanziellen Leistungsindikatoren darstellen:

	Planansatz 2023	Ist 2023	Abweichung	
	EUR	EUR	EUR	%
Umsatzerlöse	6.652.365	6.844.552	192.187	2,9
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	861.707	869.683	7.976	0,9
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	763.100	965.840	202.740	26,6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.706.000	1.674.609	-31.391	-1,8
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	987.100	939.335	-47.765	-4,8
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	261.600	260.585	-1.015	-0,4
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.922.700	1.894.045	-28.655	-1,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.710.700	1.654.263	-56.437	-3,3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge/	0	276	276	100
Erträge aus Beteiligungen				
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61.740	54.854	-6.886	-11,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	101.132	270.980	169.848	168
Steuern	26.900	42.742	15.842	58,9
Jahresergebnis	74.232	228.238	154.006	207,5

Die höheren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultieren hauptsächlich aus Preissteigerungen und Mehrverbrauch. Das Jahresergebnis wurde im Wesentlichen durch die Zusammenarbeit mit dem Kunden Sachsenmilch Anlagen Holding GmbH und den Einleitungen aus Schönborn positiv beeinflusst.

Die Summe und Zusammensetzung der Erträge sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	Planansatz	Ist	
	2023	2023	Abweichung
	EUR	EUR	%
Umsatzerlöse			
Betriebskostenumlage	4.613.153	4.619.473	0,1
Betriebsführungsentgelt Verbandsmitglieder	1.364.600	1.349.882	-1,1
Miete für BVR-Anlage	345.500	345.335	-0,1
Einleitentgelt OT Schönborn	68.000	99.384	46,2
Einleitentgelt SAHO	104.600	191.892	83,5
Sonderchargen (FAS)	9.700	5.353	-44,8
Abfallbeseitigung	0	3.052	100,0
Entgelt BVR mbH	64.300	91.528	42,4
Betriebskosten Einl. Feldschlößchen	54.612	51.625	-5,5
Erlöse aus Weiterberechnungen	0	62.027	100,0
Sonstige Erlöse	27.900	25.002	-10,4
	6.652.365	6.844.553	2,9
Sonstige betriebliche Erträge			
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	857.907	845.612	-1,4
sonstige Erträge	3.800	5.705	50,1
Versicherungsentschädigung, Schadenersatz	0	6.928	100,0
Erträge aus Anlagenabgängen	0	0	0,0
Auflösung von Rückstellungen	0	2.972	100,0
Periodenfremde Erträge	0	8.466	100,0
	861.707	869.683	0,9
Zinsen und ähnliche Erträge	0	276	100,0
	7.514.072	7.714.512	2,7

2.3.4 Annextätigkeit

Darunter werden wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen verstanden, die daraus resultieren, dass vorhandene Kapazitäten für hoheitliche Aufgaben nicht ausgeschöpft werden können, wohl aber durch ein ergänzendes Angebot an Dritte, sodass letztlich durch die Kapazitätsauslastung noch ein zusätzlicher Ertrag erwirtschaftet wird.

Die wirtschaftliche Betätigung des AZV erfolgt in Betrieben gewerblicher Art (BgA). Der AZV führt den BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage und den BgA Leistungen für fremde Dritte.

Die Betriebe stellen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung im Einzelnen wie folgt dar:

	Jahresergebnis	
	2023	2022
	TEUR	TEUR
BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage	36	50
BgA Leistungen für fremde Dritte	91	28

2.3.5 Gesamtaussage

Aufgrund der guten Eigenkapitalausstattung von 92,6 % unter Einbeziehung des Sonderpostens ist die Vermögenslage des Verbandes als gut einzuschätzen. Im Berichtszeitraum war die Summe der Mittelzu- und -abflüsse positiv und erhöhte die liquiden Mittel. Die Darstellungen in diesem Bericht zeigen eine stabile Finanzlage im Wirtschaftsjahr 2023 des Verbandes. Die Ertragslage im Jahr 2023 stellte sich positiv dar.

3 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1 Prognosebericht

Die Haushaltssatzung und der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 wurden in der Verbandsversammlung am 25. September 2023 beschlossen.

Die Planung geht von einer unverändert stabilen Umsatzlage bei um den Betrag der ordentlichen Tilgung fallender Liquidität aus. Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand, der aktuellen Planung und den getroffenen Einschätzungen wird der Verband auch im Wirtschaftsjahr 2024 seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen können.

Unter Beachtung der Finanzierung des Verbandes werden die Abschreibungen für die Verbandsanlagen über die BKU-Umlage erhoben und eingezogen. Somit hat der Verband die Möglichkeit ausreichend liquide Mittel anzusparen, um daraus Ersatzinvestitionen zu tätigen und seine Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten zu bedienen. Die Planung des Jahres 2024 weist Erträge von TEUR 8.214 und einen Jahresüberschuss von TEUR 53 aus.

3.2 Chancenbericht

Die in der Verbandssatzung geregelten Aufgaben des Verbandes lassen Chancen im Sinne weiterer Geschäftsfelder oder Ergebnissteigerungen nicht zu. Die Chancen des Verbandes liegen mehr im Bereich der Kostenoptimierung und dem effizienten Betreiben seiner Anlagen. Jedoch wird stetig versucht, zusätzliche Einnahmen, welche einen Deckungsbeitrag erwirtschaften können, zu akquirieren.

3.3 Risikobericht

3.3.1 Risikobetrachtung

Die Risikofelder des Verbandes haben sich gegenüber dem Vorjahr erweitert.

Die folgenden Risiken werden in der Reihenfolge ihrer Bedeutung für den AZV dargestellt.

Aufgrund der Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung müssen Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße von bis zu 100.000 Einwohnern (EW) ab 1. Januar 2032 und einer Ausbaugröße über 100.000 EW ab 1. Januar 2029 den im Klärschlamm enthaltenen Phosphor zurückgewinnen bzw. einer entsprechenden Verwertung zuführen, sofern ein Phosphorgehalt von 20 g oder mehr je Tonne Trockenmasse gegeben ist. Der AZV betreibt eine Abwasserbehandlungsanlage mit einer Ausbaugröße von 100.000 EW und der Phosphorgehalt im Klärschlamm liegt in einem Bereich, welcher zur Phosphorrückgewinnung verpflichtet. Daraus ergeben sich nach derzeitigem Kenntnisstand massive Kostensteigerungen in der Klärschlammverwertung.

Ein weiterer Risikopunkt ist die aktuelle Auslastung der Verbandskläranlage in Radeberg, diese liegt im Mittel ca. 6 % über der Ausbaustufe von 100.000 EW und ist somit ausgelastet. Der AZV hat keinen unmittelbaren Einfluss auf das Einleitverhalten und die Einleitbedingungen (Qualität und Quantität), dies regeln die jeweiligen Mitglieder in Ihren Abwassersatzungen. Hier besteht die Gefahr der Einstufung in die nächste Größenklasse durch die Obere Wasserbehörde. Dies hätte aufgrund dann geltender verschärfter Grenzwerte erhebliche Neuinvestitionen zur Folge. Weiterhin wäre bei einer Einstufung in die nächste Größenklasse der AZV schon ab 2029 zur Phosphorrückgewinnung verpflichtet. Dies hätte auch eine erhebliche Kostensteigerung zur Konsequenz. Hier sollten die Mitglieder die Einführung von Starkverschmutzerzuschlägen prüfen, um eine verursachergerechte Kostenverteilung bzw. Kostenbeteiligung anzustreben.

Die im Jahr 2023 weitgehend abgestimmte neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie, welche im Jahr 2024 beschlossen werden soll, wird massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die regionale Abwasserentsorgung haben. Nach der zu erwartenden Richtlinie sind Einleitungen aus Gemeinden bzw. Kläranlagen von 10.000 EW – 150.000 EW in sensiblen Gebieten bis 2033 zu 10 %, bis 2036 zu 30 %, bis 2039 zu 60 % und bis 2045 zu 100 % der Einleitungsstellen mit einer vierten Reinigungsstufe auszurüsten. Die Frage wird sein, ob sich Deutschland insgesamt zum sensiblen Gebiet erklärt, was wegen der weiterhin vorhandenen Probleme in Nord- und Ostsee nicht unwahrscheinlich ist oder es diese Gebietsausweisung allein den einzelnen Bundesländern überlässt. Bei Überlassung der Gebietsausweisung an die Bundesländer, kann man sich an der bisherigen Gebietsausweisung für Sachsen gemäß § 2 Sächsischen Kommunalabwasserverordnung orientieren, siehe Anlagen 1 und 2 dieser Verordnung. Als empfindliche Gebiete in Sachsen wurden bisher Standgewässer, einschl. Talsperren, und Trinkwasserschutzgebiete bei Oberflächengewässern ausgewiesen. Bei entsprechender unveränderter Weitergeltung dieser Gebiete würden die Anforderungen nach der EU-Richtlinie für die weitergehende Nährstoffeliminierung und ggf. auch für die

4. Reinigungsstufe auf die Einleitung der Kläranlage Radeberg im Einzugsgebiet des Speichers Radeburg I zutreffen.

Ein ständiger Risikopunkt für den AZV sind die Ergebnisse aus der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Hier könnten aus Sicht des Gewässerschutzes die Grenzwerte für die Einleitung ins Gewässer verschärft werden. Sollte dies so Eintreten, stehen hier auch erhebliche Investitionen an, die die wirtschaftlichen Verhältnisse des AZV belasten würden.

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) zur Vermietung seiner Bio-Coververgärungsanlage auf dem Grundstück der Kläranlage Radeberg ist immer noch risikobehaftet. Dieser BgA schließt zwar im Berichtsjahr positiv ab, jedoch stehen hier weiterhin Ersatzinvestitionen gemeinsam genutzter Anlagenteile an. Hier muss genau geprüft werden, welche Ersatzinvestitionen aus Sicht des Verbandes wirtschaftlich sinnvoll sind und welche Risiken daraus resultieren. Ersatzinvestitionen, welche zur Erfüllung seiner Aufgaben und der Betreiberpflichten zwingend erforderlich sind, wird der Verband tätigen müssen. Es sollte grundsätzlich geprüft werden, ob dieses Konstrukt zukünftig für den Verband noch vorteilhaft ist.

Im Bereich Personal ergibt auf Grund der pandemiebedingten Erfahrungen die Notwendigkeit, die vorhandene Personaldecke aufzustocken. Speziell im kaufmännischen Bereich ergibt sich diese Notwendigkeit.

Ein weiterer neuer Risikopunkt ist das Auftreten von Pandemien. Wichtig ist hier, dass der AZV die Digitalisierung vorantreibt. Weiterhin muss der Verband seine Anlagen auf den aktuellen Stand der Technik halten und wo es möglich und sinnvoll ist, den Automatisierungsgrad erhöhen und seine Mitarbeiter entsprechend schulen.

Ein zusätzliches Risiko sind internationale Auseinandersetzungen und Krisenherde. Diese haben Auswirkungen auf den Globalen Rohstoffmarkt und die Logistik. Der Verband muss hier zur Erfüllung seiner Aufgaben zukünftig noch mehr Vorhaltung (Lager) betreiben.

Die dargestellten Risiken sind bedeutend für den Verband, da deren Eintrittswahrscheinlichkeit in einem mittleren Rahmen liegt und teilweise gegeben ist. Zurzeit bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

Unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und der prognostizierten Folgen ergeben sich für den Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, zurzeit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Die Auswirkungen der Inflation (auch als Folgewirkung des Ukrainekrieges) sind zurzeit noch nicht vollständig absehbar. In den verschiedensten Bereichen sind die Auswirkungen durch deutlich steigende Preise weiterhin spürbar. Weiterhin führt die immer noch relativ hohe Inflation

grundsätzlich zu Verteuerungen. Inwieweit diese Entwicklung anhält, ist schwierig abzuschätzen.

3.3.2 Risikomanagement

Der AZV ist im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt der AZV wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein. Diese wurden in einem einheitlichen Risikomanagementsystem zusammengefasst. Die Risikosituation wird regelmäßig und standardisiert erfasst und mit den bestehenden Vorgaben verglichen. So können rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wenn sich negative Entwicklungen abzeichnen sollten.

Es wurde ein Risikobericht erstellt, in dem die zurzeit erfassten Risiken in einem Risikokatalog klassifiziert und Verantwortlichkeiten sowie Überwachungszeiträume festgelegt wurden.

Die Beteiligung des AZV an der BVR mbH wird mittels des Risikomanagementsystems überwacht. Die sich aus dem BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage ergebenden Risiken werden im Zusammenhang mit Finanzierung, Investitionen, Betriebskosten und dem Energiemanagement überwacht

Die Überwachung der Unternehmensbeteiligung des AZV an der BVR mbH erfolgt über die von der Tochtergesellschaft zu erstellenden Quartalsberichte bzw. deren genauer Auswertung.

Radeberg, 30. August 2024

Abwasserzweckverband „Obere Röder“



Veit Künzelmann

Verbandsvorsitzender

Feststellungen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG

Die Berichterstattung über die Prüfung nach der Vorschrift des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG folgt dem gemeinsam von Mitgliedern des Fachausschusses für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (ÖFA) sowie Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesrechnungshofs und der Landesrechnungshöfe erarbeiteten und am 6. Oktober 2006 vom Hauptfachausschuss (HFA) verabschiedeten „IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720)“.

Gemäß Satzung des AZV „Obere Röder“ (kurz: AZV) in der Fassung vom 11. Mai 2006 i. V. m. § 32 SächsEigBVO unterliegt der Zweckverband der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Führung der Geschäfte und der Berichterstattung über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG.

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Die Aufgabenverteilung zwischen den Organen Verbandsversammlung, Verwaltungsrat und Verbandsvorsitzendem ist in der Verbandssatzung geregelt. Für die Tätigkeit der Geschäftsführung enthält der Anstellungsvertrag weiterführende Anweisungen.

Diese Regelungen entsprechen in Anbetracht der Größe und Komplexität des AZV nach unserer Auffassung in ihrer Gesamtheit den Bedürfnissen des AZV.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Berichtsjahr kam die Verbandsversammlung zu zwei Sitzungen zusammen. Diese fanden am 26. April 2023 und am 25. September 2023 statt. Niederschriften zu den Sitzungen lagen uns vor.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Geschäftsführer ist auskunftsgemäß in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Vergütung des Geschäftsführers des AZV „Obere Röder“ erfolgt als Fixum und wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB nicht im Anhang angegeben. Den ehrenamtlichen Mitgliedern der Verbandsorgane wurden Aufwandsentschädigungen in Höhe von insgesamt EUR 2.100,00 gezahlt. Diese werden pauschal im Anhang angegeben. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile werden nicht gewährt.

Gemäß § 285 Nr. 9a Satz 5 HGB ist eine individualisierte Angabe der Vergütungen an Organmitglieder (Verbandsvorsitzender, Verwaltungsrat und Verbandsversammlung) nur für börsennotierte Aktiengesellschaften verpflichtend. Insofern ist eine individualisierte Angabe der Vergütungen nicht erfolgt.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Die grundsätzlichen Organisationsstrukturen des Verbands sind in einem Organigramm zusammengefasst.

Der Geschäftsablauf im AZV ist durch die Verbandssatzung sowie Dienstanweisungen geregelt, welche bei Bedarf an geänderte Prozesse angepasst werden.

Der vorliegende Organisationsplan entspricht in Anbetracht der Größe und Komplexität des Verbands nach unserer Einschätzung grundsätzlich den Bedürfnissen des AZV.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Im Rahmen der Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach den unter Fragenkreis 2a) genannten Regelungen verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die allgemeinen organisatorischen Regelungen, insbesondere die Unterschriftenregelung, die Vorgaben zum Zahlungsverkehr sowie die Richtlinien zur Auftragsvergabe, gewährleisten nach Ansicht der Geschäftsleitung die grundsätzliche Trennung von wesentlichen miteinander unvereinbaren Funktionen sowie die Durchsetzung des Vier-Augen-Prinzips als wesentlicher Bestandteil des Korruptionsschutzes. Die Mitarbeiter wurden zudem über die Korruptionsrichtlinie des Freistaates Sachsen belehrt.

Die Prüfung der Angemessenheit oder Wirksamkeit der eingerichteten Maßnahmen war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Die wesentlichen betrieblichen Entscheidungsprozesse unterliegen unter Beachtung der organisatorischen Grundlagen dem Aufgabenbereich der Geschäftsführung. Darüber hinaus sind die Organe des AZV für die durch Satzung bzw. interne Regelungen als zustimmungspflichtig definierten Geschäfte in hinreichender Weise in Entscheidungsprozesse eingebunden.

Die Richtlinien/Arbeitsanweisungen sind in Anbetracht der Größe und Komplexität des Verbands grundsätzlich geeignet die Qualität der Entscheidungsprozesse zu sichern. Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die genannten Richtlinien/Arbeitsanweisungen nicht eingehalten wurden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Aufgrund der Größe der Gesellschaft und des Umfangs der vertraglichen Beziehungen existiert keine eigenständige Rechtsabteilung. Die laufende Dokumentation und Ablage von Verträgen erfolgt im Verantwortungsbereich der Geschäftsführung.

Alle bedeutsamen Verträge wurden ordnungsgemäß dokumentiert und konnten uns auf Verlangen vorgelegt werden.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen unterliegt entsprechend der Regelungen der Verbandssatzung den gesetzlichen Vorgaben für Eigenbetriebe. Demgemäß enthält die jährlich durch die Verbandsversammlung zu beschließende Haushaltssatzung einen Wirtschaftsplan mit Einzelplanung für das jeweils folgende Wirtschaftsjahr sowie eine Erfolgs-, Liquiditäts-, Finanz- und Stellenplanung mit mittelfristigem Planungshorizont.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 wurde in der Verbandsversammlung am 14. Oktober 2022 beschlossen. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 wurde in der Verbandsversammlung am 25. September 2023 beschlossen.

Die Planungen entsprechen in sachlicher und zeitlicher Hinsicht den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden im Rahmen der monatlich durchgeführten Auswertungen der Kostenrechnung auf Ebene des AZV „Obere Röder“ sowie auf Plan-Ist-Abweichungen untersucht und entsprechende Konzeptionen zum Erreichen der Zielvorgaben erarbeitet.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht den Anforderungen eines Verbands dieser Art und Größe.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Aufgrund der Größe der Gesellschaft existiert kein separates Finanzmanagement. Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes wird ein Finanzplan erstellt, mit welchem die Liquiditätsplanung für das folgende Wirtschaftsjahr erfolgt. Durch die Geschäftsführung wird, wie bereits bei Frage 3b) beschrieben, ein monatlicher Plan-Ist-Vergleich durchgeführt, in welchem Abweichungen von diesem Finanzplan auffallen würden. Die Kreditüberwachung erfolgt beim AZV „Obere Röder“ durch die Buchhaltung.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die vollständige und zeitnahe Stellung von Rechnungen für Entgelte ist durch vordefinierte Abläufe sichergestellt. Für wesentliche Prozesse, insbesondere die Betriebskostenumlage und das Betriebsführungsentgelt, sind regelmäßige Abschlagszahlungen vereinbart. Die Überwachung des Zahlungseingangs erfolgt wöchentlich im Rahmen der Debitorenbuchhaltung. Sollten hierbei überfällige Forderungen identifiziert werden, erfolgt der Versand einer Mahnung.

Das bestehende Mahnwesen gewährleistet grundsätzlich eine zeitnahe und effektive Einziehung von Forderungen.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Die Verbandsgröße verlangt kein separates Controlling im Sinne einer selbstständigen Organisationseinheit. Die Aufgaben des Controllings sind Bestandteil der Wirtschaftsplanung und der regelmäßigen Plan-Ist-Analysen.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Das Rechnungswesen der einzigen Tochtergesellschaft BVR mbH wird durch den AZV „Obere Röder“ geführt. Unter Beachtung der Personalunion in der Geschäftsführung sind damit eine hinreichende Steuerung und Überwachung des Tochterunternehmens möglich.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Ein Risikofrüherkennungssystem ist etabliert. Dies beinhaltet die Definition von Frühwarnsignalen und von Maßnahmen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken aufgrund struktureller oder wirtschaftlicher Änderungen im Umfeld des Verbands rechtzeitig erkannt werden können.

Die Risikoüberwachung und Risikoinventur erfolgen jährlich im Rahmen der Erstellung des Risikoberichts.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Durch die zeitnahe Analyse der betriebswirtschaftlichen Auswertungen und den Vergleich der quartalsweisen Entwicklung mit den entsprechenden Planzahlen ist die Geschäftsführung in der Lage, negative Entwicklungstendenzen frühzeitig zu erkennen und kurzfristig Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Aufgrund der Größe des Verbands halten wir die getroffenen Maßnahmen für geeignet und ausreichend. Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass die genannten Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Das Risikomanagement ist in Form eines Risikohandbuchs dokumentiert. Die Entwicklungen im Wirtschaftsjahr werden in einem jährlichen erstellten Risikobericht niedergelegt.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Die Frühwarnsignale und Maßnahmen werden kontinuierlich im Rahmen des jährlich aufzustellenden Risikoberichts an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Der AZV „Obere Röder“ setzt auskunftsgemäß und nach unseren Feststellungen keine Finanzinstrumente i. S. d. Fragenkreises 5 ein. Insofern entfällt eine gesonderte Beantwortung des Fragenkreises.

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?
- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte,
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse,

- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung,
 - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Fragenkreis 6: Interne Revision

Der Zweckverband hat in Anbetracht der Größe keine Interne Revision. Damit entfällt die Beantwortung des Fragekreises 6.

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche) wahrgenommen?
- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Die im Einzelnen zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäfte und Maßnahmen sind in der Verbandsatzung, dem Geschäftsführer-Anstellungsvertrag sowie den ergänzenden Organisationsanweisungen des AZV „Obere Röder“ normiert. Darunter fällt insbesondere die Vergabe von Lieferungen und Leistungen. Bei diesen ist bei Aufträgen über TEUR 50 (netto) bis zu TEUR 250 (netto) die Zustimmung des Verwaltungsrates notwendig. Bei Aufträgen über TEUR 250 (netto) ist wiederum das Einverständnis der Verbandsversammlung einzuholen.

Im Berichtsjahr gab es eine Auftragsvergabe über TEUR 250 (netto), die dem Einverständnis der Verbandsversammlung bedurfte.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Im Berichtsjahr wurden keine Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsorgans gewährt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte für derartige Umgehungstatbestände ergeben.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Gemäß der Verpflichtung des § 34 Abs. 1 SächsEigBVO wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 innerhalb von neun Monaten nach Wirtschaftsjahrende von der Verbandsversammlung festgestellt. Der entsprechende Feststellungsbeschluss wurde in der Verbandsversammlung am 25. September 2023 gefasst.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung und bindenden Beschlüssen der Organe übereinstimmen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die Investitionsplanung ist Bestandteil des jährlich aufzustellenden Wirtschaftsplans. Im Rahmen dieser Planung werden die Investitionen vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

Im Berichtsjahr wurden im Wesentlichen Ersatzinvestitionen getätigt, welche im Wirtschaftsplan abgebildet werden.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich während unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass Unterlagen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen.

Grundstücke oder Beteiligungen wurden im Berichtsjahr weder erworben noch veräußert.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die Investitionskosten werden zeitnah im Rechnungswesen erfasst und können so monatlich mit den Planansätzen verglichen werden. Im Berichtsjahr betrugen die Investitionen des Verbands in das Anlagevermögen insgesamt TEUR 306. Eine über das übliche Maß hinausgehende Investitionsüberwachung war mangels Wesentlichkeit nicht erforderlich.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Das im Wirtschaftsplan vorgesehene Volumen an Investitionen in Höhe von TEUR 560 wurde mit tatsächlichen Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 306 um TEUR 254 unterschritten. Grund für die Unterschreitung sind Schwierigkeiten bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen und eine daraus resultierende zeitliche Verschiebung.

Die Investitionen erfolgten im Wesentlichen in die Sanierung der Rückhaltebecken 1 (Havariebecken) und 5 in Kleinröhrsdorf sowie in die Klimatisierung der Büroräume.

Wir haben ebenfalls keine Hinweise auf wesentliche Überschreitungen bei den einzelnen durchgeführten Ersatzinvestitionsvorhaben erlangt.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass im Berichtsjahr Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Konkurrenzangebote werden grundsätzlich eingeholt. Gegenteilige Anhaltspunkte haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

In den Sitzungen der Verbandsversammlung/des Verwaltungsrats erstatten der Verbandsvorsitzende und der Geschäftsführer regelmäßig Bericht zum wirtschaftlichen Ergebnis, aber auch über Vorgänge, die sich nicht unmittelbar im Rechnungswesen niederschlagen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zum Fragenkreis 1.

Zudem hat die Geschäftsleitung im vergangenen Jahr den Gemeinden, für welche sie die Betriebsführung der Ortsnetze übernommen hat, zum Halbjahr zu Informationszwecken einen Zwischenbericht über die tatsächlichen Ist-Kosten zur Verfügung gestellt. Diese lagen dabei bei allen fünf Gemeinden unter den veranschlagten Kosten.

Jeweils zum Quartalsende erfolgte zudem eine Berichterstattung zur Umsetzung des Wirtschaftsplans im Berichtsjahr 2023 gemäß § 22 SächsEigBVO.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichte keinen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes vermitteln.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Über wesentliche Vorgänge wurde das Überwachungsorgan des Zweckverbandes nach unseren Feststellungen angemessen und zeitnah informiert.

Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Die Geschäftsführung hatte den Überwachungsorganen neben der laufenden Berichterstattung auskunftsgemäß nicht auf besonderen Wunsch zu berichten.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Berichterstattung nicht in allen Fällen ausreichend war.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Der Verband hat eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen, dessen Inhalt und Konditionen auskunftsgemäß dem Überwachungsorgan bekannt sind. Es wurde darin ein 10%-iger Selbstbehalt vereinbart.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns derartige Interessenkonflikte nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen im Wesentlichen Umfang ist uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Bestände weisen keine Auffälligkeiten auf.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Anhaltspunkte dafür, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird, haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionspflichten finanziert werden?

Die Kapitalstruktur des Zweckverbandes setzt sich folgt zusammen:

	TEUR	%
Eigenkapital	25.946	58,8
Sonderposten	14.865	33,7
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	1.637	3,7
Kurzfristiges Fremdkapital	1.646	3,7
Kapital gesamt	44.094	100,0

Investitionen des AZV „Obere Röder“ werden durch die Berücksichtigung von Abschreibungen über die Betriebskostenumlagen der beteiligten Gemeinden finanziert.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Tochtergesellschaft BVR mbH verfügt zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von TEUR 761 (Vj. TEUR 783). Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die bestehenden Darlehen des AZV „Obere Röder“ wurden planmäßig getilgt.

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine Hinweise auf Liquiditätsprobleme in beiden Unternehmen erlangt.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Der Zweckverband hat im Berichtsjahr mit Ausnahme der Betriebskostenumlagen der Gemeinden, keine Finanz- oder Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Der Eigenkapitalanteil an der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aufbereiteten Bilanz (unter Beachtung der Sonderposten) beträgt 92,6 % (Vj. 90,7 %). Ohne Berücksichtigung der Sonderposten beträgt das Eigenkapital 58,8 % (Vj. 55,4 %) bzw. absolut TEUR 25.946 (Vj. TEUR 24.686).

Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung haben wir nicht festgestellt.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Die Verbandsversammlung entscheidet nach Abgabe des Bestätigungsvermerks durch den Abschlussprüfer über die Gewinnverwendung. Dies erfolgt unter Beachtung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens. Der Verbandsvorsitzende wird der Verbandsversammlung vorschlagen, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Der Zweckverband ist im Wesentlichen in der öffentlichen Abwasserbeseitigung tätig. Daneben unterhält er zwei Betriebe gewerblicher Art.

Die Ergebnisse der Betriebe gewerblicher Art setzen sich wie folgt zusammen:

	Jahresergebnis	
	2023	2022
	TEUR	TEUR
BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage	36	50
BgA Leistungen für fremde Dritte	91	28

Den restlichen Beitrag (TEUR 101) zum Jahresergebnis von TEUR 228 trägt die öffentliche Abwasserbeseitigung bei.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Ergebnis ist im Berichtsjahr nicht entscheidend durch einmalige Effekte geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Nicht anwendbar, da der Verband keine Konzessionsabgabe entrichtet.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Im Rahmen der Abschlussprüfung wurden von unserer Seite keine verlustbringenden Geschäfte festgestellt, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren. Von Seiten der Geschäftsleitung wurden mittels Kostenrechnung darüber hinaus keine wesentlichen verlustbringenden Geschäfte identifiziert.

Kosten für hoheitliche Ausgaben werden dem AZV „Obere Röder“ in voller Höhe durch die Mitgliedsgemeinden im Rahmen der Betriebskostenumlage erstattet. Verlustbringende Geschäfte können für den Zweckverband daher nur bei nicht hoheitlichen Aufgaben entstehen.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Nicht einschlägig, siehe Frage 15a).

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrags und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrags?**

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss erwirtschaftet.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ erbringt satzungsgemäß kostendeckende hoheitliche Aufgaben. Darüber hinaus gehende Leistungen an Verbandsmitglieder werden im Wesentlichen ebenfalls auf Selbstkostenbasis abgerechnet. Eine Ergebnisverbesserung ist somit nur im gewerblichen Bereich bzw. bei Leistungen für Dritte möglich.

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Gründung	Die Gründung des AZV „Obere Röder“ erfolgte am 27. Mai 1991.
Name	Abwasserzweckverband „Obere Röder“
Sitz	Radeberg
Verbandssatzung	Es gilt die Verbandssatzung zur Sicherheitsneugründung vom 11. Mai 2006, in Kraft getreten am 15. September 2006. Die Verbandssatzung wurde durch vier Änderungssatzungen ergänzt. Die 4. Änderungssatzung vom 2. März 2022 trat dabei am 24. März 2022 in Kraft.
Aufgaben	<p>Der Zweckverband hat laut § 2 der Satzung als Teilzweckverband die Aufgabe, einen Teil der den Gemeinden nach § 63 Abs. 1 SächsWG obliegenden Abwasserbeseitigungspflichten zu erledigen.</p> <p>Die Errichtung und der Betrieb von Kläranlagen sowie der Bau und der Betrieb von Hauptsammlern, Pumpwerken, Regenüberlaufbecken und Messschächten sind Verbandsaufgaben. Der Bau und der Betrieb der Ortskanalisation bleibt Aufgabe der Verbandsmitglieder.</p> <p>Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch Dritter bedienen. Das Satzungsrecht, insbesondere das Recht, Beiträge und Gebühren zu erheben, bleibt bei den Verbandsgemeinden (Teilzweckverband).</p> <p>Der Zweckverband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.</p>
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr

Verbandsmitglieder	<p>Gemeinde Arnsdorf (inkl. OT Fischbach, OT Wallroda und OT Kleinwolmsdorf)</p> <p>Gemeinde Großharthau (nur OT Seeligstadt)</p> <p>Stadt Großröhrsdorf (inkl. OT Kleinröhrsdorf, OT Bretnig und OT Hauswalde)</p> <p>Große Kreisstadt Radeberg (inkl. OT Liegau-Augustusbad, OT Großerkmannsdorf und OT Ullersdorf)</p> <p>Gemeinde Wachau (nur OT Leppersdorf)</p>
Organe	Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.
Verbandsversammlung	Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Verbandsmitglieder.
Verwaltungsrat	<p>Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind im Anhang (vgl. Anlage I) aufgeführt.</p> <p>Der Anhang enthält die Angaben nach § 285 Nr. 9, 10 HGB unter dem Punkt 9 „Sonstige Angaben“.</p>
Verbandsvorsitzender	<p>Der Verbandsvorsitzende ist im Anhang (vgl. Anlage I) angegeben.</p> <p>Der Anhang enthält die Angaben nach § 285 Nr. 9, 10 HGB unter dem Punkt 9 „Sonstige Angaben“.</p>
Geschäftsführung	<p>Der Geschäftsführer ist im Anhang (vgl. Anlage I) angegeben.</p> <p>Der Anhang enthält die Angaben nach § 285 Nr. 10 HGB unter dem Punkt 9 „Sonstige Angaben“. Auf die Angabe nach § 285 Nr. 1 HGB wurde unter Verweis auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.</p>
Vorjahresabschlüsse	<p>In der Verbandsversammlung am 25. September 2023 ist</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) der vom Verbandsvorsitzenden aufgestellte, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 nebst Lagebericht vorgelegt und der Jahresabschluss festgestellt worden, (2) beschlossen worden, den Jahresüberschuss von EUR 108.964,00 auf neue Rechnung vorzutragen, (3) dem Verbandsvorsitzenden für das Jahr 2022 Entlastung erteilt worden.

Größe des Verbands	Der Verband entspricht bei Anwendung des § 267 HGB einer kleinen Kapitalgesellschaft. Nach § 21 der Verbandssatzung sind für die Wirtschaftsführung die für kommunale Eigenbetriebe geltenden Vorschriften nach der SächsEigBVO und damit die Kriterien für eine große Kapitalgesellschaft anzuwenden.
Tochterunternehmen	Der AZV „Obere Röder“ ist mit 51 % an der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH beteiligt.

Wirtschaftliche Verhältnisse

1. Geschäftstätigkeit

Der Zweckverband hat laut § 2 der Satzung als Teilzweckverband die Aufgabe, einen Teil der den Gemeinden nach § 63 Abs. 1 SächsWG obliegenden Abwasserbeseitigungspflichten zu erledigen. Die Errichtung und der Betrieb von Kläranlagen sowie der Bau und der Betrieb von Hauptsammellern, Pumpwerken, Regenüberlaufbecken und Messschächten sind Verbandsaufgaben. Der Bau und der Betrieb der Ortskanalisation bleibt Aufgabe der Verbandsmitglieder.

Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch Dritter bedienen.

Das Satzungsrecht, insbesondere das Recht, Beiträge und Gebühren zu erheben, bleibt bei den Verbandsgemeinden. Der Zweckverband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

2. Wesentliche Verträge

Nachfolgend führen wir wesentliche Verträge auf, die für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von Bedeutung sind.

Vermietung der Bio-Covergärungsanlage (BVR-Anlage)

Durch den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ wurde im Wirtschaftsjahr 1998 auf dem Betriebsgrundstück in Radeberg eine Bioverwertungsanlage errichtet. Der Betrieb der Anlage stellt vorrangig die Klärschlammverwertung des AZV „Obere Röder“ sicher. Darüber hinaus können und dürfen auch Bioabfälle verwertet werden. Die Bio-Covergärungsanlage ist seit dem 1. Juni 1999 an die Tochtergesellschaft BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg, vermietet. Das Mietverhältnis läuft auf unbestimmte Zeit und kann jeweils zum Jahresende mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Eine Kündigung ist bis zum Ende unserer Prüfung nicht erfolgt.

Energieliefervereinbarung mit der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (BVR mbH)

Am 8. Juli 2010 schloss der Verband einen Energieliefervertrag mit seiner Tochtergesellschaft Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010. Demnach wird das in der BVR-Anlage erzeugte Bioklärgas mit einem Blockheizkraftwerk (BHKW) verstromt. Die im BHKW anfallende Kälungswärme wird als Heißwasser an den Verband abgegeben. Der erzeugte Strom wird primär zur Eigenversorgung der BVR mbH und des AZV „Obere Röder“ genutzt. Die BVR mbH stellt dem Verband ganzjährig und vorrangig die Energieübermengen zur Nutzung in seinen Anlagen und Räumlichkeiten bereit. Die durch die Verwertung von Bioabfall gewonnene Energie wird auch, wenn erforderlich, für den Verwertungsprozess des Klärschlammes bereitgestellt. Die Vereinbarung wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann jeweils zum Jahresende mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Eine Kündigung ist bis zum Ende unserer Prüfung nicht erfolgt.

Abwassereinleitungsvertrag mit der Sachsenmilch Anlagen Holding AG (SAHO)

Am 10. Juli/13. August 2008 schloss der Verband mit der SAHO einen Vertrag zur Regelung der Ableitung und Entsorgung eines vorgereinigten Abwasserteilstroms der SAHO. Die 1. Nachtragsvereinbarung vom 16. Oktober 2014 trat am 1. Januar 2015 in Kraft. Die Einleitung des Abwassers erfolgt in die öffentlichen Abwasseranlagen des Verbandes. Die Aufbereitung des Abwassers erfolgt durch die Kläranlage der SAHO sowie durch die zentrale Kläranlage des AZV. Die Vereinbarung hat eine Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2016 und verlängert sich anschließend um je ein Kalenderjahr, wenn sie nicht mit einer Frist von sechs Monaten bis Laufzeitende gekündigt wird. Eine Kündigung ist bis zum Ende unserer Prüfung nicht erfolgt.

3. Finanzierung

Die Finanzierung des AZV „Obere Röder“ erfolgt zum einen aus Entgelten, Betriebskostenumlagen und Mieterlösen. Zum anderen wurden zur Finanzierung von Investitionen in Vorjahren verschiedene Bankdarlehen (31. Dezember 2023: TEUR 2.126, vgl. Anlage VI, Seite 9 zu diesem Prüfungsbericht) aufgenommen.

Die von den Verbandsmitgliedern geleisteten Kapitalumlagen für Investitionen in das Anlagevermögen wurden unmittelbar den zweckgebundenen Kapitalrücklagen zugeführt. Nach einem Beschluss der Verbandsversammlung aus dem Jahre 2000 waren die auf diese Investitionen entfallenden Abschreibungen nicht in der Kalkulation der laufenden Betriebskostenumlagen enthalten, um eine doppelte Belastung der Verbandsmitglieder zu vermeiden. Mit Beschluss der Verbandsversammlung vom 16. Dezember 2014 wurde dieses Vorgehen angepasst. Seitdem sind Abschreibungen in der Betriebskostenumlage enthalten. Dafür wird keine Kapitalumlage festgesetzt.

4. Beschäftigtenstand

Der Beschäftigtenstand (ohne Geschäftsführer) zum 31. Dezember 2023 hat sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag wie folgt entwickelt:

	31.12.2023	Vorjahr
Angestellte	9	9
Arbeiter	12	12
	21	21

Zu den Zahlen der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang der Gesellschaft unter Anlage I.

Steuerliche Verhältnisse

Der AZV „Obere Röder“ wird beim Finanzamt Hoyerswerda unter den Steuernummern 213/149/00585, 213/144/000272 und 213/144/02682 geführt.

Der Verband ist als Abwasserzweckverband hoheitlich tätig und unterliegt damit nicht der Körperschafts- und Gewerbesteuerpflicht.

Der Verband betreibt zudem zwei Betriebe gewerblicher Art: „Vermietung der Bioverwertungsanlage“ und „Leistungen für fremde Dritte“. Mit diesen Betrieben gewerblicher Art unterliegt der AZV „Obere Röder“ einer partiellen Steuerpflicht.

Durch die Vermietung der BVR-Anlage begründet der Verband eine umsatz- und ertragsteuerliche Organschaft mit der BVR mbH. Der AZV „Obere Röder“ ist Organträger.

Im Berichtsjahr fand keine steuerliche Außenprüfung statt.

Analysierende Darstellungen

Kennzahlen mit Vorjahresvergleich

Im Zweijahresvergleich lassen sich ausgewählte Eckdaten und Kennzahlen wie folgt darstellen:

Wirtschaftsjahr		2023	2022
Umsatzerlöse	TEUR	6.845	6.208
Betriebsleistung	TEUR	7.715	7.179
Personalaufwand	TEUR	1.200	1.161
Materialaufwand	TEUR	2.641	2.373
Materialaufwandsquote	%	34,2	33,1
Personalaufwandsquote	%	15,6	16,2
Betriebsergebnis	TEUR	326	192
Finanzergebnis	TEUR	-55	-69
Steuern	TEUR	-43	-15
Jahresergebnis	TEUR	228	109
Bilanzstichtag		31.12.2023	31.12.2022
Bilanzsumme	TEUR	44.097	44.527
Anlagevermögen abzügl. Sonderposten	TEUR	26.233	26.975
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	%	58,8	55,4
Eigenkapital (mit Sonderposten)	TEUR	40.811	40.397
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	%	92,6	90,7
Rückstellungen	TEUR	469	529
Verbindlichkeiten	TEUR	2.814	3.601
Verschuldungsgrad ¹ (ohne Sonderposten)	%	12,7	16,7
Verschuldungsgrad ¹ (mit Sonderposten)	%	8,0	10,2

¹ (Verbindlichkeiten + Rückstellungen)/Eigenkapital (ggf. inkl. Sonderposten)

Gegenüberstellung der Ansätze im Wirtschaftsplan (nur informativ)

Der nach der Satzung aufzustellende Wirtschaftsplan besteht aus einem Erfolgs-, Finanz-, Investitions- und Personalplan (Stellenübersicht). Im Folgenden werden die Ansätze des Erfolgs- und Finanzplans den erreichten Ergebnissen gegenübergestellt. Positive Abweichungen bedeuten dabei ein Mehrergebnis gegenüber dem Plan, negative dementsprechend Minderergebnisse. Diese Gegenüberstellung ist nicht Gegenstand der Prüfung und wurde lediglich informativ diesem Prüfungsbericht beigelegt.

	Planansatz 2023 TEUR	Ist-Ergebnis 2023 TEUR	Abweichung TEUR	Planansatz 2024 TEUR
Erträge				
Umsatzerlöse	6.652	6.845	-193	7.340
Sonstige betriebliche Erträge	862	870	-8	854
	7.514	7.715	-201	8.194
Aufwendungen				
Materialaufwendungen				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	763	966	-203	799
Bezogene Leistungen	1.706	1.675	31	1.950
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	987	939	48	1.091
Soziale Aufwendungen	262	261	1	267
Abschreibungen	1.923	1.894	29	1.841
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.711	1.654	57	2.149
Zinsaufwand	61	55	6	23
Steuern vom Ertrag und sonstige Steuern	27	43	-16	21
	7.440	7.487	-47	8.141
Jahresergebnis	74	228	-154	53

	Planansatz 2023 TEUR	Ist-Ergebnis 2023 TEUR	Abweichung TEUR	Planansatz 2024 TEUR
Übertrag (Jahresergebnis)	74	228	-154	53
Abschreibung auf Gegenstände des Anlagevermögens (+)	1.923	1.894	29	1.841
Auflösung des Sonderpostens für investive Zuschüsse (-)	-861	-846	-15	-854
Zunahme (-) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0	-21	21	0
Zunahme (+) und Abnahme (-) der Rückstellungen	0	-60	60	0
Zunahme (+) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	0	-259	259	0
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)	56	55	1	23
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (+/-)	1.192	991	201	1.063
Erhaltene Zinsen	0	0	0	20
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-560	-306	-254	-417
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit (+/-)	-560	-306	-254	-397
Tilgungen von (Finanz-) Krediten (-)	-526	-526	0	-402
Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/ Zuwendungen	820	1.032	-212	0
Gezahlte Kreditzinsen	-57	-55	-2	-43
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (-)	237	451	-214	-445
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	869	1.136	-267	221
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	927	1.725	-798	1.886
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.796	2.861	-1.065	2.107

Zusammensetzung und Entwicklung der zweckgebundenen Kapitalrücklage (nur informativ)

Im Folgenden werden die Zusammensetzung und Entwicklung der zweckgebundenen Kapitalrücklagen aufgeteilt auf die einzelnen Gemeinden dargestellt. Diese Übersicht ist nicht Gegenstand der Prüfung und wurde lediglich informativ diesem Prüfungsbericht beigelegt.

	Quote	1.1.2023 EUR	Zuführung EUR	31.12.2023 EUR
Hoheitliche Investitionen¹				
Stadt Radeberg	43,0%	8.432.464,23	0,00	8.432.464,23
Stadt Großröhrsdorf	30,4%	5.956.433,11	0,00	5.956.433,11
<i>informativ EB Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf</i>	20,4%	3.995.018,31	0,00	3.995.018,31
<i>informativ EB Bretnig/Hauswalde</i>	10,0%	1.961.414,81	0,00	1.961.414,81
Gemeinde Amsdorf	15,6%	3.051.096,74	0,00	3.051.096,74
Gemeinde Wachau, OT Leppersdorf	2,5%	493.722,02	0,00	493.722,02
Gemeinde Großharthau, OT Seeligstadt	2,1%	418.313,90	0,00	418.313,90
	93,6%	18.352.030,00	0,00	18.352.030,00
Übernommenes Drittvermögen				
Bewertung SAS	0,1%	26.527,89	0,00	26.527,89
Bewertung WAB	0,0%	9.779,01	0,00	9.779,01
	0,2%	36.306,90	0,00	36.306,90
Zuschuss SAB	6,2%	179.693,95	1.031.788,60	1.211.482,55
	100,0%	18.568.030,85	1.031.788,60	19.599.819,45

¹ Der absolute Betrag der Kapitalrücklage für hoheitliche Investitionen entspricht nicht der in der ersten Spalte angegebenen Quote für die einzelnen Gemeinden. Hintergrund sind mehrere Änderungen dieser Quote seit Gründung des Verbandes am 27. Mai 1991. Mit Sicherheitsneugründung des Verbandes per 15. September 2006 wurden die nun angegebenen Quoten festgeschrieben und bei der jährlichen Abrechnung (Entnahme) angewandt.

Zusammensetzung der Betriebskostenumlage und der Entgelte für die Betriebsführung der Ortsnetze auf Ebene der Mitgliedskommunen im Jahr 2023 (nur informativ)

Im Folgenden wird die Zusammensetzung der Betriebskostenumlage und der Entgelte für die Betriebsführung der Ortsnetze auf Ebene der Mitgliedskommunen im Jahr 2023 dargestellt. Diese Übersicht ist nicht Gegenstand der Prüfung und wurde lediglich informativ diesem Prüfungsbericht beigelegt.

Zusammensetzung der Betriebskostenumlage im Jahr 2023

	Jahresverbrauch Plan- ansatz 2023 m³	Betrag BKU lt. Wirtschafts- plan 2023 EUR	Jahres- verbrauch Ist 2023 m³	BKU endgültig 2023 EUR	Differenz Gemeinden 31.12.2023 EUR
Stadt Radeberg	1.290.850	3.097.062	1.306.754	3.166.583	-69.521
Gemeinde Arnsdorf	202.409	485.448	189.669	459.614	25.834
Gemeinde Wachau OT Leppersdorf	31.658	76.085	31.723	76.873	-788
Gemeinde Großharthau OT Seeligstadt	18.635	44.811	17.300	41.922	2.889
Stadt Großröhrsdorf					
EB Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf	262.162	629.215	253.052	613.207	16.008
EB Bretnig/Hauswalde	116.889	280.533	107.820	261.274	19.259
	1.922.603	4.613.154	1.906.318	4.619.473	-6.319

Zusammensetzung der Entgelte für die Betriebsführung (BF) der Ortsnetze auf Ebene der Mitgliedskommunen im Jahr 2023

	Entgelt BF lt. Wirtschafts- plan EUR	Tatsächliche Kosten BF EUR	Differenz Gemeinden 31.12.2023 EUR
Stadt Radeberg mit OT Liegau-Augustusbad, Großermansdorf, Ullersdorf	698.100	526.906	171.194
Gemeinde Amsdorf mit OT Fischbach, Wallroda, Kleinwolmsdorf	116.300	59.947	56.353
Gemeinde Wachau mit OT Leppersdorf, Lomnitz, Seifersdorf, Feldschlößchen	330.300	285.541	44.759
Gemeinde Großharthau mit OT Seeligstadt	0	0	0
Stadt Großröhrsdorf			
EB Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf	144.500	153.520	-9.020
EB Bretnig/Hauswalde	75.400	64.695	10.705
	1.364.600	1.090.608	273.992

**Aufgliederung und Erläuterung aller Posten
des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023**

POSTEN DER BILANZ

AKTIVA

A. ANLAGEVERMÖGEN	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	41.097.598,50	42.685.783,62

Eine von den gesamten Anschaffungs- oder Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens (Anlagespiegel nach § 284 Abs. 3 HGB) enthält der Anhang.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	254.897,38	267.527,00

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Grunddienstbarkeiten.

Die Buchwerte haben sich im Berichtsjahr insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand 1. Januar 2023	267.527,00
Zugänge	3.120,98
Abschreibungen	-15.750,60
Stand 31. Dezember 2023	<u>254.897,38</u>

Die Zugänge betreffen EDV-Software sowie dinglich gesicherte Grunddienstbarkeiten. Es erfolgten ausschließlich planmäßige Abschreibungen auf EDV-Software.

II. Sachanlagen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	40.816.625,23	42.392.180,73

Die Buchwerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand 1. Januar 2023	42.392.180,73
Zugänge	302.744,71
Abgänge zu Restbuchwerten	-6,00
Abschreibungen	-1.878.294,21
Stand 31. Dezember 2023	40.816.625,23

Im Berichtsjahr wurden im Wesentlichen Ersatzinvestitionen getätigt, welche im Wirtschaftsplan abgebildet und durch die Einhaltung der Vergabegesetze wirtschaftlich realisiert werden konnten. Im Wirtschaftsjahr wurden Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 303 vorgenommen. Davon entfielen TEUR 111 auf die Maßnahme Klimatisierung der Büroräume, TEUR 92 auf einen LKW und sonstige Transportmittel (Radlader), TEUR 59 auf KA Radeberg und Pumpwerke, TEUR 13 auf die Fällmitteldosieranlage/KA Leppersdorf, TEUR 11 auf die Bioverwertungsanlage, TEUR 2 auf Grunddienstbarkeiten sowie TEUR 18 auf die Betriebsausstattung und übrige kleinere Maßnahmen.

III. Finanzanlagen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	26.075,89	26.075,89

Anteile an verbundenen Unternehmen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	26.075,89	26.075,89

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ ist zu 51 % am Stammkapital der am 9. Januar 1997 zusammen mit der Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH gegründeten BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH beteiligt. Im Jahr 2017 hat die BVR mbH 49 % der Anteile erworben und hält sie als eigene Anteile. Der Ausweis betrifft die Beteiligung des AZV an der Gesellschaft. Die BVR mbH weist zum 31. Dezember 2023 ein Eigenkapital von TEUR 1.097 und ein Jahresergebnis von TEUR 56 aus.

B. UMLAUFVERMÖGEN	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	2.991.101,80	1.834.116,84

I. Vorräte	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	70.035,19	61.692,91

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	70.035,19	61.692,91

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Bestand Schachtabdeckung und Schmutzfänger	30.864,87	17.843,53
RHB-Stoffe KA Radeberg	18.811,90	16.088,65
Bestand Störreserve	6.203,91	6.203,91
RHB-Stoffe Labor	8.937,87	15.502,20
RHB-Stoffe KA Seifersdorf und Lomnitz	2.564,05	3.299,82
RHB-Stoffe KA Leppersdorf	2.054,51	1.383,86
Bestand Pandemielager	598,08	1.370,94
	<u>70.035,19</u>	<u>61.692,91</u>

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	60.284,71	47.586,76

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	60.228,10	46.638,85

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Stadtentwässerung Dresden GmbH, Dresden	30.125,02	13.454,81
Sachsenmilch Anlagen Holding AG, Wachau	26.113,67	28.339,91
Übrige	3.989,41	4.844,13
	<u>60.228,10</u>	<u>46.638,85</u>

2. Sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	56,61	947,91

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	2.860.781,90	1.724.837,17

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Ostsächsische Sparkasse Dresden, Dresden	1.980.187,32	1.112.544,55
Volksbank Raiffeisenbank Meißen Großenhain eG, Meißen	676.651,90	336.783,41
Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft, Berlin	203.942,68	275.509,21
	<u>2.860.781,90</u>	<u>1.724.837,17</u>

C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	5.700,53	6.686,07

PASSIVA

A. EIGENKAPITAL	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	25.945.953,02	24.685.925,93

I. Zweckgebundene Kapitalrücklagen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	19.599.819,45	18.568.030,85

Zusammensetzung:

	EUR
Kapitalumlagen der Verbandsmitglieder	18.352.030,00
Zuschuss SAB	1.211.482,55
Bewertung SAS	26.527,89
Entflechtung WAB	9.779,01
	<u>19.599.819,45</u>

Eine detaillierte Aufgliederung der Kapitalumlagen nach Verbandsmitgliedern enthält Anlage IV zu diesem Bericht.

Im Zuge der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH i. L. (WAB), Dresden, wurden dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“ zum 1. Juli 1995 Vermögensgegenstände übertragen. Sie wurden auf der Grundlage des Gutachtens der SAS Aqua Service GmbH (SAS), Dresden, vom 15. März 1998 über die Neubewertung zum 31. Dezember 1995 zu fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerten (Variante II) angesetzt. Der Mehrwert aufgrund der Neubewertung gemäß Gutachten (zurückgerechnet zum 1. Juli 1995) gegenüber dem Übertragungswert gemäß Teilbilanz zum 1. Juli 1995 wurde in die Kapitalrücklage eingestellt.

II. Gewinnrücklagen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	3.602.943,77	3.602.943,77

III. Gewinnvortrag	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	2.514.951,31	2.405.987,31

Entwicklung:

	EUR
Gewinnvortrag zum 1. Januar 2023	2.405.987,31
Jahresüberschuss aus dem Vorjahr	108.964,00
Stand 31. Dezember 2023	2.514.951,31

IV. Jahresüberschuss	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	228.238,49	108.964,00

B. SONDERPOSTEN FÜR EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	14.865.001,86	15.710.613,42

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 1.1.2023 EUR	Auflösung EUR	Stand 31.12.2023 EUR
Empfangene Ertragszuschüsse	15.710.613,42	845.611,56	14.865.001,86

Die Abschreibung der Ertragszuschüsse erfolgt analog der tatsächlichen Abschreibung des jeweils bezuschussten Vermögensgegenstandes. Die Auflösung beginnt dabei mit der Fertigstellung des Vermögensgegenstandes. Die Auflösung des Sonderpostens beinhaltet zudem die Abgänge von bezuschussten Vermögensgegenständen.

C. RÜCKSTELLUNGEN	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	469.362,96	529.266,14

1. Steuerrückstellungen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	30.570,65	3.414,65

2. Sonstige Rückstellungen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	438.792,31	525.851,49

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 1.1.2023 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	Stand 31.12.2023 EUR
Abwasserabgabe	426.167,98	245.218,03	85,90	178.501,91	359.365,96
Abschluss- und Prüfungskosten	42.799,00	41.403,47	1.395,53	46.217,00	46.217,00
Gebührenabrechnung	8.046,40	8.046,40	0,00	11.644,35	11.644,35
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	9.996,63	0,00	800,00	802,85	9.999,48
Unterlassene Instandhaltungen	21.571,03	21.571,03	0,00	5.647,74	5.647,74
Personalkosten	5.330,00	5.330,00	0,00	4.477,33	4.477,33
Steuererklärungen	1.200,00	935,19	264,81	1.200,00	1.200,00
Ausstehende Eingangsrechnungen	240,45	240,45	0,00	240,45	240,45
Reparaturkosten Sammler	10.500,00	10.500,00	0,00	0,00	0,00
	525.851,49	333.244,57	2.546,24	248.731,63	438.792,31

In der Rückstellung für die Abwasserabgabe wurde für die KA Radeberg und für die KA Leppersdorf die voraussichtlich für die Jahre 2022 sowie 2023 zu zahlende Abwasserabgabe eingestellt.

D. VERBINDLICHKEITEN	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	2.814.082,99	3.600.781,04

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	2.125.553,08	2.651.747,27

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Ostsächsische Sparkasse Dresden, Niederlassung Dresden	1.703.303,08	2.042.497,27
Deutsche Kreditbank AG, Niederlassung Dresden	422.250,00	609.250,00
	<u>2.125.553,08</u>	<u>2.651.747,27</u>

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	121.404,76	45.775,04

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
SachsenEnergie AG	59.134,97	13.738,72
KÖRNER Rohr & Umwelt GmbH	8.188,69	3.662,73
Landratsamt Kamenz	7.004,05	3.062,50
Kanalservice GbR Radeberg	6.672,39	2.766,21
Übrige Kreditoren	32.706,35	18.431,17
	<u>113.706,45</u>	<u>41.661,33</u>
Sicherheitseinbehalte	7.698,31	4.113,71
	<u>121.404,76</u>	<u>45.775,04</u>

3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	251.722,59	252.760,82

Die Verbindlichkeiten bestehen gegenüber der BVR mbH und betreffen insbesondere die Jahresabrechnung Klärschlamm für 2023 sowie Strom- und Wärmebezug.

4. Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	296.712,82	627.348,67

Forderungen gegen Gemeinden und Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden werden je Gemeinde saldiert ausgewiesen, da es sich hinsichtlich Art, Fristigkeit und Fälligkeit um gleichartige Forderungen und Verbindlichkeiten handelt.

Die Ermittlung der Betriebskostenumlage für das Jahr 2023 erfolgte mit der Erstellung des Jahresabschlusses und ist in den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber den Gemeinden enthalten.

Die Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Endabrechnung Betriebskostenumlage	-6.318,68	124.004,19
Endabrechnung Betriebsführung Ortsnetze	273.991,63	474.619,23
Verschiedene Umlagen und Entgelte	29.039,87	28.725,25
	<u>296.712,82</u>	<u>627.348,67</u>

Zusammensetzung je Gemeinde:

	Stadt Radeberg EUR	Gemeinde Wachau EUR	Gemeinde Arnsdorf EUR	Stadt Groß- röhrsdorf EUR	Gemeinde Großhartau EUR	Gemeinde Brettnig- Hauswalde EUR	Gesamt EUR
Endabrechnung							
Betriebskostenumlage							
2022-2023	69.521,13	787,55	-25.833,83	-16.008,39	-2.888,89	-19.258,89	-6.318,68
Endabrechnung							
Betriebsführung							
Ortsnetze							
2022-2023	-171.194,44	-44.758,64	-56.353,14	9.019,85	0,00	-10.705,26	273.991,63
Verschiedene							
Umlagen und							
Entgelte	-26.052,65	-2.987,22	0,00	0,00	0,00	0,00	29.039,87
	-127.725,96	-46.958,31	-82.186,97	-6.988,54	-2.888,89	-29.964,15	296.712,82

5. Sonstige Verbindlichkeiten	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
	18.689,74	23.149,24

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Lohn- und Kirchensteuer	10.161,14	10.326,43
Soziale Sicherheit	3.343,19	3.015,02
Umsatzsteuer	2.610,26	6.429,32
Lohn und Gehalt	2.377,37	2.100,75
Aufwandsentschädigungen Organmitglieder	0,00	1.100,00
Übrige	197,78	175,72
	18.689,74	23.147,24

POSTEN DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse	2023 EUR	Vorjahr EUR
	6.844.552,80	6.207.762,38

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Betriebskostenumlage (BKU) Verbandsmitglieder	4.619.472,68	4.217.658,19
Betriebsführungsentgelt Ortsanlagen	1.349.882,37	1.131.102,28
Mieterlöse BVR mbH	345.335,04	345.335,04
Einleitentgelt (SAHO, Stadtentwässerung Dresden GmbH)	291.276,20	246.492,98
Erlöse aus Weiterberechnungen an BVR mbH	91.528,33	67.001,83
Erlöse aus Weiterberechnungen	62.026,53	108.212,57
Erlöse Betriebskosten/Einleitung Abwasser Feldschlößchen	51.624,78	46.221,87
Erlöse Leistungen für fremde Dritte	17.342,15	24.291,82
Einleitgebühren für Abwasser und Fäkalschlamm	5.353,34	10.258,96
sonstige Miet- und Pachterlöse	4.171,24	4.171,24
Erlöse aus Abrechnung Zählerwechsel u. ä.	3.100,88	3.248,80
Erlöse aus Altmetallverwertung	3.051,65	2.917,80
Erlöse aus Planauskünften	390,00	849,00
Erlösschmälerungen	-2,39	0,00
	<u>6.844.552,80</u>	<u>6.207.762,38</u>

Die Betriebskostenumlage aller Verbandsmitglieder für das Jahr 2023 ergab sich aus den vom Verband geleisteten Aufwendungen.

Das Betriebsführungsentgelt für die Ortsanlagen wird anhand der tatsächlichen Aufwendungen als Kostenersatz gemäß den mit den Gemeinden geschlossenen Verträgen erhoben.

Die von der BVR mbH erhaltenen Mieterlöse ergeben sich aus dem mit der BVR mbH geschlossenen Mietvertrag vom 25. Juni 1999 nebst erster Änderung des Mietvertrags vom 18. Dezember 2012 und zweiter Änderung des Mietvertrags vom 17. Dezember 2013.

2. Andere aktivierte Eigenleistungen	2023 EUR	Vorjahr EUR
	0,00	1.049,47

3. Sonstige betriebliche Erträge	2023 EUR	Vorjahr EUR
	869.682,61	970.329,96

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Periodenfremde Erträge		
Erträge aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen	2.972,08	2.968,25
Übrige periodenfremde Erträge	8.465,90	912,28
	11.437,98	3.880,53
Periodengleiche Erträge		
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse	845.611,56	849.933,56
Versicherungsentschädigungen	6.927,96	110.680,67
Übrige periodengleiche Erträge	5.705,11	5.835,20
	858.244,63	966.449,43
	869.682,61	970.329,96

4. Materialaufwand	2023 EUR	Vorjahr EUR
	2.640.448,58	2.373.190,37

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
Strom für Abwasseranlagen	575.715,72	447.187,90
Aufwendungen für übrige RHB-Stoffe (z. B. Chemikalien)	240.938,78	164.610,40
Energie für Klärschlammverwertung	96.486,41	115.996,48
Wasser und bezogene Waren zur Weiterberechnung	49.743,49	62.225,99
Wasser für Abwasseranlagen	2.687,35	4.361,84
Bezugsnebenkosten	267,75	0,00
	<u>965.839,50</u>	<u>794.382,61</u>
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Klärschlammverwertung	1.434.711,72	1.337.852,45
Kanalreinigung	115.179,92	104.894,13
zur Weiterberechnung	33.142,50	67.236,40
Abwasserüberwachung	33.043,63	19.927,47
Einleitung Sonderchargen	20.228,61	15.816,58
Transport Klärschlamm	16.695,88	15.594,05
Entsorgung Sand und Rechengut	21.303,37	12.606,67
Unterhaltung Abwasseranlagen	303,45	4.880,01
	<u>1.674.609,08</u>	<u>1.578.807,76</u>
	<u>2.640.448,58</u>	<u>2.373.190,37</u>

5. Personalaufwand	2023 EUR	Vorjahr EUR
	1.199.919,15	1.161.182,91

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
a) Löhne und Gehälter		
Gehälter	421.052,60	424.597,71
Löhne	418.215,70	400.897,31
Einmalzahlungen	48.983,63	57.368,83
Bereitschaftsdienst	41.385,12	41.435,40
Übrige	9.697,50	12.584,07
	939.334,55	936.883,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Krankenkassenbeiträge	186.795,35	183.060,96
Altersversorgung (inkl. Zusatzbeitrag ZVK)	31.770,14	29.122,09
Übrige	42.019,11	12.116,54
	260.584,60	224.299,59
	1.199.919,15	1.161.182,91

6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2023 EUR	Vorjahr EUR
	1.894.044,81	1.883.059,59

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Planmäßige Abschreibungen auf		
immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	15.750,60	8.268,74
Sachanlagen	1.876.434,04	1.872.296,28
Sofortabschreibungen GWG	1.860,17	2.494,57
	1.894.044,81	1.883.059,59

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2023 EUR	Vorjahr EUR
	1.654.263,15	1.569.339,89

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Periodenfremde Aufwendungen		
Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	6,00	1.359,00
Übrige periodenfremde Aufwendungen	5.096,72	86.462,50
	<u>5.102,72</u>	<u>87.821,50</u>
Verwaltungsaufwand		
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	78.383,57	52.660,44
Aufwendungen Gebührenabrechnung	48.389,13	47.795,48
EDV-Kosten	45.175,55	34.224,60
Versicherungen, Beiträge, Gebühren	39.002,46	32.713,01
Telefon, Porto	19.961,59	21.468,06
Weiterbildungskosten	1.536,20	1.318,54
Übriger Verwaltungsaufwand	6.442,64	5.692,26
	<u>238.891,14</u>	<u>195.872,39</u>
Betriebsaufwand		
Reparaturen und Instandhaltung	910.743,29	834.714,59
Abwasserabgabe	178.501,91	180.864,05
Raumkosten	154.720,87	135.084,77
Kfz-Kosten	113.926,47	81.473,68
Betriebsbedarf, Verbrauchsmaterial	39.345,30	40.501,80
Übriger Betriebsaufwand	13.031,45	13.007,11
	<u>1.410.269,29</u>	<u>1.285.646,00</u>
	<u>1.654.263,15</u>	<u>1.569.339,89</u>

Der Anstieg der Aufwendungen im Berichtsjahr 2023 resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Instandhaltungsmaßnahmen im Vorjahresvergleich.

Die Aufwendungen für die gebildete Rückstellung für Abwasserabgabe des Jahres 2023 sind unter der entsprechenden Position im Betriebsaufwand aufgeführt.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2023 EUR	Vorjahr EUR
	276,15	130,75

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2023 EUR	Vorjahr EUR
	54.854,15	68.889,37

Der Zinsaufwand betrifft im Wesentlichen die Verzinsung der Bankdarlehen.

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2023 EUR	Vorjahr EUR
	40.933,42	13.021,39

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	Vorjahr EUR
Betrieb gewerblicher Art fremde Dritte		
Körperschaftsteuer	18.395,00	4.777,00
Gewerbsteuer	17.164,40	4.229,00
Kapitalertragsteuer	4.135,00	3.557,00
Solidaritätszuschlag	1.239,02	458,39
	<u>40.933,42</u>	<u>13.021,39</u>

11. Ergebnis nach Steuern	2023 EUR	Vorjahr EUR
	230.048,30	110.589,04

12. Sonstige Steuern	2023 EUR	Vorjahr EUR
	1.809,81	1.625,04

13. Jahresüberschuss	2023 EUR	Vorjahr EUR
	228.238,49	108.964,00

- Besondere Auftragsbedingungen -

1. Allgemeines

(a) Wir erbringen unsere Leistungen auf Basis (i) des Auftragsschreibens und etwaiger, dem Auftragsschreiben beigefügter spezifischer Anlagen (insbesondere etwaiger Leistungsbeschreibungen, Widerrufsbelehrungen für Verbraucher und Portalnutzungsbedingungen) (ii) dieser Besonderen Auftragsbedingungen (BAB) und (iii) der Allgemeinen Auftragsbedingungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (AAB) (zusammen nachfolgend „Mandatsvereinbarung“). Dies gilt auch für den Teil der Leistungen, der ggf. schon vor dem rechtswirksamen Abschluss der Mandatsvereinbarung erbracht wurde. Abweichende oder widersprechende Geschäftsbedingungen gelten nur, wenn sie von uns ausdrücklich schriftlich anerkannt wurden. Die Regelungen unseres Auftragschreibens, die BAB und AAB gelten auch dann, wenn wir einer Beauftragung unter Zugrundelegung abweichender Geschäftsbedingungen (z.B. im Rahmen von Bestellscheinen) nicht ausdrücklich widersprechen.

(b) Sofern nichts anderes vereinbart ist, finden die BAB und AAB auch dann Anwendung, wenn wir über die im Auftragsschreiben oder in etwaigen Anlagen vereinbarten Leistungen hinaus für Sie tätig werden.

2. Vergütung, Fälligkeit

(a) Unsere Rechnungen, inkl. etwaiger Abschlags- und Vorschussrechnungen, werden in Euro erstellt und sind sofort fällig. Die von etwaigen Subunternehmern erbrachten Leistungen stellen wir Ihnen als eigene Auslagen in Rechnung.

(b) Für die Anforderung von Vorschüssen gilt Nummer 13 (1) Satz 2 AAB. Im Übrigen sind wir berechtigt, jederzeit angemessene Abschläge auf Honorare oder Gebühren und Auslagen sowie Nebenkosten in Rechnung zu stellen.

(c) Angaben zum voraussichtlich anfallenden Honorar verstehen sich grundsätzlich als Honorarschätzung, sofern nicht ausdrücklich ein Pauschalhonorar vereinbart ist. Ein Pauschalhonorar darf überschritten werden, wenn durch den Eintritt unvorhersehbarer Umstände, die nicht in unserem Verantwortungsbereich liegen, ein nicht nur unerheblicher Mehraufwand entsteht.

(d) Endet unsere Leistungserbringung vorzeitig, sind wir berechtigt, den bis dahin entstandenen Zeitaufwand abzurechnen, sofern die Beendigung der Mandatsvereinbarung nicht durch ein pflichtwidriges Verhalten unsererseits verschuldet wurde. Auch im letzteren Fall kann aber der bisherige Zeitaufwand abgerechnet werden, sofern und soweit die erbrachte Leistung trotz der vorzeitigen Vertragsbeendigung verwertbar ist.

(e) Die StBVV findet nur Anwendung, sofern und soweit dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist. Sofern Sie uns nach Abschluss der Mandatsvereinbarung mit weiteren, über das Auftragsschreiben hinausgehenden Leistungen beauftragen, werden diese entweder gemäß gesonderter Vereinbarung oder, in Ermangelung einer gesonderten Vereinbarung, mit den in unserem Hause für die jeweilige Leistung üblichen Stundensätzen abgerechnet, die wir Ihnen auf Wunsch gerne mitteilen.

(f) Sofern wir (ggf. auch erst nach der Leistungserbringung) gebeten oder verpflichtet werden, Informationen im Zusammenhang mit unserer Leistungserbringung einem Gericht, Sach- oder Insolvenzverwalter, einer Behörde, Regulierungs- und Aufsichtsstellen (WPK, PCAOB, DPR) oder anderen Dritten zur Verfügung zu stellen (dies schließt Vernehmungen unserer Mitarbeiter als Zeugen ein), dürfen wir den in diesem Zusammenhang entstehenden Zeitaufwand in Rechnung stellen. Wir werden für diese Tätigkeiten die mit Ihnen in der Mandatsvereinbarung geregelten Stundensätze in Ansatz bringen.

3. Haftungsbeschränkung

(a) Soweit in dieser Nummer 3 BAB nichts anderes bestimmt ist, bemisst sich unsere Haftung nach Maßgabe der Nummer 9 der AAB. Abweichend von Nummer 9 (2) und (5) der AAB tritt allerdings an die Stelle der dort genannten Haftungshöchstbeträge einheitlich ein Betrag von € 5 Mio. Nummer 9 (1) der AAB bleibt stets unberührt.

(b) Sofern Sie der Auffassung sind, dass das unserer Leistungserbringung innewohnende Risiko den Betrag von € 5 Mio. nicht nur unerheblich übersteigt, sind wir bereit, mit Ihnen und unserem Haftpflichtversicherer die Möglichkeit und die Kosten einer Erhöhung unserer Haftungsgrenze zu erörtern. Kommt es in diesem Zusammenhang zu einem gesonderten Prämienaufwand, so ist dieser von Ihnen zu tragen.

(c) Wir haften entgegen Nummer 9 (2) AAB und 3 (a) BAB nur dann betragsmäßig unbegrenzt, sofern dies (i) ausdrücklich schriftlich vereinbart oder (ii) nach US-amerikanischen Unabhängigkeitsregelungen zwingend erforderlich ist.

4. Unsere Arbeitsergebnisse

Arbeitsergebnisse, die schriftlich darzustellen und zu unterzeichnen sind, sind nur verbindlich, wenn sie von zwei Mitarbeiter/innen original unterzeichnet wurden bzw. in E-Mails zwei Mitarbeiter/innen als Unterzeichner benannt sind. Sofern nichts anderes vereinbart wird und keine gesetzlichen oder berufsständischen Regelungen entgegenstehen, sind wir auch berechtigt, unsere Arbeitsergebnisse ausschließlich (i) als PDF und/oder (ii) per E-Mail und/oder (iii) mit qualifizierter elektronischer Signatur auszuliefern.

5. Weitergabe unserer Arbeitsergebnisse, Nutzungsrechte

(a) Unsere Arbeitsergebnisse dienen einzig dem vertraglich vereinbarten Zweck, sind daher ausschließlich an Sie gerichtet und dürfen zu keinem anderen Zweck verwendet werden. Für die Weitergabe unserer beruflichen Äußerungen an Dritte oder deren Verwendung zu Werbezwecken gilt Nummer 6 der AAB.

(b) Eine schriftliche Zustimmung zur Weitergabe unserer beruflichen Äußerungen an Dritte erfolgt regelmäßig nur unter der Bedingung der vorherigen Unterzeichnung einer berufssüblichen Weitergabevereinbarung (*Hold Harmless Release Letter*) durch den oder die Dritten, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart wird. Eine Weitergabe unserer Arbeitsergebnisse darf stets nur in vollem Wortlaut inkl. aller Anlagen erfolgen. § 334 BGB bleibt von einer Weitergabe unberührt.

(c) Sie sind verpflichtet, uns von allen Schäden freizuhalten, die aus einer Nichtbeachtung der vorstehenden Regelungen gemäß Nummer 5 (a) und/oder (b) entstehen.

(d) Wir räumen Ihnen Nutzungsrechte an den von uns erstellten Arbeitsergebnissen nur insoweit ein, als dies angesichts des Zwecks der jeweiligen Mandatsvereinbarung erforderlich ist.

6. Grundlagen unserer Zusammenarbeit

(a) Der zur Erbringung unserer Leistungen anfallende und unserer Honorarkalkulation zugrunde liegende Zeitaufwand hängt maßgeblich davon ab, ob die Voraussetzungen gemäß Nummer 3 (1) der AAB vorliegen.

(b) Sofern sich aus dem Auftragsschreiben, uns bindenden gesetzlichen Regelungen oder sonstigen Vorschriften sowie einschlägigen Standards nichts anderes ergibt, sind wir nicht verpflichtet, die uns zur Verfügung gestellten Informationen auf inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen.

7. Besondere Vorschrift für die Steuerberatung

(a) Sie beauftragen und bevollmächtigen uns, die für Sie erstellten Angaben, die für eine elektronische Übermittlung an die Finanzbehörden vorgesehen und jeweils freigegeben sind, in Ihrem Namen unmittelbar über die DATEV eG bei der zuständigen Stelle der Finanzverwaltung elektronisch einzureichen. Auftrag und Bevollmächtigung gelten ab sofort und sind jederzeit widerruflich. Der Widerruf bedarf mindestens der Textform.

(b) Die Übersendung fristbehafteter Schriftstücke verpflichtet uns nur dann zur Einleitung fristwahrender Maßnahmen, wenn uns diese per Post oder per Fax übermittelt werden.

8. Elektronische Kommunikation und Virenschutz

Für die elektronische Kommunikation gilt Nummer 12 der AAB. Ihnen ist darüber hinaus bekannt, dass Daten, die über das Internet versendet werden, nicht zuverlässig gegen Zugriffe Dritter geschützt werden, verloren gehen, verzögert übermittelt oder mit Viren befallen sein können. Im Rahmen des gesetzlich Zulässigen übernehmen wir deshalb keine Verantwortung und Haftung für die Unversehrtheit von E-Mails, nachdem sie unseren Herrschaftsbereich verlassen haben, und für Ihnen oder Dritten hieraus entstehende Schäden. Dies gilt auch, sofern trotz der von uns verwendeten Virusschutzprogramme durch die Zusendung von E-Mails ein Virus in Ihre Systeme gelangt.

9. BDO Netzwerk, Sole Recourse

(a) Wir sind Mitglied von BDO International Limited, einer britischen Gesellschaft mit beschränkter Nachschusspflicht, und gehören zum internationalen BDO Netzwerk rechtlich voneinander unabhängiger Mitgliedsfirmen. BDO ist die Marke des BDO Netzwerks und der BDO Mitgliedsfirmen („BDO Firm“). Zur Auftragsdurchführung dürfen wir andere BDO Firms als Subunternehmer einschalten. Zu diesem Zweck entbinden Sie uns bereits jetzt diesen gegenüber von unserer Verschwiegenheitspflicht.

(b) Sie erkennen an, dass wir in diesen Fällen die alleinige Verantwortung auch für die Leistungen unserer BDO Firms übernehmen. Demgemäß werden Sie gegen eine BDO Firm, die wir als Subunternehmer eingeschaltet haben (einschließlich der BDO International Limited und der Brussels Worldwide Services BVBA), keine Ansprüche jedweder Art geltend machen. Dies gilt nicht für Ansprüche, die sich auf strafbares und/oder vorsätzliches Handeln beziehen, sowie auf etwaige weitere Ansprüche, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen werden können.

(c) Die nach der Mandatsvereinbarung zur Anwendung kommenden Regelungen zur Haftung und insbesondere die Haftungsbeschränkung gelten auch zugunsten der BDO Firm, die wir als Subunternehmer einschalten. Diese können uns unmittelbar auf die Regelungen in vorstehender Nummer 9 (b) BAB berufen.

10. BDO Legal Rechtsanwaltsgesellschaft mbH (BDO Legal), BDO Konzern

(a) Sofern Sie im Zusammenhang mit unseren Leistungen auch die BDO Legal oder andere Gesellschaften des BDO Konzerns beauftragen, entbinden Sie uns diesen ggü. bereits jetzt bzgl. aller auftragsrelevanten Informationen von der Verschwiegenheitspflicht, um eine möglichst reibungslose und effiziente Leistungserbringung zu ermöglichen.

(b) Wir sind von der BDO Legal und anderen Gesellschaften des BDO Konzerns rechtlich unabhängig. Entsprechend übernehmen wir weder Verantwortung für deren Handlungen oder Unterlassungen, noch begründen wir mit diesen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder haften mit diesen gesamtschuldnerisch.

11. Geldwäschegesetz, Sanktionen

Wir sind nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (GwG) u.a. verpflichtet, in Bezug auf unsere Vertragspartner Identifizierungshandlungen durchzuführen. Sie sind daher verpflichtet, uns alle nach dem GwG mitzuteilenden Informationen und Nachweise vollständig und wahrheitsgemäß zukommen zu lassen und diese im weiteren Verlauf der Geschäftsbeziehung unaufgefordert zu aktualisieren. Auf unsere Verpflichtungen zur Beendigung von Geschäftsbeziehungen gemäß der einschlägigen Regelungen des GwG weisen wir ausdrücklich hin. Ferner weisen wir darauf hin, dass wir unsere Geschäftsbeziehungen u.a. auch im Hinblick auf einschlägige nationale bzw. internationale Sanktionen überprüfen. Wir behalten uns vor, die Geschäftsbeziehung durch fristlose Kündigung zu beenden, sofern wir im Rahmen der Sanktionsprüfungen feststellen, dass Sie und/oder etwaige Sie beherrschende Gesellschafter von einschlägigen Sanktionen betroffen sind.

12. Marketing

Soweit Sie uns schriftlich nicht anders anweisen und keine höchstpersönlichen Angelegenheiten oder Mandate von Verbrauchern i.S.d. § 13 BGB

betroffen sind, gestatten Sie uns, den Auftragsinhalt zu Marketingzwecken bekannt zu machen. Die Gestattung erstreckt sich ausschließlich auf die sachliche Beschreibung des wesentlichen Auftragsinhalts und des Auftraggebers (z.B. Referenzlisten mit Firma und Logo sowie Score Cards).

13. Verjährung

(a) Für die Verjährung von Mängelbeseitigungsansprüchen gilt Nummer 7 (2) der AAB. Im Übrigen gelten für die Verjährung die nachfolgenden Absätze.

(b) Im Falle von einfacher Fahrlässigkeit, die nicht die Verletzung von Leben, Körper, Freiheit oder Gesundheit zum Gegenstand hat, beträgt die regelmäßige Verjährungsfrist für gegen uns gerichtete Ansprüche ein Jahr.

(c) Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist und Sie von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt haben oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätten erlangen können. Ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grobe Fahrlässigkeit verjähren die Ansprüche nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren ab ihrer Entstehung sowie ohne Rücksicht auf ihre Entstehung und die Kenntnis oder grobe Fahrlässigkeit in zehn Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen Schaden auslösenden Ereignis an. Maßgeblich ist die früher endende Frist.

(d) Im Übrigen verbleibt es bei den gesetzlichen Vorschriften.

14. Gerichtsstand, Formerfordernis, Salvatorische Klausel

(a) Sofern Sie Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich rechtliches Sondervermögen sind oder keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland haben, ist Gerichtsstand für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Mandatsvereinbarung nach unserer Wahl (i) Hamburg, (ii) das Gericht an dem Ort, an dem die streitgegenständlichen Arbeiten erbracht wurden, oder (iii) das Gericht, in dessen Zuständigkeitsbereich Sie Ihren Sitz oder Wohnort haben.

(b) Jede Änderung, Ergänzung oder Aufhebung der Mandatsvereinbarung bedarf mindestens der Textform. Dies gilt auch für eine Änderung, Ergänzung oder Aufhebung dieser Nummer 14 (b) BAB.

(c) Sollten eine oder mehrere Regelungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise nichtig oder undurchführbar sein, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen. An die Stelle der nichtigen oder undurchführbaren Regelung tritt in dem Fall eine andere Regelung, die den gewünschten, von den Vertragsparteien angestrebten Zielen soweit als möglich entspricht. Dies gilt entsprechend im Falle einer Vertragslücke.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere der Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufbereitungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Bericht

zur örtlichen Prüfung 2023

des Abwasserzweckverbandes
„Obere Röder“

Verbandsvorsitzender:

Herr Bürgermeister Künzelmann

Geschäftsführer:

Herr Friedemann

Oktober 2024

Inhaltsverzeichnis

1	Auftrag und Auftragsdurchführung.....	4
2	Rechtliche Verhältnisse.....	5
3	Prüfungsumfang und Prüfungsdurchführung	7
3.1	Allgemein	7
3.2	Strukturänderung	8
3.3	Satzungsänderungen.....	9
3.4	Prüfung der Einhaltung der für die Verwaltung der Gemeinde geltenden Vorschriften	9
3.4.1	Einhaltung Haushaltsrecht und Eigenbetriebsrecht	9
3.4.2	Einhaltung der Vorschriften für das Kassenwesen	12
3.4.3	Einhaltung Kommunalabgabenrecht.....	13
3.4.4	Einhaltung Vergabevorschriften, Auftragsvergaben.....	13
3.5	Einhaltung der Beschlüsse der Verbandsorgane	14
3.6	Prüfung der Angemessenheit von Vergütungen zwischen dem Zweckverband und den Verbandsgemeinden	14
3.7	Prüfung der Beziehungen zu Tochtergesellschaften.....	15
3.7.1	Allgemeine Anmerkungen	15
3.7.2	Vereinbarung über Energielieferungen BVR/AZV	16
3.8	BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage.....	16
4	Prüfungsergebnis.....	17

Abkürzungsverzeichnis

AO	Abgabenordnung
AZV	Abwasserzweckverband
BgA	Betrieb gewerblicher Art
EUR	Euro
SächsKomPrüfVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über das kommunale Prüfungswesen (Sächsische Kommunalprüfungsverordnung - SächsKomPrüfVO -)
SächsEigBVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der kommunalen Eigenbetriebe (Sächsische Eigenbetriebsverordnung – SächsEigBVO)
SächsGemO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)
SächsKAG	Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG)
TEUR	Tausend Euro

1 Auftrag und Auftragsdurchführung

Der Verbandsvorsitzende, Herr Bürgermeister Veit Künzelmann, hat uns auf der Grundlage des Beschlusses der Verbandsversammlung von 25. September 2023 beauftragt, die örtliche Prüfung des

Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ (nachfolgend: AZV)

gemäß § 59 SächsKomZG i.V.m. § 105 SächsGemO für die Jahre 2023-2027 durchzuführen.

Nachdem der Beauftragung keine Hinderungsgründe entgegenstanden, haben wir den Auftrag bestätigt.

Den nachfolgenden Bericht erstatten wir aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Prüfung.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2017 maßgebend, die als Anlage beigefügt sind. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an den AZV Obere Röder.

2 Rechtliche Verhältnisse

Der AZV wurde auf der Grundlage einer **Satzung** im Geschäftsjahr 1991 gegründet. Die endgültige Genehmigung durch das Regierungspräsidium Dresden erfolgte mit Schreiben vom 10. Juli 1992. Die Verbandssatzung wurde wirksam zum 1. Dezember 1992. Die erste Neufassung der Satzung erfolgte im Jahr 1995 und wurde 1996 genehmigt. Weitere Satzungsänderungen wurden in 1997 und in 2000 beschlossen.

Für den Prüfungszeitraum 2021 galt die Satzung in der Fassung der Sicherheitsneugründung vom 11. Mai 2006, genehmigt durch das Regierungspräsidium Dresden mit Schreiben vom 3. Juli 2006. Die Veröffentlichung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt vom 14. September 2006 und wurde gemäß § 28 der Satzung zum 15. September 2006 wirksam. Der Artikel 1 und 2 wurde anschließend zum 09. November 2011 angepasst.

Durch die Eingemeindung der Gemeinde Bretnig-Hauswalde in die Stadt Großröhrsdorf zum 01.01.2017 musste die Satzung erneut angepasst werden, in dem Rahmen wurden auch die Bewirtschaftungsgrenzen heraufgesetzt. Die zweite Satzungsänderung wurde in der Verbandsversammlung vom 08. Juni 2017 einstimmig beschlossen. Die Satzungsänderung wurde von der Rechtsaufsicht mit Schreiben vom 15.09.2017 genehmigt.

Durch die Fortentwicklung der elektronischen Datenverarbeitung haben die Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung vom 03. Dezember 2020 die Möglichkeit geschaffen, Einladungen und Unterlagen entsprechend § 36 (3) SächsGemO elektronisch zu versenden und die Satzung mit der 3. Satzungsänderung entsprechend zu modifizieren. Der Beschluss wurde mit Beschluss vom 29.04.2021 aufgehoben und neu gefasst. Die Bekanntmachung erfolgte in den Mitteilungsblättern im Landkreis Bautzen in den Ausgaben Bischofswerda und Kamenz am 14. August 2021. Die Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt erfolgte durch den Landkreis am 23. September 2021. Die Änderungen wurden einen Tag nach der Veröffentlichung und somit am 24. September 2021 wirksam.

In der Verbandsversammlung vom 02. März 2022 wurde die vierte Änderung zur Verbandssatzung vom 22. März 2006 beschlossen. Die Änderung umfasste nur

§ 10 (2) der Satzung. Diese wurde von der Rechtsaufsicht mit Schreiben vom 04. April 2022 genehmigt und am 23. Juni 2022 öffentlich Bekannt gemacht.

Der Abwasserzweckverband führt gemäß § 1 der Satzung den **Namen** „Obere Röder“.

Gegenstand des AZV war im Prüfungszeitraum die Beseitigung der im Verbandsgebiet anfallenden Abwässer nach § 63 Abs. 1 Sächsisches Wassergesetz. Aufgaben der Abwasserbeseitigung darf der Verband auch für andere Gemeinden oder Gemeindeteile ausführen. Der Verband kann sich zur Aufgabenerfüllung auch Dritter bedienen. Ein Gewinn wird nicht angestrebt.

Die Ortsnetze verbleiben bei den Verbandsgemeinden (§ 1 Satzung), ebenso wie die Beitrags- und Gebührenhoheit (§ 2 Satzung). Bei dem AZV handelt es sich somit um einen Teilzweckverband.

Organe des AZV waren im Prüfungszeitraum gemäß § 8 der Satzung die Versammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.

Die **Finanzierung** des AZV erfolgt durch Umlagen an die Verbandsgemeinden gemäß den §§ 22 und 23 der Satzung.

Der Verband führt seine **Geschäfte** entsprechend § 58 Abs. 2 SächsKomZG nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften (§ 21 Abs. 1 der Satzung).

3 Prüfungsumfang und Prüfungsdurchführung

3.1 Allgemein

Nach § 59 Abs. 3 SächsKomZG i.V.m. § 105 SächsGemO ist in Vorbereitung des Beschlusses über den Jahresabschluss des Abwasserzweckverbandes zu prüfen, ob

- a) die für die Verwaltung der Gemeinde geltenden Vorschriften und die Beschlüsse des Gemeinderates sowie die Anordnungen des Bürgermeisters eingehalten worden sind,
- b) die Vergütung der Leistungen, Lieferungen und Leihgelder der Gemeinde für die Betriebe, der Betriebe für die Gemeinde und der Betriebe untereinander angemessen ist und
- c) das von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Eigenkapital angemessen verzinst wird.

Das Ergebnis der Jahresabschlussprüfung ist bei der örtlichen Prüfung zu berücksichtigen. Die Prüfung durch die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war zum Zeitpunkt unserer Prüfung abgeschlossen, die Fertigstellung erfolgte bis zur Fertigstellung unseres Berichtes.

Der Umfang der Prüfungsaufgaben ergibt sich in Anlehnung an § 10 ff. SächsKom-PrüfVO.

Die Prüfung haben wir in der Zeit vom 02. August 2023 bis 18. Oktober 2024 mit Unterbrechungen in den Geschäftsräumen des AZV und in unserem Büro in Dresden durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfberichtes.

Zur Prüfung wurden uns die Satzung des AZV einschließlich der Änderungen, wesentliche Verträge, die Beschlüsse der Verbandsversammlung sowie des Verwaltungsrates und der Wirtschaftsplan des AZV für den Prüfungszeitraum vorgelegt.

Auskünfte wurden uns von dem Geschäftsführer Herrn Friedemann sowie weiteren Mitarbeitern des AZV erteilt.

Die Prüfung erfolgte anhand der vorgelegten Unterlagen und erteilten Auskünfte. Die Prüfung der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften erfolgte entsprechend

§ 6 Abs. 1 SächsKomPrüfVO in Schwerpunkten und auf der Basis von Stichproben. Die Stichproben wurden aufgrund Risikoeinschätzung aus der Geschäftstätigkeit des AZV ausgewählt. Aufgrund der Vorgehensweise in Stichproben ist es nicht ausgeschlossen, dass gegebenenfalls auch Fehler und Gesetzesverstöße, die für den Zweckverband von einiger Bedeutung sind, nicht aufgedeckt werden.

Berufsüblich weisen wir darauf hin, dass die Prüfung der Angemessenheit des Versicherungsschutzes nicht Gegenstand unseres Auftrags war.

3.2 Strukturänderung

Im Geschäftsjahr 2023 erfolgten keine wesentlichen Strukturänderungen.

Seit 01. Januar 2008 wurde auch die Betriebsführung der Ortsnetze von den Verbandsgemeinden durch den AZV übernommen. Verträge mit drei Verbandsgemeinden wurden auf deren Wunsch auf der Verbandsversammlung am 03. Juli 2008 an die aktuellen Bedürfnisse angepasst.

Nach der Außerbetriebnahme der Kläranlage Rossendorf erfolgt die Überleitung der Abwässer der zu Großerkmannsdorf gehörenden Siedlung Rossendorf an die Stadtentwässerung Dresden GmbH auf der Grundlage des Einleitvertrages vom 21. Dezember 2009/11. Februar 2010.

Innerhalb des BgA Leistungen für fremde Dritte werden im Wesentlichen Entgelte für die Annahme von Abwässern Dritter geführt.

Mit Wirkung ab 01. Juli 2012 wurde ein Dienstleistungsvertrag mit der BVR über die Durchführung der Finanzbuchführung, Fakturierung und Lohn- und Gehaltsabrechnung abgeschlossen. Mit erster Nachtragsvereinbarung vom 18. November 2016 wurde die Vergütung ab 01. Januar 2023 auf EUR 1.776,50 netto analog der Tariflohnerhöhung angehoben. Das Entgelt ist nicht zu beanstanden.

Der BgA Leistungen für fremde Dritte erzielte in 2023 mit einem Umsatz von TEUR 220 (i.Vj.: TEUR 280) einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 91 (i.Vj.: TEUR 28). Die Umsatzminderung von TEUR -60 ist vor allem durch geringere Weiterberechnungen (TEUR -58) bedingt.

3.3 Satzungsänderungen

In der Verbandsversammlung am 29. April 2021 wurden verschiedene Regelungen der Verbandssatzung neu beschlossen. Dies betrifft vor allem die Vertretungsregelung und die Stimmverteilung sowie die öffentlichen und ortsüblichen Bekanntmachungen, die ab Wirksamkeit der Satzungsänderung im elektronischen Amtsblatt des AZV Obere Röder erfolgen.

Die Veröffentlichung erfolgte nach Genehmigung der Rechtsaufsicht im Sächsischen Amtsblatt Nr. 38 vom 23. September 2021. Die Regelungen traten somit am 24. September 2021 in Kraft.

In der Verbandsversammlung vom 02. März 2022 wurde die vierte Änderung zur Verbandssatzung vom 22. März 2006 beschlossen. Die Änderung umfasste nur § 10 (2) der Satzung. Diese wurde von der Rechtsaufsicht mit Schreiben vom 04. April 2022 genehmigt und am 23. Juni 2022 öffentlich Bekannt gemacht.

3.4 Prüfung der Einhaltung der für die Verwaltung der Gemeinde geltenden Vorschriften

3.4.1 Einhaltung Haushaltsrecht und Eigenbetriebsrecht

Vorjahresabschluss

Der Jahresabschluss des AZV zum 31. Dezember 2022 wurde mit Beschluss der Verbandsversammlung 05/2023 vom 25. September 2023 festgestellt. Die Beschlussfassung orientiert sich am § 34 SächsEigBVO. Es wurde beschlossen:

1) Feststellung des Jahresabschlusses (Beschluss 05/2023)

2) Ergebnisverwendung (Beschluss 06/2023)

„Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ beschließt das Jahresergebnis i.H.v. 108.964,00 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.“

3) Entlastung des Verbandsvorsitzenden (Beschluss 07/2023).

Beanstandungen sind nicht zu erheben.

Die Beschlussfassung wurde bis 30.09.2022 vollzogen, wie von § 58 SächsKomZG iVm § 34 SächsEigBVO gefordert.

Wirtschaftsplan

Der AZV hat entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung einen Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 erstellt. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgs-, den Liquiditäts- und den Finanzplan jeweils für den gesamten AZV sowie eine Stellenübersicht. Der Entwurf lag vom 22. August 2022 bis 09. September 2022 in den Geschäftsräumen des AZV aus, auf die Auslegung wurde im Amtsblatt 33/2022 vom 17. August 2022 hingewiesen. Einwendungen konnten bis Ablauf von 14 Arbeitstagen und somit bis 09. September 2022 vorgebracht werden, auf die Frist wurde in der Bekanntgabe im elektronischen Amtsblatt des AZV Obere Röder hingewiesen. Einwendungen wurden auskunftsgemäß nicht erhoben. Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2023 wurde mit Beschluss der Verbandsversammlung am 14. Oktober 2022 mit Nr. 12/2022 beschlossen. Der Wirtschaftsplan des AZV wurde dem Landratsamt Bautzen als Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt. Die Bestätigung der Rechtmäßigkeit des Beschlusses der Verbandsversammlung über die Haushaltsatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde erfolgte am 08. Dezember 2022 mit Hinweisen, denen wir uns teilweise anschließen. Die Bekanntmachungen erfolgten am 21. Dezember 2022 im elektronischen Amtsblatt 51/2022 des AZV Obere Röder mit dem Hinweis der Auslage in der Geschäftsstelle vom 27. Dezember 2022 bis 03. Januar 2023.

Der Erfolgs-, Liquiditäts- und Finanzplan sowie die Stellenübersicht waren nach dem Ergebnis unserer Prüfung unter Beachtung der Hinweise der Rechtsaufsicht nicht zu beanstanden.

Die Gegenüberstellung des Erfolgsplanes (AZV „Obere Röder“) mit den erreichten Ergebnissen des Geschäftsjahres 2023 ergab die nachfolgend aufgeführten wesentlichen Abweichungen.

	GuV	Erfolgs-Plan	Abweichung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Umsatzerlöse	6.844,5	6.652,4	192,1	2,9%
sonstige betriebliche Erträge (einschl. periodenfremde)	869,7	861,7	8,0	0,9%
Betriebsertrag	7.714,2	7.514,1	200,1	2,7%
Materialaufwand	2.640,5	2.469,1	171,4	6,9%
Personalaufwand	1.199,9	1.248,7	-48,8	-3,9%
Abschreibungen	1.894,0	1.922,7	-28,7	-1,5%
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.654,3	1.710,7	-56,4	-3,3%
Betriebsaufwand	7.388,7	7.351,2	37,5	0,5%
Betriebsergebnis	325,5	162,9	162,6	99,8%
Finanzergebnis	-54,6	-61,8	7,2	-11,7%
Ergebnis der gewöhnlichen				
Geschäftstätigkeit	270,9	101,1	169,8	168,0%
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-40,9	-25,4	-15,5	61,0%
sonstige Steuern	-1,8	-1,5	-0,3	20,0%
Jahresgewinn	228,2	74,2	154,0	207,5%

Der Erfolgsplan des Zweckverbandes sah in der Planung einen moderaten Jahresgewinn vor. Dieser konnte bedeutend erhöht werden. Dies ist vor allem auf die höheren Betriebserträge (TEUR +200) bei nur geringfügig höheren Kosten (TEUR +38) bei.

Die Umsätze haben sich gegenüber der Planung vor allem auf Grund höherer Einleitentgelt der Sachsenmilch Holding AG (SAHO) von TEUR +87, höherer Einleitentgelte OT Schönborn (TEUR +31), höherer Entgelte BVR (TEUR +27) und Erlösen aus Weiterberechnungen von TEUR +62 erhöht.

Die geringfügig höheren sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR +8) resultieren vor allem aus periodenfremden Erträgen vor allem aus Stromabrechnungen 2022.

Der höhere Materialaufwand als geplant ist vor allem auf höhere Energiebezugskosten für Abwasseranlagen (TEUR +87) und einem höheren Einsatz an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (TEUR 146) zurückzuführen auf Mehrmengen und Preiserhöhungen zurückzuführen.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber der Planung vor allem durch zeitweise unbesetzte Stellen und Krankheit niedriger ausgefallen.

Die Abschreibungen waren durch Zugänge vor allem im Bereich der Sachanlagen höher als geplant.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind vor allem auf Grund geringerer Aufwendungen für Instandhaltungen für Ortsnetze (TEUR -58) sowie Verbandsanlagen (TEUR -94) niedriger als geplant.

Jahresabschluss und Lagebericht

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde durch eine Steuerberatungsgesellschaft mit Datum vom 30. April 2024 aufgestellt. Nach § 31 Abs. 2 SächsEigBVO hat die Aufstellung innerhalb von vier Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres zu erfolgen. Die gesetzliche Aufstellungsfrist wurde somit eingehalten. Die Vorschriften der §§ 24 bis 29 SächsEigBVO wurden beachtet. Der Lagebericht enthält die nach § 30 SächsEigBVO geforderten Angaben und stellt die Lage des Zweckverbandes ausführlich und anschaulich dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und der Eigenbetriebsverordnung erfolgt durch die Prüfung des Jahresabschlusses nach § 32 SächsEigBVO.

Buchhaltung

Wir haben die Belege im Rahmen einer Belegprüfung in Stichproben geprüft. Die notwendigen Unterschriften der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit und die Anordnung waren vorhanden. Verstöße gegen die Grenzen der Zeichnungsberechtigungen nach der Kassenordnung haben wir nicht festgestellt.

3.4.2 Einhaltung der Vorschriften für das Kassenwesen

Der Zweckverband führt mehrere Girokonten und bewirtschaftet seine Kassenmittel selbst. Die Dienstanweisung für das Kassenwesen vom 27. Oktober 2006, geändert mit Datum vom 28. Januar 2008 und 16. Juni 2011 galt bis 31.10.2023 und wurde von der Dienstanweisung vom 19. Oktober 2023 mit Wirkung ab 01. November 2023 abgelöst.

Die Dienstanweisung enthält alle notwendigen Bestandteile. Der Geschäftsführer Herr Friedemann darf neben dem Verbandsvorsitzenden und dem Stellvertreter unbeschränkt zeichnen. Bis zu einem Betrag von TEUR 10 dürfen zudem der technische Leiter in seinen Bereichen und die Verantwortliche im kaufmännischen Bereich anordnen.

Zum Zeitpunkt der örtlichen Prüfung war die Barkasse entsprechend unserer Empfehlung im Jahr 2022 abgeschafft worden. Die Auflösung erfolgte am 11. Oktober 2022 und wurde durch Unterzeichnung sämtlicher Kassenverwalter und des Geschäftsführers dokumentiert.

Geldanlagen wurden auf Grund der Zinslage nicht mehr vorgenommen. Im Prüfungszeitraum wurden Zinserträge aus Bankkonten in Höhe von TEUR 0,0 (i.Vj.: TEUR 0,0) erwirtschaftet. Zinsen wurden lediglich bei der Abzinsung von Rückstellungen und aus Steuerforderungen erfasst.

3.4.3 Einhaltung Kommunalabgabenrecht

Der AZV erhebt selbst keine Abgaben nach dem Kommunalabgabenrecht, sondern finanziert sich durch Umlagen (Betriebskostenumlagen nach § 22 Satzung, Kapitalumlagen nach § 23 Satzung) an die Mitgliedskommunen.

3.4.4 Einhaltung Vergabevorschriften, Auftragsvergaben

Im Umlaufverfahren erfolgte die Vergabe der Bauleistung „Klimatisierung der Betriebsgebäude 1 und 2“ unter der Beschlussnummer 03/2023. Dies ist die einzige Vergabe über die in Verbandsversammlungen im Jahr 2023 beschlossen werden musste; zwei weitere Vergaben zu Grünpflege erfolgten durch den Verwaltungsrat. Zu der Vergabe durch die Verbandsversammlung haben wir den Vergabevorschlag einer kritischen Durchsicht unterzogen.

Die Vergabe erfolgte im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung. Es gingen 6 Angebote ein. Von den Angeboten mussten 2 Angebote auf Grund nicht gleichwertiger Angebote ausgeschlossen werden, da die Geräte nicht über die geforderten Gassensoren in der Inneneinheit verfügten. Der Vergabevermerk des betreuenden Ingenieurbüros ist sehr gut nachvollziehbar. Der Beschlussvorlage war

der Vergabevermerk beigefügt. Der Vorlage haben alle Verbandsmittglieder zugestimmt.

Es sind keine Beanstandungen zu erheben.

3.5 Einhaltung der Beschlüsse der Verbandsorgane

Im Prüfungszeitraum hat die Verbandsversammlung zwei Sitzungen abgehalten, am 26. April 2023 (nicht öffentlich) und am 25. September 2023. Daneben wurden mehrere Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst. Die Umsetzung dieser Beschlüsse haben wir in Stichproben geprüft.

Zu den Beschlüssen ergaben sich keine Beanstandungen.

Der Verwaltungsrat hat in 2023 im Wesentlichen zwei Vergabebeschlüsse gefasst. Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Beschlüsse nicht entsprechend umgesetzt wurden.

3.6 Prüfung der Angemessenheit von Vergütungen zwischen dem Zweckverband und den Verbandsgemeinden

Zur Finanzierung erhebt der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ Umlagen von den Verbandsgemeinden nach der Verbandssatzung.

Zur Deckung der Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen wird eine Betriebskostenumlage nach § 22 der Satzung erhoben. Umlageschlüssel ist dabei die Menge der für das Mitglied entsorgten Frischwassermenge zur insgesamt angefallenen Frischwassermenge.

Nach der Satzung (§23) werden die „... dem Verband entstehenden Aufwendungen für Investitionen ..., soweit sie nicht durch andere Einnahmen gedeckt sind, von den Verbandsmitgliedern durch Kapitalumlagen aufgebracht.“ Ab der Haushaltssatzung 2015 erfolgt die Aufbringung durch angesparte Abschreibungen, die Bestandteil der Betriebskostenumlage sind.

Die Umlagen wurden satzungsgemäß in der Haushaltssatzung von den Verbandsmitgliedern erhoben. Der AZV ist auf der Grundlage bilateraler Verträge für einige Verbandsgemeinden tätig. Des Weiteren bestehen bilaterale Verträge mit Eigenbetrieben von Verbandsgemeinden. Unangemessene Preisgestaltungen haben wir nicht festgestellt.

3.7 Prüfung der Beziehungen zu Tochtergesellschaften

3.7.1 Allgemeine Anmerkungen

Der AZV ist mit 51 % an der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (kurz: BVR) beteiligt. Die restlichen 49 % hält die Gesellschaft selbst. Somit ist der AZV mit einem nominalen Anteil von 51% tatsächlich alleiniger Eigentümer.

Die BVR betreibt eine Bio-Covergärungsanlage.

Der AZV vermietet die Bio-Covergärungsanlage an die BVR. Der Mietvertrag datiert auf den 25. Juni 1999. Die Mieterlöse belaufen sich im Jahr 2023 gemäß Bericht des Steuerberaters auf EUR 345.335,04. Grundlage ist der ab 01.11.2013 geltende, mit dem Beschluss der Verbandsversammlung 14/2013 vom 05. Dezember 2013 geänderten Mietvertrag. Der Mietpreis basiert auf einer Kalkulation des damaligen Steuerbüros.

Die BVR nimmt Klärschlamm vom AZV sowie biogene Flüssigstoffe von dritter Seite entgegen und verwertet diese zu Gas und Strom. Strom und Gas werden vom AZV sowie anderen ansässigen Firmen genutzt. Der Strom wird auch in das öffentliche Netz eingespeist. Wärme wird zudem an die Wärmeversorgung Radeberg GmbH verkauft, die damit über entsprechende Leitungen unter anderem eine Schule beheizt.

Die Prüfung nach § 53 HGrG ist erfolgt. Der Prüfungsbericht vom 30. August 2024 lag uns bei unserer Prüfung vor. Gemäß dem Bestätigungsvermerk und den Antworten nach dem Fragenkatalog zu § 53 HGrG (Anlage 3) ergaben sich aus dem uns vorliegenden Bericht 2023 keine Beanstandungen.

3.7.2 Vereinbarung über Energielieferungen BVR/AZV

In der Verbandsversammlung am 24. Juni 2010 wurde der Vereinbarung über die Verrechnungspreise für Energie- und Wärmelieferungen zugestimmt. Die Vereinbarung wurde am 08. Juli 2010 unterzeichnet.

Die Verrechnungspreise wurden letztmalig auf der Grundlage einer Kalkulation entsprechend der Anlage 1 zum Liefervertrag mit Datum ab 01.01.2023 auf der Grundlage einer Kalkulation angepasst.

Die Preise für Energie und Wärme valutieren unter den Vergleichswerten der Sachsen Energie und der regionalen Wärmeversorger.

3.8 BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage

Die Vermietung der Bio-Covergärungsanlage wird als Betrieb gewerblicher Art und hoheitlicher Teil separat aufgestellt, ist aber im Gesamtabschluss des AZV enthalten.

Nach den uns vorliegenden Abschlüssen hat die Vermietung insgesamt einen Jahresüberschuss von TEUR 36 erzielt. Davon entfallen auf den Betrieb gewerblicher Art TEUR 0 und TEUR 36 auf den hoheitlichen Teil, da nach langwierigen Diskussionen auch Fördermittel für die Anlagenteile erhalten wurden, die für den hoheitlichen Teil beschafft und die lediglich gewerblich mitgenutzt werden.

Mit dem Jahresüberschuss werden die Verluste aus den Vorjahren in der Sparte Vermietung BioCo gesamt weiterhin abgebaut. Im Geschäftsjahr wurde der Verlustvortrag von TEUR 940 auf TEUR 890 abgebaut. Es wird in der Sparte Vermietung BioCo gesamt ein positives Eigenkapital mit TEUR 322 ausgewiesen.

Anmerkungen ergeben sich aus unserer Sicht nicht.

4 Prüfungsergebnis

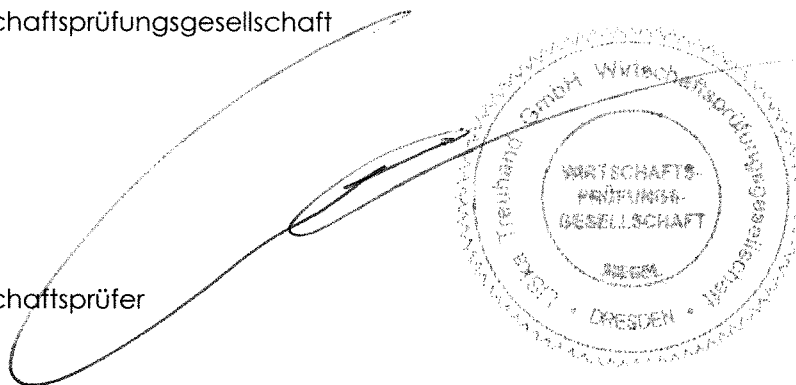
Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung empfehlen wir der Verbandsversammlung, den Jahresabschluss des **Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ zum 31.12.2023** in der am 30. August 2024 von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, testierten Form festzustellen.

Dresden, 18. Oktober 2024

LiSKa Treuhand GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Skala
Wirtschaftsprüfer



Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unbeachtlicher Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offensbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Fortschreibung der Überwachungen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitbeilegungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

**Bericht über die Erstellung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023**

AZV Obere Röder

An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Inhaltsverzeichnis

Auftrag und Auftragsdurchführung	4
Rechtliche Verhältnisse	5
Wirtschaftliche Grundlagen	6
Steuerliche Verhältnisse	8
Erläuterungen zum Jahresabschluss	10
Bescheinigung	36

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2023
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023
Anlage 3	Anhang mit Anlagenspiegel
Anlage 4	Übersicht über die Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden
Anlage 5	Gegenüberstellung Wirtschaftsplan und Jahresabschluss 2023
	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Auftrag und Auftragsdurchführung

Der Verbandsvorsitzende des

AZV Obere Röder

An den Dreihäusern 14
01454 Radeberg

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu erstellen. Dem Auftrag lag die Buchführung, die vom AZV Obere Röder erstellt wurde, sowie der unter dem 28. April 2023 erstellte Jahresabschluss des Vorjahres zugrunde. Auskünfte wurden von der Geschäftsführung und den uns benannten Mitarbeitern erteilt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden auf Basis der uns vorgelegten Unterlagen und der uns erteilten Auskünfte nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt und aus den Büchern des AZV entwickelt. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden gemäß Anweisung durch die Geschäftsführung ausgeübt. Nach der von der Geschäftsführung abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind in der Bilanz die Vermögens- und Schuldposten vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitserklärung bestanden am Bilanzstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse, sowie keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen als aus der Bilanz bzw. dem Anhang ersichtlich sind.

Weitere Informationen zu den einzelnen Positionen der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung sind im nachfolgenden Erläuterungsbericht dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2017 maßgebend, die als Anlage beigefügt sind. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an die Gesellschaft.

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	AZV Obere Röder
Rechtsform:	Zweckverband gemäß SächsKomZG in der Form des Teilzweckverbandes
Satzung:	Verbandssatzung vom 11. Mai 2006 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 02. März 2022
Wirtschaftsführung:	nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften (SächsEigBVO)
Sitz:	Radeberg
Ort der Geschäftsleitung:	An den Dreihäusern 14 01454 Radeberg
Gegenstand des Unternehmens:	Beseitigung des Abwassers im Verbandsgebiet. Unterstützung der Verbandsgemeinden gegen Kostenersatz bei der Abwasserbeseitigung
Geschäftsjahr:	01.01.2023 bis 31.12.2023
Dauer der Gesellschaft:	Der Zweckverband ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Mitglieder:	Gemeinde Arnsdorf inkl. OT Fischbach, Wallroda und Kleinwolmsdorf Anteil: 12,59 % Stadt Großröhrsdorf inkl. OT Kleinröhrsdorf und Bretnig-Hauswalde Anteil: 26,48 % Große Kreisstadt Radeberg inkl. OT Liegau-Augustusbad, Ullersdorf, Großerkmansdorf Anteil: 57,45 % Gemeinde Wachau nur mit dem OT Leppersdorf Anteil: 2,40 Gemeinde Großhartau nur mit dem OT Seeligstadt Anteil: 1,08 %
Gesetzlicher Vertreter:	Herr Veit Künzelmann (Bürgermeister Gemeinde Wachau)
Geschäftsführung:	Herr Jörg Friedemann

Wirtschaftliche Grundlagen

Wirtschaftliche Grundlagen des Zweckverbandes sind die Beseitigung des im Verbandsgebiet anfallenden Abwassers sowie die Betreibung, die Herstellung und die Erhaltung der überörtlichen Abwasseranlagen.

Die Ortskanalisation wird von den Verbandsmitgliedern in eigener Verantwortung hergestellt und auftragsgemäß ab dem 01.01.2008 durch den Zweckverband mit Ausnahme Gemeinde Großharthau OT Seeligstadt betrieben. Das Satzungsrecht und das Recht, Beiträge zu erheben, sowie die Gebührenhoheit bleiben uneingeschränkt bei den Verbandsgemeinden.

Der Zweckverband erstrebt nach § 2 Nr. 4 der Satzung insoweit keinen Gewinn.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ erbringt Tätigkeiten die steuerlich zu Betrieben gewerblicher Art führen. Dabei handelt es sich um:

a) Vermietung der Bio-Covergärungsanlage

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat auf dem Gelände der Kläranlage Radeberg im Jahr 1998 eine Bioverwertungsanlage errichtet, die im Jahr 1999 fertig gestellt wurde. Die Vermietung erfolgte an die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (Betriebskapitalgesellschaft) ab 01.06.1999.

Nach dem Bescheid des Regierungspräsidiums Dresden vom 31.08.1998 über die Genehmigung der Beteiligung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ an der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH sowie nach dem Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Dresden vom 08.04.1999 zum Um- und Ausbau der Kläranlage Radeberg einschließlich der Errichtung einer Bio-Covergärungsanlage ist mit dem Betrieb der Bioverwertungsanlage vorrangig die Klärschlammverwertung zu sichern. Daneben dürfen Bioabfälle verwertet werden. Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ kann diese Auflagen in der Betriebskapitalgesellschaft durchsetzen, weil:

- er mit 51 % des Stimmenanteils seinen Willen durchsetzen kann,
- er dieser die Bioverwertungsanlage, die für diese die wesentliche Betriebsgrundlage darstellt, mietweise überlässt,
- diese in den organisatorischen Ablauf des Kläranlagenbetriebs eingebunden ist.

Seit der Vermietung der Bioverwertungsanlage am 01.06.1999 besteht zwischen dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Vermietung der Bioverwertungsanlage, und der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH das Institut der Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ betätigt sich mit der Vermietung der Bioverwertungsanlage außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben insoweit, als die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH die Bioverwertungsanlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Die **Klärschlammverwertung**, auch wenn sie durch die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH erledigt wird, stellt weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar. Nach § 4 Abs. 5 KStG i. V. m. KStR A 4.1. und KStR H 4.4 „Hoheitsbetrieb“ kann mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben keine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden. Auch wenn sich der für die Klärschlammentsorgung zuständige Abwasserzweckverband „Obere Röder“ zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH als Betriebskapitalgesellschaft bedient, kann er sich dadurch nicht vollständig seiner Pflichtaufgaben entledigen (BFH-Urteil vom 09.10.2002, AZ. V-R-64/99 und Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom

14.12.2006, AZ. 7-C-4/06). Die Klärschlamm Entsorgung bleibt somit Aufgabe des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ und ist seinem Hoheitsbetrieb zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat. Die Abrechnungsmodalitäten sind im Vertrag vom 08.08.2007 festgelegt.

Die **Verwertung von Bioabfällen** stellt für die BVR Bio- Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH eine selbständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der sie Gewinn erzielt. Dieser Bereich steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben.

Dementsprechend unterliegt die **Vermietung der Anlage nur hinsichtlich der Nutzung zu gewerblichen Zwecken der Steuerpflicht**. Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen.

Ab dem Zeitpunkt der Vermietung und Inbetriebnahme der Bioverwertungsanlage wurden der Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ fasste in der Verbandsversammlung vom 10.10.2013 den Beschluss, die Anlagenteile für die Verwertung von Feststoffen nicht zu ersetzen, sondern ab dem 01.11.2013 die Miete und den allgemeinen Kostenaufteilungsschlüssel anzupassen.

Danach wurde im Jahr 2023 die Anlage geringfügig verändert zum Vorjahr im Jahresdurchschnitt zu 69% (i.Vj.: 71%) für hoheitliche Zwecke verwendet und zu 31% (i.Vj.: 29%) gewerblich genutzt.

Der steuerliche Jahresabschluss des BgA ist im handelsrechtlichen Jahresabschluss des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ enthalten.

b) b) Leistungen für fremde Dritte

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ erbringt Leistungen außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben. Das betrifft im Wesentlichen Entsorgungsleistungen für gewerbliche Unternehmen.

Diese Tätigkeiten gehören nicht zu den hoheitlichen Aufgaben. Der Zweckverband tritt insoweit zu privatwirtschaftlichen Unternehmen in den Wettbewerb und ist somit unternehmerisch tätig.

Die steuerliche Gewinnermittlung des BgA ist im handelsrechtlichen Jahresabschluss des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ enthalten.

Steuerliche Verhältnisse

Steuerpflicht:	nicht steuerpflichtig mit Hoheitsbetrieb als Teilzweckverband nach § 63 Abs. 1 SächsWG steuerpflichtig i. S. § 2 Abs. 3 UStG a.F. partielle Körperschaftsteuerpflicht mit Betrieben gewerblicher Art partielle Gewerbesteuerpflicht mit den Betrieben gewerblicher Art, die mit Gewinnerzielungsabsicht arbeiten
Finanzamt:	Hoyerswerda
Steuernummern:	Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Umsatzsteuern aller BgA 213/149/00585 BgA Vermietung der Bio-Covergärungsanlage 213/144/00272 BgA Leistungen für fremde Dritte 213/144/02682
Steuerbescheide:	<u>Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Umsatzsteuern aller BgA:</u> Die Umsatzsteuer für die Jahre 1999 bis 2017 sind endgültig veranlagt, die Jahre 2018 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 Abs. 1 AO). <u>BgA Vermietung Bioverwertungsanlage:</u> Die erklärten Ertragssteuern für die Jahre bis 2017 sind endgültig veranlagt. Für die Jahre 2018 bis 2022 erfolgte die Veranlagung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. <u>BgA Leistungen für fremde Dritte:</u> Die erklärten Ertragsteuern für die Jahre bis 2022 sind endgültig veranlagt.
Anhängige Verfahren:	keine
Letzte steuerliche Außenprüfungen:	StNr. 213/144/00302 (neu 213/149/00585): Steuerart: Umsatzsteuer Prüfungszeitraum: 1999 - 2001 StNr. 213/144/00272: Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001

	StNr. 213/144/00280: Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001
Letzte Lohnsteueraußenprüfung:	im Jahr 2010 für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.03.2010 (Haftungsbescheid vom 13.08.2010)
letzte sozialversicherungsrechtliche Prüfung:	im Jahr 2022 für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2021 (abschließendes Schreiben vom 04.05.2022)
Organschaft:	umsatzsteuerliche Organschaft ab 01.06.1999 <u>Organträger:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/149/00585 <u>Organgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Betriebsaufspaltung:	ab 01.06.1999 <u>Besitzunternehmen:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer 213/144/00272 <u>Betriebskapitalgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Umsatzversteuerung:	nach vereinbarten Entgelten
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:	DE203435871 für Abwasserzweckverband „Obere Röder“

Erläuterungen zum Jahresabschluss

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
254.897,38	267.527,00

Entwicklung:

Anfangsbestand	267.527,00	267.527,00
Zugänge	3.120,98	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	15.750,60	0,00
Endbestand	254.897,38	267.527,00

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Rechte	100,00	100,00
EDV-Software, entgeltl. erworben	10.462,00	26.112,00
Grunddienstbarkeiten (dingl. gesichert)	228.750,77	225.730,39
Grunddienstbarkeiten (schuldr. gesichert)	15.584,61	15.584,61
	254.897,38	267.527,00

In der Position werden vor allem Rechte, Softwarelizenzen und Grunddienstbarkeiten ausgewiesen.

Die **Zugänge** betreffen vor allem eine Lancom-Lizenz und Entschädigungen für Grunddienstbarkeiten (TEUR 3). **Abgänge** waren nicht zu verzeichnen.

Abschreibungen erfolgen bei der Software über eine Nutzungsdauer von 1 bis 5 Jahren. Rechte und Grunddienstbarkeiten werden nicht abgeschrieben.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>6.257.724,65</u>	<u>6.354.250,65</u>
<u>Entwicklung:</u>		
Anfangsbestand	6.354.250,65	6.354.250,65
Zugänge	36.116,67	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	78.425,04	0,00
Abschreibungen	211.067,71	0,00
Endbestand	<u>6.257.724,65</u>	<u>6.354.250,65</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Grundstückswert bebauter Grundstücke	1.735.914,65	1.735.914,65
Geschäftsbauten (eigene Grundstücke)	3.964.160,00	4.027.568,00
Garagen/Fahrradunterstand	7.803,00	8.290,00
Außenanlagen	3.169,00	4.167,00
Hof-, Wegebefestig (eig)		
Grst, Geschäftsb)	542.289,00	572.034,00
Tierheim	3.757,00	4.384,00
Außenanlagen (fremde Grundstücke)	9,00	9,00
Hof- und Wegebef. fr. Grundstücke	623,00	1.884,00
	<u>6.257.724,65</u>	<u>6.354.250,65</u>

Die Grundstücke und Bauten betreffen vor allem die Grundstücke für die Kläranlagen und sonstigen Anlagen in Radeberg, Kleinröhrsdorf, Großröhrsdorf, Wallroda und Leppersdorf sowie die betrieblichen Aufbauten (baulicher Teil).

Die **Zugänge und Umbuchungen** betreffen vor allem die Klimatisierung im Gebäude I mit zusammen TEUR 53 und Gebäude II mit zusammen TEUR 62. **Abgänge** sind nicht zu verzeichnen.

Die **Abschreibungen** erfolgen über Nutzungsdauern von 10 bis 50 Jahren.

2. technische Anlagen und Maschinen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>34.221.919,02</u>	<u>35.737.229,02</u>
<u>Entwicklung:</u>		
Anfangsbestand	35.737.229,02	35.737.229,02
Zugänge	83.545,75	0,00
Abgänge	3,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	1.598.852,75	0,00
Endbestand	<u>34.221.919,02</u>	<u>35.737.229,02</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Kläranlagen	3.252.625,00	3.497.480,00
Pumpwerke	531.766,00	555.734,00
Hauptsammler	25.997.931,00	26.796.104,00
Regenüberlaufbecken	1.041.955,00	1.157.939,00
Sonderbauwerke	532.732,00	576.870,00
techn. Anlagen und Maschinen	581,02	1.991,02
Bioverwertungsanlage	2.864.328,00	3.151.110,00
maschinelle Anlagen	1,00	1,00
	<u>34.221.919,02</u>	<u>35.737.229,02</u>

Die Technischen Anlagen und Maschinen betreffen die technischen Anlagenteile der Kläranlagen und Pumpwerke sowie das Leitungsnetz mit den zugehörigen Sonderbauwerken und der technische Teil der Bioverwertungsanlage.

Die **Zugänge** betreffen vor allem die Fällmitteldosiereinrichtung, eine Solaranlage, 2 Abwassertauchpumpen sowie die Gaswarnanlage. Die **Abgänge** betreffen die ausgetauschten Anlagen und Pumpen.

Die **Abschreibungen** erfolgen über Nutzungsdauern von 5 bis 50 Jahren.

3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>336.981,56</u>	<u>296.952,56</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	296.952,56	296.952,56
Zugänge	108.405,75	0,00
Abgänge	3,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	68.373,75	0,00
Endbestand	<u>336.981,56</u>	<u>296.952,56</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Pkw	2,00	2,00
Lkw	47.698,00	21.288,00
Sonstige Transportmittel	225.836,00	209.660,00
Werkzeuge	9.345,00	6.626,00
Ausrüstung Elt-Werkstatt	2.597,00	9,00
KA Rad. Ausrüstung Schlosserei/Öllager	10,00	10,00
Büroeinrichtung	33,51	117,51
Ausstattung BG/KA Radeberg	8.355,00	11.455,00
KA Radeberg - Ausstattung zentrale Warte	10.486,00	11.123,00
KA R - Betriebsausstattung	30.226,55	33.261,55
KA R - Erstausrüstung / 13.01	8,00	8,00
KA R - Laborausrüstung	2.384,50	3.392,50
	<u>336.981,56</u>	<u>296.952,56</u>

In dieser Position werden vor allem Fahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die **Zugänge** betreffen vor allem einen Transporter (TEUR 34) und einen Radlader JCB 409 (TEUR 58). Die **Abgänge** betreffen ausgesonderte Werkzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die **Nutzungsdauern** betragen 2 bis 30 Jahre.

4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>0,00</u>	<u>3.748,50</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	3.748,50	3.748,50
Zugänge	74.676,54	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	-78.425,04	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>0,00</u>	<u>3.748,50</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Technische Anlagen und Maschinen im Bau	0,00	3.748,50
	<u>0,00</u>	<u>3.748,50</u>

Durch die Fertigstellung der Klimatisierung erfolgte die Umbuchung aus den Anlagen im Bau in die Gebäudebestandteile.

Zum Stichtag bestehen keine unfertigen Anlagen im Bau.

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	26.075,89	26.075,89
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen (AV)	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>
	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>

In den Anteilen von verbundenen Unternehmen werden 51% der Anteile am Stammkapital der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft mbH ausgewiesen. Im Jahr 2017 hat die BVR die anderen 49% als eigene Anteile erworben. Der AZV hält somit mittelbar sämtliche Anteile an der BVR.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>70.035,19</u>	<u>61.692,91</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Bestand Schachtabdeckg. / Schmutzfänger	30.864,87	17.843,53
RHB-Stoffe KA Radeberg	18.811,90	16.088,65
RHB-Stoffe Labor	8.937,87	15.502,20
Bestand Störreserve	6.203,91	6.203,91
RHB-Stoffe KA Seifersdorf und Lomnitz	2.564,05	3.299,82
RHB-Stoffe KA Leppersdorf	2.054,51	1.383,86
Bestand Pandemielager	598,08	1.370,94
	<u>70.035,19</u>	<u>61.692,91</u>

Unter den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen werden vor allem Störreserven und Reservematerial sowie Chemikalien ausgewiesen.

An der Inventur haben wir nicht teilgenommen. Der mengenmäßige Bestand wurde auskunftsgemäß in einer Inventur aufgenommen und mit den Anschaffungskosten und Anschaffungsnebenkosten bewertet.

Die Erhöhung bei den Schachtabdeckungen und Schmutzfängern ist durch 3 Beschaffungen über insgesamt TEUR 85 bedingt.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>60.228,10</u>	<u>46.638,85</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Forderungen aus L+L	<u>60.228,10</u>	<u>46.638,85</u>
	<u>60.228,10</u>	<u>46.638,85</u>

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen vor allem die Stadtentwässerung Dresden GmbH (TEUR 33; i.Vj.: TEUR 11) sowie die Sachsenmilch Anlagen Holding GmbH (TEUR 26; i.Vj.: TEUR 28).

Das Nebenbuch stimmt mit dem Hauptbuch überein.

2. sonstige Vermögensgegenstände

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>56,61</u>	<u>947,91</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Vorst. in Folgeperiode /-jahr abziehbar	38,01	30,56
Geldtransit	15,44	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände (b.1 J)	3,16	18,96
Debitorische Kreditoren	<u>0,00</u>	<u>898,39</u>
	<u>56,61</u>	<u>947,91</u>

Vorsteuer in Folgeperioden betrifft Rechnungen für Dezember 2023, die erst in 2024 eingegangen sind.

**III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben,
Guthaben bei Kreditinstituten und
Schecks**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>2.860.781,90</u>	<u>1.724.837,17</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Ostsächsische Sparkasse Nr. 3000158242	1.980.187,32	1.112.544,55
VB Raiffbk Konto 7795781000	676.651,90	336.783,41
Deutsche Kreditbank AG Nr. 1240738	203.942,68	275.509,21
	<u>2.860.781,90</u>	<u>1.724.837,17</u>

Der AZV verfügt über mehrere Konten, deren Saldo mit den Kontoauszügen übereinstimmt.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>5.700,53</u>	<u>6.686,07</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Abgrenzung Versicherungen	2.952,57	2.952,57
Abgrenzung - sonstige Kosten	2.747,96	3.733,50
	<u>5.700,53</u>	<u>6.686,07</u>

Die abgegrenzte Versicherung betrifft ausschließlich die Vermögenseigenschadenversicherung bei der OKV.

Die abgegrenzten sonstigen Kosten betreffen vor allem Softwarelizenzen und Softwarewartungskosten sowie den Korrekturdatendienst GPS-Vermessung.

Passivseite

A. Eigenkapital

I. Kapitalrücklage

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>19.599.819,45</u>	<u>18.568.030,85</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Kapitalumlagen der Verbandsmitglieder	18.352.030,00	18.352.030,00
Kapitalrücklage SAB	1.211.482,55	179.693,95
Kapitalrücklage (Bewertung AV WAB/SAS)	26.527,89	26.527,89
Kapitalrücklage/finanzieller Ausgl. WAB	9.779,01	9.779,01
	<u>19.599.819,45</u>	<u>18.568.030,85</u>

Die Kapitalumlagen für Vereinsmitglieder dienen der Finanzierung der hoheitlichen Anlagen und blieben im Geschäftsjahr unverändert.

Die Kapitalrücklage SAB wurde von der SAB im Rahmen der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft RL SWW/2016 für die Abwasserüberleitung von Großberkmannsdorf nach Radeberg gewährt. Im Geschäftsjahr wurden weitere Fördermittel nach der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft RL SWW/2016 für die Schlammmentwässerung über TEUR 1.032 gewährt.

Die Kapitalrücklage Bewertung Anlagevermögen WAB/SAS resultiert aus der Anlagenneubewertung im Rahmen der Entflechtung der WAB zum 01. Juli 1995.

Bei der Kapitalrücklage finanzieller Ausgleich WAB handelt es sich um ausgezahltes Barvermögen der

WAB in 1997 und 2003 aus der Abwicklung im Rahmen der Entflechtung.

II. Gewinnrücklagen

1. andere Gewinnrücklagen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>3.602.943,77</u>	<u>3.602.943,77</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Gewinnrücklage Auflösung SoPo	<u>3.602.943,77</u>	<u>3.602.943,77</u>
	<u>3.602.943,77</u>	<u>3.602.943,77</u>

Die Bildung der Gewinnrücklage erfolgte auf Grund Beschluss 03a/2015 der Verbandsversammlung vom 29. September 2015 aus dem Teilbetrag des Jahresüberschusses 2014, der aus der außerplanmäßigen Auflösung empfangener Ertragszuschüsse resultiert.

III. Gewinnvortrag

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>2.514.951,31</u>	<u>2.405.987,31</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Gewinnvortrag vor Verwendung	<u>2.514.951,31</u>	<u>2.405.987,31</u>
	<u>2.514.951,31</u>	<u>2.405.987,31</u>

Der Jahresüberschuss des Vorjahres wurde entsprechend dem Beschluss der Verbandsversammlung 06/2023 vom 25. September 2023 auf neue Rechnung vorgetragen und erhöht insoweit den Gewinnvortrag.

IV. Jahresüberschuss

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>228.238,49</u>	<u>108.964,00</u>

**B. Sonderposten für Zuschüsse und Zu-
lagen**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>14.865.001,86</u>	<u>15.710.613,42</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Empfangene Ertragszuschüsse	<u>14.865.001,86</u>	<u>15.710.613,42</u>
	<u>14.865.001,86</u>	<u>15.710.613,42</u>

Im Sonderposten werden Fördermittel für Investitionen erfasst. Die Fördermittel wurden den Investitionen zugeordnet, werden mit gleicher Laufzeit aufgelöst und mindern so wirtschaftlich den Aufwand aus den Abschreibungen über die Nutzungsdauer der Investition.

C. Rückstellungen

1. Steuerrückstellungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>30.570,65</u>	<u>3.414,65</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Gewerbesteuerrückstellung § 4 (5b)		
EStG	13.484,00	1.561,00
Körperschaftsteuerrückstellung	17.086,65	1.853,65
	<u>30.570,65</u>	<u>3.414,65</u>

Die Steuerrückstellungen betreffen den BgA fremde Dritte.

Die Gewerbesteuerrückstellung betrifft ausschließlich 2023, die Rückstellung des Vorjahres wurde in Anspruch genommen.

Die Körperschaftsteuerrückstellung / Soli betrifft die Jahre 2022 und 2023.

2. sonstige Rückstellungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>438.792,31</u>	<u>525.851,49</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Rückstellungen Abwasserabgabe	359.365,96	426.167,98
Rückstellungen für Abschluss u. Prüfung	46.217,00	42.799,00
Sonstige Rückstellungen	11.884,80	18.786,85
Rückstellungen für Aufbewahrungspflicht	9.999,48	9.996,63
Rückstellungen Instandhaltung bis 3 M	5.647,74	21.571,03
Rückstellungen für Personalkosten Urlb.	2.720,61	3.824,76
Rückstellung für Personalkosten AZK	1.756,72	1.505,24
Rückstellungen f. Steuererklärungskosten	1.200,00	1.200,00
	<u>438.792,31</u>	<u>525.851,49</u>

Die Rückstellung Abwasserabgabe betrifft vor allem die Kläranlagen Radeberg und Leppersdorf für die Jahre 2022 und 2023. Die im Vorjahr enthaltene Rückstellung für 2021 wurde in Anspruch genommen.

Darüber hinaus wurden Rückstellungen für die Niederschlagswasserabgabenbescheide 2022 und 2023 gebildet.

Die Rückstellungen für Abschluss und Prüfung betreffen die Kosten für 2023 für die Aufstellung der Jahresabschlüsse und der Betriebe gewerblicher Art inklusive der zugehörigen Steuererklärungen sowie die Kosten der Jahresabschlussprüfung und die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses.

Die sonstigen Rückstellungen enthalten vor allem Datev-Gebühren für den Bescheidversand mit TEUR 7 sowie Rechtsanwaltskosten (TEUR 2) und ausstehende Rechnungen Klärschlammtransport (TEUR 1).

Die Rückstellung Instandhaltung betrifft die Erneuerung der Seiteneingangstür BG2 (Süd).

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>2.125.553,08</u>	<u>2.651.747,27</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Ostsächsische Sparkasse Nr. 6191580019	1.298.874,59	1.589.048,78
Deutsche Kreditbank AG Nr. 6707243850	422.250,00	609.250,00
Ostsächsische Sparkasse Nr. 6650003938	404.428,49	453.448,49
	<u>2.125.553,08</u>	<u>2.651.747,27</u>

Die Verbindlichkeiten sind durch Jahreskontoauszüge belegt. Im Geschäftsjahr erfolgten planmäßige Tilgungen. Die Fristigkeiten ergeben sich aus dem Anhang.

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>121.404,76</u>	<u>45.775,04</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen+Leist.	113.706,45	40.762,94
Debitorische Kreditoren	0,00	898,39
Sicherheitseinbehalte auf SZ	7.698,31	4.113,71
	<u>121.404,76</u>	<u>45.775,04</u>

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind gegenüber dem Vorjahr stichtagsbedingt gestiegen.

Die Verbindlichkeiten bestehen vor allem gegenüber der Sachsen Energie AG (TEUR 57), der Körner Rohr- und Umwelt GmbH (TEUR 8), dem Landratsamt Bautzen (TEUR 7), der Kanalreinigung GbR Radeberg (TEUR 7), der ekochem Deutschland GmbH (TEUR 6) sowie weiteren Posten kleiner TEUR 5.

3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>251.722,59</u>	<u>252.760,82</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten an BVR GmbH	251.722,59	252.760,82
	<u>251.722,59</u>	<u>252.760,82</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber der BVR resultieren vor allem aus den Kosten der Klärschlammverwertung, der Lieferung von Energie und Wärme.

4. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsgemeinden und deren Eigenbetrieben

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>296.712,82</u>	<u>627.348,67</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Große Kreisstadt Radeberg	127.725,96	419.421,04
Gemeinde Arnsdorf	82.186,97	43.674,36
Gemeinde Wachau	46.958,31	56.498,31
EB AWB Bretnig/Hauswalde	29.964,15	32.271,03
EB AWB Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf	6.988,54	72.989,05
Gemeinde Großharthau	2.888,89	2.494,88
	<u>296.712,82</u>	<u>627.348,67</u>

Die Verbindlichkeiten betreffen im Saldo vor allem die Abrechnung der Betriebsführung 2023 und die Endabrechnung der Betriebskostenumlage 2023.

Bei der Großen Kreisstadt Radeberg ist zusätzlich noch die Kostenerstattung aus der AWÜL Schönborn enthalten.

Eine Übersicht haben wir unserem Bericht als Anlage 4 beigelegt.

5. sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>18.689,74</u>	<u>23.149,24</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichk. Lohn- und Kirchensteuer	10.161,14	10.328,43
Umsatzsteuer	2.610,26	6.429,32
Verbindlichkeiten a. Vermögensbildung	2.920,77	2.695,46
Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt	2.377,37	2.100,75
Verbindlichk. soziale Sicherheit(b.1.J)	422,42	319,56
Geldtransit Haben-Saldo	197,78	175,72
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	1.100,00
	<u>18.689,74</u>	<u>23.149,24</u>

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen neben der Lohn- und Kirchensteuer vor allem Personalverbindlichkeiten.

Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>6.844.552,80</u>	<u>6.207.762,38</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Betriebskostenumlage Verbandsarbeit	4.619.472,68	4.217.658,19
Entgelt Betriebsführung Ortsanlagen	1.349.882,37	1.131.102,28
Miete aus Vermietung BVR-Anlage	345.335,04	345.335,04
Einleitentgelt Abwasser SAHO	191.891,73	185.119,21
Einleitentgelt Abwasserüberl. Schönborn	99.384,47	61.373,77
Erlöse BVR	91.528,33	67.001,83
Erlöse a. Weiterberechnung #51050 #59055	62.026,53	108.212,57
Betriebskosten Feldschlößchen	51.624,78	46.221,87
Einleitung Salzlake	17.342,15	24.291,82
Einleitung Sonderchar- gen(FAS/Rückstände)	5.353,34	10.258,96
Steuerfreie Umsätze § 4 Nr. 8 ff. UStG	4.171,24	4.171,24
Erlöse aus Abrechnung Zählerwechsel u. ä	3.100,88	3.248,80
Erlöse Abfallverwertung	3.051,65	2.917,80
Erlöse nach VKS (Planauskunft, etc.)	390,00	849,00
Erlösschmälerungen	-2,39	0,00
	<u>6.844.552,80</u>	<u>6.207.762,38</u>

2. andere aktivierte Eigenleistungen

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>0,00</u>	<u>1.049,47</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	1.049,47
	<u>0,00</u>	<u>1.049,47</u>

3. sonstige betriebliche Erträge

2023	2022
EUR	EUR
<u>869.682,61</u>	<u>970.329,96</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	845.611,56	849.933,56
Periodenfremde Erträge	8.465,90	912,28
Versich.entschädigung, Schadenersatz	6.927,96	110.680,67
Verrechnete Sachbezüge an AN	4.362,96	4.230,76
Erträge Auflösung von Rückstellungen	2.972,08	2.968,25
sonst. betr. Ertr.	1.342,15	1.604,44
	<u>869.682,61</u>	<u>970.329,96</u>

4. Materialaufwand

a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren

2023	2022
EUR	EUR
<u>-965.839,50</u>	<u>-794.382,61</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Strom Abwasseranlagen	-575.715,72	-447.187,90
Aufwendungen für RHB-Stoffe und bezogene Waren	-269.357,27	-205.586,57
Energie für Klärschlammverwertung	-96.486,41	-115.996,48
Wasser für BVR	-21.325,00	-21.249,82
Wasser für Abwasseranlagen	-2.687,35	-4.361,84
Bezugsnebenkosten	-267,75	0,00
	<u>-965.839,50</u>	<u>-794.382,61</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

	2023 EUR	2022 EUR
	<u>-1.674.609,08</u>	<u>-1.578.807,76</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023 EUR	2022 EUR
Klärschlammverwertung	-1.434.711,72	-1.337.852,45
Kanalreinigung/TV-Befahrung	-115.179,92	-104.894,13
Bezogene Leistungen zur Weiterberechnung	-33.142,50	-67.236,40
Abwasserüberwachung	-33.043,63	-19.927,47
Entsorgung Sand und Rechengut	-21.303,37	-12.606,67
Einleitung Sonderchargen	-20.228,61	-15.816,58
Klärschlamm	-16.695,88	-15.594,05
Unterhaltung Abwasseranlagen	-303,45	-4.880,01
	<u>-1.674.609,08</u>	<u>-1.578.807,76</u>

5. Personalaufwand

a) Löhne und Gehälter

	2023 EUR	2022 EUR
	<u>-939.334,55</u>	<u>-936.883,32</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023 EUR	2022 EUR
Gehälter	-421.052,60	-424.597,71
Löhne	-418.215,70	-400.897,31
Einmalzahlungen	-48.983,63	-57.368,83
Bereitschaftsdienst	-41.385,12	-41.435,40
Sachzuwendungen an AN	-4.116,00	-4.021,00
Erholungsbeihilfe	-3.276,00	-3.276,00
Krankengeldzuschüsse	-1.245,96	-293,24
Vermögenswirksame Leistungen	-911,86	-931,51
Jubiläumszuwendungen	-409,00	-205,00
Fahrtkostenerstatt. Whg./Arbeitsstätte	-246,96	-209,76
Sonntagszuschlag 50 % frei	-226,04	-2.191,11
Nachzuschlag frei	0,00	-12,92
Lohn- u. Gehaltsaufwand (RSt)	734,32	-1.443,53
	<u>-939.334,55</u>	<u>-936.883,32</u>

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

2023	2022
EUR	EUR
-260.584,60	-224.299,59

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
AG-Anteil ges. Sozialversicherung	-186.795,35	-183.060,96
Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-frei	-28.500,69	-1.130,44
Zusatzbeitrag ZVK	-14.312,25	-11.429,49
Beihilfe ZVK-Umlage Angestellte	-9.399,16	-9.376,40
Aufwendungen für Altersversorgung	-5.392,25	-5.417,61
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	-5.341,72	-4.935,14
Gesundheitsfürsorge	-5.057,72	-2.821,36
AMD/Arbeitssicherheit	-3.229,13	-3.013,08
Pauschale Lohnsteuer	-2.666,48	-2.898,59
Gesetzliche Sozialaufwendungen	110,15	-216,52
	<u>-260.584,60</u>	<u>-224.299,59</u>

6. Abschreibungen

a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

2023	2022
EUR	EUR
-1.894.044,81	-1.883.059,59

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Abschreibung immaterielle VermG	-15.750,60	-8.268,74
Abschreibungen auf Sachanlagen	-1.649.038,75	-1.647.626,33
Abschreibungen auf Gebäude	-178.436,71	-174.741,95
Abschreibungen auf Fahrzeuge	-49.138,58	-49.928,00
Sofortabschreibung GWG	-1.680,17	-2.494,57
	<u>-1.894.044,81</u>	<u>-1.883.059,59</u>

7. sonstige betriebliche Aufwendungen

	2023 EUR	2022 EUR
	<u>-1.654.263,15</u>	<u>-1.569.339,89</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023 EUR	2022 EUR
<u>Reparaturen und Instandhaltung</u>		
Reparatur/Instandh. Ortsanlagen	-575.000,38	-428.507,68
Reparatur/Instandh. Verbandsanlagen	-283.452,01	-268.856,03
Reparatur u. Instandhaltung von Bauten	-43.621,58	-130.902,28
Wartungskosten für Hard-/Software	-14.207,15	-11.120,14
Rep./Instandh. Betriebs-/Geschäftsausst.	-5.442,20	-3.218,54
Reparatur/Instandh. Geräte/Maschinen	-3.227,12	-3.230,06
Summe Reparaturen und Instandhaltung	<u>-924.950,44</u>	<u>-845.834,73</u>
<u>Versicherungen, Beiträge, Gebühren</u>		
Abwasserabgabe verursacht durch AZV	-178.501,91	-180.864,05
Sachversicherungen	-31.210,09	-25.954,31
Personenversicherungen	-2.417,26	-2.411,26
Haftpflichtversicherungen	-2.265,48	-2.491,50
Gebühren	-1.913,88	-721,96
Beiträge	-1.195,75	-1.133,98
Summe Versicherungen, Beiträge, Gebühren	<u>-217.504,37</u>	<u>-213.577,06</u>
<u>Raumkosten</u>		
Grundstücksaufwendungen	-61.942,64	-58.096,36
Heizung	-53.575,43	-47.439,84
Reinigung	-16.588,50	-17.244,03
Gas, Strom, Wasser	-11.993,42	-12.053,56
Instandhaltung betrieblicher Räume	-10.620,88	-250,98
Summe Raumkosten	<u>-154.720,87</u>	<u>-135.084,77</u>
<u>Fahrzeugkosten</u>		
Fahrzeug-Reparaturen	-67.603,89	-32.604,78
Laufende Fahrzeug-Betriebskosten	-30.210,21	-34.183,88
Fahrzeug-Versicherungen	-6.729,96	-6.696,07
Sonstige Fahrzeugkosten	-5.920,29	-6.067,53
Mietleasing Kfz	-3.462,12	-1.921,42
Summe Fahrzeugkosten	<u>-113.926,47</u>	<u>-81.473,68</u>

Aufwendungen für Prüfung und Beratung

Rechts- und Beratungskosten	-29.021,54	-6.782,89
Abschlusskosten	-28.700,00	-27.700,00
örtliche und überörtl. Prüfungsk. JA	-17.517,00	-15.099,00
Steuererklärungskosten	-1.200,00	-1.200,00
Steuerberatungskosten	-459,54	-391,02
Summe Aufwendungen für Prüfung und Beratung	-76.898,08	-51.172,91

Gebühren Zählerdaten	-48.389,13	-47.795,48
Softwarekosten Datev	-30.968,40	-23.104,46

Übrige betriebliche Aufwendungen

Dienst- und Schutzkleidung	-13.224,61	-12.019,84
Sonstiger Betriebsbedarf	-12.981,26	-11.878,39
Kommunikationsaufwendungen	-12.201,07	-12.294,53
Verbrauchsmaterial Labor	-8.202,55	-14.098,75
Periodenfremde Aufwendungen	-5.096,72	-86.462,50
Werkzeuge und Kleingeräte	-4.936,88	-2.504,82
Miete und Mietleasing Kopiertechnik	-4.741,80	-5.578,04
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	-4.315,10	-4.118,94
Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung	-3.577,31	-3.722,61
Porto	-2.816,53	-3.070,13
Öffentliche Bekanntmachungen	-2.630,51	-859,48
Aufwandsentschädigungen	-2.100,00	-1.975,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.873,78	-1.083,42
Miete für Geräte/Maschinen/Einrichtungen	-1.869,86	-2.023,04
Nebenkosten des Geldverkehrs	-1.660,13	-2.751,35
Fortbildungskosten	-1.536,20	-1.318,54
Kosten für Gutachtenerstellung	-1.400,00	-1.400,00
Fremdarbeiten (Vertrieb)	-868,70	0,00
Bürobedarf	-628,89	-1.984,46
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	-100,00	-500,00
Aufwendungen für Beratungen	-85,49	-87,53
Aufmerksamkeiten	-52,00	-106,43
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert bei BV	-6,00	-1.359,00
Zuwendungen, Spenden mildtätige Zwecke	0,00	-100,00
Summe Übrige betriebliche Aufwendungen	-86.905,39	-171.296,80

-1.654.263,15	-1.569.339,89
---------------	---------------

8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

	2023 EUR	2022 EUR
	<u>276,15</u>	<u>130,75</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023 EUR	2022 EUR
Zinserträge § 233a AO, steuerpflichtig	39,00	35,00
Zinsertrag Abzinsung Rückstellungen	<u>237,15</u>	<u>95,75</u>
	<u>276,15</u>	<u>130,75</u>

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	2023 EUR	2022 EUR
	<u>-54.854,15</u>	<u>-68.889,37</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023 EUR	2022 EUR
Zinsen DKB Kto. Nr. 6707243850	-21.888,48	-29.480,68
Zinsen OSK Kto. Nr. 6191580019	-19.519,05	-24.432,65
Zinsen OSK Kto. Nr. 6650003938	<u>-13.446,62</u>	<u>-14.976,04</u>
	<u>-54.854,15</u>	<u>-68.889,37</u>

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2023 EUR	2022 EUR
	<u>-40.933,42</u>	<u>-13.021,39</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023 EUR	2022 EUR
Körperschaftsteuer	-18.395,00	-4.777,00
Solidaritätszuschlag	-1.011,56	-262,73
Gewerbesteuer	-17.164,00	-4.229,00
Kapitalertragsteuer 15%	-4.135,00	-3.557,00
SolZ auf Kapitalertragsteuer 15%	-227,46	-195,66
GewSt-NZ/Erstattung VJ § 4 (5b) EStG	-0,40	0,00
	<u>-40.933,42</u>	<u>-13.021,39</u>

11. Ergebnis nach Steuern

2023 EUR	2022 EUR
230.048,30	110.589,04

12. sonstige Steuern

2023 EUR	2022 EUR
-1.809,81	-1.625,04

Zusammensetzung:

	2023 EUR	2022 EUR
Kfz-Steuer	-1.809,81	-1.624,81
Steuernachzahlg. VJ sonstige Steuern	0,00	-0,23
	<u>-1.809,81</u>	<u>-1.625,04</u>

13. Jahresüberschuss

2023 EUR	2022 EUR
228.238,49	108.964,00

Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – des AZV Obere Röder für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Verbandes.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dresden, den 30.04.2024

LiSka Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ramon Skala
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite				Passivseite			
	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR		31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Kapitalrücklage		19.599.819,45	18.568.030,85
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		254.897,38	267.527,00	II. Gewinnrücklagen			
				1. andere Gewinnrücklagen	3.602.943,77		3.602.943,77
II. Sachanlagen					3.602.943,77		3.602.943,77
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.257.724,65		6.354.250,65	III. Gewinnvortrag	2.514.951,31		2.405.987,31
2. technische Anlagen und Maschinen	34.221.919,02		35.737.229,02	IV. Jahresüberschuss	228.238,49		108.964,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	336.981,56		296.952,56		25.945.953,02		24.685.925,93
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		3.748,50	B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	14.865.001,86		15.710.613,42
		40.816.625,23	42.392.180,73	C. Rückstellungen			
III. Finanzanlagen				1. Steuerrückstellungen	30.570,65		3.414,65
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		26.075,89	26.075,89	2. sonstige Rückstellungen	438.792,31		525.851,49
B. Umlaufvermögen						469.362,96	529.266,14
I. Vorräte				D. Verbindlichkeiten			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		70.035,19	61.692,91	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.125.553,08		2.651.747,27
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	121.404,76		45.775,04
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60.228,10		46.638,85	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	251.722,59		252.760,82
2. sonstige Vermögensgegenstände	56,61		947,91	4. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsgemeinden und deren Eigenbetrieben	296.712,82		627.348,67
		60.284,71	47.586,76	5. sonstige Verbindlichkeiten	18.689,74		23.149,24
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		2.860.781,90	1.724.837,17	- davon aus Steuern in EUR: 12.771,40 (16.757,75)			
C. Rechnungsabgrenzungsposten		5.700,53	6.686,07	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit in EUR: 3.343,19 (3.015,02)			
SUMME AKTIVA		44.094.400,83	44.526.586,53	SUMME PASSIVA		2.814.082,99	3.600.781,04
						44.094.400,83	44.526.586,53

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023**

	2023 EUR	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	6.844.552,80		6.207.762,38
2. andere aktivierte Eigenleistungen	<u>0,00</u>		<u>1.049,47</u>
		6.844.552,80	6.208.811,85
3. sonstige betriebliche Erträge		869.682,61	970.329,96
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-965.839,50		-794.382,61
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-1.674.609,08</u>		<u>-1.578.807,76</u>
		-2.640.448,58	-2.373.190,37
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-939.334,55		-936.883,32
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-260.584,60</u>		<u>-224.299,59</u>
- davon für Altersversorgung in EUR: -31.770,14 (-29.122,09)			
		-1.199.919,15	-1.161.182,91
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-1.894.044,81	-1.883.059,59
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.654.263,15	-1.569.339,89
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	276,15		130,75
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in EUR: 237,15 (95,75)			
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-54.854,15</u>		<u>-68.889,37</u>
		-54.578,00	-68.758,62
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-40.933,42	-13.021,39
11. Ergebnis nach Steuern		230.048,30	110.589,04
12. sonstige Steuern		<u>-1.809,81</u>	<u>-1.625,04</u>
13. Jahresüberschuss		<u>228.238,49</u>	<u>108.964,00</u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

1. Gesetzliche Grundlagen für die Aufstellung des Jahresabschlusses

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) in der Fassung vom 10.12.2018, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Versammlung aufgestellt.

Die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§§ 238 ff.) wurden angewandt, soweit sich aus der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) keine speziellen Regelungen ergeben.

2. Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Bilanz wurde nach § 26 Abs. 1 SächsEigBVO aufgestellt. Abweichend von der handelsrechtlichen Gliederung nach § 266 Abs. 2 HGB wurden die Position Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, sowie die Positionen technische Anlagen und Maschinen in jeweils drei Positionen aufgegliedert, um einen der Branche entsprechenden, transparenteren Ausweis des Sachanlagevermögens zu ermöglichen. Entsprechend § 27 Abs. 2 SächsEigBVO wurde ein Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen eingefügt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach § 28 Abs. 1 SächsEigBVO aufgestellt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz wurden Vorschriften der SächsEigBVO beachtet, ebenso die handelsrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften.

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind bei den jeweiligen Bilanzpositionen erläutert.

Im Zuge der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung (WAB) Dresden GmbH i. L. wurden dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“ zum 01.07.1995 Vermögens-

gegenstände übertragen. Sie wurden auf der Grundlage des Gutachtens der SAS Aqua Service GmbH Dresden vom 15.03.1998 über die Neubewertung zum 31.12.1995 zu fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerten (Variante II) angesetzt. Der Mehrwert aufgrund der Neubewertung gemäß Gutachten (zurückgerechnet zum 01.07.1995) gegenüber dem Übertragungswert gemäß Teilbilanz zum 01.07.1995 wurde in die Kapitalrücklage eingestellt.

Die neu bewerteten übernommenen Anlagegüter wurden entsprechend der Restnutzungsdauer gemäß Wertgutachten weiter linear abgeschrieben.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um die zulässigen Abschreibungen angesetzt.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um die zulässigen Abschreibungen bewertet.

Die **Abschreibungen** wurden unter Zugrundelegung der Abschreibungssätze für die öffentliche Abwasserbeseitigung (bis 31.12.2013: SSG-Mitteilung, Ausgabe 15.02.1993 sowie Abschreibungstabelle gemäß Anlage 13 des Gesetzes zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement; ab 01.01.2014 § 44 Abs. 3 SächsKomHVO) gebildet. Es wurde die lineare Abschreibungsmethode angewandt. Die Abschreibungen wurden im Zugangsjahr zeitanteilig vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden in Anlehnung an § 6 Abs. 2 EStG bewertet.

Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert aktiviert.

Vorräte (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) wurden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert und unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Der **Kassenbestand** sowie **die Guthaben bei Kreditinstituten** wurden zum Nennwert aktiviert.

Die Bewertung des **Eigenkapitals** erfolgte zum Nennwert.

Die Zuschüsse, die bis zum 31.12.2019 gewährt wurden, einschließlich der verrechneten Abwasserabgabe und der Zuwendungen im Rahmen Richtlinie Klima 2014 werden gemäß § 27 SächsEigBVO als **Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen** behandelt. Die Auflösung beginnt mit der Fertigstellung des bezuschussten Anlagengutes und wird in Höhe der Abschreibungen der bezuschussten Wirtschaftsgüter erfasst. Ebenso erfolgt ein Abgang, wenn ein gefördertes Anlagengut mit einem Restbuchwert größer als Null ausscheidet.

Gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB wurden die Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Bei der Bemessung der **Rückstellungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Rückstellungen mit einer Laufzeit größer einem Jahr wurden entsprechend der Abzinsungssinssätze der Deutschen Bundesbank diskontiert abgebildet.

Die **Verbindlichkeiten** wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

In Handels- und Steuerbilanz bestehen insbesondere Unterschiede im Körperschaftsteuerverlustvortrag (1.695.911 € zum 31.12.2022) und Gewerbesteuerverlustvortrag (1.067.167 € zum 31.12.2022). Danach würde bei der Gesellschaft ein Aktivüberhang von latenten Steuern entstehen. Unter Verzicht des Ansatzwahlrechtes für aktive latente Steuern gemäß § 274 Abs. 1 HGB wurden die latenten Steuern nicht aktiviert.

4. Erläuterungen zur Bilanz

Die Aufgliederung und die Bewegungen des Anlagevermögens sind dem **Anlagennachweis** in der **Anlage zum Anhang** zu entnehmen.

Der mengenmäßige Bestand der **Vorräte** (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe) wurde durch eine körperliche Bestandsaufnahme durch den Zweckverband ermittelt. Die Bewertung erfolgte mit den Anschaffungskosten einschließlich der Nebenkosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert nach § 253 Abs. 3 HGB.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betreffen ausschließlich Debitoren in Höhe von insgesamt 60.228,10 € (Vorjahr: 46.638,85 €).

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** betreffen:

	31.12.2023	Vorjahr
	€	€
debitorischer Kreditoren	0,00	898,39
Vorsteuer im Folgejahr abziehbar	38,01	30,56
Krankenkassenbeiträge	3,16	18,96
Geldtransit	15,44	0,00
Körperschaftssteuerückforderung	0,00	0,00
	56,61	947,91

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen wie im Vorjahr 0,00 €.

Das **Eigenkapital** ergibt sich folgt:

	31.12.2023	Vorjahr
	€	€
Kapitalrücklagen	19.599.819,45	18.568.030,85
Gewinnrücklagen	3.602.943,77	3.602.943,77
Gewinnvortrag	2.514.951,31	2.405.987,31
Jahresüberschuss	228.238,49	108.964,00
	25.945.953,02	24.685.925,93

Zu Kapitalrücklagen

Die Position beinhaltet im Wesentlichen erhobene und gezahlte Kapitalumlagen abzüglich der Rückzahlungen zur Finanzierung der Abschreibungen. Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte die Einzahlung einer Förderung in Form eines Kapitalzuschusses in Höhe von 179.693,95 € im Rahmen der Förderrichtlinie Siedlungswirtschaft. Im Geschäftsjahr wurden weitere Fördermittel nach der Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft RL SWW/2016 für die Schlammmentwässerung über 1.031.788,60 € gewährt.

Zu Gewinnrücklagen

Dem Ausweis liegt der Beschluss 03a/2015 der Verbandsversammlung vom 29.09.2015 zugrunde. Danach ist der Teilbetrag des Jahresüberschusses des Wirtschaftsjahres 2014, der aus der außerplanmäßigen Auflösung der empfangenen Ertragszuschüsse entstand, in die Rücklage einzustellen.

Der **Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen** entwickelt sich wie folgt:

	01.01.2023	Zugang	Auflösung	31.12.2023
	€	€	€	€
	15.710.613,42	0,00	845.611,56	14.865.001,86

Fördermittel für Investitionen werden gemäß § 27 Abs. 2 SächsEigBVO als Investitionszuschüsse behandelt.

Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt analog der tatsächlichen Abschreibung des jeweils bezuschussten Anlagevermögens. Die Auflösung wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Im Berichtsjahr beinhaltet sie ausschließlich die planmäßige Auflösung.

Die **Rückstellungen** von insgesamt 469.362,96 € haben mit Ausnahme der Rückstellung für Aufbewahrung Geschäftsunterlagen eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Die Steuerrückstellungen betreffen den BgA Leistungen für fremde Dritte und entwickelten sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2023
	€	€	€	€	€
Körperschaftsteuer (KSt)	1.757,00	0,00	0,00	14.439,00	16.196,00
Gewerbesteuer	1.561,00	1.561,00	0,00	13.484,00	13.484,00
Solidaritätszuschlag zur KSt	96,65	0,00	0,00	794,00	890,65
	3.414,65	1.561,00	0,00	28.717,00	30.570,65

Die sonstigen Rückstellungen mit 438.792,31 betreffen vor allem die Rückstellungen Abwasserabgabe mit 359.365,96 €, die Rückstellungen für die Jahresabschlusserstellung sowie die Jahresabschlussprüfung und die örtliche Prüfung mit 46.217,00 und die Rückstellung für Aufbewahrungspflichten mit 9.999,48 €.

Die **Fristigkeit der Verbindlichkeiten** ergibt sich wie folgt:

	Gesamtbetrag 31.12.2023	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	Vorjahr	Vorjahr	Vorjahr	Vorjahr
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.125.553,08 2.651.747,27	526.194,19 526.194,19	1.094.585,36 1.281.585,36	504.773,53 843.967,72
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	121.404,76 45.775,04	115.682,94 42.674,11	5.721,82 3.100,93	0,00 0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	251.722,59 252.760,82	251.722,59 252.760,82	0,00 0,00	0,00 0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden	296.712,82 627.348,67	296.712,82 627.348,67	0,00 0,00	0,00 0,00
sonstige Verbindlichkeiten	18.689,74 23.149,24	18.689,74 23.149,24	0,00 0,00	0,00 0,00
	2.814.082,99 3.600.781,04	1.209.002,28 1.472.127,03	1.100.307,18 1.284.686,29	504.773,53 843.967,72

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen enthalten Verbindlichkeiten gegenüber anderen Eigenbetrieben von 339,15 € (Vorjahr: 292,74 €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden resultieren wie im Vorjahr aus der Betriebskostenumlage und der Erbringung von Leistungen.

5. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem handelsrechtlichen Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt worden.

Die **Umsatzerlöse** betreffen vor allem folgende Posten:

	2023	Vorjahr
	€	€
Betriebskostenumlage	4.619.472,68	4.196.935,00
Betriebsführungsentgelt Ortsanlagen	1.349.882,37	1.131.102,28
Mieterlöse BVR GmbH	345.335,04	345.335,04
Einleitentgelt (SAHO, Dresden)	191.891,73	185.119,21
Übrige Erlöse	337.970,98	349.270,85
	6.844.552,80	6.207.762,38

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** setzen sich vor allem wie folgt zusammen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse lfd. Jahr	845.611,56	849.933,56
Versicherungsentschädigung, Schadenersatz	6.927,96	110.680,67
Übrige Erträge	17.143,09	9.715,73
	869.682,61	970.329,96

Der **Materialaufwand** enthält:

	2023	Vorjahr
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	965.839,50	794.382,61
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.674.609,08	1.578.807,76
	2.640.448,58	2.373.190,37

Der **Personalaufwand** beinhaltet:

	2023	Vorjahr
	€	€
Löhne und Gehälter	939.334,55	936.883,32
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	260.584,60	224.299,59
	1.199.919,15	1.161.182,91

Die **Abschreibungen** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
planmäßige Abschreibungen immat. AV	15.750,60	8.268,74
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	1.876.614,04	1.872.296,28
Sofortabschreibung GWG	1.680,17	2.494,57
	1.894.044,81	1.883.059,59

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betragen 1.654.263,15 € (Vorjahr: 1.569.339,89 €).

Sie enthalten Aufwendungen für frühere Jahre von 5.096,72 € (Vorjahr: 86.462,50 €).

Das Honorar der Abschlussprüfer für die überörtliche und örtliche Prüfung, dass in Höhe von 17.017,00 € zurückgestellt wurde, beinhaltet ausschließlich Prüfungsleistungen.

6. Angaben zum Jahresergebnis

Der Jahresüberschuss in Höhe von 228.238,49 € (Vorjahr: 108.964,00 €) wurde nach dem handelsrechtlichen Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) berechnet. Darin enthalten sind der Jahresüberschuss aus der Vermietung der Bio-Verwertungsanlage und der Jahresüberschuss aus dem BgA Leistungen für fremde Dritte.

Über die Behandlung des Jahresüberschusses muss die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ noch beschließen.

7. sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden zum Stichtag in üblicher Höhe. Sie setzen sich vor allem zusammen aus einem Vertrag über die Nutzung der Wasserzähler und Bereitstellung der Ablesedaten (48 T€ p. a.) und Softwarepflegeverträge Datev (31 T€ p. a.).

8. Haftungsverhältnisse

Die betriebliche Altersversorgung des AZV „Obere Röder“ regelt das Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen (SächsGKV). Der Arbeitgeber leistet neben einen Beitrag zum Kapitaldeckungsverfahren i. H. v. 2,46 % (2022: 2,0 %) vom zusatzversorgungspflichtigen Entgelt eine Umlage von derzeit 1,6 % (2022: 1,6 %) des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts sowie diverse Pauschalsteuern und einen sozialversicherungspflichtigen Hinzurechnungsbetrag aus der Umlage. Dem Abwasserzweckverband könnten hieraus im Falle der theoretischen Zahlungsunfähigkeit der ZVK mittelbar Verpflichtungen entstehen.

Unmittelbar entstehen für den Abwasserzweckverband keine Verpflichtungen, da sich der Anspruch des einzelnen Mitarbeiters unmittelbar gegen die ZVK richtet.

Aufgrund der an der ZVK beteiligten öffentlichen Stellen mit deren Versicherten wird das Risiko der Inanspruchnahme (§ 285 Nr. 27 HGB) für die Gesellschaft als sehr gering beurteilt.

Darüber hinaus bestanden keine Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB.

9. sonstige Angaben

Organe des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ waren im Berichtsjahr:

1. Verbandsversammlung: Mitgliedsgemeinden
Zusammensetzung lt. § 9 der Satzung
2. Verwaltungsrat:

<u>(Ober-)Bürgermeister</u>	<u>Stadt/Gemeinde</u>
Herr Frank Höhme	Radeberg
Herr Jens Krauß	Großharthau
Herr Jens Eisold	Arnsdorf
Herr Veit Künzelmann	Wachau
Herr Stefan Schneider	Großröhrsdorf
3. Verbandsvorsitzender: Herr Veit Künzelmann
(Bürgermeister der Gemeinde Wachau)
stellvertretender Verbandsvorsitzender: Herr Jens Krauß
(Bürgermeister der Gemeinde Großharthau)

Die Vergütungen der Organe des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ betrugen im Berichtsjahr 2.100,00 €.

Der Geschäftsführung im AZV Obere Röder wurde im Berichtsjahr durch Herrn Jörg Friedemann wahrgenommen. Er wurde vertragsgemäß vergütet. Auf weitere Angaben wird unter Gebrauch der Schutzklausel § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Der Personalbestand (ohne Auszubildende) betrug im Jahresdurchschnitt im Berichtsjahr durchschnittlich 22 (i.Vj.: 23) Arbeitnehmer. Da der Geschäftsführer nicht der gesetzliche Vertreter des AZV „Obere Röder“ ist, wurde er vorliegend in die Anzahl der Arbeitnehmer mit einbezogen.

Anteilsbesitz zum 31. Dezember 2023

Der AZV Obere Röder besitzt an nachfolgendem Unternehmen unmittelbar mindestens den fünften Teil der Anteile:

	Anteil am Kapital %	Eigenkapital €	Ergebnis des Geschäftsjahres €
Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg	51,00	1.096.528,52	55.517,55

Die restlichen Anteile von 49% besitzt die Bio-Verwertungsgesellschaft selbst, so dass der AZV wirtschaftlich mit 100% an der Bio-Verwertungsgesellschaft beteiligt ist.

Die Angaben betreffen das Ergebnis Jahresabschluss für das am 31. Dezember 2023 endende Geschäftsjahr.

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Radeberg, den 30. April 2024

AZV Obere Röder



Verbandsvorsitzender

Anlagenspiegel vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

		Anschaffungskosten/ Herstellungskosten				Abschreibungen					Buchwerte				
		Stand 01.01.2023	Zugänge Ant. FK-Zinsen	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Wirtschaftsjahr	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Zuschreibung Wirtschaftsjahr	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
A. Anlagevermögen															
I. Immaterielle Vermögensgegenstände															
1.	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	454.547,92	3.120,98 0,00	0,00	0,00	457.668,90	187.020,92	15.750,60	0,00	0,00	0,00	202.771,52	0,00	254.897,38	267.527,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände		454.547,92	3.120,98 0,00	0,00	0,00	457.668,90	187.020,92	15.750,60	0,00	0,00	0,00	202.771,52	0,00	254.897,38	267.527,00
II. Sachanlagen															
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	12.232.902,28	36.116,67 0,00	0,00	78.425,04	12.347.443,99	5.878.651,63	211.067,71	0,00	0,00	0,00	6.089.719,34	0,00	6.257.724,65	6.354.250,65
2.	technische Anlagen und Maschinen	76.479.487,45	83.545,75 0,00	37.233,47	0,00	76.525.799,73	40.742.258,44	1.598.852,75	0,00	37.230,47	0,00	42.303.880,72	0,00	34.221.919,02	35.737.229,02
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.613.783,01	108.405,75 0,00	1.235,93	0,00	1.720.952,83	1.316.830,45	68.373,75	0,00	1.232,93	0,00	1.383.971,27	0,00	336.981,56	296.952,56
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.748,50	74.676,54 0,00	0,00	-78.425,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.748,50
Summe Sachanlagen		90.329.921,25	302.744,71 0,00	38.469,40	0,00	90.594.196,56	47.937.740,52	1.878.294,21	0,00	38.463,40	0,00	49.777.571,33	0,00	40.816.625,23	42.392.180,73
III. Finanzanlagen															
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	26.075,89	0,00 0,00	0,00	0,00	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89	26.075,89
Summe Finanzanlagen		26.075,89	0,00 0,00	0,00	0,00	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89	26.075,89
Gesamtsumme Anlagevermögen		90.810.545,06	305.865,69 0,00	38.469,40	0,00	91.077.941,34	48.124.761,44	1.894.044,81	0,00	38.463,40	0,00	49.980.342,85	0,00	41.097.598,50	42.685.783,62

Übersicht über die Verbindlichkeiten gegenüber Gemeinden

Forderungsart	Arnsdorf	Radeberg	Wachau	Großhartau	EB AW Groß- röhrsdorf	EB AW Bretnig- Hauswalde	gesamt (sal- diert)
(Forderungen +); Verbindlichkeiten (-))	# 13054	# 13055	# 13056	# 13057	# 13058	# 13059	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
aus Betriebskostenumlagen:							
- endgültige Abrechnung 2023	-25.833,83	69.521,13	787,55	-2.888,89	-16.008,39	-19.258,89	6.318,68
	-25.833,83	69.521,13	787,55	-2.888,89	-16.008,39	-19.258,89	6.318,68
aus Betriebsführung:							
- Betriebsführung 2023	-56.353,14	-171.194,44	-44.758,64	0,00	9.019,85	-10.705,26	-273.991,63
- Entgelt Feldschlösschen	0,00	0,00	-2.987,22	0,00	0,00	0,00	-2.987,22
- Einleitentgelt	0,00	-26.056,33	0,00	0,00	0,00	0,00	-26.056,33
- Abwassergebühren	0,00	3,68	0,00	0,00	0,00	0,00	3,68
	-56.353,14	-197.247,09	-47.745,86	0,00	9.019,85	-10.705,26	-303.031,50
Stand 31.12.2023	-82.186,97	-127.725,96	-46.958,31	-2.888,89	-6.988,54	-29.964,15	-296.712,82

Gegenüberstellung Wirtschaftsplan und Jahresabschluss 2023

Lfd. Nr. WP	Konto	Bezeichnung	Planansatz	Jahresabschluss	Planerfüllung	
			€	€	€	%
1		Umsatzerlöse				
	40650	Sonderchargen	9.700,00	5.353,34	-4.346,66	
	40810	Betriebskostenumlage	4.613.153,00	4.619.472,68	6.319,68	
	40830	Klärschlammverwertung Nichtmitglieder	0,00	0,00	0,00	
	40875	Betriebskosten OT Feldschlößchen	54.612,00	51.624,78	-2.987,22	
	40840	Einleitentgelt OT Schönborn	68.000,00	99.384,47	31.384,47	
	40860	Betriebsführungsentgelt Verbandsmitglieder Ortsnetze	1.364.600,00	1.349.882,37	-14.717,63	
	40870	Einleitentgelt SAHO	104.600,00	191.891,73	87.291,73	
	45100	Erlöse Abfallverwertung	0,00	3.051,65	3.051,65	
	46900	Miete für Biocovergärungsanlage	345.500,00	345.335,04	-164,96	
	42000	sonstige betriebliche Erlöse	1.800,00	3.100,88	1.300,88	
	42100	Erlöse aus Weiterberechnungen	0,00	62.026,53	62.026,53	
	42200	Erlöse BVR mbH	64.300,00	91.528,33	27.228,33	
	42300	Erlöse nach VKS	3.300,00	390,00	-2.910,00	
	41000	Mieteinnahmen	4.200,00	4.171,24	-28,76	
	44010	Einleitung Salzlake	18.600,00	17.342,15	-1.257,85	
	47000	Erlösschmälerung	0,00	-2,39	-2,39	
		Summe Umsatzerlöse	6.652.365,00	6.844.552,80	192.187,80	102,89
2		Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Waren	0,00	0,00	0,00	
3		andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	
4		sonstige betriebliche Erträge				
	40640	Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	857.907,00	845.611,56	-12.295,44	
	49490	Verrechnete Sachbezüge	3.800,00	4.362,96	562,96	
	48300	Sonstige betriebliche Erträge	0,00	1.342,15	1.342,15	
	49600	Periodenfremde und neutrale Erträge	0,00	8.465,90	8.465,90	
	49300	Auflösung Rückstellungen	0,00	2.972,08	2.972,08	
	49700	Versicherungsentschädigung	0,00	6.927,96	6.927,96	
		Summe sonstiger betrieblicher Erträge	861.707,00	869.682,61	7.975,61	100,93
9		Erträge aus Beteiligungen				
		Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
		Summe Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	
11		Zinsen und ähnliche Erträge				
	71420	Zinsertrag Abzinsung Rückstellung	0,00	237,15	237,15	
	71050	Zinserträge § 233a AO	0,00	39,00	39,00	
		Summe Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	276,15	276,15	0,00
15		Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilabführungsverträgen				
17		außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	
		Entnahme aus Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
		Summe der Erträge	7.514.072,00	7.714.511,56	200.439,56	102,67

Lfd. Nr. WP	Konto	Bezeichnung	Planansatz	Jahresabschluss	Planerfüllung	
			€	€	€	%
5		Materialaufwand				
	51000	Wärme und Energie f. Klärschlammverwertung	113.800,00	96.486,41	-17.313,59	
	51020	Energiebezug (Strom für AW-Anlagen)	488.300,00	575.715,72	87.415,72	
	51030	Wasser auf Abwasseranlagen	4.300,00	2.687,35	-1.612,65	
	51031	Wasser für BioCo-Vergärungsanlage	20.700,00	21.325,00	625,00	
	51040 / 51050	RHB-Stoffe f. Betriebsführung	12.200,00	39.494,36	27.294,36	
	58000	Bezugsnebenkosten RHB/Lager		267,75		
	58800	Bestandsveränderungen RHB-Stoffe	123.800,00	229.862,91	106.062,91	
			763.100,00	965.839,50	202.739,50	126,57
		Aufwendungen für bezogene Leistungen				
	59000	Entsorgung Sand u. Rechengut	22.700,00	21.303,37	-1.396,63	
	59010	Einleientgelt Sonderchargen	15.800,00	20.228,61	4.428,61	
	59020-59055	bezogene Leistungen für Betriebsführung	178.800,00	198.365,38	19.565,38	
	59090	Klärschlamm Entsorgung	1.488.700,00	1.434.711,72	-53.988,28	
			1.706.000,00	1.674.609,08	-31.390,92	98,16
		Summe Materialaufwand	2.469.100,00	2.640.448,58	171.348,58	106,94
6		Personalaufwand				
		a) Löhne und Gehälter				
	60100	Löhne	429.800,00	418.215,70	-11.584,30	
	60110	Ausbildungsvergütung	0,00	0,00	0,00	
	60120-60190	Bereitschaft, AZK, sonst. Zuschläge und Aufwand	44.200,00	40.876,84	-3.323,16	
	60200	Gehälter	451.000,00	421.052,60	-29.947,40	
	60210-60900	Einmalzahlungen/Erholungsbeihilfe/ Krankengeldzuschuss/Sachzuwendungen	63.200,00	59.189,41	-4.010,59	
		b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung				
	61100 - 61530	gesetzliche Sozialaufwendungen einschließlich Berufsgenossenschaft, Altersversorgung	260.500,00	260.584,60	84,60	
		Summe Personalaufwand	1.248.700,00	1.199.919,15	-48.780,85	96,09
7		Abschreibungen				
	62000	Abschreibungen auf immaterielle VermG	15.200,00	15.750,60	550,60	
	62200	Abschreibungen auf Sachanlagen	1.676.400,00	1.649.038,75	-27.361,25	
	62210	Abschreibungen auf Gebäude	171.800,00	178.436,71	6.636,71	
	62220	Abschreibungen auf KfZ	58.300,00	49.138,58	-9.161,42	
	62600	Sofortabschreibungen GWG	1.000,00	1.680,17	680,17	
		Summe Abschreibungen	1.922.700,00	1.894.044,81	-28.655,19	98,51

Lfd. Nr. WP	Konto	Bezeichnung	Planansatz	Jahresabschluss	Planerfüllung	
			€	€	€	%
8		sonstige betriebliche Aufwendungen				
	63000	sonstige betriebliche Aufwendungen	1.000,00	1.873,78	873,78	
	63030	Aufwendungen für Beratungen	500,00	85,49	-414,51	
		Bewirtungskosten				
	63040	Aufwandsentschädigungen (Organe)	2.200,00	2.100,00	-100,00	
	63200	Heizung	63.300,00	53.575,43	-9.724,57	
	63250	Gas, Strom, Wasser	14.800,00	11.993,42	-2.806,58	
	63300	Reinigung	18.900,00	16.588,50	-2.311,50	
	63350	Instandhaltung betrieblicher Räume	0,00	10.620,88	10.620,88	
	63500	Grundstücksaufwendungen	40.500,00	61.942,64	21.442,64	
	63920	Zuwendungen, Spenden mildtätige Zwecke	0,00	0,00	0,00	
	64000	Haftpflichtversicherungen	2.400,00	2.265,48	-134,52	
	64010	Sachversicherungen	29.100,00	31.210,09	2.110,09	
	64020	Personenversicherungen	2.500,00	2.417,26	-82,74	
	64200	Beiträge	1.100,00	1.195,75	95,75	
	64250	Gebühren	2.000,00	1.913,88	-86,12	
	64320	Abwasserabgabe verursacht durch AZ	178.000,00	178.501,91	501,91	
	64500	Reparatur u. Instandhaltung von Bauten	41.700,00	43.621,58	1.921,58	
	64600	Reparatur/Instandh. Verbandsanlagen	377.500,00	283.452,01	-94.047,99	
	64700	Rep. u. Instandh. Betriebs-/Geschäftsausstattung	1.600,00	5.442,20	3.842,20	
	64850	Instandhaltung Außenanlagen	0,00	0,00	0,00	
	64860	Rep. u. Instandh. Geräte u. Maschinen	2.600,00	3.227,12	627,12	
	64900	Rep. u. Instandh. Ortsanlagen	633.300,00	575.000,38	-58.299,62	
	64940	Wartungskosten Hard- und Software	12.600,00	14.207,15	1.607,15	
	65200	Kfz-Versicherungen	6.200,00	6.729,96	529,96	
	65300	laufende Kfz-Betriebskosten	25.600,00	30.210,21	4.610,21	
	65400	Kfz-Reparaturen	28.100,00	67.603,89	39.503,89	
	65600	Mietleasing Kfz	2.300,00	3.462,12	1.162,12	
	65700	sonstige Kfz-Kosten	3.700,00	5.920,29	2.220,29	
	66000	öffentliche Bekanntmachung	1.300,00	2.630,51	1.330,51	
	66430	Aufmerksamkeiten	100,00	52,00	-48,00	
	66450	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	0,00	100,00	100,00	
	66630/ 66640	Reisekosten Arbeitnehmer	0,00	0,00	0,00	
	66680	km-Geld-Erstattungen an Arbeitnehmer	0,00	0,00	0,00	
	67850	andere Fremd- und Dienstleistungen	0,00	868,70	868,70	
	68000	Porto	2.700,00	2.816,53	116,53	
	68050	Kommunikationsaufwendungen	12.000,00	12.201,07	201,07	
	68150	Bürobedarf	1.500,00	628,89	-871,11	
	68200	Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	4.300,00	4.315,10	15,10	
	68210	Fortbildungskosten	26.700,00	1.536,20	-25.163,80	
	68230	Ausbildungskosten AZUBI	0,00	0,00	0,00	
	68250	Rechts- und Beratungskosten	13.000,00	29.021,54	16.021,54	
	68260	Steuerberatungskosten	600,00	459,54	-140,46	
	68270	Abschlusskosten	28.700,00	28.700,00	0,00	

Lfd. Nr. WP	Konto	Bezeichnung	Planansatz	Jahresabschluss	Planerfüllung	
			€	€	€	%
	68280	örtliche und überörtl. Prüfungsk. JA	11.900,00	17.517,00	5.617,00	
	68290	Steuererklärungskosten	1.200,00	1.200,00	0,00	
	68310	Aufwendungen für Gebührenabrechnung	38.600,00	48.389,13	9.789,13	
		Mieten für Geräte /Maschinen/ Einrichtungen	2.400,00	1.869,86	-530,14	
	68350	DATEV-Kosten	21.000,00	30.968,40	9.968,40	
	68400	Miete und Mietleasing für Kopiertechnik	5.500,00	4.741,80	-758,20	
	46860	Werkzeuge und Kleingeräte	1.300,00	4.936,88	3.636,88	
	68500	Verbrauchsmaterial Labor	14.900,00	8.202,55	-6.697,45	
	68530	sonstiger Betriebsbedarf	12.700,00	12.981,26	281,26	
	68540	Dienst- und Schutzkleidung	9.600,00	13.224,61	3.624,61	
	68550	Nebenkosten des Geldverkehrs	4.000,00	1.660,13	-2.339,87	
	68590	Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung	3.800,00	3.577,31	-222,69	
	68950	Abgänge Sachanlagen RBW BV	0,00	6,00	6,00	
	69690	Kosten für Gutachtererstellung	1.400,00	1.400,00	0,00	
	69600	Periodenfremde Aufwendungen	0,00	5.096,72	5.096,72	
		Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	1.710.700,00	1.654.263,15	-56.436,85	96,70
9		Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
	73210	Zinsen OSK Kto. Nr. 6191580019	26.406,00	21.888,48	-4.517,52	
	73240	Zinsen DKB Kto. Nr. 6707243850	21.887,00	19.519,05	-2.367,95	
	73260	Zinsen OSK Kto. Nr. 6650003938	13.447,00	13.446,62	-0,38	
	73620	Zinsaufwand Abzinsung RST	0,00	0,00	0,00	
		Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61.740,00	54.854,15	-6.885,85	88,85
10		sonstige Steuern				
	76850	Kfz-Steuer	1.500,00	1.809,81	309,81	
	76000-76410	Steuern vom Einkommen und Ertrag	25.400,00	40.933,42	15.533,42	
	76900	Steuernachzahlg. VJ sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00	
		Summe sonstige Steuern	26.900,00	42.743,23	15.843,23	158,90
		Gesamtaufwendungen	7.439.840,00	7.486.273,07	46.433,07	100,62
		Summe der Erträge	7.514.072,00	7.714.511,56	200.439,56	102,67
		Jahresüberschuss	74.232,00	228.238,49	154.006,49	307,47

Allgemeine Auftragsbedingungen

für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Nebentätigkeit in Steuerberaten

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Bericht über die Erstellung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023

AZV Obere Röder
BgA Leistungen für fremde Dritte
An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 Bilanz zum 31. Dezember 2023

Anlage 2 Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017

Auftrag

Der Verbandsvorsitzende des

AZV Obere Röder

An den Dreihäusern 14
01454 Radeberg

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 für den Teilbereich „BgA Leistungen für fremde Dritte“ nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu erstellen. Der Teilbereich „BgA Leistungen für fremde Dritte“ ist Bestandteil des Jahresabschlusses des AZV Obere Röder und wird aus steuerlichen Gründen separiert.

Dem Auftrag lag die Buchführung, die vom AZV Obere Röder erstellt wurde, sowie der unter dem 28. April 2023 erstellte Jahresabschluss des Vorjahres zugrunde. Auskünfte wurden von der Geschäftsführung und den uns benannten Mitarbeitern erteilt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden auf Basis der uns vorgelegten Unterlagen und der uns erteilten Auskünfte nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt und aus den Büchern des AZV entwickelt. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden gemäß Anweisung durch die Geschäftsführung ausgeübt. Nach der von der Geschäftsführung abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind in der Bilanz die Vermögens- und Schuldposten vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitsklärung bestanden am Bilanzstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse, sowie keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen als aus der Bilanz ersichtlich sind.

Weitere Informationen zu den einzelnen Positionen der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung sind im nachfolgenden Erläuterungsbericht dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2017 maßgebend, die als Anlage beigefügt sind. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Der vorliegende Bericht richtet sich an die Gesellschaft.

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	AZV Obere Röder
Rechtsform:	Zweckverband gemäß SächsKomZG in der Form des Teilzweckverbandes
Satzung:	Verbandssatzung vom 11. Mai 2006 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 02. März 2022
Wirtschaftsführung:	nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften (SächsEigBVO)
Sitz:	Radeberg
Ort der Geschäftsleitung:	An den Dreihäusern 14 01454 Radeberg
Gegenstand des Unternehmens:	Beseitigung des Abwassers im Verbandsgebiet. Unterstützung der Verbandsgemeinden gegen Kostenersatz bei der Abwasserbeseitigung
Geschäftsjahr:	01.01.2023 bis 31.12.2023
Dauer der Gesellschaft:	Der Zweckverband ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Mitglieder:	Gemeinde Arnsdorf inkl. OT Fischbach, Wallroda und Kleinwolmsdorf Anteil: 12,59 % Stadt Großröhrsdorf inkl. OT Kleinröhrsdorf und Bretnig-Hauswalde Anteil: 26,48 % Große Kreisstadt Radeberg inkl. OT Liegau-Augustusbad, Ullersdorf, Großerkmansdorf Anteil: 57,45 % Gemeinde Wachau nur mit dem OT Leppersdorf Anteil: 2,40 Gemeinde Großhartau nur mit dem OT See- ligstadt Anteil: 1,08 %
Gesetzlicher Vertreter:	Herr Veit Künzelmann (Bürgermeister Gemeinde Wachau)
Geschäftsführung:	Herr Jörg Friedemann

Wirtschaftliche Grundlagen

Wirtschaftliche Grundlagen des Zweckverbandes sind die Beseitigung des im Verbandsgebiet anfallenden Abwassers sowie die Betreibung, die Herstellung und die Erhaltung der überörtlichen Abwasseranlagen.

Die Ortskanalisation wird von den Verbandsmitgliedern in eigener Verantwortung hergestellt und auftragsgemäß ab dem 01.01.2008 durch den Zweckverband mit Ausnahme Gemeinde Großharthau OT Seeligstadt betrieben. Das Satzungsrecht und das Recht, Beiträge zu erheben, sowie die Gebührenhoheit bleiben uneingeschränkt bei den Verbandsgemeinden.

Der Zweckverband erstrebt nach § 2 Nr. 4 der Satzung insoweit keinen Gewinn.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ erbringt Tätigkeiten die steuerlich zu Betrieben gewerblicher Art führen. Ein BgA der vorliegend abgerechnet wird ist der BgA:

BgA Leistungen für fremde Dritte

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ nimmt Abwässer und Pumpwerkrückstände auf der Grundlage privatrechtlicher Verträge an. Außerdem erbringt er Dienstleistungen für Dritte. Da diese Tätigkeiten außerhalb der Erfüllung hoheitlicher Tätigkeiten und nicht im Zusammenhang mit dem Betrieb gewerblicher Art Vermietung der Bio-Coververgärungsanlage stehen, handelt es sich um einen separaten Betrieb gewerblicher Art.

Der steuerliche Jahresabschluss des BgA Leistungen für fremde Dritte ist im handelsrechtlichen Jahresabschluss des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ enthalten.

Steuerliche Verhältnisse

Steuerpflicht:	nicht steuerpflichtig mit Hoheitsbetrieb als Teilzweckverband nach § 63 Abs. 1 SächsWG steuerpflichtig i. S. § 2 Abs. 3 UStG a.F. partielle Körperschaftsteuerpflicht mit Betrieben gewerblicher Art partielle Gewerbesteuerpflicht mit den Betrieben gewerblicher Art, die mit Gewinnerzielungsabsicht arbeiten
Finanzamt:	Hoyerswerda
Steuernummern:	Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Umsatzsteuern aller BgA 213/149/00585 BgA Vermietung der Bio-Covergärungsanlage 213/144/00272 BgA Leistungen für fremde Dritte 213/144/02682
Steuerbescheide:	<u>Abwasserzweckverband „Obere Röder“:</u> <u>Umsatzsteuern aller BgA:</u> Die Umsatzsteuer für die Jahre 1999 bis 2017 sind endgültig veranlagt, die Jahre 2018 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 Abs. 1 AO). <u>BgA Vermietung Bioverwertungsanlage:</u> Die erklärten Ertragssteuern für die Jahre bis 2017 sind endgültig veranlagt. Für die Jahre 2018 bis 2022 erfolgte die Veranlagung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. <u>BgA Leistungen für fremde Dritte:</u> Die erklärten Ertragsteuern für die Jahre bis 2022 sind endgültig veranlagt.
Anhängige Verfahren:	keine
Letzte steuerliche Außenprüfungen:	StNr. 213/144/00302 (neu 213/149/00585): Steuerart: Umsatzsteuer Prüfungszeitraum: 1999 - 2001 StNr. 213/144/00272: Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001 StNr. 213/144/00280:

	Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001
Letzte Lohnsteueraußenprüfung:	im Jahr 2010 für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.03.2010 (Haftungsbescheid vom 13.08.2010)
letzte sozialversicherungsrechtliche Prüfung:	im Jahr 2022 für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2021 (abschließendes Schreiben vom 04.05.2022)
Organschaft:	umsatzsteuerliche Organschaft ab 01.06.1999 <u>Organträger:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/149/00585 <u>Organgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Betriebsaufspaltung:	ab 01.06.1999 <u>Besitzunternehmen:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer 213/144/00272 <u>Betriebskapitalgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Umsatzversteuerung:	nach vereinbarten Entgelten
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:	DE203435871 für Abwasserzweckverband „Obere Röder“

Erläuterungen zum Jahresabschluss**Aktivseite****A. Umlaufvermögen****I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände****1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>30.106,76</u>	<u>35.852,22</u>

Zusammensetzung:

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
30.106,76	35.852,22
<u>30.106,76</u>	<u>35.852,22</u>

2. sonstige Vermögensgegenstände

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>122.753,26</u>	<u>1,05</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Sonstige Vermögensgegenstände - Restlaufzeit größer 1 Jahr	122.752,21	0,00
Entstandene Einfuhrumsatzsteuer	1,05	1,05
	<u>122.753,26</u>	<u>1,05</u>

Passivseite**A. Eigenkapital****I. Gewinnvortrag**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>28.025,92</u>	<u>455,42</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Gewinnvortrag vor Verwendung	28.025,92	24.172,02
Gewinnabführung an AZV	0,00	-23.716,60
	<u>28.025,92</u>	<u>455,42</u>

II. Jahresüberschuss

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>90.966,86</u>	<u>27.570,50</u>

III. Bilanzgewinn

0,00	0,00
-------------	-------------

B. Rückstellungen**1. Steuerrückstellungen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>30.570,65</u>	<u>3.414,65</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Gewerbsteuerrückstellung § 4 (5b) EStG	13.484,00	1.561,00
Körperschaftsteuerrückstellung	17.086,65	1.853,65
	<u>30.570,65</u>	<u>3.414,65</u>

2. sonstige Rückstellungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>3.296,59</u>	<u>3.096,52</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	1.600,00	1.500,00
Rückstellungen für Aufbewahrungspflicht	1.096,59	1.096,52
Rückstellung für Steuererklärungen	600,00	500,00
	<u>3.296,59</u>	<u>3.096,52</u>

C. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>0,00</u>	<u>1.316,18</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Sonstige Vermögensgegenstände - Rest-		
laufzeit größer 1 Jahr	0,00	1.316,18
	<u>0,00</u>	<u>1.316,18</u>

Gewinn- und Verlustrechnung**1. Umsatzerlöse**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>220.335,38</u>	<u>280.240,65</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Einleitentgelt Abwasser SAHO	191.891,73	185.119,21
Erlöse	2.647,28	60.364,66
Einleitung Sonderchar-		
gen(FAS/Rückstände)	5.353,34	10.258,96
Erlöse 19% USt Flüssigstoffe	17.342,15	24.291,82
Erlöse 19% USt	3.100,88	206,00
	<u>220.335,38</u>	<u>280.240,65</u>

2. sonstige betriebliche Erträge

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>235,17</u>	<u>521,87</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
automatische Anlage	136,62	367,60
Periodenfremde Erträge	98,55	142,58
Versich.entschädigung, Schadenersatz	0,00	11,69
	<u>235,17</u>	<u>521,87</u>

3. Materialaufwand**a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren**

2023	2022
EUR	EUR
<u>-44.928,24</u>	<u>-73.362,64</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Einkauf Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe	-42.595,08	-46.492,40
Aufwendungen für RHB und bezogene Waren	-899,15	-2.139,83
Einkauf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-1.434,01	-24.730,41
	<u>-44.928,24</u>	<u>-73.362,64</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-2.857,33</u>	<u>-44.690,71</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Fremdleistungen	-2.109,60	-8.917,17
Unterhaltung Abwasseranlagen	0,00	-139,29
Fremdleistungen	-747,73	-35.634,25
	<u>-2.857,33</u>	<u>-44.690,71</u>

4. Personalaufwand**a) Löhne und Gehälter**

2023	2022
EUR	EUR
<u>-20.151,89</u>	<u>-15.567,21</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Löhne	-17.880,99	-3.945,59
Bereitschaftsdienst	0,00	-1.791,72

Sonntagszuschlag 50% frei	-8,13	-18,57
Nachzuschlag frei	0,00	-0,19
Lohn- u. Gehaltsaufwand (Rückstellungen)	0,00	-19,49
Gehälter	-2.246,31	-7.143,15
Einmalzahlungen	0,00	-2.480,70
Erholungsbeihilfe	0,00	-141,65
Jubiläumszuwendungen	0,00	-8,86
Krankengeldzuschüsse	-0,75	-4,79
Vermögenswirksame Leistungen	-15,71	-12,50
	<u>-20.151,89</u>	<u>-15.567,21</u>

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

2023	2022
EUR	EUR
<u>-5.246,35</u>	<u>-3.142,73</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Gesetzliche Sozialaufwendungen	0,00	-1.704,54
AG-Anteil SV (Lohn)	-4.561,37	-723,45
Gesundheitsfürsorge	-33,99	-112,21
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	-53,42	-114,64
AMD/Arbeitssicherheit	0,00	-101,78
Freiwillige soziale Aufwendung, LSt-frei	-12,48	-26,26
Aufwendungen für Altersversorgung	-98,03	-69,48
ZVK-Umlage	-175,02	-117,49
Zusatzbeitrag ZVK	-269,08	-138,41
pauschale Steuer BAV	-42,96	-34,47
	<u>-5.246,35</u>	<u>-3.142,73</u>

5. sonstige betriebliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-19.893,43</u>	<u>-107.164,05</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Reparaturen und Instandhaltung von Bauten	-10.080,75	-2.387,20
Grundstücksaufwendungen, betrieblich	-2.832,83	-496,49
Sonstiger Betriebsbedarf	-1.708,05	-371,99
Rechts- und Beratungskosten	-1.600,00	-1.500,00

Ausgleichsabgabe i. S. d. Schwerbehindertengesetzes	-1.030,72	-1.488,24
Abschluss- und Prüfungskosten	-600,00	-500,00
Zuwendungen, Spenden an Stiftungen in das zu erhaltende Vermögen (Vermögensstock) für wissenschaftliche, mildtätige, kulturelle Zwecke	-333,48	-728,24
Werkzeuge und Kleingeräte	-275,34	-53,12
Rechts- und Beratungskosten	-260,05	-240,64
Reparatur/Instandh.v.and.Anlagen u. BGA	-258,05	-51,69
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-201,41	-70,81
Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung	-149,42	-63,38
Rep./Instandh. Geräte/Maschinen	-140,64	-72,44
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	-100,00	-11,62
Netto-Prämie für Rückdeckung künftiger Versorgungsleistungen	-86,31	-101,30
Telefon	-66,24	-278,50
sonstiger Betriebsbedarf	-61,46	0,00
Haftungsvergütung an Mitunternehmer § 15 EStG (mit Sonderbetriebseinnahme korrespondierend)	-36,78	-137,19
Reinigung	-25,08	-421,42
Konto reserviert	-14,52	-89,01
Bürobedarf	-12,48	-104,53
Vergütungen an Mitunternehmer für die miet- oder pachtweise Überlassung ihrer beweglichen Wirtschaftsgüter § 15 EStG (mit Sonderbetriebseinnahme korrespondierend)	-9,55	-33,12
Verkaufsprovisionen	-8,69	0,00
Sonstige eingeschränkt abziehbare Betriebsausgaben (nicht abziehbarer Anteil)	-0,52	-2,47
Fremdfahrzeugkosten	-0,46	-21,19
Pacht (bewegliche Wirtschaftsgüter)	-0,35	0,00
Aufwand für Gewährleistungen	-0,19	-62,85
Telefax und Internetkosten	-0,06	-48,90
Umlage Mitbenutzung Anlagevermögen	0,00	-93.462,93
Heizung	0,00	-1.169,24
Laufende Fahrzeug-Betriebskosten	0,00	-549,07
Fahrzeug-Reparaturen	0,00	-523,40
externe EDV-Kosten	0,00	-320,80
Abwasserabgabe	0,00	-312,23
Gas, Strom, Wasser	0,00	-298,63
Dienst- und Schutzkleidung	0,00	-296,26
Wartungskosten für Hard- und Software	0,00	-269,41
Mietleasing bewegl. WG Betriebsausstatt.	0,00	-137,48
Fahrzeug-Versicherungen	0,00	-127,53
Zuwendungen, Spenden mildtätige	0,00	-100,00

Zwecke		
Sonstige Fahrzeugkosten	0,00	-97,39
Nebenkosten des Geldverkehrs	0,00	-73,40
Fortbildungskosten	0,00	-35,88
Mietleasing Kfz	0,00	-30,84
Gebühren	0,00	-20,36
Instandhaltung betrieblicher Räume	0,00	-2,86
	<u>-19.893,43</u>	<u>-107.164,05</u>

6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

2023	2022
EUR	EUR
<u>44,51</u>	<u>35,00</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Zinserträge § 233a AO, steuerpflichtig	39,00	35,00
Zinsertrag Abzinsung Rückstellungen	5,51	0,00
	<u>44,51</u>	<u>35,00</u>

7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

2023	2022
EUR	EUR
<u>-36.570,96</u>	<u>-9.268,73</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer	-18.395,00	-4.777,00
Solidaritätszuschlag	-1.011,56	-262,73
Gewerbesteuer	-17.164,00	-4.229,00
Gewerbesteuernachzahlungen und Gewerbesteuererstattungen für Vorjah- re, § 4 Abs. 5b EStG	-0,40	0,00
	<u>-36.570,96</u>	<u>-9.268,73</u>

8. Ergebnis nach Steuern

2023	2022
EUR	EUR
<u>90.966,86</u>	<u>27.601,45</u>

9. sonstige Steuern

2023	2022
EUR	EUR
0,00	-30,95

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Kfz-Steuern	0,00	-30,95
	0,00	-30,95

10. Jahresüberschuss

2023	2022
EUR	EUR
90.966,86	27.570,50

11. Bilanzgewinn

2023	2022
EUR	EUR
0,00	0,00

Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – des AZV Obere Röder für den Bereich „BgA Leistungen für fremde Dritte“ für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Verbandes.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dresden, den 30.04.2024

LiSka Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ramon Skala
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.106,76		35.852,22
2. sonstige Vermögensgegenstände	122.753,26		1,05
		152.860,02	35.853,27
SUMME AKTIVA		152.860,02	35.853,27

Passivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gewinnvortrag		28.025,92	455,42
II. Jahresüberschuss		90.966,86	27.570,50
		118.992,78	28.025,92
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	30.570,65		3.414,65
2. sonstige Rückstellungen	3.296,59		3.096,52
		33.867,24	6.511,17
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		0,00	1.316,18
SUMME PASSIVA		152.860,02	35.853,27

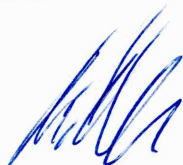
Radeberg, den 30.04.2024



**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023**

	2023 EUR	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse		220.335,38	280.240,65
2. sonstige betriebliche Erträge		235,17	521,87
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-44.928,24		-73.362,64
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.857,33</u>		<u>-44.690,71</u>
		-47.785,57	-118.053,35
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-20.151,89		-15.567,21
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-5.246,35</u>		<u>-3.142,73</u>
- davon für Altersversorgung in EUR: -585,09 (-359,85)		-25.398,24	-18.709,94
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		-19.893,43	-107.164,05
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		44,51	35,00
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in EUR: 5,51 (0,00)			
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-36.570,96	-9.268,73
8. Ergebnis nach Steuern		90.966,86	27.601,45
9. sonstige Steuern		0,00	-30,95
10. Jahresüberschuss		<u>90.966,86</u>	<u>27.570,50</u>

Radeberg, den 30.04.2024



Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstraftaten,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagensersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagensersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Bericht über die Erstellung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023

AZV Obere Röder
- Vermietung gesamt-
An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 Bilanz zum 31. Dezember 2023

Anlage 2 Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

Anlage 3 Anlagespiegel zum 31. Dezember 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017

Auftrag

Der Verbandsvorsitzende des

AZV Obere Röder

An den Dreihäusern 14
01454 Radeberg

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 für den Teilbereich „Vermietung Bio-Covergärungsanlage – gesamt“ nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu erstellen. Der Teilbereich „Vermietung Bio-Covergärungsanlage – gesamt“ ist Bestandteil des Jahresabschlusses des AZV Obere Röder und wird aus steuerlichen Gründen separiert.

Dem Auftrag lag die Buchführung, die vom AZV Obere Röder erstellt wurde, sowie der unter dem 28. April 2023 erstellte Jahresabschluss des Vorjahres zugrunde. Auskünfte wurden von der Geschäftsführung und den uns benannten Mitarbeitern erteilt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden auf Basis der uns vorgelegten Unterlagen und der uns erteilten Auskünfte nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt und aus den Büchern des AZV entwickelt. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden gemäß Anweisung durch die Geschäftsführung ausgeübt. Nach der von der Geschäftsführung abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind in der Bilanz die Vermögens- und Schuldposten vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitsklärung bestanden am Bilanzstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse, sowie keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen als aus der Bilanz ersichtlich sind.

Weitere Informationen zu den einzelnen Positionen der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung sind im nachfolgenden Erläuterungsbericht dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2017 maßgebend, die als Anlage beigefügt sind. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Der vorliegende Bericht richtet sich an die Gesellschaft.

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	AZV Obere Röder
Rechtsform:	Zweckverband gemäß SächsKomZG in der Form des Teilzweckverbandes
Satzung:	Verbandssatzung vom 11. Mai 2006 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 02. März 2022
Wirtschaftsführung:	nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften (SächsEigBVO)
Sitz:	Radeberg
Ort der Geschäftsleitung:	An den Dreihäusern 14 01454 Radeberg
Gegenstand des Unternehmens:	Beseitigung des Abwassers im Verbandsgebiet. Unterstützung der Verbandsgemeinden gegen Kostenersatz bei der Abwasserbeseitigung
Geschäftsjahr:	01.01.2023 bis 31.12.2023
Dauer der Gesellschaft:	Der Zweckverband ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Mitglieder:	Gemeinde Arnsdorf inkl. OT Fischbach, Wallroda und Kleinwolmsdorf Anteil: 12,59 % Stadt Großröhrsdorf inkl. OT Kleinröhrsdorf und Bretnig-Hauswalde Anteil: 26,48 % Große Kreisstadt Radeberg inkl. OT Liegau-Augustusbad, Ullersdorf, Großerkmansdorf Anteil: 57,45 % Gemeinde Wachau nur mit dem OT Leppersdorf Anteil: 2,40 Gemeinde Großhartau nur mit dem OT See- ligstadt Anteil: 1,08 %
Gesetzlicher Vertreter:	Herr Veit Künzelmann (Bürgermeister Gemeinde Wachau)
Geschäftsführung:	Herr Jörg Friedemann

Wirtschaftliche Grundlagen

Wirtschaftliche Grundlagen des Zweckverbandes sind die Beseitigung des im Verbandsgebiet anfallenden Abwassers sowie die Betreuung, die Herstellung und die Erhaltung der überörtlichen Abwasseranlagen.

Die Ortskanalisation wird von den Verbandsmitgliedern in eigener Verantwortung hergestellt und auftragsgemäß ab dem 01.01.2008 durch den Zweckverband mit Ausnahme Gemeinde Großharthau OT Seeligstadt betrieben. Das Satzungsrecht und das Recht, Beiträge zu erheben, sowie die Gebührenhoheit bleiben uneingeschränkt bei den Verbandsgemeinden.

Der Zweckverband erstrebt nach § 2 Nr. 4 der Satzung insoweit keinen Gewinn.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ erbringt Tätigkeiten die steuerlich zu Betrieben gewerblicher Art führen. Ein BgA der vorliegend abgerechnet wird ist der BgA:

Vermietung der Bio-Covergärungsanlage

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat auf dem Gelände der Kläranlage Radeberg im Jahr 1998 eine Bioverwertungsanlage errichtet, die im Jahr 1999 fertig gestellt wurde. Die Vermietung erfolgte an die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (Betriebskapitalgesellschaft) ab 01.06.1999.

Nach dem Bescheid des Regierungspräsidiums Dresden vom 31.08.1998 über die Genehmigung der Beteiligung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ an der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH sowie nach dem Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Dresden vom 08.04.1999 zum Um- und Ausbau der Kläranlage Radeberg einschließlich der Errichtung einer Bio-Covergärungsanlage ist mit dem Betrieb der Bioverwertungsanlage vorrangig die Klärschlammverwertung zu sichern. Daneben dürfen Bioabfälle verwertet werden. Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ kann diese Auflagen in der Betriebskapitalgesellschaft durchsetzen, weil:

- er mit 51 % des Stimmenanteils seinen Willen durchsetzen kann,
- er dieser die Bioverwertungsanlage, die für diese die wesentliche Betriebsgrundlage darstellt, mietweise überlässt,
- diese in den organisatorischen Ablauf des Kläranlagenbetriebs eingebunden ist.

Seit der Vermietung der Bioverwertungsanlage am 01.06.1999 besteht zwischen dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Vermietung der Bioverwertungsanlage, und der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH das Institut der Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ betätigt sich mit der Vermietung der Bioverwertungsanlage außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben insoweit, als die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH die Bioverwertungsanlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Die **Klärschlammverwertung**, auch wenn sie durch die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH erledigt wird, stellt weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar. Nach § 4 Abs. 5 KStG i. V. m. KStR A 4.1. und KStR H 4.4 „Hoheitsbetrieb“ kann mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben keine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden. Auch wenn sich der für die Klärschlammverwertung zuständige Abwasserzweckverband „Obere Röder“ zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH als Betriebskapitalgesellschaft bedient, kann er sich dadurch nicht vollständig seiner Pflichtaufgaben entledigen (BFH-Urteil vom 09.10.2002, AZ. V-R-64/99 und Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14.12.2006, AZ. 7-C-4/06). Die Klärschlammverwertung bleibt somit Aufgabe des Abwas-

serzweckverbandes „Obere Röder“ und ist seinem Hoheitsbetrieb zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat. Die Abrechnungsmodalitäten sind im Vertrag vom 08.08.2007 festgelegt.

Die **Verwertung von Bioabfällen** stellt für die BVR Bio- Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH eine selbständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der sie Gewinn erzielt. Dieser Bereich steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben.

Dementsprechend unterliegt die **Vermietung der Anlage nur hinsichtlich der Nutzung zu gewerblichen Zwecken der Steuerpflicht**. Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen.

Ab dem Zeitpunkt der Vermietung und Inbetriebnahme der Bioverwertungsanlage wurden der Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ fasste in der Verbandsversammlung vom 10.10.2013 den Beschluss, die Anlagenteile für die Verwertung von Feststoffen nicht zu ersetzen, sondern ab dem 01.11.2013 die Miete und den allgemeinen Kostenaufteilungsschlüssel anzupassen.

Danach wurde im Jahr 2023 die Anlage geringfügig verändert zum Vorjahr im Jahresdurchschnitt zu 69% (i.Vj.: 71%) für hoheitliche Zwecke verwendet und zu 31% (i.Vj.: 29%) gewerblich genutzt.

Der steuerliche Jahresabschluss des BgA ist im handelsrechtlichen Jahresabschluss des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ enthalten.

Steuerliche Verhältnisse

Steuerpflicht:	nicht steuerpflichtig mit Hoheitsbetrieb als Teilzweckverband nach § 63 Abs. 1 SächsWG steuerpflichtig i. S. § 2 Abs. 3 UStG a.F. partielle Körperschaftsteuerpflicht mit Betrieben gewerblicher Art partielle Gewerbesteuerpflicht mit den Betrieben gewerblicher Art, die mit Gewinnerzielungsabsicht arbeiten
Finanzamt:	Hoyerswerda
Steuernummern:	Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Umsatzsteuern aller BgA 213/149/00585 BgA Vermietung der Bio-Covergärungsanlage 213/144/00272 BgA Leistungen für fremde Dritte 213/144/02682
Steuerbescheide:	<u>Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Umsatzsteuern aller BgA:</u> Die Umsatzsteuer für die Jahre 1999 bis 2017 sind endgültig veranlagt, die Jahre 2018 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 Abs. 1 AO). <u>BgA Vermietung Bioverwertungsanlage:</u> Die erklärten Ertragssteuern für die Jahre bis 2017 sind endgültig veranlagt. Für die Jahre 2018 bis 2022 erfolgte die Veranlagung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. <u>BgA Leistungen für fremde Dritte:</u> Die erklärten Ertragsteuern für die Jahre bis 2022 sind endgültig veranlagt.
Anhängige Verfahren:	keine
Letzte steuerliche Außenprüfungen:	StNr. 213/144/00302 (neu 213/149/00585): Steuerart: Umsatzsteuer Prüfungszeitraum: 1999 - 2001 StNr. 213/144/00272: Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001 StNr. 213/144/00280:

	Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001
Letzte Lohnsteueraußenprüfung:	im Jahr 2010 für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.03.2010 (Haftungsbescheid vom 13.08.2010)
letzte sozialversicherungsrechtliche Prüfung:	im Jahr 2022 für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2021 (abschließendes Schreiben vom 04.05.2022)
Organschaft:	umsatzsteuerliche Organschaft ab 01.06.1999 <u>Organträger:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/149/00585 <u>Organgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Betriebsaufspaltung:	ab 01.06.1999 <u>Besitzunternehmen:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer 213/144/00272 <u>Betriebskapitalgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Umsatzbesteuerung:	nach vereinbarten Entgelten
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:	DE203435871 für Abwasserzweckverband „Obere Röder“

Erläuterungen zum Jahresabschluss**Aktivseite****A. Anlagevermögen****I. Immaterielle Vermögensgegenstände****1. entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen an
solchen Rechten und Werten**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>1,00</u>	<u>1,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	1,00	1,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>1,00</u>	<u>1,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
EDV-Software, entgeltl. erworben	1,00	1,00
	<u>1,00</u>	<u>1,00</u>

II. Sachanlagen**1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>2.358.168,01</u>	<u>2.448.467,01</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	2.448.467,01	2.442.381,01
Zugänge	88,86	68.387,45
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	26.299,50
Abschreibungen	90.387,86	88.600,95
Endbestand	<u>2.358.168,01</u>	<u>2.448.467,01</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Grundstückswert bebauter Grundstücke	97.623,01	97.623,01
Betriebsgebäude	2.260.544,00	2.350.843,00
Außenanlagen	1,00	1,00
	<u>2.358.168,01</u>	<u>2.448.467,01</u>

2. technische Anlagen und Maschinen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>2.782.998,00</u>	<u>3.040.559,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	3.040.559,00	3.280.359,00
Zugänge	11.130,31	13.624,91
Abgänge	0,00	683,50
Umbuchungen	0,00	15.148,21
Abschreibungen	268.691,31	267.889,62
Endbestand	<u>2.782.998,00</u>	<u>3.040.559,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Technische Anlagen	3,00	3,00
Verwertungsanlage	2.782.995,00	3.040.556,00
	<u>2.782.998,00</u>	<u>3.040.559,00</u>

3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>17,00</u>	<u>17,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	17,00	17,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>17,00</u>	<u>17,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Sonstige Transportmittel	1,00	1,00
Werkstatteinrichtung	4,00	4,00
Betriebsausstattung	6,00	6,00
Büroeinrichtung	6,00	6,00

17,00	17,00
-------	-------

III. Finanzanlagen**1. Anteile an verbundenen Unternehmen**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	26.075,89	26.075,89
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen (AV)	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>
	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>

B. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände****1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>3.025,90</u>	<u>5.726,48</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Forderungen gg. verbundene UN(b. 1 J)	3.025,90	5.726,48
	<u>3.025,90</u>	<u>5.726,48</u>

2. sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>44,81</u>	<u>29,51</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Vorst. in Folgeperiode /-jahr abziehbar	44,81	29,51
	<u>44,81</u>	<u>29,51</u>

Passivseite**A. Eigenkapital****I. Kapitalrücklage**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>1.175.415,36</u>	<u>1.175.415,36</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Kapitalrückl. durch Zuzahlungen in EK	1.144.659,51	1.144.659,51
Kapitalrücklage (WAB-Übernahme)	30.755,85	30.755,85
	<u>1.175.415,36</u>	<u>1.175.415,36</u>

II. Verlustvortrag

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>-889.574,96</u>	<u>-939.623,50</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verlustvortrag vor Verwendung	-889.574,96	-939.623,50
	<u>-889.574,96</u>	<u>-939.623,50</u>

III. Jahresüberschuss

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>36.445,58</u>	<u>50.048,54</u>

IV. Bilanzgewinn

	0,00	0,00
--	-------------	-------------

B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>1.161.350,00</u>	<u>1.266.542,00</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
empfangene Ertragszuschüsse	1.161.350,00	1.266.542,00
	<u>1.161.350,00</u>	<u>1.266.542,00</u>

C. Rückstellungen**1. sonstige Rückstellungen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>7.300,00</u>	<u>6.900,00</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Rückstellungen f. Steuererklärungskosten	600,00	700,00
Rückstellungen für Abschluss u. Prüfung	6.700,00	6.200,00
	<u>7.300,00</u>	<u>6.900,00</u>

D. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>1.298.874,59</u>	<u>1.589.048,78</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Ostsächsische Sparkasse Nr. 6191580019	1.298.874,59	1.589.048,78
	<u>1.298.874,59</u>	<u>1.589.048,78</u>

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>5.371,81</u>	<u>2.147,92</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen+Leist.	5.148,64	1.896,45
Verbindlichkeiten L+L ohne Kontokorrent	223,17	251,47
	<u>5.371,81</u>	<u>2.147,92</u>

3. sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>2.375.148,23</u>	<u>2.370.396,79</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gg. AZV Obere Röder	2.375.148,23	2.370.396,79
	<u>2.375.148,23</u>	<u>2.370.396,79</u>

Gewinn- und Verlustrechnung**1. Umsatzerlöse**

2023	2022
EUR	EUR
<u>425.767,97</u>	<u>414.156,13</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Erlöse verauslagte Kosten	59.107,93	47.571,27
Erlöse WB TW	21.325,00	21.249,82
Miete aus Vermietung BVR-Anlage	345.335,04	345.335,04
	<u>425.767,97</u>	<u>414.156,13</u>

2. andere aktivierte Eigenleistungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>0,00</u>	<u>1.049,47</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	1.049,47
	<u>0,00</u>	<u>1.049,47</u>

3. sonstige betriebliche Erträge

2023	2022
EUR	EUR
<u>105.606,62</u>	<u>105.853,44</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Auflösung empf. Ertragszuschüsse	105.192,00	105.191,00
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,02
Erträge Zuschreibg. Sachanlagevermögen	0,00	7,00
Erträge Auflösung von Rückstellungen	414,62	649,49
Periodenfremde Erträge	0,00	5,93
	<u>105.606,62</u>	<u>105.853,44</u>

4. Materialaufwand**a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-26.713,16</u>	<u>-15.969,12</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
RHB/Bez. Waren zur WB	-26.713,16	-15.969,12
	<u>-26.713,16</u>	<u>-15.969,12</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-32.394,77</u>	<u>-31.614,12</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Unterhaltung Abwasseranlagen	0,00	-11,97
Bez. Leistungen zur Weiterberechnung	-32.394,77	-31.602,15
	<u>-32.394,77</u>	<u>-31.614,12</u>

5. Abschreibungen**a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-359.079,17</u>	<u>-356.497,57</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	-268.691,31	-267.896,62
Abschreibungen auf Gebäude	-90.387,86	-88.600,95
	<u>-359.079,17</u>	<u>-356.497,57</u>

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

	2023	2022
	EUR	EUR
	-57.222,86	-42.497,04
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	-0,53
Kosten der allg. Verwaltung	-6.555,31	-8.779,90
Aufwendungen für Beratungen	-0,85	-0,88
Heizung	0,00	-455,47
Strom	0,00	-115,86
Wasser Bio-Co.	-21.325,00	-21.249,82
Reinigung	0,00	-162,96
Versicherungen	-21,38	-49,02
Sachversicherungen	-312,10	-475,00
Beiträge	-7,21	-10,60
Gebühren	0,00	-6,86
Reparaturen und Instandhaltung von Bauten	-21.407,99	0,00
Reparatur/Instandh. Anlagen u. Maschi- nen	-0,18	-2.658,76
Reparatur/Instandh.v.and.Anlagen u. BGA	0,00	-10,91
Rep./Instandh. Geräte/Maschinen	0,00	-25,82
Wartungskosten für Hard-/Software	0,00	-103,39
Werbekosten	-0,46	-8,26
Aufmerksamkeiten	-0,52	-1,06
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	0,00	-5,00
Fremdarbeiten (Vertrieb)	-8,69	0,00
Porto	-0,19	-24,48
Telefon	0,00	-79,82
Bürobedarf	-0,06	-19,06
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	-13,35	-40,51
Fortbildungskosten	0,00	-13,21
Rechts- und Beratungskosten	-43,77	-50,73
Steuerberatungskosten	-199,49	-76,89
Abschluss- und Prüfungskosten	-6.700,00	-6.200,00
Steuererklärungskosten	-600,00	-700,00
Mieten für Einrichtungen bewegliche WG	-11,37	-11,43
Aufwendungen für Lizenzen, Konzessio- nen	-0,42	-124,97
Mietleasing bewegl. WG Betriebsaus- statt.	0,00	-53,56
Werkzeuge und Kleingeräte	0,00	-17,41
Sonstiger Betriebsbedarf	0,00	-90,16

Sonsiger Betriebsbedarf	0,00	-0,36
Dienst- und Schutzkleidung	0,00	-115,40
Nebenkosten des Geldverkehrs	0,00	-25,14
Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung	0,00	-12,89
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert bei BV	0,00	-683,50
Periodenfremde Aufwendungen	-14,52	-37,42
	<u>-57.222,86</u>	<u>-42.497,04</u>

7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-19.519,05</u>	<u>-24.432,65</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Zinsen OSK Kto. Nr. 6191580019	-19.519,05	-24.432,65
	<u>-19.519,05</u>	<u>-24.432,65</u>

8. Ergebnis nach Steuern

2023	2022
EUR	EUR
<u>36.445,58</u>	<u>50.048,54</u>

9. Jahresüberschuss

2023	2022
EUR	EUR
<u>36.445,58</u>	<u>50.048,54</u>

10. Bilanzgewinn

2023	2022
EUR	EUR
<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – des AZV Obere Röder für den Bereich Vermietung Bio-Covergärungsanlage – gesamt" für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Verbandes.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dresden, den 30.04.2024

LiSka Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Ramon Skala
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1,00	1,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.358.168,01		2.448.467,01
2. technische Anlagen und Maschinen	2.782.998,00		3.040.559,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17,00		17,00
		5.141.183,01	5.489.043,01
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		26.075,89	26.075,89
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.025,90		5.726,48
2. sonstige Vermögensgegenstände	44,81		29,51
		3.070,71	5.755,99
SUMME AKTIVA		5.170.330,61	5.520.875,89

Passivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Eigenkapital			
I. Kapitalrücklage		1.175.415,36	1.175.415,36
II. Verlustvortrag		-889.574,96	-939.623,50
III. Jahresüberschuss		36.445,58	50.048,54
		322.285,98	285.840,40
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		1.161.350,00	1.266.542,00
C. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		7.300,00	6.900,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.298.874,59		1.589.048,78
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.371,81		2.147,92
3. sonstige Verbindlichkeiten	2.375.148,23		2.370.396,79
		3.679.394,63	3.961.593,49
SUMME PASSIVA		5.170.330,61	5.520.875,89

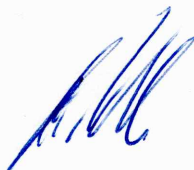
Radeberg, den 30.04.2024

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023**

	2023 EUR	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	425.767,97		414.156,13
2. andere aktivierte Eigenleistungen	<u>0,00</u>		<u>1.049,47</u>
		425.767,97	415.205,60
3. sonstige betriebliche Erträge		105.606,62	105.853,44
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-26.713,16		-15.969,12
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-32.394,77</u>		<u>-31.614,12</u>
		-59.107,93	-47.583,24
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-359.079,17	-356.497,57
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-57.222,86	-42.497,04
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-19.519,05	-24.432,65
8. Ergebnis nach Steuern		<u>36.445,58</u>	<u>50.048,54</u>
9. Jahresüberschuss		<u>36.445,58</u>	<u>50.048,54</u>

Radeberg, den

30.04.2024



Anlagenspiegel vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

	Anschaffungskosten/ Herstellungskosten				Abschreibungen				Zuschreibung Wirtschaftsjahr	Buchwerte			
	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge		Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022	
A. Anlagevermögen													
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	26.374,28	0,00	0,00	0,00	26.374,28	26.373,28	0,00	0,00	0,00	26.373,28	0,00	1,00	1,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	26.374,28	0,00	0,00	0,00	26.374,28	26.373,28	0,00	0,00	0,00	26.373,28	0,00	1,00	1,00
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.465.749,31	88,86	0,00	0,00	4.465.838,17	2.017.282,30	90.387,86	0,00	0,00	2.107.670,16	0,00	2.358.168,01	2.448.467,01
2. technische Anlagen und Maschinen	7.545.169,31	11.130,31	0,00	0,00	7.556.299,62	4.504.610,31	268.691,31	0,00	0,00	4.773.301,62	0,00	2.782.998,00	3.040.559,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	76.851,47	0,00	0,00	0,00	76.851,47	76.834,47	0,00	0,00	0,00	76.834,47	0,00	17,00	17,00
Summe Sachanlagen	12.087.770,09	11.219,17	0,00	0,00	12.098.989,26	6.598.727,08	359.079,17	0,00	0,00	6.957.806,25	0,00	5.141.183,01	5.489.043,01
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26.075,89	0,00	0,00	0,00	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89	26.075,89
Summe Finanzanlagen	26.075,89	0,00	0,00	0,00	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89	26.075,89
Gesamtsumme Anlagevermögen	12.140.220,26	11.219,17	0,00	0,00	12.151.439,43	6.625.100,36	359.079,17	0,00	0,00	6.984.179,53	0,00	5.167.259,90	5.515.119,90

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.





Bericht über die Erstellung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023

AZV Obere Röder
- Vermietung gewerblich -
An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 Bilanz zum 31. Dezember 2023

Anlage 2 Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

Anlage 3 Anlagespiegel zum 31. Dezember 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017

Auftrag

Der Verbandsvorsitzende des

AZV Obere Röder

An den Dreihäusern 14
01454 Radeberg

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 für den Teilbereich „Vermietung Bio-Covergärungsanlage – gewerblich“ nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu erstellen. Der Teilbereich „Vermietung Bio-Covergärungsanlage – gewerblich“ ist Bestandteil des Jahresabschlusses des AZV Obere Röder und wird aus steuerlichen Gründen separiert.

Dem Auftrag lag die Buchführung, die vom AZV Obere Röder erstellt wurde, sowie der unter dem 28. April 2023 erstellte Jahresabschluss des Vorjahres zugrunde. Auskünfte wurden von der Geschäftsführung und den uns benannten Mitarbeitern erteilt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden auf Basis der uns vorgelegten Unterlagen und der uns erteilten Auskünfte nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt und aus den Büchern des AZV entwickelt. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden gemäß Anweisung durch die Geschäftsführung ausgeübt. Nach der von der Geschäftsführung abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind in der Bilanz die Vermögens- und Schuldposten vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitserklärung bestanden am Bilanzstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse, sowie keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen als aus der Bilanz ersichtlich sind.

Weitere Informationen zu den einzelnen Positionen der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung sind im nachfolgenden Erläuterungsbericht dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2017 maßgebend, die als Anlage beigefügt sind. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Der vorliegende Bericht richtet sich an die Gesellschaft.

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	AZV Obere Röder
Rechtsform:	Zweckverband gemäß SächsKomZG in der Form des Teilzweckverbandes
Satzung:	Verbandssatzung vom 11. Mai 2006 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 02. März 2022
Wirtschaftsführung:	nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften (SächsEigBVO)
Sitz:	Radeberg
Ort der Geschäftsleitung:	An den Dreihäusern 14 01454 Radeberg
Gegenstand des Unternehmens:	Beseitigung des Abwassers im Verbandsgebiet. Unterstützung der Verbandsgemeinden gegen Kostenersatz bei der Abwasserbeseitigung
Geschäftsjahr:	01.01.2023 bis 31.12.2023
Dauer der Gesellschaft:	Der Zweckverband ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.
Mitglieder:	Gemeinde Arnsdorf inkl. OT Fischbach, Wallroda und Kleinwolmsdorf Anteil: 12,59 % Stadt Großröhrsdorf inkl. OT Kleinröhrsdorf und Bretnig-Hauswalde Anteil: 26,48 % Große Kreisstadt Radeberg inkl. OT Liegau-Augustusbad, Ullersdorf, Großerkmansdorf Anteil: 57,45 % Gemeinde Wachau nur mit dem OT Leppersdorf Anteil: 2,40 Gemeinde Großhartau nur mit dem OT See- ligstadt Anteil: 1,08 %
Gesetzlicher Vertreter:	Herr Veit Künzelmann (Bürgermeister Gemeinde Wachau)
Geschäftsführung:	Herr Jörg Friedemann

Wirtschaftliche Grundlagen

Wirtschaftliche Grundlagen des Zweckverbandes sind die Beseitigung des im Verbandsgebiet anfallenden Abwassers sowie die Betreuung, die Herstellung und die Erhaltung der überörtlichen Abwasseranlagen.

Die Ortskanalisation wird von den Verbandsmitgliedern in eigener Verantwortung hergestellt und auftragsgemäß ab dem 01.01.2008 durch den Zweckverband mit Ausnahme Gemeinde Großharthau OT Seeligstadt betrieben. Das Satzungsrecht und das Recht, Beiträge zu erheben, sowie die Gebührenhoheit bleiben uneingeschränkt bei den Verbandsgemeinden.

Der Zweckverband erstrebt nach § 2 Nr. 4 der Satzung insoweit keinen Gewinn.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ erbringt Tätigkeiten die steuerlich zu Betrieben gewerblicher Art führen. Ein BgA der vorliegend abgerechnet wird ist der BgA:

Vermietung der Bio-Covergärungsanlage

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat auf dem Gelände der Kläranlage Radeberg im Jahr 1998 eine Bioverwertungsanlage errichtet, die im Jahr 1999 fertig gestellt wurde. Die Vermietung erfolgte an die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (Betriebskapitalgesellschaft) ab 01.06.1999.

Nach dem Bescheid des Regierungspräsidiums Dresden vom 31.08.1998 über die Genehmigung der Beteiligung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ an der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH sowie nach dem Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Dresden vom 08.04.1999 zum Um- und Ausbau der Kläranlage Radeberg einschließlich der Errichtung einer Bio-Covergärungsanlage ist mit dem Betrieb der Bioverwertungsanlage vorrangig die Klärschlammverwertung zu sichern. Daneben dürfen Bioabfälle verwertet werden. Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ kann diese Auflagen in der Betriebskapitalgesellschaft durchsetzen, weil:

- er mit 51 % des Stimmenanteils seinen Willen durchsetzen kann,
- er dieser die Bioverwertungsanlage, die für diese die wesentliche Betriebsgrundlage darstellt, mietweise überlässt,
- diese in den organisatorischen Ablauf des Kläranlagenbetriebs eingebunden ist.

Seit der Vermietung der Bioverwertungsanlage am 01.06.1999 besteht zwischen dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Vermietung der Bioverwertungsanlage, und der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH das Institut der Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ betätigt sich mit der Vermietung der Bioverwertungsanlage außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben insoweit, als die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH die Bioverwertungsanlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Die **Klärschlammverwertung**, auch wenn sie durch die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH erledigt wird, stellt weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar. Nach § 4 Abs. 5 KStG i. V. m. KStR A4.1. und KStR H 4.4 „Hoheitsbetrieb“ kann mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben keine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden. Auch wenn sich der für die Klärschlammverwertung zuständige Abwasserzweckverband „Obere Röder“ zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH als Betriebskapitalgesellschaft bedient, kann er sich dadurch nicht vollständig seiner Pflichtaufgaben entledigen (BFH-Urteil vom 09.10.2002, AZ. V-R-64/99 und Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14.12.2006, AZ. 7-C-4/06). Die Klärschlammverwertung bleibt somit Aufgabe des Abwas-

serzweckverbandes „Obere Röder“ und ist seinem Hoheitsbetrieb zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat. Die Abrechnungsmodalitäten sind im Vertrag vom 08.08.2007 festgelegt.

Die **Verwertung von Bioabfällen** stellt für die BVR Bio- Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH eine selbständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der sie Gewinn erzielt. Dieser Bereich steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben.

Dementsprechend unterliegt die **Vermietung der Anlage nur hinsichtlich der Nutzung zu gewerblichen Zwecken der Steuerpflicht**. Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen.

Ab dem Zeitpunkt der Vermietung und Inbetriebnahme der Bioverwertungsanlage wurden der Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ fasste in der Verbandsversammlung vom 10.10.2013 den Beschluss, die Anlagenteile für die Verwertung von Feststoffen nicht zu ersetzen, sondern ab dem 01.11.2013 die Miete und den allgemeinen Kostenaufteilungsschlüssel anzupassen.

Danach wurde im Jahr 2023 die Anlage geringfügig verändert zum Vorjahr im Jahresdurchschnitt zu 69% (i.Vj.: 71%) für hoheitliche Zwecke verwendet und zu 31% (i.Vj.: 29%) gewerblich genutzt.

Der steuerliche Jahresabschluss des BgA ist im handelsrechtlichen Jahresabschluss des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ enthalten.

Steuerliche Verhältnisse

Steuerpflicht:	nicht steuerpflichtig mit Hoheitsbetrieb als Teilzweckverband nach § 63 Abs. 1 SächsWG steuerpflichtig i. S. § 2 Abs. 3 UStG a.F. partielle Körperschaftsteuerpflicht mit Betrieben gewerblicher Art partielle Gewerbesteuerpflicht mit den Betrieben gewerblicher Art, die mit Gewinnerzielungsabsicht arbeiten
Finanzamt:	Hoyerswerda
Steuernummern:	Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Umsatzsteuern aller BgA 213/149/00585 BgA Vermietung der Bio-Covergärungsanlage 213/144/00272 BgA Leistungen für fremde Dritte 213/144/02682
Steuerbescheide:	<u>Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Umsatzsteuern aller BgA:</u> Die Umsatzsteuer für die Jahre 1999 bis 2017 sind endgültig veranlagt, die Jahre 2018 bis 2022 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 Abs. 1 AO). <u>BgA Vermietung Bioverwertungsanlage:</u> Die erklärten Ertragssteuern für die Jahre bis 2017 sind endgültig veranlagt. Für die Jahre 2018 bis 2022 erfolgte die Veranlagung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. <u>BgA Leistungen für fremde Dritte:</u> Die erklärten Ertragsteuern für die Jahre bis 2022 sind endgültig veranlagt.
Anhängige Verfahren:	keine
Letzte steuerliche Außenprüfungen:	StNr. 213/144/00302 (neu 213/149/00585): Steuerart: Umsatzsteuer Prüfungszeitraum: 1999 - 2001 StNr. 213/144/00272: Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001 StNr. 213/144/00280:

	Steuerarten: Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer Prüfungszeitraum: 1998 - 2001
Letzte Lohnsteueraußenprüfung:	im Jahr 2010 für den Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.03.2010 (Haftungsbescheid vom 13.08.2010)
letzte sozialversicherungsrechtliche Prüfung:	im Jahr 2022 für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2021 (abschließendes Schreiben vom 04.05.2022)
Organschaft:	umsatzsteuerliche Organschaft ab 01.06.1999 <u>Organträger:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/149/00585 <u>Organgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Betriebsaufspaltung:	ab 01.06.1999 <u>Besitzunternehmen:</u> Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer 213/144/00272 <u>Betriebskapitalgesellschaft:</u> BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/106/00277
Umsatzbesteuerung:	nach vereinbarten Entgelten
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:	DE203435871 für Abwasserzweckverband „Obere Röder“

Erläuterungen zum Jahresabschluss**Aktivseite****A. Anlagevermögen****I. Immaterielle Vermögensgegenstände****1. entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen an
solchen Rechten und Werten**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>0,50</u>	<u>0,50</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	0,50	0,50
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>0,50</u>	<u>0,50</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
EDV-Software, entgeltl. erworben	0,50	0,50
	<u>0,50</u>	<u>0,50</u>

II. Sachanlagen**1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>1.236.833,56</u>	<u>1.283.686,56</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	1.283.686,56	1.305.015,56
Zugänge	20,65	18.107,89
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	6.963,68
Abschreibungen	46.873,65	46.400,57
Endbestand	<u>1.236.833,56</u>	<u>1.283.686,56</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Grundstückswert bebauter Grundstücke	53.588,06	53.588,06
Betriebsgebäude	1.183.245,00	1.230.098,00
Außenanlagen	0,50	0,50
	<u>1.236.833,56</u>	<u>1.283.686,56</u>

2. technische Anlagen und Maschinen

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>663.109,00</u>	<u>729.101,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	729.101,00	790.431,52
Zugänge	2.652,98	3.457,42
Abgänge	0,00	338,25
Umbuchungen	0,00	4.011,00
Abschreibungen	68.644,98	68.460,69
Endbestand	<u>663.109,00</u>	<u>729.101,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Technische Anlagen	1,50	1,50
Bioverwertungsanlage	663.107,50	729.099,50
	<u>663.109,00</u>	<u>729.101,00</u>

3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
<u>9,00</u>	<u>9,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	9,00	9,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>9,00</u>	<u>9,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Sonstige Transportmittel	1,00	1,00
Werkstatteinrichtung	2,00	2,00
Betriebsausstattung	3,00	3,00
Büroeinrichtung	3,00	3,00
	<u>9,00</u>	<u>9,00</u>

III. Finanzanlagen**1. Anteile an verbundenen Unternehmen**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>14.341,74</u>	<u>14.341,74</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	14.341,74	14.341,74
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>14.341,74</u>	<u>14.341,74</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen		
(AV)	14.341,74	14.341,74
	<u>14.341,74</u>	<u>14.341,74</u>

B. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände****1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
810,20	1.669,67

Zusammensetzung:

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR

Forderungen gg. verbundene UN(b. 1 J)	810,20	1.669,67
	810,20	1.669,67

2. sonstige Vermögensgegenstände

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
44,81	29,51

Zusammensetzung:

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR

Vorst. in Folgeperiode /-jahr abziehbar	44,81	29,51
	44,81	29,51

Passivseite**A. Eigenkapital****I. Kapitalrücklage**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>1.161.575,23</u>	<u>1.161.575,23</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
steuerliches Einlagekonto	1.144.659,51	1.144.659,51
Kapitalrücklage (WAB-Übernahme)	16.915,72	16.915,72
	<u>1.161.575,23</u>	<u>1.161.575,23</u>

II. Verlustvortrag

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>-861.337,02</u>	<u>-870.668,87</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verlustvortrag vor Verwendung	-861.337,02	-870.668,87
	<u>-861.337,02</u>	<u>-870.668,87</u>

III. Jahresfehlbetrag/-überschuss

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>-251,53</u>	<u>9.024,74</u>

IV. Bilanzgewinn

0,00	0,00
-------------	-------------

B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>453.477,00</u>	<u>494.339,00</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
empfangene Ertragszuschüsse	453.477,00	494.339,00
	<u>453.477,00</u>	<u>494.339,00</u>

C. Rückstellungen**1. sonstige Rückstellungen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>6.100,00</u>	<u>5.900,00</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Rückstellungen f. Steuererklärungskosten	600,00	700,00
Rückstellungen f. Abschluss u. Prüfung	5.500,00	5.200,00
	<u>6.100,00</u>	<u>5.900,00</u>

D. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>311.729,92</u>	<u>381.371,72</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Ostsächsische Sparkasse Nr. 6191580019	311.729,92	381.371,72
	<u>311.729,92</u>	<u>381.371,72</u>

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>1.321,13</u>	<u>617,33</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen+Leist.	1.256,43	545,62
Verbindlichkeiten L+L ohne Kontokorrent	64,70	71,71
	<u>1.321,13</u>	<u>617,33</u>

3. sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>842.534,08</u>	<u>846.678,83</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gg. AZV Obere Röder	828.169,31	839.581,70
Sonstige Verrechnung Anteil gew. / hoh.	14.364,77	7.097,13
	<u>842.534,08</u>	<u>846.678,83</u>

Gewinn- und Verlustrechnung**1. Umsatzerlöse**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>122.269,51</u>	<u>121.041,64</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Erlöse verauslagte Kosten	16.231,09	15.183,05
Erlöse WB TW	5.891,26	5.711,43
Miete aus Vermietung BVR-Anlage	100.147,16	100.147,16
	<u>122.269,51</u>	<u>121.041,64</u>

2. andere aktivierte Eigenleistungen

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>0,00</u>	<u>314,84</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	314,84
	<u>0,00</u>	<u>314,84</u>

3. sonstige betriebliche Erträge

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>45.380,41</u>	<u>52.895,85</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	40.862,00	40.862,00
Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,01
Erträge a.d. Änderung d. Nutzungsanteils	4.204,09	11.478,99
Erträge Zuschreibg. Sachanlagevermögen	0,00	4,00
Erträge Auflösung von Rückstellungen	314,32	549,19
Periodenfremde Erträge	0,00	1,66
	<u>45.380,41</u>	<u>52.895,85</u>

4. Materialaufwand**a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-7.243,80</u>	<u>-6.638,33</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Aufwendungen RHB/bez. Waren zur WB	-7.243,80	-6.638,33
	<u>-7.243,80</u>	<u>-6.638,33</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-8.987,29</u>	<u>-8.547,67</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Unterhaltung AW-Anlagen	0,00	-2,95
Bezogene Leistungen zur Weiterberechnung	<u>-8.987,29</u>	<u>-8.544,72</u>
	<u>-8.987,29</u>	<u>-8.547,67</u>

5. Abschreibungen**a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

2023	2022
EUR	EUR
<u>-115.518,63</u>	<u>-114.865,26</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	-68.644,98	-68.464,69
Abschreibungen auf Gebäude	<u>-46.873,65</u>	<u>-46.400,57</u>
	<u>-115.518,63</u>	<u>-114.865,26</u>

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-30.100,84</u>	<u>-28.090,86</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	-0,15
Kosten der allg. Verwaltung	-1.901,04	-2.462,76
Aufw. a.d. Änderung d. Nutzungsanteils	-10.412,51	-12.377,28
Aufwendungen für Beratungen	-0,25	-0,25
Heizung	0,00	-112,39
Strom	0,00	-28,70

Wasser Bio-Co.	-5.891,26	-5.711,43
Reinigung	0,00	-40,21
Versicherungen	-6,20	-13,75
Sachversicherungen	-90,51	-137,48
Beiträge	-2,09	-2,97
Gebühren	0,00	-1,92
Reparatur/Instandh. Anlagen u. Maschinen	-0,05	-667,46
Reparatur/Instandh.v.and.Anlagen u. BGA	0,00	-2,69
Rep./Instandh. Geräte/Maschinen	0,00	-6,37
Wartungskosten für Hard-/Software	0,00	-25,51
Werbekosten	-0,13	-2,04
Aufmerksamkeiten	-0,15	-0,30
Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	0,00	-1,40
Porto	-0,06	-6,04
Telefon	0,00	-19,70
Bürobedarf	-0,02	-4,71
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	-3,87	-10,82
Fortbildungskosten	0,00	-3,71
Rechts- und Rechtsberatungskosten	-12,69	-12,52
Steuerberatungskosten	-199,49	-76,89
Abschluss- und Prüfungskosten	-5.500,00	-5.200,00
Steuererklärungskosten	-600,00	-700,00
Mieten für Einrichtungen bewegliche WG	-3,30	-2,82
Aufwendungen für Lizenzen, Konzessionen	-0,12	-30,84
Mietleasing bewegl. WG Betriebsausstatt.	0,00	-13,22
Werkzeuge und Kleingeräte	0,00	-4,29
Sonstiger Betriebsbedarf	0,00	-22,25
sonstiger Betriebsbedarf	0,00	-0,09
Dienst- und Schutzkleidung	0,00	-28,48
Nebenkosten des Geldverkehrs	0,00	-7,05
Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung	0,00	-3,62
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert bei BV	0,00	-338,25
Periodenfremde Aufwendungen	-4,21	-10,50
Reparaturen und Instandhaltung von Bauten	-5.470,37	0,00
Fremdarbeiten (Vertrieb)	-2,52	0,00
	<u>-30.100,84</u>	<u>-28.090,86</u>

7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-6.050,89</u>	<u>-7.085,47</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Zinsen OSK Kto.-Nr. 6191580019	-4.684,56	-5.863,84
Zinsaufwand Änderung Nutzungsanteil	-1.366,33	-1.221,63
	<u>-6.050,89</u>	<u>-7.085,47</u>

8. Ergebnis nach Steuern

2023	2022
EUR	EUR
<u>-251,53</u>	<u>9.024,74</u>

9. Jahresfehlbetrag/-überschuss

2023	2022
EUR	EUR
<u>-251,53</u>	<u>9.024,74</u>

10. Bilanzgewinn

2023	2022
EUR	EUR
<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – des AZV Obere Röder für den Bereich „Vermietung Bio-Covergärungsanlage – gewerblich“ für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Verbandes.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dresden, den 30.04.2024

LiSka Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Ramon Skala
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0,50	0,50
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.236.833,56		1.283.686,56
2. technische Anlagen und Maschinen	663.109,00		729.101,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9,00		9,00
		1.899.951,56	2.012.796,56
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		14.341,74	14.341,74
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	810,20		1.669,67
2. sonstige Vermögensgegenstände	44,81		29,51
		855,01	1.699,18
SUMME AKTIVA		1.915.148,81	2.028.837,98

Passivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Eigenkapital			
I. Kapitalrücklage		1.161.575,23	1.161.575,23
II. Verlustvortrag		-861.337,02	-870.668,87
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-251,53	9.024,74
		299.986,68	299.931,10
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		453.477,00	494.339,00
C. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		6.100,00	5.900,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	311.729,92		381.371,72
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.321,13		617,33
3. sonstige Verbindlichkeiten	842.534,08		846.678,83
		1.155.585,13	1.228.667,88
SUMME PASSIVA		1.915.148,81	2.028.837,98

Radeberg, den 30.04.2024



**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023**

	2023 EUR	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	122.269,51		121.041,64
2. andere aktivierte Eigenleistungen	<u>0,00</u>		<u>314,84</u>
		122.269,51	121.356,48
3. sonstige betriebliche Erträge		45.380,41	52.895,85
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-7.243,80		-6.638,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-8.987,29</u>		<u>-8.547,67</u>
		-16.231,09	-15.186,00
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-115.518,63	-114.865,26
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-30.100,84	-28.090,86
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-6.050,89	-7.085,47
8. Ergebnis nach Steuern		<u>-251,53</u>	<u>9.024,74</u>
9. Jahresfehlbetrag/-überschuss		<u>-251,53</u>	<u>9.024,74</u>

Radeberg, den 30.04.2024



Anlagenspiegel vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

	Anschaffungskosten/ Herstellungskosten				Abschreibungen					Buchwerte			
	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Zuschreibung Wirtschaftsjahr	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
A. Anlagevermögen													
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. entgeltlich erworbene Konzessio- nen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rech- ten und Werten	13.353,25	0,00	0,00	0,00	13.353,25	13.352,75	0,00	0,00	0,00	13.352,75	0,00	0,50	0,50
Summe Immaterielle Vermögensgegen- stände	13.353,25	0,00	0,00	0,00	13.353,25	13.352,75	0,00	0,00	0,00	13.352,75	0,00	0,50	0,50
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund- stücken	2.358.929,85	20,65	0,00	0,00	2.358.950,50	1.075.243,29	46.873,65	0,00	0,00	1.122.116,94	0,00	1.236.833,56	1.283.686,56
2. technische Anlagen und Maschi- nen	2.829.621,15	2.652,98	0,00	0,00	2.832.274,13	2.100.520,15	68.644,98	0,00	0,00	2.169.165,13	0,00	663.109,00	729.101,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	59.137,29	0,00	0,00	0,00	59.137,29	59.128,29	0,00	0,00	0,00	59.128,29	0,00	9,00	9,00
Summe Sachanlagen	5.247.688,29	2.673,63	0,00	0,00	5.250.361,92	3.234.891,73	115.518,63	0,00	0,00	3.350.410,36	0,00	1.899.951,56	2.012.796,56
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unter- nehmen	14.341,74	0,00	0,00	0,00	14.341,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.341,74	14.341,74
Summe Finanzanlagen	14.341,74	0,00	0,00	0,00	14.341,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.341,74	14.341,74
Gesamtsumme Anlagevermögen	5.275.383,28	2.673,63	0,00	0,00	5.278.056,91	3.248.244,48	115.518,63	0,00	0,00	3.363.763,11	0,00	1.914.293,80	2.027.138,80

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstraftaten,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.



Bericht über die Erstellung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023

AZV Obere Röder
- Vermietung hoheitlicher Teil -
An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Anlagenverzeichnis

Anlage 1 Bilanz zum 31. Dezember 2023

Anlage 2 Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

Anlage 3 Anlagespiegel zum 31. Dezember 2023

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017

Auftrag

Der Verbandsvorsitzende des

AZV Obere Röder

An den Dreihäusern 14
01454 Radeberg

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 für den Teilbereich „Vermietung Bio-Covergärungsanlage – hoheitlicher Teil“ nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu erstellen. Der Teilbereich „Vermietung Bio-Covergärungsanlage – hoheitlicher Teil“ ist Bestandteil des Jahresabschlusses des AZV Obere Röder und wird aus steuerlichen Gründen separiert.

Dem Auftrag lag die Buchführung, die vom AZV Obere Röder erstellt wurde, sowie der unter dem 28. April 2023 erstellte Jahresabschluss des Vorjahres zugrunde. Auskünfte wurden von der Geschäftsführung und den uns benannten Mitarbeitern erteilt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden auf Basis der uns vorgelegten Unterlagen und der uns erteilten Auskünfte nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt und aus den Büchern des AZV entwickelt. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden gemäß Anweisung durch die Geschäftsführung ausgeübt. Nach der von der Geschäftsführung abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind in der Bilanz die Vermögens- und Schuldposten vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitserklärung bestanden am Bilanzstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse, sowie keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen als aus der Bilanz ersichtlich sind.

Weitere Informationen zu den einzelnen Positionen der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung sind im nachfolgenden Erläuterungsbericht dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2017 maßgebend, die als Anlage beigefügt sind. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten. Der vorliegende Bericht richtet sich an die Gesellschaft.

Erläuterungen zum Jahresabschluss**Aktivseite****A. Anlagevermögen****I. Immaterielle Vermögensgegenstände****1. entgeltlich erworbene Konzessionen,
gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen an
solchen Rechten und Werten**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>0,50</u>	<u>0,50</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	0,50	0,50
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>0,50</u>	<u>0,50</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
EDV-Software, entgeltl. erworben	0,50	0,50
	<u>0,50</u>	<u>0,50</u>

II. Sachanlagen**1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>1.121.334,45</u>	<u>1.164.780,45</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	1.164.780,45	1.137.365,45
Zugänge	68,21	50.279,56
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	19.335,82
Abschreibungen	43.514,21	42.200,38
Endbestand	<u>1.121.334,45</u>	<u>1.164.780,45</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Grundstückswert bebauter Grundstücke	44.034,95	44.034,95
Betriebsgebäude	1.077.299,00	1.120.745,00
Außenanlagen	0,50	0,50
	<u>1.121.334,45</u>	<u>1.164.780,45</u>

2. technische Anlagen und Maschinen

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>2.119.889,00</u>	<u>2.311.458,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	2.311.458,00	2.489.927,48
Zugänge	8.477,33	10.167,49
Abgänge	0,00	345,25
Umbuchungen	0,00	11.137,21
Abschreibungen	200.046,33	199.428,93
Endbestand	<u>2.119.889,00</u>	<u>2.311.458,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Technische Anlagen	1,50	1,50
Verwertungsanlage	2.119.887,50	2.311.456,50
	<u>2.119.889,00</u>	<u>2.311.458,00</u>

3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>8,00</u>	<u>8,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	8,00	8,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>8,00</u>	<u>8,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
Werkstatteinrichtung	2,00	2,00
Betriebsausstattung	3,00	3,00
Büroeinrichtung	3,00	3,00
	<u>8,00</u>	<u>8,00</u>

III. Finanzanlagen**1. Anteile an verbundenen Unternehmen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>11.734,15</u>	<u>11.734,15</u>
<u>Entwicklung:</u>		
Anfangsbestand	11.734,15	11.734,15
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	0,00	0,00
Endbestand	<u>11.734,15</u>	<u>11.734,15</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen		
(AV)	11.734,15	11.734,15
	<u>11.734,15</u>	<u>11.734,15</u>

B. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände****1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>2.215,70</u>	<u>4.056,81</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Forderungen gg. BVR GmbH	<u>2.215,70</u>	<u>4.056,81</u>
	<u>2.215,70</u>	<u>4.056,81</u>

2. sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>14.364,77</u>	<u>7.097,13</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Sonstige Verrechnung	<u>14.364,77</u>	<u>7.097,13</u>
	<u>14.364,77</u>	<u>7.097,13</u>

C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>0,00</u>	<u>14.090,70</u>

Passivseite**A. Eigenkapital****I. Kapitalrücklage**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>13.840,13</u>	<u>13.840,13</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Kapitalrücklage (WAB-Übernahme)	<u>13.840,13</u>	<u>13.840,13</u>
	<u>13.840,13</u>	<u>13.840,13</u>

II. Verlustvortrag

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>-28.237,94</u>	<u>-68.954,63</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verlustvortrag vor Verwendung	<u>-28.237,94</u>	<u>-68.954,63</u>
	<u>-28.237,94</u>	<u>-68.954,63</u>

III. Jahresüberschuss

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>36.697,11</u>	<u>41.023,80</u>

IV. Bilanzgewinn

0,00 0,00

V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>0,00</u>	<u>14.090,70</u>

B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>707.873,00</u>	<u>772.203,00</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
empfangene Ertragszuschüsse	<u>707.873,00</u>	<u>772.203,00</u>
	<u>707.873,00</u>	<u>772.203,00</u>

C. Rückstellungen**1. sonstige Rückstellungen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>1.200,00</u>	<u>1.000,00</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Rückstellungen für Abschluss u. Prüfung	<u>1.200,00</u>	<u>1.000,00</u>
	<u>1.200,00</u>	<u>1.000,00</u>

D. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>987.144,67</u>	<u>1.207.677,06</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Ostsächsische Sparkasse Nr. 6191580019	987.144,67	1.207.677,06
	<u>987.144,67</u>	<u>1.207.677,06</u>

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>4.050,68</u>	<u>1.530,59</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen+Leist.	3.892,21	1.350,83
Verbindlichkeiten L+L ohne Kontokorrent	158,47	179,76
	<u>4.050,68</u>	<u>1.530,59</u>

3. sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>1.546.978,92</u>	<u>1.530.815,09</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gg. AZV Obere Röder	1.546.978,92	1.530.815,09
	<u>1.546.978,92</u>	<u>1.530.815,09</u>

Gewinn- und Verlustrechnung**1. Umsatzerlöse**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>303.498,46</u>	<u>293.114,49</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Erlöse verauslagte Kosten	42.876,84	32.388,22
Erlöse WB TW	15.433,74	15.538,39
Miete aus Vermietung BVR-Anlage	245.187,88	245.187,88
	<u>303.498,46</u>	<u>293.114,49</u>

2. andere aktivierte Eigenleistungen

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>0,00</u>	<u>734,63</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	734,63
	<u>0,00</u>	<u>734,63</u>

3. sonstige betriebliche Erträge

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>72.005,05</u>	<u>66.556,50</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Auflös. empf. Ertragszuschüsse	64.330,00	64.329,00
Sonstige betriebliche Erträge	7.574,75	2.119,93
Erträge Zuschreibg. Sachanlagevermögen	0,00	3,00
Erträge Auflösung von Rückstellungen	100,30	100,30
Periodenfremde Erträge	0,00	4,27
	<u>72.005,05</u>	<u>66.556,50</u>

4. Materialaufwand**a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-19.469,36</u>	<u>-9.330,79</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Aufwendungen RHB/bez. Waren zur WB	-19.469,36	-9.330,79
	<u>-19.469,36</u>	<u>-9.330,79</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-23.407,48</u>	<u>-23.066,45</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Unterhaltung AW-Anlagen	0,00	-9,02
Bezogene Leistungen zur Weiterberechnung	-23.407,48	-23.057,43
	<u>-23.407,48</u>	<u>-23.066,45</u>

5. Abschreibungen**a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

2023	2022
EUR	EUR
<u>-243.560,54</u>	<u>-241.632,31</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	-200.046,33	-199.431,93
Abschreibungen auf Gebäude	-43.514,21	-42.200,38
	<u>-243.560,54</u>	<u>-241.632,31</u>

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-37.534,53</u>	<u>-26.783,46</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	-0,38
Kosten der allg. Verwaltung	-4.654,27	-6.317,14
Aufwendungen für Beratungen	-0,60	-0,63
Heizung	0,00	-343,08
Strom	0,00	-87,16
Wasser Bio-Co.	-15.433,74	-15.538,39
Reinigung	0,00	-122,75
Versicherungen	-15,18	-35,27
Sachversicherungen	-221,59	-337,52
Beiträge	-5,12	-7,63
Gebühren	0,00	-4,94
Reparaturen und Instandhaltung von Bauten	-15.937,62	0,00
Reparatur/Instandh. Anlagen u. Maschinen	-0,13	-1.991,30
Reparatur/Instandh.v.and.Anlagen u. BGA	0,00	-8,22
Rep./Instandh. Geräte/Maschinen	0,00	-19,45
Wartungskosten für Hard-/Software	0,00	-77,88
Werbekosten	-0,33	-6,22
Aufmerksamkeiten	-0,37	-0,76

Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	0,00	-3,60
Fremdarbeiten (Vertrieb)	-6,17	0,00
Porto	-0,13	-18,44
Telefon	0,00	-60,12
Bürobedarf	-0,04	-14,35
Zeitschriften, Bücher (Fachliteratur)	-9,48	-29,69
Fortbildungskosten	0,00	-9,50
Rechts- und Beratungskosten	-31,08	-38,21
Abschluss- und Prüfungskosten	-1.200,00	-1.000,00
Mieten für Einrichtungen bewegliche WG	-8,07	-8,61
Aufwendungen für Lizenzen, Konzessionen	-0,30	-94,13
Mietleasing bewegl. WG Betriebsausstatt.	0,00	-40,34
Werkzeuge und Kleingeräte	0,00	-13,12
Sonstiger Betriebsbedarf	0,00	-67,91
sonstiger Betriebsbedarf	0,00	-0,27
Dienst- und Schutzkleidung	0,00	-86,92
Nebenkosten des Geldverkehrs	0,00	-18,09
Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung	0,00	-9,27
Abgänge Sachanlagen Restbuchwert bei BV	0,00	-345,25
Periodenfremde Aufwendungen	-10,31	-26,92
	<u>-37.534,53</u>	<u>-26.783,46</u>

7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-14.834,49</u>	<u>-18.568,81</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Zinsen OSK Kto.-Nr. 6191580019	-14.834,49	-18.568,81
	<u>-14.834,49</u>	<u>-18.568,81</u>

8. Ergebnis nach Steuern

2023	2022
EUR	EUR
<u>36.697,11</u>	<u>41.023,80</u>

9. Jahresüberschuss

2023	2022
EUR	EUR
<u>36.697,11</u>	<u>41.023,80</u>

10. Bilanzgewinn

2023	2022
EUR	EUR
<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – des AZV Obere Röder für den Bereich Vermietung Bio-Covergärungsanlage – Vermietung hoheitlicher Teil" für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 unter Beachtung der Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung erstellt.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Verbandes.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Dresden, den 30.04.2024

LiSka Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ramon Skala
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0,50	0,50
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.121.334,45		1.164.780,45
2. technische Anlagen und Maschinen	2.119.889,00		2.311.458,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8,00		8,00
		3.241.231,45	3.476.246,45
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		11.734,15	11.734,15
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.215,70		4.056,81
2. sonstige Vermögensgegenstände	14.364,77		7.097,13
		16.580,47	11.153,94
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	14.090,70
SUMME AKTIVA		3.269.546,57	3.513.225,74

Passivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Eigenkapital			
I. Kapitalrücklage		13.840,13	13.840,13
II. Verlustvortrag		-28.237,94	-68.954,63
III. Jahresüberschuss		36.697,11	41.023,80
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	14.090,70
		22.299,30	0,00
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen		707.873,00	772.203,00
C. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		1.200,00	1.000,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	987.144,67		1.207.677,06
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.050,68		1.530,59
3. sonstige Verbindlichkeiten	1.546.978,92		1.530.815,09
		2.538.174,27	2.740.022,74
SUMME PASSIVA		3.269.546,57	3.513.225,74

Radeberg, den 30.04.2024

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023**

	2023 <u>EUR</u>	2023 <u>EUR</u>	2022 <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	303.498,46		293.114,49
2. andere aktivierte Eigenleistungen	<u>0,00</u>		<u>734,63</u>
		303.498,46	293.849,12
3. sonstige betriebliche Erträge		72.005,05	66.556,50
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-19.469,36		-9.330,79
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-23.407,48</u>		<u>-23.066,45</u>
		-42.876,84	-32.397,24
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-243.560,54	-241.632,31
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-37.534,53	-26.783,46
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-14.834,49	-18.568,81
8. Ergebnis nach Steuern		<u>36.697,11</u>	<u>41.023,80</u>
9. Jahresüberschuss		<u>36.697,11</u>	<u>41.023,80</u>

Radeberg, den 30.04.2024



Anlagenspiegel vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

		Anschaffungskosten/ Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte				
		Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Zuschreibung Wirtschaftsjahr	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
A. Anlagevermögen														
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		13.021,03	0,00	0,00	0,00	13.021,03	13.020,53	0,00	0,00	0,00	13.020,53	0,00	0,50	0,50
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände		13.021,03	0,00	0,00	0,00	13.021,03	13.020,53	0,00	0,00	0,00	13.020,53	0,00	0,50	0,50
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		2.106.819,46	68,21	0,00	0,00	2.106.887,67	942.039,01	43.514,21	0,00	0,00	985.553,22	0,00	1.121.334,45	1.164.780,45
2. technische Anlagen und Maschinen		4.715.548,16	8.477,33	0,00	0,00	4.724.025,49	2.404.090,16	200.046,33	0,00	0,00	2.604.136,49	0,00	2.119.889,00	2.311.458,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		17.714,18	0,00	0,00	0,00	17.714,18	17.706,18	0,00	0,00	0,00	17.706,18	0,00	8,00	8,00
Summe Sachanlagen		6.840.081,80	8.545,54	0,00	0,00	6.848.627,34	3.363.835,35	243.560,54	0,00	0,00	3.607.395,89	0,00	3.241.231,45	3.476.246,45
III. Finanzanlagen														
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		11.734,15	0,00	0,00	0,00	11.734,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.734,15	11.734,15
Summe Finanzanlagen		11.734,15	0,00	0,00	0,00	11.734,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.734,15	11.734,15
Gesamtsumme Anlagevermögen		6.864.836,98	8.545,54	0,00	0,00	6.873.382,52	3.376.855,88	243.560,54	0,00	0,00	3.620.416,42	0,00	3.252.966,10	3.487.981,10

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

TOP 3.2

AZV „Obere Röder“

Beschlussvorlage Verbandsversammlung	Beschluss-Nr. 02/2024 Datum: 04.12.2024 Einreicher: Verbandsvorsitzender
Beratungsfolge: Verbandsversammlung	Öffentlich 04.12.2024

Thema

Verwendung des Jahresergebnisses 2023

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ beschließt das Jahresergebnis i.H.v. 228.238,49 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.



Veit Kunzelmann
Verbandsvorsitzender

TOP 3.3

AZV „Obere Röder“

Beschlussvorlage Verbandsversammlung	Beschluss-Nr. 03/2024 Datum: 04.12.2024 Einreicher: Verbandsvorsitzender
Beratungsfolge: Verbandsversammlung	Öffentlich 04.12.2024

Thema

Entlastung des Verbandsvorsitzenden für das Wirtschaftsjahr 2023

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ erteilt dem Verbandsvorsitzenden gemäß § 34 Abs. 1 Nr. 2 SächsEigBVO uneingeschränkt Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2023.



Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

TOP 4

Beschlussvorlage Verbandsversammlung	Beschluss-Nr. 04/2024 Datum: 04.12.2024 Einreicher: Verbandsvorsitzender
Beratungsfolge: Verbandsversammlung	Öffentlich 04.12.2024

Thema

Feststellung des Jahresabschlusses auf den 31.12.2023 der BVR mbH

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung des AZV „Obere Röder“ nimmt den Jahresabschluss auf den 31.12.2023 der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH auf Grundlage des Prüfberichtes der LiSKa Treuhand GmbH zur Kenntnis

1. Feststellung des Jahresabschlusses
 - 1.1. Bilanzsumme 1.309.405,20 €
 - 1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf
 - das Anlagevermögen 139.464,69 €
 - das Umlaufvermögen 1.167.376,19 €
 - den Rechnungsabgrenzungsposten 2.564,32 €
 - 1.1.3 davon entfallen auf der Passivseite auf
 - das Eigenkapital 1.152.046,07 €
 - die Rückstellungen 76.522,15 €
 - die Verbindlichkeiten 80.836,98 €
 - den Rechnungsabgrenzungsposten 0,00 €
 - 1.2 Jahresüberschuss 55.517,55 €
 - 1.3 Bilanzgewinn 808.933,37 €
2. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss in Höhe von 55.517,55 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ bevollmächtigt den Verbandsvorsitzenden, Herrn Veit Künzelmann, in der Gesellschafterversammlung der Bioverwertungsgesellschaft Radeberg mbH, dem Beschluss zur Feststellung des JA zum 31.12.2023 zuzustimmen und der Geschäftsführung uneingeschränkte Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2023 zu erteilen.


Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

Anlagen

- *Jahresabschluss zum 31.12.2023 der*
- *Prüfbericht zum Jahresabschluss auf den 31.12.2023 der LiSKa Treuhand GmbH*

JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2023

BIOVERWERTUNGSGESELLSCHAFT RADEBERG MBH

aufgestellt von der Geschäftsführung

Bioverwertungsgesellschaft Radeberg mbH (BVR mbH)

An den Dreihäusern 14 in 01454 Radeberg

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Rechtliche Verhältnisse	3
Steuerliche Verhältnisse	4
Bilanz zum 31.12.2023	5
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2023 bis 31.12.2023	7
Anhang zum 31.12.2023	8
<u>Anlage A1</u> Anlagenspiegel zum 31.12.2023	13
<u>Anlage A2</u> Trennung der erfolgswirksamen Positionen in den Bereich gewerblich und hoheitlich	14

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Sitz:	01454 Radeberg, An den Dreihäusern 14
Gesellschaftsvertrag:	Satzungsneufassung vom 14.12.2007 mit Nachtrag vom 28.07.2008 Satzungsänderung vom 21.12.2016 betreffend §§ 7, 10, 11, 12, 14 und 16
Eintragung ins Handelsregister:	Amtsgericht Dresden, HRB 14994
Gegenstand des Unternehmens:	Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlamm. Daneben kann das Unternehmen Grünabfälle und Bioabfälle aller Art verarbeiten, soweit dadurch die Klärschlammbehandlung nicht beeinträchtigt wird.
Geschäftsjahr:	01.01.2023 bis 31.12.2023
Stammkapital:	100.000,00 DM (51.129,19 €)
Gesellschafter zum Bilanzstichtag:	Abwasserzweckverband „Obere Röder“ Radeberg, zu 51 % 49 % werden als eigene Anteile gehalten.
Zertifizierung:	Nummer des Zertifikats: 801.1006/22 LVR Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 56 KrWG für die abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten Lagern, Behandeln, Verwerten geprüft durch Dipl.-Ing. Ulbricht am 23.11.2022 gültig bis 18.07.2024
Geschäftsführung:	Herr Jörg Friedemann
Vertretung:	Herr Jörg Friedemann ist befugt, die Gesellschaft bei der Vornahme von Rechtsgeschäften mit sich selbst oder als Vertreter eines Dritten uneingeschränkt zu vertreten (Befreiung von § 181 BGB).
Betriebsrat:	nein
Regularien:	Der Vorjahresabschluss wurde durch die Gesellschafterversammlung vom 27.09.2023 mit Beschluss GV-06-2023 festgestellt.
Offenlegung:	Der Vorjahresabschluss wurde am 14.12.2023 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Steuerliche Verhältnisse

Finanzamt:	Hoyerswerda
Steuer-Nr.:	213/106/00277
Steuerbescheide:	Die erklärten Steuern bis einschließlich 2021 sind endgültig veranlagt.
anhängige Verfahren:	keine
letzte steuerliche Außenprüfung:	für den Zeitraum bis 2001 Beginn: 01.11.2004 Das Ergebnis der Prüfung wurde am 01.10. 2008 mitgeteilt.
letzte Umsatzsteuer-Sonderprüfung:	im Jahr 1999 für den Zeitraum 01.03.1999 bis 30.06.1999 (Prüfungsbericht vom 05.10.1999)
letzte lohnsteuerrechtliche Prüfung:	im Jahr 2013 für den Zeitraum 01.01.2009 bis 30.06.2013 (ohne Feststellungen)
letzte sozialversicherungsrechtliche Prüfung:	im Jahr 2022 für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2021 (abschließendes Schreiben vom 04.05.2022)
Organschaft:	umsatzsteuerliche Organschaft ab 01.06.1999 Organträger: Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg 01454 Radeberg, An den Dreihäusern 14 Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/149/00585
Betriebsaufspaltung:	ab 01.06.1999 Besitzunternehmen: Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage 01454 Radeberg, An den Dreihäusern 14 Finanzamt Hoyerswerda, Steuernummer: 213/144/00272
Umsatzbesteuerung:	nach vereinbarten Entgelten (§ 16 UStG)

Bilanz zum 31.12.2023

Aktiva

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen	139.464,69	153.327,21
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00	476,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrecht und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2,00	476,00
II. Sachanlagen	139.462,69	152.851,21
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	31.726,00	37.769,00
2. technische Anlagen und Maschinen	16.570,00	20.185,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	91.166,69	94.897,21
Summe Anlagevermögen	139.464,69	153.327,21
B. Umlaufvermögen	1.167.376,19	1.179.676,35
I. Vorräte	28.024,14	58.659,43
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	28.024,14	58.659,43
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	378.207,52	338.018,67
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58.274,79	78.021,65
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	251.722,59	252.760,82
3. sonstige Vermögensgegenstände	68.210,14	7.236,20
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0,00
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei	761.144,53	782.998,25
Summe Umlaufvermögen	1.167.376,19	1.179.676,35
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.564,32	573,26
	1.309.405,20	1.333.576,82

Radeberg, den 18.03.2024



Bilanz zum 31.12.2023

Passiva

A. Eigenkapital	1.152.046,07	1.096.528,52
I. Gezeichnetes Kapital	51.129,19	51.129,19
eigene Anteile	-25.053,30	-25.053,30
ausgegebenes Kapital	26.075,89	26.075,89
II. Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81
1. andere Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81
III. Vortrag auf neue Rechnung	0,00	0,00
IV. Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
- davon Gewinnvortrag	55.517,55	513.384,49
- davon Jahresüberschuss	753.415,82	240.031,33
Summe Eigenkapital	1.152.046,07	1.096.528,52
B. Rückstellungen	76.522,15	148.853,87
1. Steuerrückstellungen	36.897,01	79.663,86
2. sonstige Rückstellungen	39.625,14	69.190,01
C. Verbindlichkeiten	80.836,98	87.925,94
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.020,57	80.356,45
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	77.020,57	80.356,45
2. sonstige Verbindlichkeiten	3.816,41	7.569,49
- davon aus Steuern	3.816,41	7.423,99
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	3.816,41	7.569,49
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	268,49
	1.309.405,20	1.333.576,82

Radeberg, den 18.03.2024



Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2023

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	2.302.932,30	2.407.308,69
2. sonstige betriebliche Erträge	17.938,90	66.515,61
3. Materialaufwand	960.076,43	794.376,86
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	268.834,14	354.720,73
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	691.242,29	439.656,13
4. Personalaufwand	337.806,18	279.569,99
a) Löhne und Gehälter	272.362,51	225.814,60
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	65.443,67	53.755,39
- davon für Altersversorgung	839,16	839,16
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	31.032,17 31.032,17	33.498,87 33.498,87
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	908.988,56	1.025.422,46
a) Raumkosten	406.533,62	441.025,94
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	36.246,77	34.898,91
c) Reparaturen und Instandhaltungen	349.916,64	449.947,56
d) Fahrzeugkosten	22.263,45	26.146,78
e) Werbe- und Reisekosten	534,39	1.623,49
f) verschiedene betriebliche Kosten	75.577,40	63.417,53
g) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	8.654,75	3.314,06
h) übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	9.261,54	5.048,19
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	26,04
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	568,00	94,00
- davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen	30,00	20,00
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	24.272,60	97.596,22
10. Ergebnis nach Steuern	58.127,26	243.291,94
11. sonstige Steuern	2.609,71	3.260,61
12. Jahresüberschuss	55.517,55	240.031,33
13. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	753.415,82	513.384,49
14. Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82

Radeberg, den 18.03.2024



Anhang für das Geschäftsjahr 2023

I. ANGABEN ZUR IDENTIFIKATION

Die Firma BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH mit Sitz in Radeberg ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Dresden eingetragen. Die Nummer der Firma lautet HRB 14994.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB (§§ 238 ff) unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§ 264 ff HGB) und der Satzung der Gesellschaft aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB. Es besteht aufgrund § 12 Abs. 2 und § 14 des Gesellschaftsvertrages **Prüfungspflicht** nach § 316 Abs. 1 HGB sowie § 96a Abs. 1 Nr. 7 SächsGemO, die die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung umfasst.

Soweit im Berichtsjahr hinsichtlich der im Vorjahr von den Gliederungsvorschriften des HGB und des GmbHG abweichenden Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen vorgenommen wurden, wurde dem Prinzip der Darstellungstetigkeit (§ 265 Abs. 1 HGB) durch **Anpassung der Vorjahreszahlen** entsprochen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden mit den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Das **Sachanlagevermögen** wurde mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert und planmäßige Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgten im Zugangsjahr pro rata temporis.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niederen beizulegenden Wert nach § 253 Abs. 1 bzw. 4 HGB angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert vermindert um Wertberichtigungsposten und unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten:

	2023	Vorjahr
	€	€
Forderungen ggü. Krankenkassen aus AAG	0,00	1.754,38
Vorsteuer im Folgejahr abziehbar	5.352,17	4.584,87
Körperschaftsteuerrückforderung	28.877,11	0,00
Geldtransit	123,64	0,00
Forderung aus Gewerbesteuerüberzahlung	26.779,93	0,00
debitorischer Kreditor	3.080,10	410,00
Forderung ggü. Berufsgenossenschaft	3.776,29	486,95
Umsatzsteuerforderung	220,90	0,00
	68.210,14	7.236,20
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00

Flüssige Mittel wurden zu Nominalwerten angesetzt.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Langfristige Rückstellungen wurden nach § 253 Abs. 2 HGB bewertet.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Die Aufgliederung und die Bewegungen des Anlagevermögens sind dem **Anlagenspiegel** in der Anlage A 1 zu diesem Anhang zu entnehmen.

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** betragen 251.722,59 € (Vorjahr: 252.760,82 €), sie haben eine Restlaufzeit bis ein Jahr.

Es bestanden weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** mit einer Restlaufzeit über ein Jahr.

Das Eigenkapital ergibt sich wie folgt:

	31.12.2023	Vorjahr
	€	€
Gezeichnetes Kapital (abzüglich eigene Anteile)	26.075,89	26.075,89
Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
davon Gewinnvortrag des Vorjahres	753.415,81	
davon Jahresüberschuss	55.517,56	
	1.152.046,07	1.096.528,52

Die **Steuerrückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2023
	€	€	€	€	€
Körperschaftsteuer (KSt)	52.566,23	41.257,00	476,23	0,00	10.833,00
Solidaritätszuschlag zur KSt	1.868,50	1.868,50	400,66	996,47	595,81
Gewerbsteuer	25.229,13	0,00	0,00	239,07	25.468,20
	79.663,86	43.125,50	876,89	1.235,54	36.897,01

Die sonstigen Rückstellungen entwickeln sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	31.12.2023
	€	€	€	€	€	€
Personalbereich:						
• Bonus- und Jahressonderzahlungen	10.917,77	10.917,77	0,00	17.777,59	0,00	17.777,59
• rückständiger Urlaub	4.793,67	4.793,67	0,00	7.048,89	0,00	7.048,89
• Bewertung Arbeitszeitkonto	2.564,79	2.564,79	0,00	2.276,01	0,00	2.276,01
• Beitrag BG	300,00	300,00	0,00	1.259,08	0,00	1.259,08
übrige:	18.576,23	18.576,23	0,00	28.361,57	0,00	28.361,57
• ausstehende Eingangsrechnungen	40.934,97	39.028,56	2.219,23	3.054,85	0,00	2.742,03
• Abschluss- und Prüfungskosten	6.246,96	5.111,15	1.135,81	5.089,69	0,00	5.089,69
• Erfüllung Aufbewahrungspflichten	3.431,85	0,00	400,00	370,00	30,00	3.431,85
	50.613,78	44.139,71	3.755,04	8.514,54	30,00	11.263,57
	69.190,01	62.715,94	3.755,04	36.876,11	30,00	39.625,14

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ergibt sich wie folgt:

	Gesamtbetrag 31.12.2023	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.020,57	77.020,57	0,00	0,00
	80.356,45	80.356,45	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	3.816,41	3.816,41	0,00	0,00
	7.569,49	7.569,49	0,00	0,00
	80.836,98	80.836,98	0,00	0,00
	87.925,94	87.925,94	0,00	0,00

IV. ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem handelsrechtlichen Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt

Die **Umsatzerlöse** betreffen:

	USt	2023	Vorjahr
		€	€
Erlöse aus Klärschlammverwertung nicht ustbar	--	1.434.711,72	1.337.852,45
Erlöse Flüssigstoffe Bioabfallverwertung	19	297.921,66	239.889,86
Erlöse Stromverkauf an AZV „Obere Röder“	19	183.031,72	198.121,48
Erlöse aus Stromeinspeisung fremde Dritte	19	233.998,69	475.005,70
Erlöse aus Wärmeverkauf an AZV „Obere Röder“	7	140.244,70	137.820,75
Erlöse aus Wärmeverkauf fremde Dritte	7	11.430,81	14.097,90
Erlöse Abfallverwertung § 13b UStG	--	496,00	0,00
		2.301.835,30	2.402.788,14
sonstige Erlöse	19	1.097,00	4.520,55
		2.302.932,30	2.407.308,69

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Sachbezüge umsatzsteuerpflichtig	11.456,90	11.357,40
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.805,52	29.163,06
Erträge für Vorjahr(e)	2.407,99	25.291,41
Erstattung AG-Anteil SV nach IfSG	268,49	402,60
Versicherungsentschädigung	0,00	301,14
Erträge Auflösung passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
übrige	0,00	0,00
	17.938,90	66.515,61

Die Abschreibungen betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Abschreibung immaterielle Vermögensgegenstände	474,00	5.233,90
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	30.558,17	27.975,06
Sofortabschreibung GWG bis 800,00 €	0,00	289,91
	31.032,17	33.498,87

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
ordentliche Aufwendungen (a-f)	890.972,27	1.017.060,21
neutrale Aufwendungen (g-h)	18.016,29	8.362,25
	908.988,56	1.025.422,46

zu neutrale Aufwendungen

	2023	Vorjahr
	€	€
Buchverlust Sachanlageabgänge	8.654,75	3.314,06
periodenfremde Aufwendungen	8.098,92	4.848,19
Forderungsverluste 19 % Ust	1.162,62	0,00
Spenden	100,00	200,00
	18.016,29	8.362,25

V. SONSTIGE ANGABEN

Es bestanden keine **Haftungsverhältnisse** nach § 251 HGB.

Die **vertraglich vereinbarten Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen** betrugen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Miete für Bioverwertungsanlage	345.335,04	345.335,04
Mieten für andere bewegliche Wirtschaftsgüter	6.784,81	6.186,24
Leasing Kfz	5.409,23	5.408,46
	357.529,08	356.929,74

Während des Zeitraums vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 waren neben dem Geschäftsführer durchschnittlich **4 Arbeitnehmer** (Vorjahr: 3) beschäftigt.

Geschäftsführer im Jahr 2023 war Herr Jörg Friedemann.

Der Geschäftsführer wurde vertragsgemäß vergütet. Auf eine Darstellung der Bezüge wird unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Prüfungskosten in Höhe von 5.089,69 € beinhalten ausschließlich Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

Die Geschäftsführung schlägt vor den Jahresüberschuss von € 55.5517,55 auf neue Rechnung vorzutragen.

Radeberg, den 18.03.2024



BVR - Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Anlagenspiegel zum 31.12.2023

	Anschaffungs- und Herstellungskost en	Zugänge Abgänge-	Umbuchungen	kumulierte Abschreibungen	Abschreibungen Zuschreibungen	Buchwert	Buchwert
	01.01.2023			31.12.2023	vom 01.01.2023 bis 31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.188,49			6.186,49	474,00	2,00	476,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	6.188,49			6.186,49	474,00	2,00	476,00
II. Sachanlagen							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden	60.434,81			28.708,81	6.043,00	31.726,00	37.769,00
2. technische Anlagen und Maschinen	41.196,03			24.626,03	3.615,00	16.570,00	20.185,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	203.426,19	25.824,40		123.373,30	20.900,17	91.166,69	94.897,21
		-14.710,60					
Summe Sachanlagen	305.057,03	25.824,40		176.708,14	30.558,17	139.462,69	152.851,21
		-14.710,60					
Summe Anlagevermögen	311.245,52	25.824,40		182.894,63	31.032,17	139.464,69	153.327,21
		-14.710,60					

Handelsrecht

Trennung der erfolgswirksamen Positionen in den Bereich gewerblich und hoheitlich

Anlage A2

Kto.	Bezeichnung	Wert nach Fibu			indirekte Zuordnung durch Aufteilungsschlüssel		
			gewerblich	hoheitlich	gemeinsam	gewerbl. Anteil	hoh. Anteil
4401	Erlöse aus Überzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4402	Erlöse 19/16% Flüssigstoffe	297.921,66	297.921,66	0,00	0,00	0,00	0,00
4404	sonstige Erlöse	1.097,00	1.097,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4405	Erlöse Stromeinspeisung (ENSO AG)	233.998,69	233.998,69	0,00	0,00	0,00	0,00
4406	Erlöse Strom an AZV (ustpfl.)	183.031,72	183.031,72	0,00	0,00	0,00	0,00
4407	Erlöse Wärmeverkauf 19% USt	11.430,81	11.430,81	0,00	0,00	0,00	0,00
4409	Erlöse Wärmeverkauf AZV 19% USt	140.244,70	140.244,70	0,00	0,00	0,00	0,00
4510	Erlöse Altstoffe 13b UStG	496,00	0,00	0,00	496,00	153,76	342,24
4691	KS-Verwertung AZV - Abschlüsse 01-12.2021	1.434.244,48	0,00	1.434.244,48	0,00	0,00	0,00
4693	Kostenerstattungen (fremde Dritte)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4696	Kostenerstattungen AZV (19% USt)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		2.302.465,06	867.724,58	1.434.244,48	496,00	153,76	342,24
4830	sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4835	Erstattung AG-Anteil SV Quarantäne	268,49	0,00	0,00	268,49	83,23	185,26
4930	Erträge Rückstellungsauflösung	3.805,52	0,00	139,30	3.666,22	1.136,53	2.529,69
4945	Sachbezüge 19% USt	11.456,90	0,00	0,00	11.456,90	3.551,64	7.905,26
4960	periodenfremde Erträge	2.407,99	0,00	0,00	2.407,99	746,48	1.661,51
4970	Versicherungsentschädigung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4923	Erträge aus Herabsetzung EWB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		17.938,90	0,00	139,30	17.799,60	5.517,88	12.281,72
	Summe Erlöse u. Erträge	2.320.403,96	867.724,58	1.434.383,78	18.295,60	5.671,64	12.623,96
5037	RHB-Stoffe	72.010,24	72.010,24	0,00	0,00	0,00	0,00
5100	Verbrauch Hilfsstoffe	184.654,11	63.155,45	120.231,88	1.266,78	392,70	874,08
5101	nabzf. VSt für RHB-Stoffe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5110	Verbrauch Betriebsstoffe	11.765,27	2.160,18	371,42	9.233,67	2.862,44	6.371,23
5400	Wareneingang	60,20	60,20	0,00	0,00	0,00	0,00
5802	Bezugsnebenkosten RHB-Stoffe	266,97	186,85	10,87	69,25	21,47	47,78
5803	Energiepauschale	77,35	0,00	8,95	68,40	21,20	47,20
5900	Entsorgung Öl	-56,55	0,00	-6,55	-50,00	-15,50	-34,50
5909	Zentratbehandlung	35.705,10	0,00	0,00	35.705,10	11.068,58	24.636,52
5919	Transport sand	85,00	85,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5920	Kosten Transport / Entsorgung Sandfang	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5922	Transport Gärrest	81.928,38	25.993,72	55.934,66	0,00	0,00	0,00
5924	Entsorgung Sand	797,30	797,30	0,00	0,00	0,00	0,00

Kto.	Bezeichnung	Wert nach Fibu	indirekte Zuordnung durch Aufteilungsschlüssel				
			gewerblich	hoheitlich	gemeinsam	gewerbl. Anteil	hoh. Anteil
5926	Verwertung Gärrest	552.308,07	175.232,82	377.075,25	0,00	0,00	0,00
5941	sonstige Leistungen gewerblich	5.323,69	5.090,94	0,00	232,75	72,15	160,60
5942	sonstige Leistungen hoheitlich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5943	sonst. Leistungen nicht direkt zuordenbar	15.151,30	298,92	779,90	14.072,48	4.362,47	9.710,01
		960.076,43	345.071,62	554.406,38	60.598,43	18.785,51	41.812,92
6010	Löhne	143.406,21	0,00	0,00	143.406,21	44.455,93	98.950,28
6011	Bereitschaftsdienst stpfl.	4.978,20	0,00	600,00	4.378,20	1.357,24	3.020,96
6015	Erstattung nach AAG	-3.848,61	0,00	0,00	-3.848,61	-1.193,07	-2.655,54
6016	Aufwand Arbeitszeitkonto	-251,11	0,00	0,00	-251,11	-77,84	-173,27
6017	Schmutzzulage	2.350,00	0,00	0,00	2.350,00	728,50	1.621,50
6018	Abfindungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6019	Jahressonderzahlungen	12.154,62	0,00	0,00	12.154,62	3.767,93	8.386,69
6023	Lohnausgleich	608,37	0,00	0,00	608,37	188,59	419,78
6024	Veränderung Urlaubsrückstellung	2.394,02	0,00	0,00	2.394,02	742,15	1.651,87
6027	Gehälter	76.435,44	0,00	0,00	76.435,44	23.694,99	52.740,45
6029	Sondervergütungen Gehalt	17.777,59	0,00	0,00	17.777,59	5.511,05	12.266,54
6032	Kfz-Gestellung	13.633,76	0,00	0,00	13.633,76	4.226,47	9.407,29
6035	Leiharbeitskräfte	2.026,12	0,00	181,25	1.844,87	571,91	1.272,96
6080	VWL	697,90	0,00	0,00	697,90	216,35	481,55
6110	Krankenkassenbeiträge	55.449,32	0,00	0,00	55.449,32	17.189,29	38.260,03
6111	AG-Anteil Sondervergütung Gehalt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6115	Veränderung RST Urlaub AG-Anteil SV	-138,80	0,00	0,00	-138,80	-43,03	-95,77
6116	Veränderung RST AZK AG-Anteil SV	-37,67	0,00	0,00	-37,67	-11,68	-25,99
6117	Gesundheitsfürsorge	520,00	0,00	0,00	520,00	161,20	358,80
6120	Berufsgenossenschaft	8.811,66	0,00	0,00	8.811,66	2.731,61	6.080,05
6140	Aufwendungen für Altersvorsorge	703,56	0,00	0,00	703,56	218,10	485,46
6147	pauschale Steuer f. Versicherungen	135,60	0,00	0,00	135,60	42,04	93,56
		337.806,18	0,00	781,25	337.024,93	104.477,73	232.547,20
6200	AfA immaterielle VG	474,00	0,00	57,36	416,64	129,16	287,48
6220	AfA Sachanlagen ohne Fahrzeuge	20.721,17	2.350,92	5.671,90	12.698,35	3.936,49	8.761,86
6221	AfA Bauten auf fremden Grundstücken	6.043,00	0,00	693,84	5.349,16	1.658,24	3.690,92
6222	AfA Fahrzeuge	3.794,00	0,00	446,52	3.347,48	1.037,72	2.309,76
6260	Sofortabschreibung GWG	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		31.032,17	2.350,92	6.869,62	21.811,63	6.761,61	15.050,02

Kto.	Bezeichnung	Wert nach Fibu			indirekte Zuordnung durch Aufteilungsschlüssel		
			gewerblich	hoheitlich	gemeinsam	gewerbl. Anteil	hoh. Anteil
6300	Sonstige betriebliche Aufwendungen	642,03	0,00	17,03	625,00	193,75	431,25
6302	Aufwendungen für Beratungen u. ä.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6304	Aufw. UZ Deb. und ÜZ Kred.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6311	Miete Bioverw-Anlage (unbew. AV)	345.335,04	0,00	0,00	345.335,04	107.053,86	238.281,18
6325	Gas	12.172,71	0,00	193,28	11.979,43	3.713,62	8.265,81
6326	Strom	15.671,84	14.559,89	128,09	983,86	305,00	678,86
6327	Wasser	21.325,00	0,00	1.009,72	20.315,28	6.297,74	14.017,54
6335	Instandhaltung betrieblicher Räume	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6346	Reinigung An den Dreihäusern 14	7.056,77	0,00	756,77	6.300,00	1.953,00	4.347,00
6350	Aufwendungen für Außenanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6351	Aufwendungen f. Hygienemaßnahmen	4.872,26	0,00	564,51	4.307,75	1.335,40	2.972,35
6392	Spenden	100,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6400	Haftpflichtversicherungen	7.148,24	0,00	0,00	7.148,24	2.215,95	4.932,29
6401	Sachversicherungen	26.853,26	0,00	0,00	26.853,26	8.324,51	18.528,75
6402	Rechtsschutzversicherungen	614,49	0,00	0,00	614,49	190,49	424,00
6420	Beiträge LVR, Rundfunk	483,44	0,00	0,00	483,44	149,87	333,57
6421	Beiträge Berufsvertretungen	600,36	0,00	0,00	600,36	186,11	414,25
6425	Gebühren	546,98	0,00	0,00	546,98	169,56	377,42
6450	Rep./Inst. Bauten	9.737,57	0,00	1.161,18	8.576,39	2.658,68	5.917,71
6451	Rep./Inst. Speicher	70.753,67	52.937,52	5.990,27	11.825,88	3.666,02	8.159,86
6460	Rep./Inst. Anl.u.Masch.	71.532,31	0,00	9.193,78	62.338,53	19.324,94	43.013,59
6461	Rep./Inst. BHKW	136.346,40	21,03	15.710,51	120.614,86	37.390,61	83.224,25
6462	Rep./Inst. Dekanter	47.291,11	3.232,51	13.210,15	30.848,45	9.563,02	21.285,43
6464	Rep./Inst. Reaktoren	8.412,45	0,00	379,95	8.032,50	2.490,08	5.542,43
6468	Rep./Inst. Behälter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6470	Rep./Inst. Betriebsausstattung	2.732,64	0,00	924,45	1.808,19	560,54	1.247,65
6471	Rep./Inst. Büroausstattung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6485	Reparatur/Instandh. Biofilter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6490	sonst. Rep./Inst.	1.784,16	0,00	206,72	1.577,44	489,01	1.088,43
6495	Wartungskosten Hard- u. Software	1.326,33	0,00	153,67	1.172,66	363,52	809,14
6520	Kfz-Versicherungen	2.028,78	0,00	0,00	2.028,78	628,92	1.399,86
6531	Betriebsstoffe Pkw	7.030,18	0,00	990,46	6.039,72	1.872,31	4.167,41
6532	nabzf. VSt Betriebsstoffe Fahrzeuge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6540	Reparatur LKW	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6541	Reifen	2.159,70	0,00	0,00	2.159,70	669,51	1.490,19

Kto.	Bezeichnung	Wert nach Fibu	indirekte Zuordnung durch Aufteilungsschlüssel				
			gewerblich	hoheitlich	gemeinsam	gewerbl. Anteil	hoh. Anteil
6542	Reparaturen Pkw	1.356,13	0,00	157,12	1.199,01	371,69	827,32
6561	Leasing Pkw	1.378,38	1.378,38	0,00	0,00	0,00	0,00
6562	Leasing PKW (hoh. Anteil)	4.030,85	0,00	4.030,85	0,00	0,00	0,00
6571	sonstige Kfz-Kosten	806,15	0,00	86,37	719,78	223,13	496,65
6580	Mautgebühren	3.310,17	5,80	400,96	2.903,41	900,06	2.003,35
6595	Fremdfahrzeugkosten	163,11	0,00	0,00	163,11	50,56	112,55
6600	Werbekosten	85,00	85,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6640	Bewirtungskosten	115,36	0,00	10,97	104,39	32,36	72,03
6643	Aufmerksamkeiten	195,30	0,00	19,81	175,49	54,40	121,09
6644	Nicht abzugsfähige Bewirtungskosten	47,73	0,00	2,99	44,74	13,87	30,87
6663	Reisekosten Arbeitnehmer, Fahrtkosten	31,60	0,00	0,00	31,60	9,80	21,80
6668	km-Geld-Erstattung Arbeitnehmer	59,40	0,00	0,00	59,40	18,41	40,99
6303	Fremdleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6800	Porto	164,22	0,00	13,76	150,46	46,64	103,82
6805	Kommunikationsaufwendungen	2.196,29	0,00	211,90	1.984,39	615,16	1.369,23
6815	Bürobedarf	78,64	0,00	9,11	69,53	21,55	47,98
6821	Fortbildungskosten	1.775,16	0,00	75,16	1.700,00	527,00	1.173,00
6822	Aufwendungen für Zertifizierung	1.640,01	0,00	190,01	1.450,00	449,50	1.000,50
6826	Steuerberatungskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6825	Rechts- u. Rechtsberatungskosten	9.726,97	0,00	1.126,97	8.600,00	2.666,00	5.934,00
6827	Abschlusskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6828	Prüfungskosten	5.089,69	0,00	589,69	4.500,00	1.395,00	3.105,00
6830	Verwaltungskosten	29.891,48	0,00	918,78	28.972,70	8.981,54	19.991,16
6831	Steuererklärungskosten	2.400,00	2.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6835	Mieten für Einrichtungen bew. WG (gew)	1.736,50	1.733,66	2,84	0,00	0,00	0,00
6836	Mieten für Einrichtungen bew. WG (hoh)	5.048,31	2,77	5.045,54	0,00	0,00	0,00
6837	Lizenzen	4.215,49	0,00	488,41	3.727,08	1.155,39	2.571,69
6839	Mieten für Einrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6845	Werkzeuge u. Kleingeräte	1.020,10	0,00	95,75	924,35	286,55	637,80
6849	Betriebsmittel Inventurabhängig	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6850	Betriebsbedarf	2.098,21	0,00	243,09	1.855,12	575,09	1.280,03
6851	Berufsbekleidung Arbeitnehmer	5.355,72	0,00	620,52	4.735,20	1.467,91	3.267,29
6855	Nebenkosten Geldverkehr	818,77	0,00	51,66	767,11	237,80	529,31
6859	Abfallbeseitigung	1.679,81	0,00	53,09	1.626,72	504,28	1.122,44
6865	Nicht abzieh. VoSt 7% (so betr Aufwand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6871	Nicht abzieh. VoSt 19% (so betr Aufw)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6885	Erlöse Sachanlageverkäufe 19% USt, BV	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6936	Forderungsverluste 19 % Ust	1.162,62	1.162,62	0,00	0,00	0,00	0,00
6960	periodenfremde Aufwendungen	8.098,92	1.311,65	50,24	6.737,03	2.088,48	4.648,55
6895	Anlagenabgang Sachanlagen	8.654,75	0,00	1.048,33	7.606,42	2.357,99	5.248,43
		908.988,56	78.930,83	66.134,46	763.923,27	236.816,21	527.107,06
	Aufwand	2.237.903,34	426.353,37	628.191,71	1.183.358,26	366.841,06	816.517,20
	Summe Erlöse u. Erträge	2.320.403,96	867.724,58	1.434.383,78	18.295,60	5.671,64	12.623,96

Kto.	Bezeichnung	Wert nach Fibu	indirekte Zuordnung durch Aufteilungsschlüssel				
			gewerblich	hoheitlich	gemeinsam	gewerbl. Anteil	hoh. Anteil
7101	Zinsenerträge aus AG-Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7102	stfr.Aufzinsung Körperschaftsteuerguthaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Zinsertrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7304	Nicht abzugsföh.and.Nebenleist.z.Steuern	538,00	538,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7362	Zinsaufwand Abzins.Rückstellungen	30,00	0,00	0,00	30,00	8,70	21,30
	Zinsaufwand	568,00	538,00	0,00	30,00	8,70	21,30
	Ergebnis der gewöhnliche Geschäftstätigkeit mit Ja	82.399,86	441.300,45	806.192,07	-1.165.092,66	-361.178,12	-803.914,54
7600	KSt-Vorauszahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7603	Körperschaftsteuer für Vorjahre	-476,23	-476,23	0,00	0,00	0,00	0,00
7608	Solidaritätszuschlag zur KSt-VZ	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7609	Solidaritätszuschlag für Vorjahre	996,47	996,47	0,00	0,00	0,00	0,00
7610	GewSt-Vorauszahlung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7641	GewSt-NZ/Erstattung VJ § 4 (5b) EStG	239,07	239,07	0,00	0,00	0,00	0,00
7675	Verbrauchssteuern	1.656,58	0,00	0,00	1.656,58	480,41	1.176,17
7686	Kfz-Steuern	953,13	0,00	0,00	953,13	276,41	676,72
7690	Steuernachzahlungen VJ sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7692	Steuererstattungen VJ sonstige Steuern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Steueraufwand	3.369,02	759,31	0,00	2.609,71	756,82	1.852,89
	vorläufiger Jahresüberschuss	79.030,84	443.620,98	806.192,07	-1.167.642,37	-361.917,54	-805.724,83

7610	GewSt-RST	-10.376,07
7600	RST KSt	-12.452,34
7608	RST SolZ zur KSt	-684,88
	Jahresüberschuss	55.517,55

Abrechnung für AZV "Obere Röder":	
- Saldo aus der direkten Zuordnung	806.192,07
- Saldo aus der indirekten Zuordnung	-805.724,83
Jahresendabrechnung Klärschlamm (BS # 4961/3401)	467,24

Lagebericht zum Jahresabschluss zum 31.12.2023

Nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (nachfolgend BVR genannt) ist zusätzlich zum Jahresabschluss ein Lagebericht zu erstellen. Aufgrund der Mehrheitsbeteiligung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist bei der Aufstellung des Lageberichts § 30 SächsEigBVO zu beachten.

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Notarvertrag URNr. 32/1997-H am 09.01.1997 durch den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ (nachfolgend AZV genannt) und der Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH (nachfolgend Nehlsen genannt) gegründet. Der AZV war zu 51 % und Nehlsen zu 49 % an der Gesellschaft beteiligt. Die Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH ist aufgrund des Verschmelzungsvertrages vom 21.07.2005 mit der Nehlsen Entsorgungs GmbH Pirna verschmolzen. Mit Beschluss Nr. GV-04-2017 der Gesellschafterversammlung wurde der Erwerb der Nehlsenanteile durch die Gesellschaft, auf Grundlage des geschlossenen Kauf- und Abtretungsvertrages vom 17. März 2017 mit der Urkundenrolle-Nummer: 1074/2017 – H, beschlossen.

Durch die Änderungen der Sächsischen Gemeindeordnung bedurfte es einer Änderung des Gesellschaftsvertrages. In der Gesellschafterversammlung vom 08.12.2016, die beim Notar Dr. jur. Heribert Heckschen stattgefunden hat, wurde die Satzung der Gesellschaft geändert. Die Eintragung der Änderung im Handelsregister erfolgte am 21.12.2016.

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst unter Berücksichtigung der Auflagen aus der Genehmigung des Regierungspräsidiums Dresden die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlämmen sowie von Grün- und Bioabfällen, soweit dadurch die Klärschlammverwertung nicht beeinträchtigt wird. Die Hauptaufgabe der BVR besteht darin, die anfallenden Klärschlämme und biogenen Stoffe mit Hilfe der Bio-Covergärungsanlage und den dazu erforderlichen verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten so zu verarbeiten, dass aus den Inputstoffen Methangas zur Energieproduktion gewonnen wird. Zusätzlich entsteht ein Energieträger, der in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt werden kann und wird, oder der seine Verwendung als Substrat in der Kompostierung findet.

Zur Realisierung des Unternehmensgegenstandes mietet die BVR ab dem 01.06.1999 die Bioverwertungsanlage vom AZV an.

Seit der Anmietung der Bioverwertungsanlage besteht zwischen dem AZV und der BVR eine Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der AZV betätigt sich mit der Vermietung der Bioverwertungsanlage außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben insoweit, als die Gesellschaft die Bioverwertungsanlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Die Klärschlammverwertung, auch wenn sie durch die BVR GmbH erledigt wird, stellt weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar, denn mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben kann keine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden. Gleiches gilt, wenn der für die Klärschlammentsorgung zuständige AZV zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben die BVR als Betriebskapitalgesellschaft einsetzt. Die Klärschlammverwertung bleibt somit Aufgabe des AZV und ist dem Hoheitsbetrieb zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem AZV hat.

Die Verwertung von Bioabfällen stellt für die BVR eine selbständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der sie Gewinn erzielt. Dieser Bereich

steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben. Dementsprechend unterliegt nur der Bereich Verwertung von Bioabfällen der Steuerpflicht.

Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen.

Für den Zeitraum vor Anmietung (= bis zum 31.05.1999) wurde das Nutzungsverhältnis aus den Planmengen unter Einbeziehung des tatsächlichen Investitionsvolumens gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Anmietung und Inbetriebnahme wurden der Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt. Die nicht direkt zuordenbaren Aufwendungen und Erträge werden verhältnismäßig auf den hoheitlichen und gewerblichen Bereich zugeordnet.

Danach ergeben sich folgende Nutzungsverhältnisse:

	Nutzungsverhältnisse	
	hoheitlicher Anteil	gewerblicher Anteil
	%	%
01.01.2014 bis 31.12.2014	71	29
01.01.2015 bis 31.12.2015	70	30
01.01.2016 bis 31.12.2016	69	31
01.01.2017 bis 31.12.2017	68	32
01.01.2018 bis 31.12.2018	68	32
01.01.2019 bis 31.12.2019	70	30
01.01.2020 bis 31.12.2020	71	29
01.01.2021 bis 31.12.2021	71	29
01.01.2022 bis 31.12.2022	71,5	28,5
01.01.2023 bis 31.12.2023	69	31

Die Reparatur- und Instandhaltungskosten lagen mit 350 TEUR um ca. 100 TEUR unter dem Vorjahresniveau. Auf die Entwässerungstechnik entfielen 47 TEUR, auf die BHKW-Anlage 136 TEUR, auf die Speicher 71 TEUR. 96 TEUR entfielen auf sonstige gemeinsam genutzte Anlagentechnik, davon betreffen 32 TEUR die Gasreinigungsanlage.

Auch in diesem Wirtschaftsjahr wurde das Überwachungsaudit zum Entsorgungsfachbetrieb erfolgreich absolviert und die Gesellschaft ist weiterhin ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb.

2. Rentabilitätsverhältnisse

Ergebnisanalyse:

	Ergebnisanalyse	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
betragmäßige Ergebnisanalyse		
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	55.517,55	240.031,33
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	753.415,82	513.384,49
zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	0,00	0,00
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
	%	%
strukturelle Ergebnisanalyse		
Personalkostenanteil = (Personalaufwand / Gesamtaufwand)*100	15,07	13,11
Materialkostenanteil = (Materialaufwand / Gesamtaufwand)*100	42,84	37,24
Abschreibungskostenanteil = (Abschreibungsaufwand / Gesamtaufwand)*100	1,38	1,57

	Rentabilitätsanalyse	
	2023	Vorjahr
	%	%
Ertragslage:		
Eigenkapitalrendite (vor Steuern)	7,15	31,09
Eigenkapitalrendite (nach Steuern)	4,82	21,89
Umsatzrendite (vor Steuer)	3,58	14,16
	TEUR	TEUR
ordentlicher Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreibungen)	86	274
Rentabilitätsanalyse:		

Die Ergebnisrechnung 2023 ist durch folgende wesentliche Sondereinflüsse geprägt:

- Die Strompreise an der Strombörse haben sich gegenüber dem Vorjahr von durchschnittlich 0,235 €/kWh auf 0,095 €/kWh reduziert. Somit verringerte sich auch der Vergütungsanspruch auf die in das Netz eingespeiste Energie gegenüber dem Vorjahr erheblich.
- Preissteigerung für die Gärrestverwertung um ca. 54 % auf Grundlage der im Jahr 2021 erfolgten europaweiten Ausschreibung. Die Kosten für Transport und Verwertung liegen daher um ca. 30,00 €/t Gärrest höher als im Vorjahr.
- massiv gestiegene Preise für nahezu alle eingesetzten RHB-Stoffe
- Inflationsrate von 7,9 % in 2023

In der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich folgende Werte:

	Gewinn- und Verlustrechnung		
	2021	2022	2023
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse:	2.057.740	2.407.309	2.302.932
darin u. a.			
Annahme von Bioabfall	245.924	239.890	297.922
Stromeinspeisung	212.699	475.006	233.999
Klärschlamm Entsorgung für AZV	1.193.002	1.337.852	1.434.712
Strom an AZV	243.515	198.121	183.032
Wärme an AZV	140.287	137.821	140.245
Wärmeverkauf	15.481	14.098	11.431
sonst. Erträge	71.350	66.516	17.939
Materialaufwand	609.099	794.377	960.076
Personalaufwand	260.212	279.570	337.806
Abschreibungen	27.131	33.499	31.032
sonstige betriebliche Aufwendungen	966.246	1.025.423	908.989
darin u. a.			
Raumkosten	438.623	441.026	409.533
Reparatur / Instandhaltung	160.339	449.948	349.917
Verluste aus dem Abgang von AV	6.786	3.314	8.655
Zinsen u. ähnliche Erträge	72	26	0
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	21	94	568
Steuern	78.610	100.857	26.883
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	187.843	240.031	55.517

3. Investitionsgeschehen

Im Jahr 2023 gab es folgende wesentliche Zu- und Abgänge im Anlagevermögen:

	Anlagenzugänge	Anlagenabgänge
	EUR	EUR
Immaterielle VG	0,00	0,00
Tech. Anlagen	0,00	0,00
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.824,40	14.710,60
	25.824,40	14.710,60

4. Finanzierung

Eine Übersicht der Finanzlage stellt sich in folgender verkürzter Kapitalflussrechnung dar:

	2023	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	4	55
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-26	-46
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-22	9
Liquide Mittel zu Beginn der Periode	783	774
Liquide Mittel zu Ende der Periode	761	783

Die Eigenkapitalquote, die Liquidität, das Umlaufvermögen und die Verbindlichkeiten der BVR mbH stellen sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	Finanzlage	
	2023	Vorjahr
	%	%
Eigenkapitalanteil	87,98%	82,22%

	Liquiditätsanalyse	
	2023	Vorjahr
Liquidität 1. Grades	4,84	3,31
Liquidität 2. Grades	7,24	4,73
Liquidität 3. Grades	7,42	4,98

	Umlaufvermögen	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
liquide Mittel	761.144	782.998
Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, RLZ bis 1 J.	378.208	338.019
Vorräte	28.024	58.659
Gesamtbetrag Umlaufvermögen	1.167.376	1.179.676

	Verbindlichkeiten	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.021	80.356
Rückstellungen	76.522	148.854
sonstige Verbindlichkeiten	3.816	7.569
Gesamtbetrag kurzfr. Verbindlichkeiten, RLZ bis 1 J.	157.359	236.780

5. Entwicklung des Eigenkapitals

	Eigenkapital					31.12.2023
	01.01.2023	Umgliederung	Zugang	eigene Anteile	Ausschüttung	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89
Zweckgebundene Rücklage	317.036,81	0,00	0,00	0,00	0,00	317.036,81
Bilanzgewinn	753.415,82	0,00	55.517,56	0,00	0,00	808.933,38
Summe	1.096.528,52	0,00	55.517,56	0,00	0,00	1.152.046,08

Entwicklung der Rückstellungen

Die **Steuerrückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruchn.	Auflösung	Zuführung	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Körperschaftsteuer (Kst)	52.566,23	41.257,00	476,23	0,00	10.833,00
Solidaritätszuschlag zur Kst	1.868,50	1.868,50	400,66	996,47	595,81
Gewerbesteuer	25.229,13	0,00	0,00	239,07	25.468,20
Kfz-Steuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	79.663,86	43.125,50	876,89	1.235,54	36.897,01

Die **sonstigen Rückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	sonstige Rückstellungen					31.12.2023
	01.01.2023	Inanspruchn.	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Personalbereich:	18.576,23	18.576,23	0,00	28.361,57	0,00	28.361,57
übrige:						
ausst. Eingangsrechnungen	40.934,97	39.028,56	2.219,23	3.054,85	0,00	2.742,03
Abschluss- und Prüfungskosten	6.246,96	5.111,15	1.135,81	5.089,69	0,00	5.089,69
Erfüllung Aufbewahrungspfl.	3.431,85	0,00	400,00	370,00	30,00	3.431,85
	69.190,01	62.715,94	3.755,04	36.876,11	30,00	39.625,14

7. Zusammensetzung der wesentlichen Umsätze

	wesentliche Umsätze	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Klärschlamm	1.434.712	1.337.852
Bioabfallverwertung	297.922	239.890
Entnahme Wärme von AZV	140.245	137.821
Entnahme Strom von AZV	183.032	198.121
Stromeinspeisung	233.999	475.006
Wärmeverkauf	11.431	14.098
Sonstige Umsätze	1.593	4.521
	2.302.932	2.407.309

8. Angaben zum Personalaufwand

Während des Zeitraums vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 waren durchschnittlich 4 Arbeitnehmer (VJ 3 AN, ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Geschäftsführer im Jahr 2023 war Herr Jörg Friedemann.

	Gesamtpersonalaufwand	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Gesamtpersonalaufwand	337.806	279.570

a) Löhne und Gehälter

	Löhne und Gehälter	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Bereich Produktion	170.019	140.220
Bereich Verwaltung	102.344	85.594
	272.363	225.814

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

	soziale Abgaben und Aufwendungen	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Krankenkassenbeiträge	55.449	44.003
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	8.812	8.198
Krankenkassenbeiträge für Jahressonderzahlungen	0	55
Gesundheitsfürsorge	520	473
Aufwendungen für Direktversicherungen	704	704
pauschale Steuer für Direktversicherungen	136	136
Veränderung Urlaubsrückstellung AG-Anteil SV	-139	142
Veränderung Rückstellung AZK AG-Anteil SV	-38	45
	65.444	53.755
davon für Altersversorgung	839	839

9. Risikobetrachtung

Mit dem Entschluss des AZV, lediglich Ersatzinvestitionen in Anlagenteile vorzunehmen, welche zur Erfüllung des Hauptzweckes (Verwertung von Klärschlamm) notwendig sind, kann die Gesellschaft nur noch flüssige biogene Abfälle verwerten und hat dadurch ihr Alleinstellungsmerkmal verloren und steht nun unmittelbar in Konkurrenz mit der Covergärungsanlage der Stadtentwässerung Dresden, welche große logistische Vorteile für die Entsorger gegenüber Radeberg bietet.

Ein weiteres Risiko stellt die Ausrichtung der Energiepolitik der Bundesregierung und deren Auswirkung dar. Diese hat wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung und den Trend an der Strombörse und somit auf den Vergütungsanspruch für die in das Netz eingespeiste Energie. Nach aktueller Gesetzgebung besteht weiterhin die Pflicht der Netzbetreiber den erzeugten Strom aus unserer Anlage abzunehmen, eine etwaige Vergütung für diesen Strom richtet sich nach dem aktuellen Preisen an der Strombörse. Diese liegen derzeit bei ca. 0,06 €/kWh. Es ist nicht vorhersehbar ob sich dieser Preis „einpegelt“ oder weiter einen fallenden Trend verzeichnet. Die Geschäftsleitung wird ständig prüfen, ob eine Stromproduktion über den Eigenbedarf hinaus unter den gegebenen Rahmenbedingungen darstellbar ist.

Die voraussichtlich im Jahr 2024 in Kraft tretende neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie, wird bis jetzt nicht definierbaren Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft haben. Die Geschäftsführung geht hier prinzipiell von zu erwartenden Mehrkosten aus.

Die Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind zurzeit noch nicht vollständig absehbar. Im Bereichen Energie sind die Auswirkungen durch deutlich steigende Preise bereits spürbar. Des Weiteren stehen derzeit auch bestimmte Ersatzteile (Zündkerzen für BHKW) nicht ausreichend am Markt zur Verfügung Inwieweit diese Entwicklung anhält, ist schwierig abzuschätzen.

Für das Jahr 2024 geht die Gesellschaft von einem positiven Betriebsergebnis aus.

10. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Ab dem Jahr 2024 unterliegt nun auch der selbst erzeugte Strom welcher für den Eigenbedarf oder zur Weitergabe an Dritte entnommen wird der Stromsteuer. Diese Gesetzesänderung wird voraussichtlich Mehrkosten von ca. 50 TEUR/Jahr netto verursachen.

Die weiteren Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind nicht absehbar und eine Entwicklung ist schwierig abzuschätzen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche nicht im Bericht erwähnt sind, haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres 2023 nicht ergeben.

Radeberg, 18.03.2024



BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

**Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023**

**und des Lageberichtes
für das Geschäftsjahr 2023**

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Inhaltsverzeichnis

A.	Prüfungsauftrag	5
B.	Grundsätzliche Feststellungen	7
I.	Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	7
II.	Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB	9
1.	Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	9
C.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
D.	Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	13
I.	Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	13
1.	Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	13
2.	Jahresabschluss	14
3.	Lagebericht	15
II.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	16
1.	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	16
2.	Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	16
III.	Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	17
1.	Vermögenslage (Bilanz)	18
2.	Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	22
3.	Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	23
E.	Feststellungen zur Erweiterung des Prüfungsauftrages	25
I.	Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	25
F.	Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	26

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2023
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023
Anlage 3	Anhang für das Geschäftsjahr 2023
Anlage 4	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023
Anlage 5	Aufgliederung und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023
Anlage 6	Feststellungen zu § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz
	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Abkürzungsverzeichnis

AZV	Abwasserzweckverband
BHKW	Blockheizkraftwerk
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HFA	Hauptfachausschuss des IDW
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HR	Handelsregister
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS 450	IDW Prüfungsstandard: „Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen“
IKS	Internes Kontrollsystem
IT	Informationstechnologie
TEUR od. T€	Tausend Euro

A. Prüfungsauftrag

Der Geschäftsführer der

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

(im Folgenden auch "Gesellschaft" genannt)

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 nach berufsrechtlichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Unserem Prüfungsauftrag lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27. September 2023 zu Grunde, auf der wir zum Abschlussprüfer für die Jahre 2023 bis 2027 gewählt wurden (§ 318 Abs. 1 HGB). Wir haben den Auftrag angenommen, nachdem keine Hinderungsgründe vorlagen.

Die BVR ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen. Nach § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages sind der Jahresabschluss und der Lagebericht in entsprechender Anwendung des dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften zu erstellen.

Bei der Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten.

Auftragsgemäß haben wir den Prüfungsbericht um einen besonderen Erläuterungsteil erweitert, der diesem Bericht als Anlage 5 beigefügt ist.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei der Abschlussprüfung die relevanten Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Gesellschaft sowie die Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C., D. und E. im Einzelnen dargestellt. Der auf Grund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz (Anlage 1), Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und Anhang (Anlage 3) sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigelegt.

Weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Anlage 5 wiedergegeben.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind – auch im Verhältnis zu Dritten – die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften maßgebend, die als Anlage beigelegt sind. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten sowie die weiteren Bestimmungen der beigelegten Anlage „Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt“. Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an die Gesellschaft.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Der Geschäftsführer hat die Lage des Unternehmens in dem als Anlage 4 beigefügten Lagebericht zum 31.12.2023 beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch den Geschäftsführer im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei werden wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichtes eingehen. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Erkenntnisse zur Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben.

Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

- „Die Reparatur- und Instandhaltungskosten lagen mit 350 TEUR um ca. 100 TEUR unter dem Vorjahresniveau. Auf die Entwässerungstechnik entfielen 47 TEUR, auf die BHKW-Anlage 136 TEUR, auf die Speicher 71 TEUR. 96 TEUR entfielen auf sonstige gemeinsam genutzte Anlagentechnik, davon betreffen 32 TEUR die Gasreinigungsanlage.“
- „Die Ergebnisrechnung 2023 ist durch folgende wesentliche Sondereinflüsse geprägt:
 - Die Strompreise an der Strombörse haben sich gegenüber dem Vorjahr von durchschnittlich 0,235 €/kWh auf 0,095 €/kWh reduziert. Somit verringerte sich auch der Vergütungsanspruch auf die in das Netz eingespeiste Energie gegenüber dem Vorjahr erheblich.
 - Preissteigerung für die Gärrestverwertung um ca. 54 % auf Grundlage der im Jahr 2021 erfolgten europaweiten Ausschreibung. Die Kosten für Transport und Verwertung liegen daher um ca. 30,00 €/t Gärrest höher als im Vorjahr.
 - massiv gestiegene Preise für nahezu alle eingesetzten RHB-Stoffe

- Inflationsrate von 7,9 % in 2023“

- „Ergebnisanalyse:

	Ergebnisanalyse	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
betragsmäßige Ergebnisanalyse		
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	55.517,55	240.031,33
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	753.415,82	513.384,49
zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	0,00	0,00
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
	%	%
strukturelle Ergebnisanalyse		
Personalkostenanteil = (Personalaufwand / Gesamtaufwand)*100	15,07	13,11
Materialkostenanteil = (Materialaufwand / Gesamtaufwand)*100	42,84	37,24
Abschreibungskostenanteil = (Abschreibungsaufwand / Gesamtaufwand)*100	1,38	1,57

- „Mit dem Entschluss des AZV, lediglich Ersatzinvestitionen in Anlagenteile vorzunehmen, welche zur Erfüllung des Hauptzweckes (Verwertung von Klärschlamm) notwendig sind, kann die Gesellschaft nur noch flüssige biogene Abfälle verwerten und hat dadurch ihr Alleinstellungsmerkmal verloren und steht nun unmittelbar in Konkurrenz mit der Covergärungsanlage der Stadtentwässerung Dresden, welche große logistische Vorteile für die Entsorger gegenüber Radeberg bietet.“
- „Ab dem Jahr 2024 unterliegt nun auch der selbst erzeugte Strom welcher für den Eigenbedarf oder zur Weitergabe an Dritte entnommen wird der Stromsteuer. Diese Gesetzesänderung wird voraussichtlich Mehrkosten von ca. 50 TEUR/Jahr netto verursachen.“
- „Für das Jahr 2024 geht die Gesellschaft von einem positiven Betriebsergebnis aus.“

Nach dem Ergebnis unserer Prüfungen und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung, plausibel und folgerichtig abgeleitet.

Insgesamt vermittelt der Lagebericht ein zutreffendes Bild der Lage der Gesellschaft und stellt die mögliche zukünftige Entwicklung mit Ihren Chancen und Risiken zutreffend dar.

II. Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB

1. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir als Abschlussprüfer über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, die die Entwicklung des Unternehmens wesentlich beeinträchtigen können oder ihren Bestand gefährden.

Berichtspflichtige Tatsachen sind uns im Rahmen der Abschlussprüfung nicht bekannt geworden.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung war der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht für das am 31.12.2023 endende Geschäftsjahr. Die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages gehört nur insoweit zur Prüfung, als sich daraus üblicher Weise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Der Prüfungsauftrag wurde durch die Geschäftsführung um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) erweitert.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und auch ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die erteilten Auskünfte im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfungsarbeiten haben wir im Zeitraum Juli bis September 2024 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft und in unserem Büro in Dresden durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfberichtes.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 02. August 2023 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2022 der mit Gesellschafterbeschluss vom 27. September 2023 unverändert festgestellt wurde.

Als Prüfungsunterlagen standen uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie Akten und Schriftgut der Gesellschaft zur Verfügung.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind von der Geschäftsführung und den von ihr benannten Mitarbeitern erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung risikoorientiert so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zu Grunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und den Mitarbeitern der Gesellschaft sowie aus Branchenberichten und der einschlägigen Fachpresse bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergab sich folgender Prüfungsschwerpunkt:

- Rückstellungen

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Positionen Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Im Rahmen unserer Einzelfallprüfungen haben wir Bestätigungen der Kunden und Lieferanten –in Stichproben– eingeholt.

Bei der Prüfung des IKS, insbesondere unter Berücksichtigung der IT-Strategie, hat sich unsere Beurteilung weitgehend auf Erklärungen der Geschäftsführung und der zuständigen Mitarbeiter gestützt.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Finanz- und Anlagenbuchhaltung erfolgt mit Hilfe einer EDV-Anlage unter Verwendung des Programms Datev Pro.

Die Lohn- und Gehaltsabrechnung wird mit Hilfe einer EDV-Anlage unter Verwendung des Programms Datev Pro abgewickelt.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht bei dem Geschäftszweck und -umfang nach unseren Erkenntnissen angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor.

Die IT-Strategie wurde sachgerecht aus der Unternehmensstrategie abgeleitet. Die IT-Organisation ist dem Umfang des Unternehmens angemessen.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahrs ordnungsgemäß geführt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags) entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen. Nach § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages hat die Prüfung entsprechend den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften zu erfolgen.

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften, den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags, aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Bilanz (Anlage 1) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Größenabhängige Erleichterungen wurden zutreffend Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist zu Recht erfolgt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass er insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und er damit den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d.h. als Gesamtaussage des Jahresabschlusses, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir hierzu auch auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt D III. sowie auf die weitergehenden Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in Anlage 5.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

In dem Jahresabschluss der Gesellschaft wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu Grunde gelegt:

- Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (going concern; § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).
- Die lineare Abschreibung bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist (§ 253 Abs. 2, Satz 1 HGB).

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich unverändert zum Vorjahr angewendet.

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf den Anhang (Anlage 3).

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft ausgerichtet.

Die Anlage 5 enthält über den Anhang (Anlage 3) hinaus weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

1. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2023 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2022 gegenübergestellt.

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem mittel- und langfristigen (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als 5 Jahre) bzw. dem mittel- und kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEUR für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2023 und 31. Dezember 2022:

Vermögensstruktur

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Langfristig gebundenes Vermögen					
Immaterielles Anlagevermögen	0	0,0	0	0,0	0
Sachanlagen	140	10,7	153	11,5	-13
Summe langfristig gebundenes Vermögen	140	10,7	153	11,5	-13
Mittel- und kurzfristig gebundenes Vermögen					
Vorräte	28	2,1	59	4,4	-31
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	378	28,9	338	25,3	40
Liquide Mittel und Wertpapiere	761	58,1	783	58,7	-22
aktive Rechnungsabgrenzung	2	0,2	1	0,1	1
Summe mittel- und kurzfristiges Vermögen	1.169	89,3	1.181	88,5	-12
Gesamtvermögen	1.309	100,0	1.334	100,0	-25

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Saldo um TEUR -13 vermindert. Der Rückgang resultiert aus den Abschreibungen von TEUR 31 und den Abgängen zu Restbuchwerten von TEUR 8, welche die Zugänge von TEUR 26 um TEUR 13 übersteigen. Die Zugänge betreffen im Geschäftsjahr vor allem den Kauf von Lagerstuhlpumpen (TEUR 15), Wärmemengenzählern (TEUR 3) sowie Pumpanschlüssen und Zündkerzen für die Instandhaltung des BHKW (TEUR 5). Die Abgänge betreffen überwiegend die Nutzung von gelagerten Umwälzpumpen und Zündkerzen zur Instandhaltung des BHKW.

Vorratsvermögen

Die Vorräte sind im Berichtsjahr um TEUR -31 gesunken. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus einem stichtagsbedingten niedrigeren Vorrat an Flockmitteln. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Bestand um ca. 60% niedriger.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen ist um TEUR +40 gestiegen. Diese Erhöhung ist stichtagsbedingt und resultiert aus höheren Körperschaftsteuererstattungen (TEUR +29) und Gewerbesteuererstattungen (TEUR +27). Die Erstattungen resultieren aus dem im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedrigeren Jahresüberschuss. Gegenläufig werden stichtagsbedingt um TEUR -20 niedrigere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Liquide Mittel

Im Berichtsjahr reichte der Cash-Flow aus Geschäftstätigkeit (TEUR 4) nicht aus, um die Investitionen (TEUR 26) zu finanzieren. Die flüssigen Mittel haben sich dementsprechend um TEUR -22 vermindert. Wir verweisen hierzu auf die Darstellung der Finanzlage.

Kapitalstruktur

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>	<u>%</u>	<u>TEUR</u>
Langfristig verfügbares Kapital					
Eigenkapital	1.152	88,0	1.097	82,2	55
Summe langfristig verfügbares Kapital	1.152	88,0	1.097	82,2	55
Mittel- und kurzfristig verfügbares Kapital					
Rückstellungen	76	5,8	149	11,2	-73
Lieferverbindlichkeiten	77	5,9	80	6,0	-3
Sonstige Verbindlichkeiten	4	0,3	8	0,6	-4
Summe mittel- und kurzfristiges Kapital	157	12,0	237	17,8	-80
Gesamtkapital	1.309	100,0	1.334	100,0	-25

Eigenkapital

Die Erhöhung des Eigenkapitals ist durch den Jahresüberschuss von TEUR 55 bedingt.

Rückstellungen

Der Rückgang der Rückstellungen um TEUR -73 resultiert vor allem aus der Inanspruchnahme der Steuerrückstellungen nach Zahlung der nachträglichen Vorauszahlungen für 2022 und der Nachzahlungen für 2021 (TEUR -43). Weiterhin werden unter den sonstigen Rückstellungen weniger Rückstellungen für noch ausstehende Rechnungen ausgewiesen (TEUR -38). Gegenläufig stiegen die Rückstellungen für Personalkosten (TEUR +9).

Lieferverbindlichkeiten

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen hat sich im Saldo stichtagsbedingt um TEUR -3 geringfügig verringert.

2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 zur Kapitalflussrechnung ermittelt. Darunter werden vor allem die liquiden Mittel i. S. v. § 266 Abs. 2 B.IV. HGB verstanden (Schecks, Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten). Kontokorrentkredite werden davon abgesetzt. Der Cash-Flow und der Finanzmittelfonds haben sich wie folgt in TEUR entwickelt:

1.		Periodenergebnis	55
2.	+ / -	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	31
3.	+ / -	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-73
4.	- / +	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-10
5.	+ / -	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-7
6.	- / +	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	8
7.	+ / -	Zinsaufwendungen/Zinserträge	0
8.	+ / -	Ertragssteueraufwand/-ertrag	24
9.	- / +	Ertragssteuerzahlungen	-24
10.	=	Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	4
11.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögen / immateriellen Vermögen	0
12.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen / immateriellen Anlagevermögen	-26
13.	+	Erhaltene Zinsen	0
13.	=	Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-26
14.	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0
15.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	0
16.	-	Gezahlte Zinsen	0
17.	=	Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	0
18.		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes (Summe aus Ziffern 10, 13, 17)	-22
19.	+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	783
20.	=	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	761

3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen für die beiden Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2023 und 31. Dezember 2022 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2023		2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	2.303	169,2	2.407	176,9	-104
sonstige betriebliche Erträge	18	1,3	67	4,9	-49
Materialaufwand	-960	-70,5	-794	-58,3	-166
Rohergebnis	1.361	100,0	1.680	100,0	-319
Personalaufwand	-338	-24,8	-280	-20,6	-58
Abschreibungen	-31	-2,3	-34	-2,5	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-909	-66,8	-1.025	-75,3	116
Betriebsergebnis	83	6,1	341	25,1	-258
Zinserträge und ähnliche Erträge	0	0,0	0	0,0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-0,1	0	0,0	-1
Finanzergebnis	-1	-0,1	0	0,0	-1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	82	6,0	341	25,1	-259
Ertragssteuern	-24	-1,8	-98	-7,2	74
Ergebnis nach Steuern	58	4,2	243	17,9	-185
Sonstige Steuern	-3	-0,2	-3	-0,2	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	55	4,0	240	17,7	-185

Umsatzerlöse

Der Rückgang der Umsatzerlöse um TEUR -104 resultiert insbesondere aus den gesunken Erträgen aus der Stromeinspeisung (TEUR -256) auf Grund der negativen Preisentwicklung und dem Wegfall der EEG-Umlage im Berichtsjahr. Gegenläufig stiegen die Erträge aus der Klärschlamm Entsorgung (TEUR +97) und aus der Bioabfallverwertung (TEUR +58).

Sonstige betriebliche Erträge

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR -49 resultiert daraus, dass die Auflösungen von Rückstellungen (TEUR -25) und die periodenfremden Erträge (TEUR -23) im Vorjahr stichtagsbedingt ungewöhnlich hoch waren.

Materialaufwand

Die Materialaufwendungen haben sich im Berichtsjahr um TEUR +166 erhöht. Die Erhöhung resultiert vor allem aus gestiegenen Kosten für die Entsorgung von Gärresten auf Grund der Preissteigerungen im Berichtsjahr (TEUR +236). Weiterhin stiegen die Preise für die Zentratsbehandlung (TEUR +26). Der Aufwand für die Flockmittel fiel ebenfalls höher aus (TEUR +42). Gegenläufig sank der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für den Betrieb des BHKW (TEUR -119). Der Rückgang resultiert hauptsächlich daraus, dass ab Juli 2023 Schleimstoffe und Seifenwasser nicht mehr in dem Umfang des Vorjahres verwendet wurden.

Personalaufwand

Der Personalaufwand erhöhte sich um TEUR +58, da im Berichtsjahr ein weiterer Arbeitnehmer eingestellt wurde.

E. Feststellungen zur Erweiterung des Prüfungsauftrages

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs.1 Nr.1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 6 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung bzw. bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von Bedeutung sind.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (Anlage 4) unter dem Datum vom 04. Oktober 2024 den folgenden **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

An die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH –bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzu-

geben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressanten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

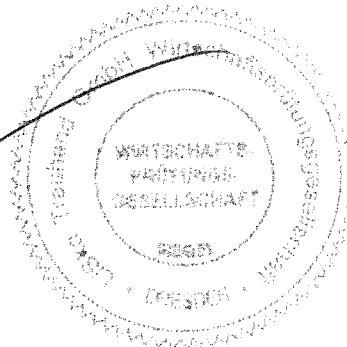
Den vorstehenden Prüfbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen.

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dresden, den 04. Oktober 2024

LiSka Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Skala
Wirtschaftsprüfer



ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2,00	476,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	31.726,00		37.769,00
2. technische Anlagen und Maschinen	16.570,00		20.185,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	91.166,69	139.462,69	94.897,21
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		28.024,14	58.659,43
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58.274,79		78.021,65
2. Forderungen gegen Gesellschafter	251.722,59		252.760,82
3. sonstige Vermögensgegenstände	68.210,14	378.207,52	7.236,20
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		761.144,53	782.998,25
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.564,32	573,26
SUMME AKTIVA		1.309.405,20	1.333.576,82

Passivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		26.075,89	26.075,89
II. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81	317.036,81
III. Bilanzgewinn		808.933,37	753.415,82
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	36.897,01		79.663,86
2. sonstige Rückstellungen	39.625,14	76.522,15	69.190,01
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.020,57		80.356,45
2. sonstige Verbindlichkeiten	3.816,41	80.836,98	7.569,49
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	268,49
SUMME PASSIVA		1.309.405,20	1.333.576,82

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	2023 <u>EUR</u>	2023 <u>EUR</u>	2022 <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	2.302.932,30		2.407.308,69
2. sonstige betriebliche Erträge	<u>17.938,90</u>	2.320.871,20	66.515,61
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-268.834,14		-354.720,73
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-691.242,29</u>	-960.076,43	-439.656,13
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-272.362,51		-225.814,60
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-65.443,67</u>	-337.806,18	-53.755,39
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-31.032,17	-33.498,87
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-908.988,56	-1.025.422,46
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		26,04
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-568,00</u>	-568,00	-94,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		82.399,86	340.888,16
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-24.272,60	-97.596,22
11. Ergebnis nach Steuern		58.127,26	243.291,94
12. sonstige Steuern		-2.609,71	-3.260,61
13. Jahresüberschuss		55.517,55	240.031,33
14. Gewinn- / Verlustvortrag aus Vorjahr		<u>753.415,82</u>	<u>513.384,49</u>
15. Bilanzgewinn		<u><u>808.933,37</u></u>	<u><u>753.415,82</u></u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

I. ANGABEN ZUR IDENTIFIKATION

Die Firma BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH mit Sitz in Radeberg ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Dresden eingetragen. Die Nummer der Firma lautet HRB 14994.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB (§§ 238 ff) unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§ 264 ff HGB) und der Satzung der Gesellschaft aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB. Es besteht aufgrund § 12 Abs. 2 und § 14 des Gesellschaftsvertrages **Prüfungspflicht** nach § 316 Abs. 1 HGB sowie § 96a Abs. 1 Nr. 7 SächsGemO, die die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung umfasst.

Soweit im Berichtsjahr hinsichtlich der im Vorjahr von den Gliederungsvorschriften des HGB und des GmbHG abweichenden Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen vorgenommen wurden, wurde dem Prinzip der Darstellungstetigkeit (§ 265 Abs. 1 HGB) durch **Anpassung der Vorjahreszahlen** entsprochen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden mit den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Das **Sachanlagevermögen** wurde mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert und planmäßige Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgten im Zugangsjahr pro rata temporis.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niederen beizulegenden Wert nach § 253 Abs. 1 bzw. 4 HGB angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert vermindert um Wertberichtigungsposten und unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten:

	2023	Vorjahr
	€	€
Forderungen ggü. Krankenkassen aus AAG	0,00	1.754,38
Vorsteuer im Folgejahr abziehbar	5.352,17	4.584,87
Körperschaftsteuerrückforderung	28.877,11	0,00
Forderung aus Gewerbesteuerüberzahlung	26.779,93	0,00
debitorischer Kreditor	3.080,10	410,00
Forderung ggü. Berufsgenossenschaft	3.776,29	486,95
Geldtransit	123,64	0,00
Umsatzsteuerforderung	220,90	0,00
	68.210,14	7.236,20
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00

Flüssige Mittel wurden zu Nominalwerten angesetzt.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Langfristige Rückstellungen wurden nach § 253 Abs. 2 HGB bewertet.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Die Aufgliederung und die Bewegungen des Anlagevermögens sind dem **Anlagenspiegel** in der Anlage A 1 zu diesem Anhang zu entnehmen.

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** betragen 251.722,59 € (Vorjahr: 252.760,82 €), sie haben eine Restlaufzeit bis ein Jahr.

Es bestanden weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** mit einer Restlaufzeit über ein Jahr.

Das Eigenkapital ergibt sich wie folgt:

	31.12.2023	Vorjahr
	€	€
Gezeichnetes Kapital (abzüglich eigene Anteile)	26.075,89	26.075,89
Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
davon Gewinnvortrag des Vorjahres	753.415,81	
davon Jahresüberschuss	55.517,56	
	1.152.046,07	1.096.528,52

Die **Steuerrückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2023
	€	€	€	€	€
Körperschaftsteuer (KSt)	52.566,23	41.257,00	476,23	0,00	10.833,00
Solidaritätszuschlag zur KSt	1.868,50	1.868,50	400,66	996,47	595,81
Gewerbsteuer	25.229,13	0,00	0,00	239,07	25.468,20
	79.663,86	43.125,50	876,89	1.235,54	36.897,01

Die **sonstigen Rückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	31.12.2023
	€	€	€	€	€	€
Personalbereich:						
• Bonus- und Jahressonderzahlungen	10.917,77	10.917,77	0,00	17.777,59	0,00	17.777,59
• rückständiger Urlaub	4.793,67	4.793,67	0,00	7.048,89	0,00	7.048,89
• Bewertung Arbeitszeitkonto	2.564,79	2.564,79	0,00	2.276,01	0,00	2.276,01
• Beitrag BG	300,00	300,00	0,00	1.259,08	0,00	1.259,08
übrige:	18.576,23	18.576,23	0,00	28.361,57	0,00	28.361,57
• ausstehende Eingangsrechnungen	40.934,97	39.028,56	2.219,23	3.054,85	0,00	2.742,03
• Abschluss- und Prüfungskosten	6.246,96	5.111,15	1.135,81	5.089,69	0,00	5.089,69
• Erfüllung Aufbewahrungspflichten	3.431,85	0,00	400,00	370,00	30,00	3.431,85
	50.613,78	44.139,71	3.755,04	8.514,54	30,00	11.263,57
	69.190,01	62.715,94	3.755,04	36.876,11	30,00	39.625,14

Die **Fristigkeit der Verbindlichkeiten** ergibt sich wie folgt:

	Gesamtbetrag 31.12.2023	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.020,57	77.020,57	0,00	0,00
	80.356,45	80.356,45	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	3.816,41	3.816,41	0,00	0,00
	7.569,49	7.569,49	0,00	0,00
	80.836,98	80.836,98	0,00	0,00
	87.925,94	87.925,94	0,00	0,00

IV. ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem handelsrechtlichen Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt

Die **Umsatzerlöse** betreffen:

	USt	2023	Vorjahr
		€	€
Erlöse aus Klärschlammverwertung nicht ustbar	--	1.434.711,72	1.337.852,45
Erlöse Flüssigstoffe Bioabfallverwertung	19	297.921,66	239.889,86
Erlöse Stromverkauf an AZV „Obere Röder“	19	183.031,72	198.121,48
Erlöse aus Stromeinspeisung fremde Dritte	19	233.998,69	475.005,70
Erlöse aus Wärmeverkauf an AZV „Obere Röder“	7	140.244,70	137.820,75
Erlöse aus Wärmeverkauf fremde Dritte	7	11.430,81	14.097,90
Erlöse Abfallverwertung § 13b UStG	--	496,00	0,00
		2.301.835,30	2.402.788,14
sonstige Erlöse	19	1.097,00	4.520,55
		2.302.932,30	2.407.308,69

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Sachbezüge umsatzsteuerpflichtig	11.456,90	11.357,40
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.805,52	29.163,06
Erträge für Vorjahr(e)	2.407,99	25.291,41
Erstattung AG-Anteil SV nach IfSG	268,49	402,60
Versicherungsentschädigung	0,00	301,14
Erträge Auflösung passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
übrige	0,00	0,00
	17.938,90	66.515,61

Die **Abschreibungen** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Abschreibung immaterielle Vermögensgegenstände	474,00	5.233,90
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	30.558,17	27.975,06
Sofortabschreibung GWG bis 800,00 €	0,00	289,91
	31.032,17	33.498,87

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
ordentliche Aufwendungen (a-f)	890.972,27	1.017.060,21
neutrale Aufwendungen (g-h)	18.016,29	8.362,25
	908.988,56	1.025.422,46

zu neutrale Aufwendungen

	2023	Vorjahr
	€	€
Buchverlust Sachanlageabgänge	8.654,75	3.314,06
periodenfremde Aufwendungen	8.098,92	4.848,19
Forderungsverluste 19 % Ust	1.162,62	0,00
Spenden	100,00	200,00
	18.016,29	8.362,25

V. SONSTIGE ANGABEN

Es bestanden keine **Haftungsverhältnisse** nach § 251 HGB.

Die **vertraglich vereinbarten Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen** betrugen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Miete für Bioverwertungsanlage	345.335,04	345.335,04
Mieten für andere bewegliche Wirtschaftsgüter	6.784,81	6.186,24
Leasing Kfz	5.409,23	5.408,46
	357.529,08	356.929,74

Während des Zeitraums vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 waren neben dem Geschäftsführer durchschnittlich **4 Arbeitnehmer** (Vorjahr: 3) beschäftigt.

Geschäftsführer im Jahr 2023 war Herr Jörg Friedemann.

Der Geschäftsführer wurde vertragsgemäß vergütet. Auf eine Darstellung der Bezüge wird unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Prüfungskosten in Höhe von 5.089,69 € beinhalten ausschließlich Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

Die Geschäftsführung schlägt vor den Jahresüberschuss von € 55.517,55 auf neue Rechnung vorzutragen.

Radeberg, den 18.03.2024

Anlagenspiegel vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

	Anschaffungskosten/ Herstellungskosten				Abschreibungen				Zuschreibung Wirtschaftsjahr	Buchwerte	
	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
A. Anlagevermögen											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Konzessionen, gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.188,49	0,00	0,00	0,00	6.188,49	5.712,49	474,00	0,00	0,00	6.186,49	476,00
Summe Immaterielle Vermögensgegen- stände	6.188,49	0,00	0,00	0,00	6.188,49	5.712,49	474,00	0,00	0,00	6.186,49	476,00
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund- stücken	60.434,81	0,00	0,00	0,00	60.434,81	22.665,81	6.043,00	0,00	0,00	28.708,81	37.769,00
2. technische Anlagen und Maschi- nen	41.196,03	0,00	0,00	0,00	41.196,03	21.011,03	3.615,00	0,00	0,00	24.626,03	20.185,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	203.426,19	25.824,40	14.710,60	0,00	214.539,99	108.528,98	20.900,17	6.055,85	0,00	123.373,30	94.897,21
Summe Sachanlagen	305.057,03	25.824,40	14.710,60	0,00	316.170,83	152.205,82	30.558,17	6.055,85	0,00	176.708,14	152.851,21
Gesamtsumme Anlagevermögen	311.245,52	25.824,40	14.710,60	0,00	322.359,32	157.918,31	31.032,17	6.055,85	0,00	182.894,63	153.327,21

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Radeberg

Lagebericht zum Jahresabschluss zum 31.12.2023

Nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (nachfolgend BVR genannt) ist zusätzlich zum Jahresabschluss ein Lagebericht zu erstellen. Aufgrund der Mehrheitsbeteiligung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist bei der Aufstellung des Lageberichts § 30 SächsEigBVO zu beachten.

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Notarvertrag URNr. 32/1997-H am 09.01.1997 durch den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ (nachfolgend AZV genannt) und der Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH (nachfolgend Nehlsen genannt) gegründet. Der AZV war zu 51 % und Nehlsen zu 49 % an der Gesellschaft beteiligt. Die Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH ist aufgrund des Verschmelzungsvertrages vom 21.07.2005 mit der Nehlsen Entsorgungs GmbH Pirna verschmolzen. Mit Beschluss Nr. GV-04-2017 der Gesellschafterversammlung wurde der Erwerb der Nehlsenanteile durch die Gesellschaft, auf Grundlage des geschlossenen Kauf- und Abtretungsvertrages vom 17. März 2017 mit der Urkundenrolle-Nummer: 1074/2017 – H, beschlossen.

Durch die Änderungen der Sächsischen Gemeindeordnung bedurfte es einer Änderung des Gesellschaftsvertrages. In der Gesellschafterversammlung vom 08.12.2016, die beim Notar Dr. jur. Heribert Heckschen stattgefunden hat, wurde die Satzung der Gesellschaft geändert. Die Eintragung der Änderung im Handelsregister erfolgte am 21.12.2016.

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst unter Berücksichtigung der Auflagen aus der Genehmigung des Regierungspräsidiums Dresden die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlämmen sowie von Grün- und Bioabfällen, soweit dadurch die Klärschlammverwertung nicht beeinträchtigt wird. Die Hauptaufgabe der BVR besteht darin, die anfallenden Klärschlämme und biogenen Stoffe mit Hilfe der Bio-Covergärungsanlage und den dazu erforderlichen verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten so zu verarbeiten, dass aus den Inputstoffen Methangas zur Energieproduktion gewonnen wird. Zusätzlich entsteht ein Energieträger, der in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt werden kann und wird, oder der seine Verwendung als Substrat in der Kompostierung findet.

Zur Realisierung des Unternehmensgegenstandes mietet die BVR ab dem 01.06.1999 die Bioverwertungsanlage vom AZV an.

Seit der Anmietung der Bioverwertungsanlage besteht zwischen dem AZV und der BVR eine Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der AZV betätigt sich mit der Vermietung der Bioverwertungsanlage außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben

insoweit, als die Gesellschaft die Bioverwertungsanlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Die Klärschlammverwertung, auch wenn sie durch die BVR GmbH erledigt wird, stellt weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar, denn mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben kann keine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden. Gleiches gilt, wenn der für die Klärschlammentsorgung zuständige AZV zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben die BVR als Betriebskapitalgesellschaft einsetzt. Die Klärschlammverwertung bleibt somit Aufgabe des AZV und ist dem Hoheitsbetrieb zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem AZV hat.

Die Verwertung von Bioabfällen stellt für die BVR eine selbständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der sie Gewinn erzielt. Dieser Bereich steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben. Dementsprechend unterliegt nur der Bereich Verwertung von Bioabfällen der Steuerpflicht.

Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen.

Für den Zeitraum vor Anmietung (= bis zum 31.05.1999) wurde das Nutzungsverhältnis aus den Planmengen unter Einbeziehung des tatsächlichen Investitionsvolumens gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Anmietung und Inbetriebnahme wurden der Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt. Die nicht direkt zuordenbaren Aufwendungen und Erträge werden verhältnismäßig auf den hoheitlichen und gewerblichen Bereich zugeordnet.

Danach ergeben sich folgende Nutzungsverhältnisse:

	Nutzungsverhältnisse	
	hoheitlicher Anteil	gewerblicher Anteil
	%	%
01.01.2014 bis 31.12.2014	71	29
01.01.2015 bis 31.12.2015	70	30
01.01.2016 bis 31.12.2016	69	31
01.01.2017 bis 31.12.2017	68	32
01.01.2018 bis 31.12.2018	68	32
01.01.2019 bis 31.12.2019	70	30
01.01.2020 bis 31.12.2020	71	29
01.01.2021 bis 31.12.2021	71	29
01.01.2022 bis 31.12.2022	71,5	28,5
01.01.2023 bis 31.12.2023	69	31

Die Reparatur- und Instandhaltungskosten lagen mit 350 TEUR um ca. 100 TEUR unter dem Vorjahresniveau. Auf die Entwässerungstechnik entfielen 47 TEUR, auf die BHKW-Anlage 136 TEUR, auf die Speicher 71 TEUR. 96 TEUR entfielen auf sonstige gemeinsam genutzte Anlagentechnik, davon betreffen 32 TEUR die Gasreinigungsanlage.

Auch in diesem Wirtschaftsjahr wurde das Überwachungsaudit zum Entsorgungsfachbetrieb erfolgreich absolviert und die Gesellschaft ist weiterhin ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb.

2. Rentabilitätsverhältnisse

Ergebnisanalyse:

	Ergebnisanalyse	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
betragsmäßige Ergebnisanalyse		
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	55.517,55	240.031,33
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	753.415,82	513.384,49
zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	0,00	0,00
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
	%	%
strukturelle Ergebnisanalyse		
Personalkostenanteil = (Personalaufwand / Gesamtaufwand)*100	15,07	13,11
Materialkostenanteil = (Materialaufwand / Gesamtaufwand)*100	42,84	37,24
Abschreibungskostenanteil = (Abschreibungsaufwand / Gesamtaufwand)*100	1,38	1,57

	Rentabilitätsanalyse	
	2023	Vorjahr
	%	%
Ertragslage:		
Eigenkapitalrendite (vor Steuern)	7,15	31,09
Eigenkapitalrendite (nach Steuern)	4,82	21,89
Umsatzrendite (vor Steuer)	3,58	14,16
	TEUR	TEUR
ordentlicher Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreibungen)	86	274
Rentabilitätsanalyse:		

Die Ergebnisrechnung 2023 ist durch folgende wesentliche Sondereinflüsse geprägt:

- Die Strompreise an der Strombörse haben sich gegenüber dem Vorjahr von durchschnittlich 0,235 €/kWh auf 0,095 €/kWh reduziert. Somit verringerte sich auch d

Vergütungsanspruch auf die in das Netz eingespeiste Energie gegenüber dem Vorjahr erheblich.

- Preissteigerung für die Gärrestverwertung um ca. 54 % auf Grundlage der im Jahr 2021 erfolgten europaweiten Ausschreibung. Die Kosten für Transport und Verwertung liegen daher um ca. 30,00 €/t Gärrest höher als im Vorjahr.
- massiv gestiegene Preise für nahezu alle eingesetzten RHB-Stoffe
- Inflationsrate von 7,9 % in 2023

In der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich folgende Werte:

	Gewinn- und Verlustrechnung		
	2021	2022	2023
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse:	2.057.740	2.407.309	2.302.932
darin u. a.			
Annahme von Bioabfall	245.924	239.890	297.922
Stromeinspeisung	212.699	475.006	233.999
Klärschlamm entsorgung für AZV	1.193.002	1.337.852	1.434.712
Strom an AZV	243.515	198.121	183.032
Wärme an AZV	140.287	137.821	140.245
Wärmeverkauf	15.481	14.098	11.431
sonst. Erträge	71.350	66.516	17.939
Materialaufwand	609.099	794.377	960.076
Personalaufwand	260.212	279.570	337.806
Abschreibungen	27.131	33.499	31.032
sonstige betriebliche Aufwendungen	966.246	1.025.423	908.989
darin u. a.			
Raumkosten	438.623	441.026	406.433
Reparatur / Instandhaltung	160.339	449.948	349.917
Verluste aus dem Abgang von AV	6.786	3.314	8.655
Zinsen u. ähnliche Erträge	72	26	0
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	21	94	568
Steuern	78.610	100.857	26.883
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	187.843	240.031	55.517

3. Investitionsgeschehen

Im Jahr 2023 gab es folgende wesentliche Zu- und Abgänge im Anlagevermögen:

	Anlagenzugänge	Anlagenabgänge
	EUR	EUR
Immaterielle VG	0,00	0,00
Tech. Anlagen	0,00	0,00
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.824,40	14.710,60
	25.824,40	14.710,60

4. Finanzierung

Eine Übersicht der Finanzlage stellt sich in folgender verkürzter Kapitalflussrechnung dar:

	2023	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	4	55
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-26	-46
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-22	9
Liquide Mittel zu Beginn der Periode	783	774
Liquide Mittel zu Ende der Periode	761	783

Die Eigenkapitalquote, die Liquidität, das Umlaufvermögen und die Verbindlichkeiten der BVR mbH stellen sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	Finanzlage	
	2023	Vorjahr
	%	%
Eigenkapitalanteil	87,98%	82,22%

	Liquiditätsanalyse	
	2023	Vorjahr
Liquidität 1. Grades	4,84	3,31
Liquidität 2. Grades	7,24	4,73
Liquidität 3. Grades	7,42	4,98

	Umlaufvermögen	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
liquide Mittel	761.145	782.998
Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, RLZ bis 1 J.	378.207	338.019
Vorräte	28.024	58.659
Gesamtbetrag Umlaufvermögen	1.167.376	1.179.676

	Verbindlichkeiten	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.021	80.356
Rückstellungen	76.522	148.854
sonstige Verbindlichkeiten	3.816	7.569
Gesamtbetrag kurzfr. Verbindlichkeiten, RLZ bis 1 J.	157.359	236.780

5. Entwicklung des Eigenkapitals

	Eigenkapital					
	01.01.2023	Umgliederung	Zugang	eigene Anteile	Ausschüttung	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89
Zweckgebundene Rücklage	317.036,81	0,00	0,00	0,00	0,00	317.036,81
Bilanzgewinn	753.415,82	0,00	55.517,56	0,00	0,00	808.933,38
Summe	1.096.528,52	0,00	55.517,56	0,00	0,00	1.152.046,08

Entwicklung der Rückstellungen

Die **Steuerrückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	Steuerrückstellungen				
	01.01.2023	Inanspruchn.	Auflösung	Zuführung	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Körperschaftsteuer (Kst)	52.566,23	41.257,00	476,23	0,00	10.833,00
Solidaritätszuschlag zur Kst	1.868,50	1.868,50	400,66	996,47	595,81
Gewerbesteuer	25.229,13	0,00	0,00	239,07	25.468,20
Kfz-Steuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	79.663,86	43.125,50	876,89	1.235,54	36.897,01

Die **sonstigen Rückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	sonstige Rückstellungen					
	01.01.2023	Inanspruchn.	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Personalbereich:	18.576,23	18.576,23	0,00	28.361,57	0,00	28.361,57
übrige:						
ausst. Eingangsrechnungen	40.934,97	39.028,56	2.219,23	3.054,85	0,00	2.742,03
Abschluss- und Prüfungskosten	6.246,96	5.111,15	1.135,81	5.089,69	0,00	5.089,69
Erfüllung Aufbewahrungspfl.	3.431,85	0,00	400,00	370,00	30,00	3.431,85
	69.190,01	62.715,94	3.755,04	36.876,11	30,00	39.625,14

7. Zusammensetzung der wesentlichen Umsätze

	wesentliche Umsätze	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Klärschlamm	1.434.712	1.337.852
Bioabfallverwertung	297.922	239.890
Entnahme Wärme von AZV	140.245	137.821
Entnahme Strom von AZV	183.032	198.121
Stromeinspeisung	233.999	475.006
Wärmeverkauf	11.431	14.098
Sonstige Umsätze	1.591	4.521
	2.302.932	2.407.309

8. Angaben zum Personalaufwand

Während des Zeitraums vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 waren durchschnittlich 4 Arbeitnehmer (VJ 3 AN, ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Geschäftsführer im Jahr 2023 war Herr Jörg Friedemann.

	Gesamtpersonalaufwand	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Gesamtpersonalaufwand	337.806	279.570

a) Löhne und Gehälter

	Löhne und Gehälter	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Bereich Produktion	170.019	140.220
Bereich Verwaltung	102.344	85.594
	272.363	225.814

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

	soziale Abgaben und Aufwendungen	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Krankenkassenbeiträge	55.449	44.003
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	8.812	8.198
Krankenkassenbeiträge für Jahressonderzahlungen	0	55
Gesundheitsfürsorge	520	473
Aufwendungen für Direktversicherungen	704	704
pauschale Steuer für Direktversicherungen	136	136
Veränderung Urlaubsrückstellung AG-Anteil SV	-139	142
Veränderung Rückstellung AZK AG-Anteil SV	-38	45
	65.444	53.755
davon für Altersversorgung	839	839

9. Risikobetrachtung

Mit dem Entschluss des AZV, lediglich Ersatzinvestitionen in Anlagenteile vorzunehmen, welche zur Erfüllung des Hauptzweckes (Verwertung von Klärschlamm) notwendig sind, kann die Gesellschaft nur noch flüssige biogene Abfälle verwerten und hat dadurch ihr Alleinstellungsmerkmal verloren und steht nun unmittelbar in Konkurrenz mit der Covergärungsanlage der Stadtentwässerung Dresden, welche große logistische Vorteile für die Entsorger gegenüber Radeberg bietet.

Ein weiteres Risiko stellt die Ausrichtung der Energiepolitik der Bundesregierung und deren Auswirkung dar. Diese hat wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung und den Trend an der Strombörse und somit auf den Vergütungsanspruch für die in das Netz eingespeiste Energie. Nach aktueller Gesetzgebung besteht weiterhin die Pflicht der Netzbetreiber den erzeugten Strom aus unserer Anlage abzunehmen, eine etwaige Vergütung für diesen Strom richtet sich nach dem aktuellen Preisen an der Strombörse. Diese liegen derzeit bei ca. 0,06 €/kWh. Es ist nicht vorhersehbar ob sich dieser Preis „einpegelt“ oder weiter einen fallenden Trend verzeichnet. Die Geschäftsleitung wird ständig prüfen, ob eine Stromproduktion über den Eigenbedarf hinaus unter den gegebenen Rahmenbedingungen darstellbar ist.

Die voraussichtlich im Jahr 2024 in Kraft tretende neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie, wird bis jetzt nicht definierbaren Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft haben. Die Geschäftsführung geht hier prinzipiell von zu erwartenden Mehrkosten aus.

Die Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind zurzeit noch nicht vollständig absehbar. Im Bereichen Energie sind die Auswirkungen durch deutlich steigende Preise bereits spürbar. Des Weiteren stehen derzeit auch bestimmte Ersatzteile (Zündkerzen für BHKW) nicht ausreichend am Markt zur Verfügung Inwieweit diese Entwicklung anhält, ist schwierig abzuschätzen.

Für das Jahr 2024 geht die Gesellschaft von einem positiven Betriebsergebnis aus.

10. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Ab dem Jahr 2024 unterliegt nun auch der selbst erzeugte Strom welcher für den Eigenbedarf oder zur Weitergabe an Dritte entnommen wird der Stromsteuer. Diese Gesetzesänderung wird voraussichtlich Mehrkosten von ca. 50 TEUR/Jahr netto verursachen.

Die weiteren Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind nicht absehbar und eine Entwicklung ist schwierig abzuschätzen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche nicht im Bericht erwähnt sind, haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres 2023 nicht ergeben.

Radeberg, 18.03.2024

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Erläuterungen zum Jahresabschluss**Aktivseite****A. Anlagevermögen****I. Immaterielle Vermögensgegenstände****1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>2,00</u>	<u>476,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	476,00	1,00
Zugänge	0,00	5.708,90
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	474,00	5.233,90
Endbestand	<u>2,00</u>	<u>476,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
EDV-Software, entgeltl. erworben	<u>2,00</u>	<u>476,00</u>
	<u>2,00</u>	<u>476,00</u>

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** beinhalten insbesondere Verwaltungs- und Geschäftssoftware.

Zugänge und **Abgänge** sind im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

Die **Abschreibung** erfolgt über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Im Berichtsjahr wurden die Zugänge über ein Jahr abgeschrieben.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>31.726,00</u>	<u>37.769,00</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	37.769,00	43.813,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	6.043,00	6.044,00
Endbestand	<u>31.726,00</u>	<u>37.769,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Andere Bauten (fremde Grundstücke)	<u>31.726,00</u>	<u>37.769,00</u>
	<u>31.726,00</u>	<u>37.769,00</u>

Die **anderen Bauten** betreffen Mietereinbauten im Maschinenhaus auf dem Betriebsgelände.

Im Berichtsjahr gab es weder **Zugänge** noch **Abgänge**.

Die **Abschreibung** erfolgt über zehn Jahre.

2. technische Anlagen und Maschinen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>16.570,00</u>	<u>20.185,00</u>
<u>Entwicklung:</u>		
Anfangsbestand	20.185,00	23.800,00
Zugänge	0,00	0,00
Abgänge	0,00	0,00
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	3.615,00	3.615,00
Endbestand	<u>16.570,00</u>	<u>20.185,00</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
technische Anlagen	16.569,00	20.184,00
Betriebsvorrichtungen	1,00	1,00
	<u>16.570,00</u>	<u>20.185,00</u>

Innerhalb der **Technischen Anlagen und Maschinen** sind vor allem die Anlagen zur Polymeraufbereitung sowie verschiedene Betriebsvorrichtungen abgebildet.

Im Berichtsjahr gab es weder **Zugänge** noch **Abgänge**.

Die **Abschreibung** erfolgt über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>91.166,69</u>	<u>94.897,21</u>

Entwicklung:

Anfangsbestand	94.897,21	71.756,20
Zugänge	25.824,40	45.060,04
Abgänge	8.654,75	3.313,06
Umbuchungen	0,00	0,00
Abschreibungen	20.900,17	18.605,97
Endbestand	<u>91.166,69</u>	<u>94.897,21</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Betriebsausstattung	61.534,00	58.028,00
Betriebs-/Geschäftsaus.Entsorg. LAGER	19.711,69	23.571,21
Pkw	7.268,00	11.062,00
Büroeinrichtung	1.566,00	898,00
Werkzeuge	1.087,00	1.338,00
	<u>91.166,69</u>	<u>94.897,21</u>

In der Position **andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung** sind vor allem der Fuhrpark der Gesellschaft, die Ausstattung der Verwaltungs- und Fabrikgebäude sowie Werkzeuge und geringwertige Wirtschaftsgüter enthalten. Die Position enthält ebenfalls längerfristig gelagerte Ersatzteile für die Instandhaltung des BHKW.

Die **Zugänge** betreffen hauptsächlich die Anschaffung von Wärmemengenzählern (TEUR 3), Lagerstuhlpumpen (TEUR 15), Zündkerzen (TEUR 3) und einem Pumpenanschluss (TEUR 2).

Die **Abgänge** betreffen vor allem den Einbau einer Umwälzpumpe (TEUR 7) im Rahmen einer Instandhaltungsmaßnahme.

Die **Abschreibung** erfolgt über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden sofort abgeschrieben.

B. Umlaufvermögen**I. Vorräte****1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>28.024,14</u>	<u>58.659,43</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Bestand Flockmittel	23.675,90	51.584,00
Bestand Antispumin	718,00	718,00
Bestand Öl	2.709,00	3.380,58
Bestand sonst. Betriebsstoffe	662,90	1.838,53
Bestand Diesel	0,00	640,80
Bestand Briefmarken (Portomittel)	55,84	87,27
Bestand Fett / Schmierstoff	0,00	58,10
Bestand Reiniger/Desinfektionsmittel	202,50	352,15
	<u>28.024,14</u>	<u>58.659,43</u>

Die Bestände der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** zum 31. Dezember 2023 wurden durch Stichtagsinventur erfasst. An der Inventur haben wir nicht teilgenommen.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>58.274,79</u>	<u>78.021,65</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Forderungen aus L+L	<u>58.274,79</u>	<u>78.021,65</u>
	<u>58.274,79</u>	<u>78.021,65</u>

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sind in einer Saldenliste nachgewiesen. Der Ausweis stimmt mit dem jeweiligen Sachkonto und der Saldenliste zum Bilanzstichtag überein. Der Bestand der Forderungen ist im Wesentlichen stichtagsbedingt.

2. Forderungen gegen Gesellschafter

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>251.722,59</u>	<u>252.760,82</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Vbl. / Ford. ggÜ. Gesellschafter (AZV)	<u>251.722,59</u>	<u>252.760,82</u>
	<u>251.722,59</u>	<u>252.760,82</u>

Forderungen gegen Gesellschafter bestehen gegenüber dem Alleingesellschafter Abwasserzweckverband "Oberer Röder".

Die offenen Forderungen betreffen verauslagte Kosten und entstandene Gutschriften, insbesondere aus der Klärschlammverwertung und dem Verkauf von Strom und Wärme.

3. sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>68.210,14</u>	<u>7.236,20</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Körperschaftsteuerrückforderung	28.877,11	0,00
Umsatzsteuer	220,90	0,00
Forderung aus Gewerbesteuerüberzahlung	26.779,93	0,00
Vorst. in Folgeperiode /-jahr abziehbar	5.352,17	4.584,87
Forderungen ggb. Krankenkasse aus AAG	0,00	1.754,38
deb. Kred.	3.080,10	410,00
Verbindl. gg. Berufsgenossenschaft	3.776,29	486,95
Geldtransit	123,64	0,00
	<u>68.210,14</u>	<u>7.236,20</u>

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** resultieren im Berichtsjahr vor allem aus Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus der Erstattung der Körperschaftsteuer 2023 (TEUR 29) und Vorsteuerbeträgen welche erst im Folgejahr abzugsfähig sind (TEUR 5) sowie einer Forderung gegenüber der Stadt Radeberg aus der Erstattung der Gewerbesteuer 2023 (TEUR 27).

**III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben,
Guthaben bei Kreditinstituten und
Schecks**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>761.144,53</u>	<u>782.998,25</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Ostsächsische Sparkasse Nr. 3110014407	411.804,04	493.155,14
Deutsche Kreditbank AG Nr. 1230051	348.948,56	289.668,78
Kasse	391,93	174,33
	<u>761.144,53</u>	<u>782.998,25</u>

Die **Bankbestände** sind durch Kontoauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen und stimmen mit diesen überein. Der ausgewiesene **Kassenbestand** stimmt mit dem Kassenprotokoll überein.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>2.564,32</u>	<u>573,26</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.564,32	573,26
	<u>2.564,32</u>	<u>573,26</u>

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** weist vor allem vorausgezahlte Grund- und Wartungsgebühren sowie Kfz-Steuer für 2024 aus.

Passivseite**A. Eigenkapital****I. Gezeichnetes Kapital**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	51.129,19	51.129,19
Erworbene eigene Anteile	-25.053,30	-25.053,30
	<u>26.075,89</u>	<u>26.075,89</u>

Das **Gezeichnete Kapital** stimmt mit dem Handelsregisterauszug überein.

II. Gewinnrücklagen**1. andere Gewinnrücklagen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>317.036,81</u>	<u>317.036,81</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Andere Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81
	<u>317.036,81</u>	<u>317.036,81</u>

III. Bilanzgewinn

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>808.933,37</u>	<u>753.415,82</u>

Mit Beschluss GV-06-2023 vom 27. September 2023 wurde der Vorjahresüberschuss auf **neue Rechnung** vorgetragen.

B. Rückstellungen**1. Steuerrückstellungen**

31.12.2023	31.12.2022
EUR	EUR
<u>36.897,01</u>	<u>79.663,86</u>

Zusammensetzung:

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Gewerbesteuerrückstellung § 4 (5b) EStG	25.468,20	25.229,13
Körperschaftsteuerrückstellung	11.428,81	54.434,73
	<u>36.897,01</u>	<u>79.663,86</u>

Die **Steuerrückstellungen** betreffen im Berichtsjahr die Gewerbesteuer 2022 mit TEUR 26 und die Körperschaftsteuer inklusive Solidaritätszuschlag 2022 mit TEUR 11.

2. sonstige Rückstellungen

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>39.625,14</u>	<u>69.190,01</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Sonstige Rückstellungen	2.742,03	40.934,97
Rückstellungen für Personalkosten	28.361,57	18.576,23
Rückstellungen für Abschluss u. Prüfung	5.089,69	6.246,96
Rückstellungen für Aufbewahrungspflicht	3.431,85	3.431,85
	<u>39.625,14</u>	<u>69.190,01</u>

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten Personalarückstellungen mit TEUR 28. Darin enthalten sind Jahressonderzahlungen (TEUR 18) sowie Resturlaubstage und Mehrstunden (TEUR 9).

Weiterhin wurden Rückstellungen für Jahresabschluss- und Prüfungskosten (TEUR 5) und eine Archivierungsrückstellung (TEUR 3) gebildet.

In den **sonstigen Rückstellungen** ist weiterhin eine Rückstellung für die Erstellung der Steuererklärungen des Berichtsjahres enthalten (TEUR 3).

C. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>77.020,57</u>	<u>80.356,45</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen+Leist.	73.940,47	79.946,45
Debitorische Kreditoren	3.080,10	410,00
	<u>77.020,57</u>	<u>80.356,45</u>

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

sind in einer Saldenliste nachgewiesen. Der Bestand ist vor allem stichtagsbedingt und die Salden stimmen mit den jeweiligen Sachkonten überein. Saldenbestätigungen wurden stichprobenartig eingeholt.

2. sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>3.816,41</u>	<u>7.569,49</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Geldtransit	0,00	145,50
Verbindl. Steuern und Abgaben	3.816,41	7.423,99
	<u>3.816,41</u>	<u>7.569,49</u>

Unter den **sonstigen Verbindlichkeiten** werden vor allem offene Zahlungen für Lohn- und Kirchensteuer (TEUR 4) für den Dezember 2023 ausgewiesen.

D. Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
	<u>0,00</u>	<u>268,49</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	268,49
	<u>0,00</u>	<u>268,49</u>

Gewinn- und Verlustrechnung**1. Umsatzerlöse**

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>2.302.932,30</u>	<u>2.407.308,69</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Klärschlamm Entsorgung AZV (KA)	1.434.711,72	1.337.852,45
Erlöse Flüssigstoffe Bio 19%	297.921,66	239.889,86
Strom AZV (kompl. USt 19%)	183.031,72	198.121,48
Erlöse Stromeinspeisung gewerbl. 19%	233.998,69	475.005,70
Erlöse aus Wärmeverkauf AZV	140.244,70	137.820,75
Erlöse aus Wärmeverkauf	11.430,81	14.097,90
Kostenerstattung fremde UN (st.-pfl.)	0,00	1.961,54
sonstige Erlöse 19% USt	1.097,00	2.077,83
Kostenerstattung vom AZV (19% USt)	0,00	481,17
Erlöse Abfallverwertung § 13b UStG	496,00	0,00
Erlöse aus ÜZ Deb. u. ÜZ Kred.	0,00	0,01
	<u>2.302.932,30</u>	<u>2.407.308,69</u>

2. sonstige betriebliche Erträge

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>17.938,90</u>	<u>66.515,61</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Sachbezüge 19% USt (Waren)	11.456,90	11.357,40
Erträge Auflösung von Rückstellungen	3.805,52	29.163,06
Periodenfremde Erträge	2.407,99	25.291,41
Versich.entschädigung, Schadenersatz	0,00	301,14
Sonst. Erträge betriebl. und regelmäßig	268,49	402,60
	<u>17.938,90</u>	<u>66.515,61</u>

3. Materialaufwand**a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren**

2023	2022
EUR	EUR
<u>-268.834,14</u>	<u>-354.720,73</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Verbrauch Hilfsstoffe	-165.726,88	-123.724,00
RHB-Stoffe Anlagen	-72.010,24	-190.946,54
nabzf. VSt. für RHB-Stoffe	-18.927,23	-23.021,70
Verbrauch Betriebsstoffe	-11.765,27	-14.171,30
Wareneingang 19% Vorsteuer	-60,20	-641,11
Bezugsnebenkosten RHB-Stoffe	-266,97	-1.727,11
Energiepauschale	-77,35	-488,97
	<u>-268.834,14</u>	<u>-354.720,73</u>

b) Aufwendungen für bezogene Leistungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-691.242,29</u>	<u>-439.656,13</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Entsorgung Gärrest gesamt	-552.308,07	-316.559,25
Transport Gärrest gesamt	-81.928,38	-96.747,24
sonstige Leistungen nicht direkt zuord.	-15.151,30	-15.395,34
sonstige Leistungen gewerblich	-5.323,69	-1.340,78
Zentratbehandlung	-35.705,10	-9.574,34
Ents. aus tauschähnli. Umsatz 100%VSt abz	56,55	-39,18
Entsorgung Sand	-797,30	0,00
Transport Sand	-85,00	0,00
	<u>-691.242,29</u>	<u>-439.656,13</u>

4. Personalaufwand**a) Löhne und Gehälter**

2023	2022
EUR	EUR
<u>-272.362,51</u>	<u>-225.814,60</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	-258.450,22	-207.242,11
Sonderzahlungen	-12.154,62	-21.287,66
Schmutzzulage	-2.350,00	-1.800,00
Leiharbeitskräfte	-2.026,12	-2.081,00
Vermögenswirksame Leistungen	-697,90	-478,56
Aufw. aus AZK Guthaben	251,11	-297,25
Erstattung nach AAG	3.848,61	7.976,27
Lohnausgleich	-608,37	-604,29
KfZ-Gestellung	-175,00	0,00
	<u>-272.362,51</u>	<u>-225.814,60</u>

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

2023	2022
EUR	EUR
<u>-65.443,67</u>	<u>-53.755,39</u>

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
gesetzl. Sozialaufwendungen	-55.272,85	-44.245,10
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	-8.811,66	-8.197,69
Aufwendungen für DV	-703,56	-703,56
Pauschale Steuer für Versicherungen	-135,60	-135,60
Gesundheitsfürsorge	-520,00	-473,44
	<u>-65.443,67</u>	<u>-53.755,39</u>

5. Abschreibungen**a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

2023	2022
EUR	EUR
-31.032,17	-33.498,87

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	-20.721,17	-18.137,06
Abschreibungen auf Gebäude	-6.043,00	-6.044,00
Abschreibungen auf Fahrzeuge	-3.794,00	-3.794,00
Sofortabschreibung GWG	0,00	-289,91
Abschreibung immaterielle VermG	-474,00	-5.233,90
	<u>-31.032,17</u>	<u>-33.498,87</u>

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
-908.988,56	-1.025.422,46

Zusammensetzung:

	2023	2022
	EUR	EUR
Reparaturen und Instandhaltungen	-349.916,64	-449.947,56
Raumkosten	-406.433,62	-441.025,94
Versicherungen, Beiträge, Abgaben	-36.246,77	-34.898,91
Fahrzeugkosten	-18.953,28	-20.717,45
Werbe- und Reisekosten	-502,79	-1.623,49
Übrige Verwaltungskosten	-79.790,76	-64.654,39
Aufw. UZ Deb. und ÜZ Kred.	0,00	-0,03
Mautgebühren	-3.310,17	-5.076,88
Zertifizierung	-1.640,01	-1.646,93
Mieten für Einrichtungen bew. WG (gesamt)	-6.784,81	-6.186,24
Steuerberatungskosten	0,00	-256,30
sonst. Aufw. f. Anlagen (Lizenzen u. ä.)	-4.215,49	-3.998,08
Forderungsverluste 19% USt	-1.162,62	0,00
Reisekosten Arbeitnehmer, Fahrtkosten	-31,60	0,00
Erlöse Sachanlageverkäufe 19% USt, BV	0,00	4.962,19
sonstiger Aufwand LKW	0,00	-352,45
	<u>-908.988,56</u>	<u>-1.025.422,46</u>

7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

2023	2022
EUR	EUR
<u>0,00</u>	<u>26,04</u>

Zusammensetzung:

2023	2022
EUR	EUR

Zinsen aus AG-Darlehen (RLZ>1 Jahr)
#1365

<u>0,00</u>	<u>26,04</u>
<u>0,00</u>	<u>26,04</u>

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

2023	2022
EUR	EUR
<u>-568,00</u>	<u>-94,00</u>

Zusammensetzung:

2023	2022
EUR	EUR

Nicht abzugs-
fäh.and.Nebenleist.z.Steuern
Zinsaufwand Abzinsung Rückstellungen

-538,00	-74,00
-30,00	-20,00
<u>-568,00</u>	<u>-94,00</u>

9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

2023	2022
EUR	EUR
<u>82.399,86</u>	<u>340.888,16</u>

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-24.272,60</u>	<u>-97.596,22</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Gewerbsteuer	-10.376,07	-44.673,13
Körperschaftsteuer	-12.452,34	-51.133,23
Solidaritätzuschlag	-684,88	-1.789,66
Solidaritätzuschlag für Vorjahre	-996,47	0,00
Körperschaftsteuer für Vorjahre	476,23	0,00
GewSt-NZ/Erstattung VJ § 4 (5b) EStG	-239,07	-0,20
	<u>-24.272,60</u>	<u>-97.596,22</u>

11. Ergebnis nach Steuern

2023	2022
EUR	EUR
<u>58.127,26</u>	<u>243.291,94</u>

12. sonstige Steuern

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>-2.609,71</u>	<u>-3.260,61</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Verbrauchssteuer (sonstige Steuern)	-1.656,58	-2.273,50
Kfz-Steuer PKW	-953,13	-702,00
Steuernachzahlg. VJ sonstige Steuern	0,00	-285,11
	<u>-2.609,71</u>	<u>-3.260,61</u>

13. Jahresüberschuss

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>55.517,55</u>	<u>240.031,33</u>

14. Gewinn- / Verlustvortrag aus Vorjahr

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>753.415,82</u>	<u>513.384,49</u>
<u>Zusammensetzung:</u>		
	2023	2022
	EUR	EUR
Gewinnvortrag nach Verwendung	753.415,82	513.384,49
	<u>753.415,82</u>	<u>513.384,49</u>

15. Bilanzgewinn

	2023	2022
	EUR	EUR
	<u>808.933,37</u>	<u>753.415,82</u>

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG

I. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Ein gesonderter Geschäftsverteilungsplan lag im Berichtsjahr nicht vor. Die Aufgaben des Geschäftsführers sind im Anstellungsvertrag geregelt. Weitere Anweisungen ergeben sich aus dem Gesellschaftsvertrag.

Die vorliegenden Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr haben am 03. Juli 2023 und am 27. September 2023 Gesellschaftsversammlungen stattgefunden. Es wurden insgesamt sechs Gesellschafterbeschlüsse gefasst. Über die Sitzungen wurden Protokolle erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Geschäftsführer Herr Jörg Friedemann war im Geschäftsjahr in keinen Kontrollgremien tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Vergütung der Geschäftsführung wird gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht im Anhang des Jahresabschlusses gesondert dargestellt. Darüber hinaus gibt es keine Vergütung der übrigen Überwachungsorgane.

II. Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) *Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?***

Das Unternehmen ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Der Organisationsplan ist in Form eines Handbuches dokumentiert, das ebenfalls Gegenstand der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb war. Die Zertifizierung und damit die Überprüfung erfolgen in regelmäßigen Abständen. Zum Prüfungszeitpunkt lag uns ein Zertifikat vom 16. Januar 2024, gültig bis zum 20. Mai 2025 vor.

- b) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?***

Es haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- c) *Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?***

Die Befugnisse der einzelnen Mitarbeiter sind in den Anstellungsverträgen und Stellenbeschreibungen geregelt. Weiterhin sind Bemessungsgrenzen für etwaige Transaktionen festgelegt. Auf die Einhaltung des 4-Augen-Prinzips wird im Rahmen der Organisation besonderer Wert gelegt.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Siehe vorherige Frage unter c). Weitere Richtlinien ergeben sich aus dem Wirtschaftsplan sowie aus der Liste der zustimmungspflichtigen Geschäfte, dem Handbuch zum Entsorgungsfachbetrieb, der Kassenordnung und der Betriebsordnung. Anhaltspunkte, dass die Vorgaben nicht eingehalten wurden, haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Das Vertragswesen wird ordnungsgemäß durch die Geschäftsführung durchgeführt.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Das Planungswesen entspricht den Erfordernissen der Gesellschaft und wird in Form eines jährlichen Wirtschaftsplans dokumentiert.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Planabweichungen werden monatlich analysiert und ausgewertet.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Der Umfang des Rechnungswesens und der Kostenrechnung ist aufgrund der geringen Größe der Gesellschaft angemessen.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Das Finanzmanagement erfolgt direkt durch die Geschäftsführung, die die Liquidität laufend überwacht.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Ein zentrales Cash-Management ist aufgrund der Größe der Gesellschaft nicht erforderlich. Die Überwachung der Liquidität wird durch den Geschäftsführer in ausreichender Form wahrgenommen.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Rechnungslegung erfolgt zeitnah. Für das Mahnwesen werden die „Offenen Posten – Funktionen“ der DATEV-Software Kanzlei – Rechnungswesen genutzt, sodass fällige Forderungen umgehend angemahnt werden können und deren Eingang überwacht wird.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Die Controllingforderungen sind aufgrund der Größe der Gesellschaft gering und umfassen die wesentlichen Unternehmensbereiche. Die Durchführung erfolgt durch einen monatlichen Plan/Ist Vergleich.

- h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Tochterunternehmen sind nicht vorhanden.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) *Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?***

Die Geschäftsleitung überwacht anhand von Auswertungen sowie anhand von Marktinformationen die wesentlichen Risiken. Es werden Offene Posten Listen für Forderungen und Verbindlichkeiten geführt sowie eine Altersgliederungsliste für Forderungen. Außerdem ermöglichen die monatlichen Plan/Ist-Vergleiche, Risiken frühzeitig zu erkennen.

- b) *Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?***

Gezielte Maßnahmen mussten im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nicht getroffen werden.

- c) *Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?***

Entfällt, siehe b).

- d) *Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?***

Die Geschäftsprozesse und Funktionen werden im Rahmen des Tagesgeschäfts abgestimmt und angepasst.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr auskunftsgemäß und nach unseren Feststellungen keine Finanzinstrumente eingesetzt oder andere Termingeschäfte, Optionen oder Derivate getätigt. Gegenteiliges haben wir nicht festgestellt.

Die einzelnen Fragen zu diesem Fragenkreis entfallen somit.

Fragenkreis 6: Interne Revision

Aufgrund der Größe der Gesellschaft ist eine interne Revision nicht erforderlich. Ähnliche Aufgaben werden bei Bedarf von der Geschäftsführung wahrgenommen.

Die einzelnen Fragen zu diesem Fragenkreis entfallen somit.

III. Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung nicht eingeholt worden ist.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Eine Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung im ablaufenden Geschäftsjahr wurde auskunftsgemäß und nach unseren Feststellungen nicht gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Es haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die Investitionen werden nach Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplans angemessen geplant und genehmigt.

Investitionen außerhalb des Wirtschaftsplans werden durch Gesellschafterbeschluss genehmigt.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung im abgelaufenen Geschäftsjahr keine Anhaltspunkte ergeben.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Die Überwachung der Investitionstätigkeit der Gesellschaft erfolgt kontinuierlich.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Im Investitionsplan waren Investitionen mit TEUR 25 geplant, die in derselben Höhe realisiert wurden.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Derartige Verstöße haben sich nicht ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Soweit die Möglichkeit besteht, werden für jede wesentliche Investitionsmaßnahme und sonstige Geschäfte mehrere Angebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Den Gesellschaftern werden quartalsweise die GuV der Gesellschaft übermittelt. Des Weiteren erfolgt eine schriftliche Quartalsauswertung mit Liquiditätsanalyse durch die Geschäftsleitung, welche ebenfalls den Überwachungsorganen zugeht.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche**

Nach unseren Feststellungen vermitteln die Berichte zum Zeitpunkt der Berichterstattung einen zutreffenden Eindruck von der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Die Gesellschafter werden in regelmäßigen Abständen über wesentliche Vorgänge informiert. Über außerplanmäßige Vorgänge werden die Gesellschafter mittels gesondertem Schreiben informiert. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle und erkennbare Fehldispositionen liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht vor.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäftsleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Durch die regelmäßige Berichterstattung und Geschäftsführung an die Gesellschafter ergaben sich keine zusätzlichen Informationswünsche.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Entsprechende Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung mit Selbstbehalt (EUR 750,00) besteht bei der HDI.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Interessenskonflikte zwischen Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans haben wir bei unserer Prüfung nicht festgestellt.

IV. Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) *Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?*

Offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen in wesentlichem Umfang ist uns nicht bekannt geworden.

b) *Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?*

Nach unseren Feststellungen haben sich keine Anhaltspunkte für auffallend hohe oder niedrige Bestände ergeben.

c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?*

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die bilanziellen Werte wesentlich von den Verkehrswerten abweichen.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die Kapitalstruktur besteht zu 88 % aus Eigenkapital (TEUR 1.152). Die Kapitalstruktur weist daneben noch externe Finanzierungsquellen mit kurzfristigen Restlaufzeiten aus.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt wegen fehlender Konzerngesellschaften.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Entfällt.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Finanzierungsprobleme aus einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung sind nicht vorhanden. Die Eigenkapitalausstattung beträgt rund 88 % (Vorjahr: 82 %). Die Erhöhung resultiert aus dem Jahresüberschuss bei einer niedrigeren Bilanzsumme.

Mit Beschluss Nr. GV-03-2017 der Gesellschafterversammlung wurde der Erwerb eigener Anteile beschlossen, die weiterhin in Eigenkapital offen ausgewiesen wurde.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss erwirtschaftet, der nach Auskunft der Geschäftsführung auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) *Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?*

Für die Erfüllung der Aufgabe der Klärschlammverwertung für den Abwasserzweckverband "Obere Röder" hat die Gesellschaft vertraglichen Anspruch auf Kostenersatz. Das Betriebsergebnis resultiert somit aus der Tätigkeit für Dritte.

b) *Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?*

Das Jahresergebnis wurde nicht durch einmalige Vorgänge beeinflusst.

c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?*

Den Leistungsbeziehungen mit den Gesellschaftern liegen Vereinbarungen zu angemessenen Konditionen zugrunde.

d) *Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?*

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Verlustbringende Geschäfte haben wir im Berichtsjahr nicht festgestellt.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Verlustbringende Geschäfte haben wir im Berichtsjahr nicht festgestellt.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Das Berichtsjahr endete mit einem positiven Jahresergebnis.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Ziel der Geschäftsleitung ist es weiterhin, die Ertragslage an die geänderten Marktbedingungen anzupassen und nachhaltig zu sichern.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

**Testat zur Prüfung des
Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2023

und des Lageberichtes
für das Geschäftsjahr 2023**

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2,00	476,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	31.726,00		37.769,00
2. technische Anlagen und Maschinen	16.570,00		20.185,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	91.166,69	139.462,69	94.897,21
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		28.024,14	58.659,43
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58.274,79		78.021,65
2. Forderungen gegen Gesellschafter	251.722,59		252.760,82
3. sonstige Vermögensgegenstände	68.210,14	378.207,52	7.236,20
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		761.144,53	782.998,25
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.564,32	573,26
SUMME AKTIVA		1.309.405,20	1.333.576,82

Passivseite

	31.12.2023 EUR	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		26.075,89	26.075,89
II. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81	317.036,81
III. Bilanzgewinn		808.933,37	753.415,82
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	36.897,01		79.663,86
2. sonstige Rückstellungen	39.625,14	76.522,15	69.190,01
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.020,57		80.356,45
2. sonstige Verbindlichkeiten	3.816,41	80.836,98	7.569,49
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	268,49
SUMME PASSIVA		1.309.405,20	1.333.576,82

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

	2023 <u>EUR</u>	2023 <u>EUR</u>	2022 <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	2.302.932,30		2.407.308,69
2. sonstige betriebliche Erträge	<u>17.938,90</u>	2.320.871,20	66.515,61
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-268.834,14		-354.720,73
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-691.242,29</u>	-960.076,43	-439.656,13
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-272.362,51		-225.814,60
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-65.443,67</u>	-337.806,18	-53.755,39
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-31.032,17	-33.498,87
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-908.988,56	-1.025.422,46
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00		26,04
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-568,00</u>	-568,00	-94,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		82.399,86	340.888,16
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-24.272,60	-97.596,22
11. Ergebnis nach Steuern		58.127,26	243.291,94
12. sonstige Steuern		-2.609,71	-3.260,61
13. Jahresüberschuss		55.517,55	240.031,33
14. Gewinn- / Verlustvortrag aus Vorjahr		<u>753.415,82</u>	<u>513.384,49</u>
15. Bilanzgewinn		<u><u>808.933,37</u></u>	<u><u>753.415,82</u></u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

I. ANGABEN ZUR IDENTIFIKATION

Die Firma BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH mit Sitz in Radeberg ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Dresden eingetragen. Die Nummer der Firma lautet HRB 14994.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Dritten Buches des HGB (§§ 238 ff) unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§ 264 ff HGB) und der Satzung der Gesellschaft aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB. Es besteht aufgrund § 12 Abs. 2 und § 14 des Gesellschaftsvertrages **Prüfungspflicht** nach § 316 Abs. 1 HGB sowie § 96a Abs. 1 Nr. 7 SächsGemO, die die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung umfasst.

Soweit im Berichtsjahr hinsichtlich der im Vorjahr von den Gliederungsvorschriften des HGB und des GmbHG abweichenden Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung Veränderungen vorgenommen wurden, wurde dem Prinzip der Darstellungstetigkeit (§ 265 Abs. 1 HGB) durch **Anpassung der Vorjahreszahlen** entsprochen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden mit den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Das **Sachanlagevermögen** wurde mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert und planmäßige Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgten im Zugangsjahr pro rata temporis.

Vorräte wurden mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niederen beizulegenden Wert nach § 253 Abs. 1 bzw. 4 HGB angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert vermindert um Wertberichtigungsposten und unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten:

	2023	Vorjahr
	€	€
Forderungen ggü. Krankenkassen aus AAG	0,00	1.754,38
Vorsteuer im Folgejahr abziehbar	5.352,17	4.584,87
Körperschaftsteuerrückforderung	28.877,11	0,00
Forderung aus Gewerbesteuerüberzahlung	26.779,93	0,00
debitorischer Kreditor	3.080,10	410,00
Forderung ggü. Berufsgenossenschaft	3.776,29	486,95
Geldtransit	123,64	0,00
Umsatzsteuerforderung	220,90	0,00
	68.210,14	7.236,20
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00

Flüssige Mittel wurden zu Nominalwerten angesetzt.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Langfristige Rückstellungen wurden nach § 253 Abs. 2 HGB bewertet.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Die Aufgliederung und die Bewegungen des Anlagevermögens sind dem **Anlagenspiegel** in der Anlage A 1 zu diesem Anhang zu entnehmen.

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** betragen 251.722,59 € (Vorjahr: 252.760,82 €), sie haben eine Restlaufzeit bis ein Jahr.

Es bestanden weder im Berichtsjahr noch im Vorjahr **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** mit einer Restlaufzeit über ein Jahr.

Das Eigenkapital ergibt sich wie folgt:

	31.12.2023	Vorjahr
	€	€
Gezeichnetes Kapital (abzüglich eigene Anteile)	26.075,89	26.075,89
Gewinnrücklagen	317.036,81	317.036,81
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
davon Gewinnvortrag des Vorjahres	753.415,81	
davon Jahresüberschuss	55.517,56	
	1.152.046,07	1.096.528,52

Die **Steuerrückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2023
	€	€	€	€	€
Körperschaftsteuer (KSt)	52.566,23	41.257,00	476,23	0,00	10.833,00
Solidaritätszuschlag zur KSt	1.868,50	1.868,50	400,66	996,47	595,81
Gewerbesteuer	25.229,13	0,00	0,00	239,07	25.468,20
	79.663,86	43.125,50	876,89	1.235,54	36.897,01

Die **sonstigen Rückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	01.01.2023	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	31.12.2023
	€	€	€	€	€	€
Personalbereich:						
• Bonus- und Jahressonderzahlungen	10.917,77	10.917,77	0,00	17.777,59	0,00	17.777,59
• rückständiger Urlaub	4.793,67	4.793,67	0,00	7.048,89	0,00	7.048,89
• Bewertung Arbeitszeitkonto	2.564,79	2.564,79	0,00	2.276,01	0,00	2.276,01
• Beitrag BG	300,00	300,00	0,00	1.259,08	0,00	1.259,08
übrige:	18.576,23	18.576,23	0,00	28.361,57	0,00	28.361,57
• ausstehende Eingangsrechnungen	40.934,97	39.028,56	2.219,23	3.054,85	0,00	2.742,03
• Abschluss- und Prüfungskosten	6.246,96	5.111,15	1.135,81	5.089,69	0,00	5.089,69
• Erfüllung Aufbewahrungspflichten	3.431,85	0,00	400,00	370,00	30,00	3.431,85
	50.613,78	44.139,71	3.755,04	8.514,54	30,00	11.263,57
	69.190,01	62.715,94	3.755,04	36.876,11	30,00	39.625,14

Die **Fristigkeit der Verbindlichkeiten** ergibt sich wie folgt:

	Gesamtbetrag 31.12.2023	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>	<i>Vorjahr</i>
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.020,57	77.020,57	0,00	0,00
	80.356,45	80.356,45	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	3.816,41	3.816,41	0,00	0,00
	7.569,49	7.569,49	0,00	0,00
	80.836,98	80.836,98	0,00	0,00
	87.925,94	87.925,94	0,00	0,00

IV. ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem handelsrechtlichen Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt

Die **Umsatzerlöse** betreffen:

	USt	2023	Vorjahr
		€	€
Erlöse aus Klärschlammverwertung nicht ustbar	--	1.434.711,72	1.337.852,45
Erlöse Flüssigstoffe Bioabfallverwertung	19	297.921,66	239.889,86
Erlöse Stromverkauf an AZV „Obere Röder“	19	183.031,72	198.121,48
Erlöse aus Stromeinspeisung fremde Dritte	19	233.998,69	475.005,70
Erlöse aus Wärmeverkauf an AZV „Obere Röder“	7	140.244,70	137.820,75
Erlöse aus Wärmeverkauf fremde Dritte	7	11.430,81	14.097,90
Erlöse Abfallverwertung § 13b UStG	--	496,00	0,00
		2.301.835,30	2.402.788,14
sonstige Erlöse	19	1.097,00	4.520,55
		2.302.932,30	2.407.308,69

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Sachbezüge umsatzsteuerpflichtig	11.456,90	11.357,40
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.805,52	29.163,06
Erträge für Vorjahr(e)	2.407,99	25.291,41
Erstattung AG-Anteil SV nach IfSG	268,49	402,60
Versicherungsentschädigung	0,00	301,14
Erträge Auflösung passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
übrige	0,00	0,00
	17.938,90	66.515,61

Die **Abschreibungen** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Abschreibung immaterielle Vermögensgegenstände	474,00	5.233,90
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	30.558,17	27.975,06
Sofortabschreibung GWG bis 800,00 €	0,00	289,91
	31.032,17	33.498,87

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen:

	2023	Vorjahr
	€	€
ordentliche Aufwendungen (a-f)	890.972,27	1.017.060,21
neutrale Aufwendungen (g-h)	18.016,29	8.362,25
	908.988,56	1.025.422,46

zu neutrale Aufwendungen

	2023	Vorjahr
	€	€
Buchverlust Sachanlageabgänge	8.654,75	3.314,06
periodenfremde Aufwendungen	8.098,92	4.848,19
Forderungsverluste 19 % Ust	1.162,62	0,00
Spenden	100,00	200,00
	18.016,29	8.362,25

V. SONSTIGE ANGABEN

Es bestanden keine **Haftungsverhältnisse** nach § 251 HGB.

Die **vertraglich vereinbarten Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen** betrugen:

	2023	Vorjahr
	€	€
Miete für Bioverwertungsanlage	345.335,04	345.335,04
Mieten für andere bewegliche Wirtschaftsgüter	6.784,81	6.186,24
Leasing Kfz	5.409,23	5.408,46
	357.529,08	356.929,74

Während des Zeitraums vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 waren neben dem Geschäftsführer durchschnittlich **4 Arbeitnehmer** (Vorjahr: 3) beschäftigt.

Geschäftsführer im Jahr 2023 war Herr Jörg Friedemann.

Der Geschäftsführer wurde vertragsgemäß vergütet. Auf eine Darstellung der Bezüge wird unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Prüfungskosten in Höhe von 5.089,69 € beinhalten ausschließlich Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

Die Geschäftsführung schlägt vor den Jahresüberschuss von € 55.517,55 auf neue Rechnung vorzutragen.

Radeberg, den 18.03.2024

Anlagenspiegel vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

	Anschaffungskosten/ Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwerte				
	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchun- gen	Stand 31.12.2023	Zuschreibung Wirtschaftsjahr	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
A. Anlagevermögen													
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Konzessionen, gewerbliche Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.188,49	0,00	0,00	0,00	6.188,49	5.712,49	474,00	0,00	0,00	6.186,49	0,00	2,00	476,00
Summe Immaterielle Vermögensgegen- stände	6.188,49	0,00	0,00	0,00	6.188,49	5.712,49	474,00	0,00	0,00	6.186,49	0,00	2,00	476,00
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund- stücken	60.434,81	0,00	0,00	0,00	60.434,81	22.665,81	6.043,00	0,00	0,00	28.708,81	0,00	31.726,00	37.769,00
2. technische Anlagen und Maschi- nen	41.196,03	0,00	0,00	0,00	41.196,03	21.011,03	3.615,00	0,00	0,00	24.626,03	0,00	16.570,00	20.185,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	203.426,19	25.824,40	14.710,60	0,00	214.539,99	108.528,98	20.900,17	6.055,85	0,00	123.373,30	0,00	91.166,69	94.897,21
Summe Sachanlagen	305.057,03	25.824,40	14.710,60	0,00	316.170,83	152.205,82	30.558,17	6.055,85	0,00	176.708,14	0,00	139.462,69	152.851,21
Gesamtsumme Anlagevermögen	311.245,52	25.824,40	14.710,60	0,00	322.359,32	157.918,31	31.032,17	6.055,85	0,00	182.894,63	0,00	139.464,69	153.327,21

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Radeberg

Lagebericht zum Jahresabschluss zum 31.12.2023

Nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (nachfolgend BVR genannt) ist zusätzlich zum Jahresabschluss ein Lagebericht zu erstellen. Aufgrund der Mehrheitsbeteiligung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist bei der Aufstellung des Lageberichts § 30 SächsEigBVO zu beachten.

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Notarvertrag URNr. 32/1997-H am 09.01.1997 durch den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ (nachfolgend AZV genannt) und der Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH (nachfolgend Nehlsen genannt) gegründet. Der AZV war zu 51 % und Nehlsen zu 49 % an der Gesellschaft beteiligt. Die Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH ist aufgrund des Verschmelzungsvertrages vom 21.07.2005 mit der Nehlsen Entsorgungs GmbH Pirna verschmolzen. Mit Beschluss Nr. GV-04-2017 der Gesellschafterversammlung wurde der Erwerb der Nehlsenanteile durch die Gesellschaft, auf Grundlage des geschlossenen Kauf- und Abtretungsvertrages vom 17. März 2017 mit der Urkundenrolle-Nummer: 1074/2017 – H, beschlossen.

Durch die Änderungen der Sächsischen Gemeindeordnung bedurfte es einer Änderung des Gesellschaftsvertrages. In der Gesellschafterversammlung vom 08.12.2016, die beim Notar Dr. jur. Heribert Heckschen stattgefunden hat, wurde die Satzung der Gesellschaft geändert. Die Eintragung der Änderung im Handelsregister erfolgte am 21.12.2016.

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst unter Berücksichtigung der Auflagen aus der Genehmigung des Regierungspräsidiums Dresden die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlämmen sowie von Grün- und Bioabfällen, soweit dadurch die Klärschlammverwertung nicht beeinträchtigt wird. Die Hauptaufgabe der BVR besteht darin, die anfallenden Klärschlämme und biogenen Stoffe mit Hilfe der Bio-Covergärungsanlage und den dazu erforderlichen verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten so zu verarbeiten, dass aus den Inputstoffen Methangas zur Energieproduktion gewonnen wird. Zusätzlich entsteht ein Energieträger, der in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt werden kann und wird, oder der seine Verwendung als Substrat in der Kompostierung findet.

Zur Realisierung des Unternehmensgegenstandes mietet die BVR ab dem 01.06.1999 die Bioverwertungsanlage vom AZV an.

Seit der Anmietung der Bioverwertungsanlage besteht zwischen dem AZV und der BVR eine Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der AZV betätigt sich mit der Vermietung der Bioverwertungsanlage außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben

insoweit, als die Gesellschaft die Bioverwertungsanlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Die Klärschlammverwertung, auch wenn sie durch die BVR GmbH erledigt wird, stellt weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar, denn mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben kann keine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden. Gleiches gilt, wenn der für die Klärschlamm Entsorgung zuständige AZV zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben die BVR als Betriebskapitalgesellschaft einsetzt. Die Klärschlammverwertung bleibt somit Aufgabe des AZV und ist dem Hoheitsbetrieb zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem AZV hat.

Die Verwertung von Bioabfällen stellt für die BVR eine selbständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der sie Gewinn erzielt. Dieser Bereich steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben. Dementsprechend unterliegt nur der Bereich Verwertung von Bioabfällen der Steuerpflicht.

Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen.

Für den Zeitraum vor Anmietung (= bis zum 31.05.1999) wurde das Nutzungsverhältnis aus den Planmengen unter Einbeziehung des tatsächlichen Investitionsvolumens gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Anmietung und Inbetriebnahme wurden der Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt. Die nicht direkt zuordenbaren Aufwendungen und Erträge werden verhältnismäßig auf den hoheitlichen und gewerblichen Bereich zugeordnet.

Danach ergeben sich folgende Nutzungsverhältnisse:

	Nutzungsverhältnisse	
	hoheitlicher Anteil	gewerblicher Anteil
	%	%
01.01.2014 bis 31.12.2014	71	29
01.01.2015 bis 31.12.2015	70	30
01.01.2016 bis 31.12.2016	69	31
01.01.2017 bis 31.12.2017	68	32
01.01.2018 bis 31.12.2018	68	32
01.01.2019 bis 31.12.2019	70	30
01.01.2020 bis 31.12.2020	71	29
01.01.2021 bis 31.12.2021	71	29
01.01.2022 bis 31.12.2022	71,5	28,5
01.01.2023 bis 31.12.2023	69	31

Die Reparatur- und Instandhaltungskosten lagen mit 350 TEUR um ca. 100 TEUR unter dem Vorjahresniveau. Auf die Entwässerungstechnik entfielen 47 TEUR, auf die BHKW-Anlage 136 TEUR, auf die Speicher 71 TEUR. 96 TEUR entfielen auf sonstige gemeinsam genutzte Anlagentechnik, davon betreffen 32 TEUR die Gasreinigungsanlage.

Auch in diesem Wirtschaftsjahr wurde das Überwachungsaudit zum Entsorgungsfachbetrieb erfolgreich absolviert und die Gesellschaft ist weiterhin ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb.

2. Rentabilitätsverhältnisse

Ergebnisanalyse:

	Ergebnisanalyse	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
betragsmäßige Ergebnisanalyse		
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	55.517,55	240.031,33
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	753.415,82	513.384,49
zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	0,00	0,00
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
	%	%
strukturelle Ergebnisanalyse		
Personalkostenanteil = (Personalaufwand / Gesamtaufwand)*100	15,07	13,11
Materialkostenanteil = (Materialaufwand / Gesamtaufwand)*100	42,84	37,24
Abschreibungskostenanteil = (Abschreibungsaufwand / Gesamtaufwand)*100	1,38	1,57

	Rentabilitätsanalyse	
	2023	Vorjahr
	%	%
Ertragslage:		
Eigenkapitalrendite (vor Steuern)	7,15	31,09
Eigenkapitalrendite (nach Steuern)	4,82	21,89
Umsatzrendite (vor Steuer)	3,58	14,16
	TEUR	TEUR
ordentlicher Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreibungen)	86	274
Rentabilitätsanalyse:		

Die Ergebnisrechnung 2023 ist durch folgende wesentliche Sondereinflüsse geprägt:

- Die Strompreise an der Strombörse haben sich gegenüber dem Vorjahr von durchschnittlich 0,235 €/kWh auf 0,095 €/kWh reduziert. Somit verringerte sich auch d

Vergütungsanspruch auf die in das Netz eingespeiste Energie gegenüber dem Vorjahr erheblich.

- Preissteigerung für die Gärrestverwertung um ca. 54 % auf Grundlage der im Jahr 2021 erfolgten europaweiten Ausschreibung. Die Kosten für Transport und Verwertung liegen daher um ca. 30,00 €/t Gärrest höher als im Vorjahr.
- massiv gestiegene Preise für nahezu alle eingesetzten RHB-Stoffe
- Inflationsrate von 7,9 % in 2023

In der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich folgende Werte:

	Gewinn- und Verlustrechnung		
	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR
Umsatzerlöse:	2.057.740	2.407.309	2.302.932
darin u. a.			
Annahme von Bioabfall	245.924	239.890	297.922
Stromeinspeisung	212.699	475.006	233.999
Klärschlamm Entsorgung für AZV	1.193.002	1.337.852	1.434.712
Strom an AZV	243.515	198.121	183.032
Wärme an AZV	140.287	137.821	140.245
Wärmeverkauf	15.481	14.098	11.431
sonst. Erträge	71.350	66.516	17.939
Materialaufwand	609.099	794.377	960.076
Personalaufwand	260.212	279.570	337.806
Abschreibungen	27.131	33.499	31.032
sonstige betriebliche Aufwendungen	966.246	1.025.423	908.989
darin u. a.			
Raumkosten	438.623	441.026	406.433
Reparatur / Instandhaltung	160.339	449.948	349.917
Verluste aus dem Abgang von AV	6.786	3.314	8.655
Zinsen u. ähnliche Erträge	72	26	0
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	21	94	568
Steuern	78.610	100.857	26.883
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	187.843	240.031	55.517

3. Investitionsgeschehen

Im Jahr 2023 gab es folgende wesentliche Zu- und Abgänge im Anlagevermögen:

	Anlagenzugänge	Anlagenabgänge
	EUR	EUR
Immaterielle VG	0,00	0,00
Tech. Anlagen	0,00	0,00
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.824,40	14.710,60
	25.824,40	14.710,60

4. Finanzierung

Eine Übersicht der Finanzlage stellt sich in folgender verkürzter Kapitalflussrechnung dar:

	2023	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	4	55
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-26	-46
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-22	9
Liquide Mittel zu Beginn der Periode	783	774
Liquide Mittel zu Ende der Periode	761	783

Die Eigenkapitalquote, die Liquidität, das Umlaufvermögen und die Verbindlichkeiten der BVR mbH stellen sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	Finanzlage	
	2023	Vorjahr
	%	%
Eigenkapitalanteil	87,98%	82,22%

	Liquiditätsanalyse	
	2023	Vorjahr
Liquidität 1. Grades	4,84	3,31
Liquidität 2. Grades	7,24	4,73
Liquidität 3. Grades	7,42	4,98

	Umlaufvermögen	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
liquide Mittel	761.145	782.998
Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, RLZ bis 1 J.	378.207	338.019
Vorräte	28.024	58.659
Gesamtbetrag Umlaufvermögen	1.167.376	1.179.676

	Verbindlichkeiten	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.021	80.356
Rückstellungen	76.522	148.854
sonstige Verbindlichkeiten	3.816	7.569
Gesamtbetrag kurzfr. Verbindlichkeiten, RLZ bis 1 J.	157.359	236.780

5. Entwicklung des Eigenkapitals

	Eigenkapital					
	01.01.2023	Umgliederung	Zugang	eigene Anteile	Ausschüttung	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	26.075,89	0,00	0,00	0,00	0,00	26.075,89
Zweckgebundene Rücklage	317.036,81	0,00	0,00	0,00	0,00	317.036,81
Bilanzgewinn	753.415,82	0,00	55.517,56	0,00	0,00	808.933,38
Summe	1.096.528,52	0,00	55.517,56	0,00	0,00	1.152.046,08

Entwicklung der Rückstellungen

Die **Steuerrückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	Steuerrückstellungen				
	01.01.2023	Inanspruchn.	Auflösung	Zuführung	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Körperschaftsteuer (Kst)	52.566,23	41.257,00	476,23	0,00	10.833,00
Solidaritätszuschlag zur Kst	1.868,50	1.868,50	400,66	996,47	595,81
Gewerbesteuer	25.229,13	0,00	0,00	239,07	25.468,20
Kfz-Steuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	79.663,86	43.125,50	876,89	1.235,54	36.897,01

Die **sonstigen Rückstellungen** entwickeln sich wie folgt:

	sonstige Rückstellungen					31.12.2023
	01.01.2023	Inanspruchn.	Auflösung	Zuführung	Abzinsung	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
Personalbereich:	18.576,23	18.576,23	0,00	28.361,57	0,00	28.361,57
übrige:						
ausst. Eingangsrechnungen	40.934,97	39.028,56	2.219,23	3.054,85	0,00	2.742,03
Abschluss- und Prüfungskosten	6.246,96	5.111,15	1.135,81	5.089,69	0,00	5.089,69
Erfüllung Aufbewahrungspfl.	3.431,85	0,00	400,00	370,00	30,00	3.431,85
	69.190,01	62.715,94	3.755,04	36.876,11	30,00	39.625,14

7. Zusammensetzung der wesentlichen Umsätze

	wesentliche Umsätze	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Klärschlamm	1.434.712	1.337.852
Bioabfallverwertung	297.922	239.890
Entnahme Wärme von AZV	140.245	137.821
Entnahme Strom von AZV	183.032	198.121
Stromeinspeisung	233.999	475.006
Wärmeverkauf	11.431	14.098
Sonstige Umsätze	1.591	4.521
	2.302.932	2.407.309

8. Angaben zum Personalaufwand

Während des Zeitraums vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 waren durchschnittlich 4 Arbeitnehmer (VJ 3 AN, ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Geschäftsführer im Jahr 2023 war Herr Jörg Friedemann.

	Gesampersonalaufwand	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Gesampersonalaufwand	337.806	279.570

a) Löhne und Gehälter

	Löhne und Gehälter	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Bereich Produktion	170.019	140.220
Bereich Verwaltung	102.344	85.594
	272.363	225.814

b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

	soziale Abgaben und Aufwendungen	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Krankenkassenbeiträge	55.449	44.003
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	8.812	8.198
Krankenkassenbeiträge für Jahressonderzahlungen	0	55
Gesundheitsfürsorge	520	473
Aufwendungen für Direktversicherungen	704	704
pauschale Steuer für Direktversicherungen	136	136
Veränderung Urlaubsrückstellung AG-Anteil SV	-139	142
Veränderung Rückstellung AZK AG-Anteil SV	-38	45
	65.444	53.755
davon für Altersversorgung	839	839

9. Risikobetrachtung

Mit dem Entschluss des AZV, lediglich Ersatzinvestitionen in Anlagenteile vorzunehmen, welche zur Erfüllung des Hauptzweckes (Verwertung von Klärschlamm) notwendig sind, kann die Gesellschaft nur noch flüssige biogene Abfälle verwerten und hat dadurch ihr Alleinstellungsmerkmal verloren und steht nun unmittelbar in Konkurrenz mit der Covergärungsanlage der Stadtentwässerung Dresden, welche große logistische Vorteile für die Entsorger gegenüber Radeberg bietet.

Ein weiteres Risiko stellt die Ausrichtung der Energiepolitik der Bundesregierung und deren Auswirkung dar. Diese hat wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung und den Trend an der Strombörse und somit auf den Vergütungsanspruch für die in das Netz eingespeiste Energie. Nach aktueller Gesetzgebung besteht weiterhin die Pflicht der Netzbetreiber den erzeugten Strom aus unserer Anlage abzunehmen, eine etwaige Vergütung für diesen Strom richtet sich nach dem aktuellen Preisen an der Strombörse. Diese liegen derzeit bei ca. 0,06 €/kWh. Es ist nicht vorhersehbar ob sich dieser Preis „einpegelt“ oder weiter einen fallenden Trend verzeichnet. Die Geschäftsleitung wird ständig prüfen, ob eine Stromproduktion über den Eigenbedarf hinaus unter den gegebenen Rahmenbedingungen darstellbar ist.

Die voraussichtlich im Jahr 2024 in Kraft tretende neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie, wird bis jetzt nicht definierbaren Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft haben. Die Geschäftsführung geht hier prinzipiell von zu erwartenden Mehrkosten aus.

Die Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind zurzeit noch nicht vollständig absehbar. Im Bereichen Energie sind die Auswirkungen durch deutlich steigende Preise bereits spürbar. Des Weiteren stehen derzeit auch bestimmte Ersatzteile (Zündkerzen für BHKW) nicht ausreichend am Markt zur Verfügung Inwieweit diese Entwicklung anhält, ist schwierig abzuschätzen.

Für das Jahr 2024 geht die Gesellschaft von einem positiven Betriebsergebnis aus.

10. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Ab dem Jahr 2024 unterliegt nun auch der selbst erzeugte Strom welcher für den Eigenbedarf oder zur Weitergabe an Dritte entnommen wird der Stromsteuer. Diese Gesetzesänderung wird voraussichtlich Mehrkosten von ca. 50 TEUR/Jahr netto verursachen.

Die weiteren Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind nicht absehbar und eine Entwicklung ist schwierig abzuschätzen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche nicht im Bericht erwähnt sind, haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres 2023 nicht ergeben.

Radeberg, 18.03.2024

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH –bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Ab-

schnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwen-

dig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen,

beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

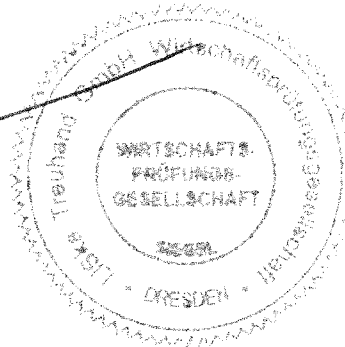
Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, den 04. Oktober 2024

LiSka Treuhand GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Skala
Wirtschaftsprüfer



Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Umfang der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bei der Dauerberatung

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitbeilegungsverfahren

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

TOP 5

Beschlussvorlage Verbandsversammlung	Beschluss-Nr. 05/2024 Datum: 04.12.2024 Einreicher: Verbandsvorsitzender
Beratungsfolge: Verbandsversammlung	 Öffentlich 04.12.2024

Thema

Beschluss Haushaltssatzung und Wirtschaftsplan des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder" für das Jahr 2025

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ beschließt die Haushaltssatzung und den Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 wie folgt:

1. Erfolgsplan, davon:

Gesamtbetrag der Erträge	8.147.530 € €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	8.046.663 € €
Gewinn/Verlust	100.867 € €

2. Liquiditätsplan, davon:

Mittelzu-/ Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit auf	987.717 € €
Mittelzu-/ Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit auf	-273.600 € €
Mittelzu-/ Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit auf	-372.576 € €
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	341.541 €

- Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.
- Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.
- Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 750.000 € festgesetzt.
- Zur Deckung der Aufwendungen im Erfolgsplan wird eine Betriebskostenumlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von **4.990.313 €** p. a. festgesetzt.
- Zur Deckung der Ausgaben für Investitionen wird eine vorläufige Kapitalumlage von **0,00 €** p. a. festgesetzt.



Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

Anlage
Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025

AZV „Obere Röder“



Abwasserzweckverband “Obere Röder”

An den Dreihäusern 14

01454 Radeberg

Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr 2025

Inhaltsverzeichnis

Nr.		Seite
1.	Haushaltssatzung 2025	3
1.1.	Betriebskostenumlage 2025	5
1.2.	Kapitalumlage 2025	6
2.	Vorbericht	7
2.1.	Allgemeines	7
2.1.1.	Verbandsmitglieder und Satzung	7
2.1.2.	Satzungsgemäße Aufgaben	8
2.2.	Organisation	8
2.3.	Beteiligung an der BVR mbH	8
2.3.1.	Allgemeines	8
2.3.2.	Vertragsbeziehungen und ihre finanziellen Einflüsse	9
2.4.	Finanzierung	9
2.5.	Investitionen	10
2.6.	Voraussichtliche Entwicklung	10
2.7.	Erläuterungen	11
2.7.1.	Erläuterungen Erfolgsplan	11
	Anlage 1 Kostenträgerübersicht	17
	Anlage 2 Entgelt Betriebsführung Mitgliedskommunen Ortsnetze	20
	Anlage 3 Mengenermittlung	22
2.7.2.	Erläuterung zum Liquiditätsplan	23
2.7.3.	Erläuterung zur Finanzplanung	23
2.7.4.	Erläuterung zum Kassenkredit	24
2.7.5.	Erläuterung zur Stellenübersicht	25
3.	Erfolgsplan	26
3.1.	Erfolgsplanübersicht 2023 - 2028	26
3.2.	Erfolgsplan - Erträge	27
3.3.	Erfolgsplan - Aufwendungen	28
4.	Liquiditätsplan	30
4.1.	Liquiditätsplan 2023 - 2028	30
5.	Zins- und Tilgungsplan	31
6.	Investitionsprogramm	32
6.1	Investitionsprogramm 2025	32
6.1.1	Erläuterung zum Investitionsprogramm 2025	33
6.2	Anlage zum Investitionsprogramm 2025	34
6.3	Investitionsprogramm 2026	35
6.4	Investitionsprogramm 2027	36
6.5	Investitionsprogramm 2028	37
7.	Stellenübersichten	38
8.	Anlagen	
	Wirtschaftsplan 2025 der BVR mbH	41

1. Haushaltssatzung für das Jahr 2025

Aufgrund §§ 58 Abs. 2 und 60 SächsKomZG i. V. m. § 74 Abs. 1 SächsGemO und den §§ 11 Abs. 1 und 16 Abs. 1 SächsEigBVO hat die Verbandsversammlung des AZV „Obere Röder“ in ihrer Sitzung vom den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben des AZV voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie die eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im **Erfolgsplan** mit dem

- Gesamtbetrag der Erträge auf	8.147.530 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	8.046.663 €
- Gewinn / Verlust	100.867 €

und im **Liquiditätsplan** mit dem

- Mittelzu-/ Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit auf	987.717 €
- Mittelzu-/ Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit auf	-273.600 €
- Mittelzu-/ Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit auf	-372.576 €
- Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	341.541 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf

750.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die jährlichen Ausgaben des Zweckverbandes werden nach § 60 SächsKomZG i. V. m. §§ 22 und 23 der Verbandssatzung von den Mitgliedsgemeinden durch eine Jahresumlage aufgebracht. Die Jahresumlage setzt sich zusammen aus der Betriebskostenumlage und einer Kapitalumlage.

Die Umlageschlüssel ergeben sich aus §§ 22 und 23 der Verbandssatzung.

1. Betriebskostenumlage

Zur Deckung der Aufwendungen im Erfolgsplan wird eine Betriebskostenumlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von

4.990.313 € p. a.

festgesetzt.

Die Betriebskostenumlage wird in 12 Abschlägen erhoben.

Sie ist monatlich zum Letzten des Monats fällig.

2. Kapitalumlage

Zur Deckung der Ausgaben für Investitionen wird eine Kapitalumlage von

0,00 € p. a.

festgesetzt.

Radeberg, den

AZV "Obere Röder"

.....

Verbandsvorsitzender

Betriebskostenumlagen 2025

	Jahresverbrauch 2023	Anteil am Verbrauch	BKU 2025	Betrag BKU 2026	Betrag BKU 2027	Betrag BKU 2028
	m³	in %	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
Mitglieder						
Arnsdorf	189.669	9,84	496.508	505.751	498.526	507.388
Großröhrsdorf	360.872	18,72	944.577	962.160	948.415	965.275
Brettnig/Hauswalde	107.820	5,59	282.061	287.312	283.207	288.242
Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf	253.052	13,13	662.516	674.848	665.208	677.033
Wachau, OT Leppersdorf	31.723	1,65	83.256	84.806	83.594	85.080
Radeberg mit OT Liegau- Augustusbad, Großerkmannsdorf, Ullersdorf	1.306.754	67,79	3.420.560	3.484.230	3.434.458	3.495.513
Großharthau, OT Seeligstadt	17.300	0,90	45.412	46.258	45.597	46.407
	1.906.318		4.990.313	5.083.205	5.010.589	5.099.664
Nichtmitglieder						
Wachau OT Feldschlößchen	21.304	1,11	55.505	56.536	55.730	56.720
Gesamt	1.927.622	100,00	5.045.818	5.139.741	5.066.319	5.156.384

Auf Grundlage der Zweckvereinbarung zwischen dem AZV, ehemals der Gemeinde Liegau-Augustusbad und der Gemeinde Wachau aus dem Jahre 1994, wird der OT Feldschlößchen der Gemeinde Wachau abwasserseitig über die Anlagen des AZV entsorgt. Der OT Feldschlößchen ist vereinbarungsgemäß so abzurechnen, als wenn es Verbandsmitglied wäre. Zur besseren Nachvollziehbarkeit wurde der OT Feldschlößchen in dieser Darstellung mit aufgeführt. In den Berechnungen der BKU wurde der OT Feldschlößchen gemäß der Zweckvereinbarung behandelt und abgerechnet.

1.1 Kapitalumlage 2025 – 2028

	Quote lt. Satzung	Betrag KU 2025	Betrag je Quartal	Betrag KU 2026	Betrag KU 2027	Betrag KU 2028
	in %	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro	in Euro
Arnsdorf	12,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Großharthau, OT Seeligstadt	1,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Großröhrsdorf	26,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Radeberg	57,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Wachau, OT Leppersdorf	2,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Die angedachten Investitionen im Planungszeitraum werden durch eigene Mittel finanziert.
Aus dem Liquiditätsplan ist deren Vorhandensein ersichtlich.

2. Vorbericht

2.1. Allgemeines

2.1.1. Verbandsmitglieder und Satzung

Die Städte und Gemeinden

- Radeberg
- Großröhrsdorf
- Bretnig
- Hauswalde
- Kleinröhrsdorf
- Wallroda
- Seeligstadt
- Fischbach
- Arnsdorf
- Ullersdorf
- Großerkmannsdorf
- Leppersdorf

haben am 27.05.1991 den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ Radeberg gegründet. Am 13.01.1993 trat die Gemeinde Liegau-Augustusbad dem Verband bei.

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ wurde mit Genehmigung der Verbandssatzung durch das Regierungspräsidium Dresden vom 30.11.1992 rechtsfähig. Mit Bescheid vom 11.04.1996 des Regierungspräsidiums Dresden wurde die am 07.04.1995/02.06.1995 beschlossene überarbeitete Verbandssatzung genehmigt. Nach der Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt am 13.07.1996 wurde sie wirksam.

Die Wirtschaftsführung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ wurde ab dem 01.01.1997 von der Kameralistik auf das für Eigenbetriebe geltende Wirtschaftsrecht umgestellt. Die geänderte Verbandssatzung wurde am 17.04.2000 im Sächsischen Amtsblatt bekannt gegeben.

Aufgrund der Gemeindegebietsreform von 1998 und der erfolgten Eingliederung der Gemeinde Bretnig-Hauswalde in die Stadt Großröhrsdorf zum 01.01.2017 mit Vereinbarung vom 28.11.2016 und Genehmigung des LRA Bautzen vom 01.12.2016 sind am Abwasserzweckverband „Obere Röder“ folgende Städte und Gemeinden beteiligt:

- Arnsdorf einschließlich der Ortsteile Kleinwolmsdorf, Fischbach und Wallroda
- Großharthau nur mit dem Ortsteil Seeligstadt
- Großröhrsdorf einschließlich Ortsteile Kleinröhrsdorf, Bretnig und Hauswalde
- Radeberg einschließlich den Ortsteilen Liegau-Augustusbad, Großerkmannsdorf und Ullersdorf
- Wachau nur mit dem Ortsteil Leppersdorf

In der Verbandsversammlung vom 11.05.2006 wurde die Verbandssatzung zur Sicherheitsneugründung beschlossen. Mit der Genehmigung am 03.07.2006 durch das Regierungspräsidium Dresden und der Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt am 14.09.2006 wurde das Verfahren zur Sicherheitsneugründung abgeschlossen. Am 17.12.2010 trat die 1. Änderungssatzung zur Verbandssatzung zur Sicherheitsneugründung vom 09.11.2010 in Kraft. Die 2. Änderungssatzung zur Sicherheitsneugründung vom 22.06.2017 trat 2017 in Kraft. Am 29.04.2021 wurde die 3. Änderungssatzung und am 02.03.2022 die 4. Änderungssatzung verabschiedet.

2.1.2. Satzungsgemäße Aufgaben

Die Aufgaben des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ sind in § 2 der Verbandssatzung festgelegt. Danach hat der Zweckverband die Aufgabe, das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser nach § 50 Abs. 1 und 2 SächsWG (früher §61 (1)) zu beseitigen. Die Ortskanalisation wird von den Mitgliedsgemeinden in eigener Verantwortung hergestellt und betrieben. Damit haben die Verbandsmitglieder das Recht und die Pflicht, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung Satzungen für die Abwasserbeseitigung in ihren Gemeinden zu erlassen (Satzungs-, Beitrags- und Gebührenhoheit).

Die technische Betriebsführung der Ortsnetze und die verwaltungsmäßige Abwicklung des Gebühreneinzuges wurden mit Ausnahme der Gemeinde Großharthau, Ortsteil Seeligstadt auf der Grundlage von Einzelverträgen zum 01.01.1998 an den Zweckverband übertragen.

Der Zweckverband kann außerdem für Nichtmitglieder Aufgaben der Abwasserbeseitigung erledigen. Zur Aufgabenerfüllung darf sich der Zweckverband Dritter bedienen.

Der Zweckverband erstrebt entsprechend § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung in Zusammenhang mit den satzungsgemäßen Aufgaben keinen Gewinn.

2.2. Organisation

Im Zweckverband sind seit dem 01.01.2008 folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Betriebsführung Ortsanlagen für die Verbandsmitglieder im kaufmännischen und technischen Bereich inkl. Verbrauchsabrechnung
- Betriebsführung der Verbandsanlagen
- Leistungen für fremde Dritte
- unmittelbare Verbandsarbeit

Satzungsgemäß dürfen nur die Aufwendungen über die Betriebskostenumlage finanziert werden, die auf die Verbandsarbeit entfallen. Die Kosten, die auf die Betriebsführung der Ortsnetze entfallen, sind nach dem Verursachungsprinzip als Entgelt von den Mitgliedsgemeinden zu erheben.

Die Kalkulation ergibt für das Jahr 2025 durch Umlage zu deckende vorläufige Betriebskosten für Verbandsmitglieder von insgesamt **4.990.313 €**.

2.3. Beteiligung an der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

2.3.1. Allgemeines

Mit Notarvertrag vom 09.01.1997 hat der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ und die Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH (später Nehlsen Entsorgungs GmbH Pirna) die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH gegründet.

Mit Beschluss Nr. GV-01-2016 der Gesellschafterversammlung wurde die Geschäftsführung beauftragt, mit der Firma Nehlsen über den Erwerb eigener Anteile zu verhandeln. Die Firma Nehlsen beabsichtigte schon seit dem Jahr 2009, ihre Anteile an der BVR mbH zu veräußern. Die Geschäftsführung hat daraufhin im März 2017 mit der Firma Nehlsen Entsorgungs GmbH Pirna einen Anteilskauf- und Abtretungsvertrag geschlossen. Dieser Vertrag ist notariell beurkundet (URNr.:1074/2017-H) und stand unter aufschiebenden Bedingungen. Die Übertragung der Anteile bedurfte der Zustimmung der Verbandsversammlung des AZV „Obere Röder“, der Rechtsaufsichtsbehörde und der Gesellschafterversammlung der BVR GmbH. Bei Verweigerung der Zustimmungen bestand das Recht des Rücktritts vom Vertrag. Die Zustimmung der Verbandsversammlung erfolgte mit Beschluss 01/2017 der Verbandsversammlung 06.06.2017.

Durch den im August 2017 zugestellten Bescheid des LRA Bautzen wurde der Erwerb der Anteile der Nehlsen Entsorgungs GmbH an der BVR durch die BVR genehmigt. Die entsprechende Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der BVR mbH erfolgte im Oktober 2017. Der Vorgang wurde in 2017 abgeschlossen. Die Gesellschafter sind seitdem wie folgt beteiligt:

Abwasserzweckverband „Obere Röder“	51 %
Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH (eigene Anteile)	49 %

Die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH verwertet in einer vom Abwasserzweckverband „Obere Röder“ angemieteten Bio-Co-Vergärungsanlage den im Verbandsgebiet anfallenden Klärschlamm. Daneben kann das Unternehmen Bioabfälle aller Art verarbeiten, soweit dadurch die Klärschlammbehandlung nicht beeinträchtigt wird.

2.3.2. Vertragsbeziehungen und ihre finanziellen Einflüsse

2.3.2.1. Erträge

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ hat mit der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH am 25.06.1999 einen entsprechenden Mietvertrag abgeschlossen. Die durch die BVR mbH zu entrichtende Miete beträgt aktuell 345 T€.

Weitere Erträge resultieren aus den Verträgen/Vereinbarungen zwischen BVR und Abwasserzweckverband zur Durchführung von labortechnischen Untersuchungen, zur Kostenerstattung des Mehraufwandes für die Phosphatfällung, für den Trinkwasserverbrauch der Bio-Co-Vergärungsanlage und zur Erledigung der Finanzbuchhaltung.

2.3.2.2. Aufwendungen

In der Bio-Co-Vergärungsanlage entsteht bei der Verwertung des Klärschlammes und der Bioabfälle Wärme, die für die Eigenversorgung der BVR und zur Beheizung des Verwaltungsgebäudes und der Räume des Maschinenhauses des Abwasserzweckverbandes zur Verfügung gestellt wird. Soweit diese Wärme aus der Verwertung von Bioabfall stammt, erzielt der Abwasserzweckverband einen Nutzungsvorteil. Dieser ist der BVR zu erstatten. Gleiches gilt für die erzeugte Elektroenergie sowie den Kosten für die Klärschlammverwertung.

Für 2025 resultieren folgende Planungsansätze, wobei zu beachten ist, dass hier auch externer Strombezug einfließt:

Konto 5100	Energie für Klärschlammverwertung	140,8 T€
Konto 5102	Strom Abwasseranlagen	614,0 T€
Konto 5909	Klärschlammverwertung	1.616,0 T€
Konto 6320	Heizung	70,9 T€

2.4. Finanzierung

Der Abwasserzweckverband „Obere Röder“ arbeitet derzeit als Teilzweckverband. Die Grundlagen der Finanzierung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ ergeben sich aus den §§ 22 und 23 der Verbandssatzung.

Danach sind die betrieblichen Aufwendungen des Zweckverbandes über eine Betriebskostenumlage zu erheben. Die Aufwendungen, die durch die Betriebsführung der Ortsnetze entstehen, werden als Entgelte gemäß den mit den Gemeinden geschlossenen Verträgen erhoben.

Der Finanzierungsbedarf für Investitionen und Ersatzinvestitionen wird über die Kapitalumlage gedeckt, sofern keine anderen Einnahmen/Mittel zur Finanzierung der Aufwendungen zur Verfügung stehen. Die Kapitalumlage für 2025 beträgt 0,00 €. Die Investitionsaufwendungen werden durch vorhandene Mittel gedeckt.

2.5. Investitionen

Die konkreten Investitionsvorhaben werden jährlich im Wirtschaftsplan festgelegt. Die Auftragsvergabe erfolgt nach Beschlussfassung durch das jeweils zuständige Organ des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“. Die Zuständigkeiten sind in der Verbandssatzung, Kassenordnung und Anstellungsverträgen geregelt.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 sind Investitionen (Neu-, Re- und Ersatzinvestitionen) i. H. von insgesamt **313,6 T€** geplant. Davon entfallen 40,0 T€ auf Investitionen, die bereits in den Vorjahren beschlossen wurden.

2.6. Voraussichtliche Entwicklung

Dem Planungszeitraum hat der AZV „Obere Röder“ eine Entwicklung unter den nachfolgend genannten Einflüssen und unter der Annahme des Konstrukts eines Teilzweckverbandes unterstellt.

Die in der Finanzplanung dargestellte voraussichtliche Entwicklung geht von einem normalen Geschäftsverlauf und den derzeitigen zur Verfügung stehenden Erkenntnissen aus:

- Es wird davon ausgegangen, dass die Einleitung der SAHO-Abwässer sich auf dem Niveau der Vorjahresmengen bewegt.
- Die Personalkosten für 2025 wurden entsprechend des aktuellen Tarifvertrages geplant. In den Folgejahren wird eine weitere Lohnkostensteigerung von 2,5 % geplant.
- Bei den sonstigen Kosten wird von einer Kostensteigerung von 3-5 % ausgegangen.
- Dieser Entwicklung wirkt eine fallende Zinsbelastung teilweise entgegen.
- Der AZV geht von einer weiteren Kostensteigerung bei der Klärschlammverwertung aus. Zukünftig ist ggf. mit weiter steigenden Kosten für die Klärschlammentsorgung zu rechnen, da der Gesetzgeber zum einen die Rahmenbedingungen zur stofflichen Verwertung verschärft hat und zum anderen die Phosphorrückgewinnung aus dem Klärschlamm gesetzlich vorgegeben hat.
- Die Stromkosten werden für das Jahr 2025 mit Kostensteigerung geplant.
- Ein Risikopunkt für den AZV sind nach wie vor die Ergebnisse aus der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Hier könnten aus Sicht des Gewässerschutzes die Grenzwerte für die Einleitung in Gewässer verschärft werden. Sollte dies so eintreten, stehen hier erhebliche Investitionen an.
- Unabhängig davon könnte weiterer Investitionsbedarf entstehen, da die Kläranlage Radeberg kapazitätsmäßig mehr als ausgelastet ist. Daher ist es zwingend erforderlich, dass die Mitglieder den AZV bei Neuansiedelungen oder geplanten Änderungen im jeweiligen Einzugsgebiet schon in der Planungsphase mit einbinden. Dies gilt auch für die Niederschlagswasserkonzepte der Verbandsmitglieder. Die Fremdwasserzuflüsse in den Ortsnetzen, hierzu zählen auch die Einleitungen von Niederschlagswasser in Mischwasserkanäle, müssen identifiziert und gestoppt werden. Der Fremdwasseranteil von bis zu 164 % belastet hydraulisch das Kanalsystem und gefährdet die ordnungsgemäße Mischwasserbehandlung.
- Im Bereich Personal ergibt sich auf Grund der Technisierung speziell auf dem Gebiet der Steuerungs- und Regelungstechnik perspektivisch die Notwendigkeit, den elektrotechnischen Bereich personell zu stärken bzw. aufzustocken.

Aus dem Liquiditätsplan ist ersichtlich, dass der Finanzmittelfond am Ende einer jeden Periode positiv ist.

Die angesparte Liquidität wird für zukünftig erforderliche Investitionen, welche sich aus dem Betrieb der Verbandsanlagen oder den gesetzlichen Anforderungen ergeben, verwendet. Somit wird die Wahrscheinlichkeit der Erhebung einer eventuellen Kapitalumlage für Investitionen stark reduziert.

2.7. Erläuterungen

Innerhalb der einzelnen Budgets sind die Aufwendungen/ Auszahlungen grundsätzlich gegenseitig deckungsfähig. Dies gilt auch für Konten ohne Ansatz. Das Gleiche gilt für Auszahlungen im investiven Bereich.

2.7.1. Erläuterungen zum Erfolgsplan

Die Erfolgsplanübersicht beinhaltet die Finanzplanung gemäß EigBVO § 20 Abs.1 Nr.1.

Erträge

Umsatzerlöse

Konto 4065 Sonderchargen

Dieses Konto enthält die geplanten Erlöse aus der Entsorgung von Fäkalien/Abwasser aus Anlagen von Verbandsmitgliedern und anderen Körperschaften sowie Unternehmen. Die Höhe entspricht der in 2025 voraussichtlich zu erwartenden Mengen.

Konto 4081 Betriebskostenumlage

Mit der Betriebskostenumlage werden die Aufwendungen gedeckt, die dem Verband durch das Betreiben der Verbandsanlagen entstehen. Darunter zählt auch der Abschreibungsaufwand für die Verbandsanlagen.

Konto 4084 Einleitentgelt Landeshauptstadt Dresden

Die Landeshauptstadt Dresden leitet das Abwasser vom OT Schönborn in das Verbandsgebiet ein. Die Abwassermengen und das Einleitentgelt werden für 2025 in ähnlicher Höhe wie 2024 erwartet.

Konto 4086 Entgelt Betriebsführung Ortsanlagen

Die Entgeltberechnung der Betriebsführungskosten erfolgt auf Basis der Kostenträgerrechnung (Verursachungsprinzip), der AZV hat lediglich Anspruch auf Kostenersatz. Die Kalkulation der Kosten erfolgte auf Grundlage der Betreiberpflichten, welche sich aus der Eigenkontrollverordnung ergeben, den weiteren vertraglich vereinbarten Leistungen und abgestimmten Maßnahmen. Danach ergeben sich Erträge aus der Weiterberechnung der Betriebsführungskosten für die Ortsnetze von insgesamt 1.520,0 T€.

Die Aufwendungen wurden im WPL 2025 innerhalb des AZV als Nettokosten geplant, die Berechnung des Betriebsführungsentgeltes an die Gemeinde wurde ebenfalls als Nettobetrag eingestellt, da ab dem 01.01.2025 die Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) erfolgen soll.

Konto 4087 Einleitentgelt Sachsenmilch Anlagen Holding AG (SAHO)

Die SAHO leitet Abwasser direkt in den Verbandssammler 2 ein, das in der Kläranlage in Radeberg „behandelt“ wird. Das Einleitentgelt umfasst auch die Weiterberechnung der Abwasserabgabe. Für das Jahr 2025 wird mit einem Einleitentgelt gesamt i. H. v. 130,0 T€ gerechnet. Die Berechnung der Erträge erfolgte entsprechend der Vorjahresmengen. Eine Lieferverpflichtung oder Mengengarantie der SAHO besteht nicht.

Konto 4401 Einleitung industrielles Abwasser

Dies betrifft die Erträge i. H. v. 8,7 T€ aus der Annahme des Abwassers (Teilstrom) aus der Käserei der SAHO. Die Annahme der Mengen kann nur in Abhängigkeit der Messwerteinhaltung erfolgen.

Konto 4690 Miete aus Vermietung BVR-Anlage

Der Verband erhält von der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH eine Miete in Höhe von 345,5 T€.

Konto 40875 Einleitentgelt OT Feldschlösschen

Dies beinhaltet die Kostenerstattung für die Einleitung des Abwassers aus dem OT Feldschlösschen der Gemeinde Wachau gemäß Zweckvereinbarung.

Konto 4200 sonstige betriebliche Erträge

Erträge aus Zählerwechsel gemäß Vereinbarung mit den Mitgliedern und sonstige Weiterberechnungen werden erfasst.

Konto 4220 Entgelt BVR

Eingestellt wurde die Weiterberechnung der in 2025 zu erwartenden Aufwendungen für Laborleistungen, Fällmittel und Anfertigung der Umsatzsteuererklärung. Dieses Konto beinhaltet weiterhin die Erträge aus der Weiterberechnung des Trinkwasserbezuges an die BVR mbH.

Konto 4100 Mieterträge

Der Ansatz in Höhe von 4,2 T€ erfolgte entsprechend den Mietverträgen mit dem Tierschutzverein Radeberg e. V. Zusätzlich wurden Flächen/Räume an die Große Kreisstadt Radeberg vermietet.

Sonstige betriebliche Erträge

Konto 4064 Auflösung empfangener Ertragszuschüsse

Gemäß § 27 Abs. 2 SächsEigBVO ist die Auflösung empfangener Ertragszuschüsse öffentlicher Zuschussgeber als sonstige betriebliche Erträge auszuweisen. Die Auflösung erfolgt analog der Abschreibungsdauer des bezuschussten Anlagevermögens.

Konto 7110 Zinsertrag aus Guthaben bei Kreditinstituten

Nach Einschätzung des AZV hinsichtlich der Zinsentwicklung wird angenommen, dass durch die Anlage eines Teils der angesparten Liquidität ein Zinsertrag i. H. v. ca. 40,0 T€ erzielt werden kann.

Aufwendungen

Materialaufwand

Konto 5100 Energie für Klärschlammverwertung

Konto 5100: Wärme und Energie für Klärschlammverwertung 140,8 T€

Konto 6320: Wärme für Beheizung der vom Verband genutzten Räume 70,9 T€

Konto 5102 Strom Abwasseranlagen (Energiebezug)

Die Aufwendungen unterteilen sich in:

Energiebezug für Verbandsanlagen 529,2 T€

Energiebezug für Ortsanlagen (PW, RÜB) 84,8 T€

Konto 5103 Wasser für Abwasseranlagen

Dieses Konto beinhaltet den geplanten Wasserverbrauch der Kläranlage Leppersdorf sowie der Pumpwerke Wallroda und Kleinwolmsdorf.

Konto 51031 Wasser für Bio-Co-Vergärungsanlage

Dieses Konto beinhaltet den geplanten Wasserverbrauch der Bio-Co-Vergärungsanlage. Die in gleicher Höhe entgegenstehenden Erlöse sind im Konto 4220 eingeplant.

Konto 5104 Aufwendungen für RHB und bezogene Waren

In diesem Konto werden insbesondere die Aufwendungen für Nutriox zur vorbeugenden Behandlung gegen Gerüche an Schwerpunkten in den Ortsnetzen Radeberg und Wachau, RHB's für die Kläranlage Radeberg (z. B. Ameisensäure zur Spülung der Belüfterkerzen) und Öle/Fette geplant.

Konto 5880 Bestandsveränderung RHB-Stoffe – Lagerverbrauch Betrieb

Geplant wurden die Bestandsveränderungen an Labormitteln (Verbrauch Chemikalien, Arbeitsmittel), Schmutzfängern und Schachtabdeckungen. Ein Teil der Schachtabdeckungen wird aus Kostengründen durch den AZV eingekauft und nicht vom Dienstleister beigebracht. Der Ansatz wurde auf der Grundlage der geplanten Reparaturen angesetzt. Des Weiteren wird auf diesem Konto die Bestandsveränderung an Fällmittel in den Kläranlagen Radeberg, Leppersdorf (BKU) und Seifersdorf, Lomnitz (Gemeinde Wachau) abgebildet.

RHB-Stoffe für Verbandsanlagen und Dritte	121,2 T€
RHB-Stoffe für Ortsanlagen	48,4 T€

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Konto 5900, 5902, 5904, 5905 bezogene Leistungen für die Betriebsführung

Es wurden Aufwendungen für Kanalreinigung, TV-Befahrung und die Reinigung von Tageswassereinläufen (Konto 5902), für die Unterhaltung von Kläranlagen, Pumpwerken, RÜB's, Sammler (Konto 5905), für Transportkosten für Klärschlamm der dezentralen Anlagen (Konto 5904) sowie Entsorgungskosten für Sand und Rechengut (Konto 5900) eingestellt.

Die Reinigung von Tageswassereinläufen (TWE) wurde ab 2024 neu als bezogene Leistung in die Betriebsführung für Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf und Bretnig-Hauswalde aufgenommen.

Für die Entsorgung von Sand und Rechengut wird für 2025 eine ähnliche Höhe wie 2024 geplant.

Die Aufwendungen teilen sich in:

Aufwendungen für Verbandsanlagen und Dritte	77,2 T€
Aufwendungen für Ortsanlagen	220,4 T€

Konto 5901 Einleitung Sonderchargen

Entsprechend den in 2025 zu erwartenden Einleitmengen wurden Kosten i. H. v. 19,8 T€ eingestellt. Die Abrechnung erfolgt gemäß Vereinbarung mit der Stadtentwässerung Dresden GmbH nach tatsächlich eingeleiteter Menge.

Konto 5903 Abwasserüberwachung

Das Konto beinhaltet Kosten der behördlichen Überwachung der Einleitwerte der Kläranlagen.

Konto 5909 Klärschlammverwertung

Nach dem Wirtschaftsplan der BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH werden 2025 voraussichtliche Aufwendungen in Höhe von 1.616,0 T€ entstehen.

Aufwendungen für Verbandsanlagen	1.541,3 T€
Aufwendungen für Ortsanlagen	34,1 T€
Aufwendungen für fremde Dritte	40,6 T€

Personalaufwand

Konten 6010 bis 6153

Die Position beinhaltet den Personalaufwand für 20,9 VZÄ und einen Geschäftsführer. Dies ergibt eine Mitarbeiterzahl von 22. Die Berechnung der Löhne und Gehälter erfolgte auf der Grundlage des bestehenden Tarifvertrages.

Zur Abdeckung der sozialen Aufwendungen (AG-Anteil zur Sozialversicherung, Berufsgenossenschaft etc.) wurde ein Aufwand von ca. 25 v. H. der Löhne und Gehälter eingestellt.

Abschreibungen

Konten 6200 bis 6260

Betrifft Abschreibungsaufwand auf die Verbandsanlagen. Dieser beinhaltet auch die Abschreibungen für die geplanten Investitionen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Konto 6300 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Dieses Konto beinhaltet Kosten für sonstige Aufwendungen wie Aufbewahrungskosten für Geschäftsunterlagen, Veröffentlichungen u. ä. Der Kostenansatz wurde unter Zugrundelegung der voraussichtlich in 2025 zu erwartenden Aufwendungen kalkuliert.

Konto 6303 Aufwendungen für Beratungen

Hier werden Bewirtungskosten im Rahmen von Versammlungen, Beratungen etc. eingestellt.

Konto 6304 Aufwandsentschädigungen

Enthalten sind die Aufwandsentschädigungen für die Organe des Verbandes gemäß Entschädigungssatzung des AZV „Obere Röder“.

Konto 6320 Heizung

Eingestellt sind die Kosten i. H. v. 70,9 T€ für die Beheizung der Räume auf dem Gelände der Kläranlage Radeberg.

Konto 6325 Strom, Wasser

Enthalten die Aufwendungen für Trinkwasser und Strom der Verwaltungs- und Betriebsgebäude.

Konto 6330 Reinigung

Beinhaltet die Kosten für die laufende Unterhaltsreinigung des Betriebsgebäudes der Kläranlage Radeberg.

Konto 6350 Grundstücksaufwendungen

Hierin enthalten sind Kosten für den Winterdienst und Landschaftspflege.

Das Ergebnis der im Jahr 2023 durchgeführten Neuausschreibung der Leistungen für Grünanlagenpflege ist in den WPL 2025 eingeflossen.

Konten 6400-6402 Versicherungen

Die Planung erfolgte auf Grundlage der bestehenden Verträge und der aktuell gültigen Versicherungsbeiträge aus den entsprechenden Policen.

Konto 6420 Beiträge

Hier wurde der Mitgliedsbeitrag des Verbandes in der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. und Kosten der Kläranlagennachbarschaften geplant.

Konto 6425 Gebühren

Enthalten sind die Rundfunkgebühren sowie die Kosten für verkehrsrechtliche Anordnungen im Rahmen von Baumaßnahmen und der Betriebsführungsaufgaben.

Konten 6432 Abwasserabgabe

Die Kalkulation erfolgte auf der Basis der zu erwartenden Jahresschmutzwassermengen in 2025, und den vorliegenden Bescheiden zur Niederschlagswasserbehandlung und wurde mit insgesamt 178,5 T€ angesetzt.

Konten 6450/6460/6470/6486 Reparaturen und Instandhaltungen von Bauten, Verbandsanlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und sonstige Reparaturen

Die Planung beinhaltet die vorhersehbaren Reparaturen und Wartungen der gesamten Maschinen und Anlagenteile sowie Leistungen an verschiedenen Baukörpern. Die Kalkulation der Kosten erfolgte anhand der aktuellen Reparaturaufwendungen, Angeboten sowie der bestehenden Wartungsverträge und Wartungspläne. 456,3 T€ wurden für diese Aufwendungen eingeplant.

Konto 6490 Reparaturen, Instandhaltungen Ortsnetze

Nach Abstimmung mit den Eigenbetrieben und betroffenen Bauämtern werden in den Ortsnetzen im Jahr 2025 Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 657,5 T€ veranschlagt.

Arnsdorf	61,3 T€
Brettnig/Hauswalde	52,1 T€
Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf	86,1 T€
Radeberg	358,8 T€
Wachau	99,2 T€

Konto 6494 Wartung Hard- und Software

Dieses Konto beinhaltet die Wartungskosten für die EDV-Anlagen des Verbandes.

Konten 6520-6570 Kfz-Kosten

Die Aufwendungen entstehen zum Großteil aufgrund der Integration der Aufgaben der Betriebsführung direkt in den Abwasserzweckverband. Dies sind Kfz-Versicherungen, laufende Kfz-Kosten (Kraftstoffe) und Reparaturen an den Kfz.

Konto 6600 Öffentliche Bekanntmachung

Dieses Konto beinhaltet Veröffentlichungskosten für die Sitzungen der Gremien des Verbandes, für den Wirtschaftsplan, Jahresabschluss und für Anzeigen für Bereitschaftsdienste.

Konto 6643 bis 6668 Reisekosten und Aufmerksamkeiten Arbeitnehmer

Diese Konten beinhalten die Aufwendungen für Dienstreisen und Aufmerksamkeiten.

Konto 6800 Porto

Hier werden die Aufwendungen für die Versendung der Geschäftspost erfasst.

Konto 6805 Kommunikationsaufwendungen

Die Aufwendungen bestehen aus Fernmeldekosten für sämtliche Telefonanlagen, Fehlerübermittlung (Kläranlagen, Pumpwerke) in das Leitsystem, Handys usw.

Konto 6815 Bürobedarf

Die Aufwendungen schließen das gesamte notwendige Büromaterial ein.

Konto 6820 Zeitschriften/Bücher

Die Aufwendungen umfassen Kosten für sämtliche erforderliche Fachliteratur (Gesetzblätter, Vorschriftensammlungen usw.) für die Bereiche Betrieb und Verwaltung.

Konto 6821 Fortbildungskosten

Das Konto enthält die Aufwendungen für Fortbildungs- und Lehrgangskosten für Mitarbeiter und Personalrat.

Konto 6825 Rechts- und Rechtsberatungskosten

Die Kosten wurden für Rechts- und Beratungsleistungen, die im Zusammenhang mit Baumaßnahmen und der Verbandsarbeit stehen, geplant.

Konto 6826 Steuerberatungskosten

Aufwendungen für Steuerberatung fließen hier ein.

Konto 6827 Abschlusskosten- und Prüfungskosten

Die Aufwendungen entstehen für die Anfertigung des Jahresabschlusses des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ sowie der Jahresabschlüsse für die Betriebe gewerblicher Art und deren Prüfung.

Konto 6828 örtliche und überörtliche Prüfungskosten JA

Hierin sind Aufwendungen für die örtliche und überörtliche Prüfung und der Wirtschaftsprüfer enthalten.

Konto 6829 Steuererklärungskosten

Die voraussichtlichen Aufwendungen für die Anfertigung der Steuererklärungen durch die Steuerberatungsgesellschaft sind hierin geplant.

Konto 6831 Aufwendungen für Gebührenabrechnung

Enthalten sind Kosten laut Vereinbarung für die Bereitstellung der Ablesedaten für Trinkwasser und Kosten für die Bereitstellung aller Zählerwechseldaten durch die WVB GmbH. Ausgenommen sind Zuschlags- und Abzugszähler.

Konto 6837 DATEV-Gebühren (externe EDV-Kosten)

Es erfolgt der Ansatz der Kosten, die für die Nutzung und Aktualisierung der DATEV-Programme in 2025 voraussichtlich entstehen werden.

Konto 6840 Miete und Mietleasing Kopiertechnik

Enthalten sind hier die Kosten für Bereitstellung und Wartung sämtlicher Kopiertechnik. Die Kosten für Kopierpapier fließen in Konto 6815 Bürobedarf ein.

Konto 6846 Werkzeuge und Kleingeräte

Die Anschaffungskosten von Werkzeugen und Kleingeräten nach dem voraussichtlichen Bedarf in 2025 werden in diesem Konto kalkuliert.

Konto 6850 Verbrauchsmaterial-Labor

Hier erfolgt die Einstellung der Kosten für Verbrauchsmaterial im Labor.

Konto 6853 Sonstiger Betriebsbedarf

Die Aufwendungen umfassen die Kosten für weiteren Betriebsbedarf wie Elektrokleinmaterial, Malerbedarf, Besen, Leuchtmittel, Batterien, Handwaschpaste, Desinfektionsmittel, Pflanzenschutzmittel, Seife, Reinigungsmittel u. ä.

Konto 6854 Dienst- und Schutzkleidung

Enthalten sind die Kosten für die Bereitstellung und Reinigung der Berufsbekleidung für die gewerblichen Mitarbeiter des Verbandes.

Konto 6855 Nebenkosten Geldverkehr

Kosten für Kontoführung, Saldenbestätigungen und Entgelte für den Zahlungsverkehr werden erfasst.

Konto 6859 Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung

Beinhaltet Kosten für die Abfallgebühren gemäß Satzung des Landkreises Bautzen.

Konto 6969 Kosten für Gutachtenerstellung

Hier werden Kosten eingestellt, welche für den gemäß Auflagen aus der Genehmigung der Kläranlage Radeberg zu führenden Nachweis des Wiesenknopf-Ameisen-Bläuling erwartet werden.

Konten 7321 und 7324 Zinsen

Die Zusammensetzung der Zinsaufwendungen ergibt sich aus dem Zins- und Tilgungsplan (Punkt 5.3 des Wirtschaftsplans).

Konto 7685 Kfz-Steuern

Die Kfz-Steuern für sämtliche verbandseigenen Fahrzeuge fließen hier zusammen.

Konto 7600 - 7641 Steuern vom Einkommen und Ertrag

Hier wird der Ansatz für Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer aus den Betrieben gewerblicher Art des Verbandes und die Kapitalertragssteuer ermittelt.

Anlage 1 Kostenträgerübersicht

Konto	Bezeichnung	Plan 2025	BKU	Fremde Dritte	Gesamt. Bioco	ON Arnsdorf	ON Großröhrsdorf		ON Radeberg	ON Wachau
			70000000	11000000+	16000000	10000000	Bret./Hausw.	Großrsd./Kleinsrd.	50000000	60000000
4065 0	Einleitung Sonderchargen (FAS/Rückstände)	-5.400 €	0 €	-5.400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4081 0	Betriebskostenumlage Verbandsarbeit	-4.990.313 €	-4.990.313 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4084 0	Einleitentgelt Abwasser Schönborn	-99.400 €	0 €	-99.400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4086 0	Entgelt Betriebsführung Ortsanlagen	-1.520.000 €	0 €	0 €	0 €	-117.400 €	-96.000 €	-195.800 €	-771.400 €	-339.400 €
4087 0	Einleitentgelt Abwasser SAHO	-130.000 €	0 €	-130.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4087 5	Einleitentgelt OT Feldschlößchen	-55.505 €	-55.505 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4200 0	sonst. betr. Erträge (Zählerwechsel, sonst.)	-3.100 €	0 €	-3.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4210 0	Erträge aus Weiterberechnungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4220 0	Entgelt BVR	-95.300 €	0 €	-70.200 €	-25.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4230 0	Erträge nach VKS	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4401 0	Einleitung Salzlake	-8.700 €	0 €	-8.700 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4690 0	Miete aus Vermietung BVR-Anlage	-345.500 €	0 €	0 €	-345.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4100 0	Mieterträge ustrfr.	-4.200 €	-100 €	-4.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 20	-7.257.418 €	-5.045.918 €	-320.900 €	-370.600 €	-117.400 €	-96.000 €	-195.800 €	-771.400 €	-339.400 €
5100 0	Energie für Klärschlammverwertung	140.800 €	130.100 €	7.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	2.900 €
5102 0	Strom Abwasseranlagen	614.000 €	470.000 €	59.200 €	0 €	1.200 €	0 €	500 €	34.300 €	48.800 €
5103 0	Wasser für Abwasseranlagen	2.700 €	2.400 €	300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5103 1	Wasser für BioCo-Vergärungsanlage	25.100 €	0 €	0 €	25.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5104 0	Aufwendungen für RHB und bezogene Waren	14.300 €	8.000 €	200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	700 €	5.400 €
5880 0	Bestandsveränderung RHB-Stoffe / Waren	169.600 €	117.700 €	3.500 €	0 €	3.400 €	3.400 €	5.100 €	17.900 €	18.600 €
5900 0	Entsorgung Sand und Rechengut	19.400 €	14.000 €	0 €	0 €	1.500 €	1.200 €	1.200 €	0 €	1.500 €
5901 0	Einleitung Sonderchargen	19.800 €	19.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
5902 0	Kanalreinigung/TV-Befahrung/TWE	262.400 €	59.000 €	0 €	0 €	19.300 €	20.000 €	48.800 €	95.100 €	20.200 €
5903 0	Abwasserüberwachung	30.600 €	16.700 €	900 €	0 €	0 €	0 €	0 €	9.600 €	3.400 €
5904 0	Klärschlamm (Transport)	14.700 €	4.100 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	10.500 €
5905 0	Unterhaltung Abwasseranlagen	1.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	800 €	300 €
5909 0	Klärschlammverwertung	1.616.000 €	1.541.300 €	40.600 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	34.100 €
Summe	Zeile 60	2.930.500 €	2.383.100 €	112.600 €	25.100 €	25.400 €	24.600 €	55.600 €	158.400 €	145.700 €
4949 0	Verrechnete Sachbezüge an AN	-4.500 €	-4.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 90	-4.500 €	-4.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4064 0	Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-845.612 €	-740.420 €	0 €	-105.192 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 91	-845.612 €	-740.420 €	0 €	-105.192 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6010 0	Löhne	550.100 €	389.200 €	34.100 €	1.500 €	4.300 €	3.200 €	10.100 €	71.700 €	36.000 €
6011 0	Ausbildungsvergütung	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6012 0	Bereitschaftsdienst	42.000 €	29.600 €	1.100 €	0 €	800 €	400 €	1.300 €	6.300 €	2.500 €
6013 0	Sonntagszuschlag 50 % frei	500 €	400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €
6014 0	Nachzuschlag frei	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6020 0	Gehälter	460.100 €	334.500 €	19.800 €	7.000 €	8.900 €	5.200 €	10.500 €	61.100 €	13.100 €
6021 0	Einmalzahlungen	61.400 €	43.300 €	1.600 €	0 €	1.200 €	600 €	1.800 €	9.200 €	3.700 €
6022 0	Erholungsbeihilfe	3.300 €	2.300 €	100 €	0 €	100 €	0 €	100 €	500 €	200 €
6023 5	Sonderzahlungen Azubi lt. Tarifvertrag	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6072 0	Sachzuwendungen an AN	4.500 €	4.500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6080 0	Vermögenswirksame Leistungen	1.000 €	800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	100 €
6090 0	Fahrtkostenerstatt. Whg./Arbeitsstätte	300 €	300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
61110	AG-Anteil ges. Sozialversicherung	234.900 €	165.600 €	12.400 €	2.200 €	3.100 €	2.000 €	5.100 €	31.500 €	13.000 €
6117 0	Gesundheitsfürsorge	3.900 €	2.800 €	100 €	0 €	100 €	0 €	100 €	600 €	200 €
6120 0	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	6.300 €	6.100 €	100 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6121 0	AMD	4.400 €	3.100 €	100 €	0 €	100 €	0 €	100 €	700 €	300 €
6130 0	Freiwillige soziale Aufwendung. LSt-frei	1.800 €	1.300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	300 €	100 €
6140 0	Aufwendungen für Altersversorgung	6.300 €	4.500 €	200 €	0 €	100 €	0 €	100 €	1.000 €	400 €
6141 0	Beihilfe ZVK-Umlage Angestellte	12.400 €	8.900 €	600 €	200 €	200 €	100 €	300 €	1.700 €	400 €
6152 0	Zusatzbeitrag ZVK	18.500 €	13.200 €	900 €	200 €	300 €	200 €	500 €	2.600 €	600 €
6153 0	Pauschale LSt ZVK	2.900 €	2.200 €	100 €	100 €	0 €	0 €	0 €	400 €	100 €
Summe	Zeile 100	1.414.600 €	1.012.600 €	71.200 €	11.300 €	19.200 €	11.700 €	30.100 €	187.700 €	70.800 €

Konto	Bezeichnung	Plan 2025	BKU	Fremde Dritte	Gesamt. Bioco	ON Arnsdorf	ON Großröhrsdorf		ON Radeberg	ON Wachau
			70000000	11000000+	16000000	10000000	Bret./Hausw.	Großrsd./Kleinrsd.	50000000	60000000
6320 0	Heizung	70.900 €	68.100 €	2.100 €	700 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6325 0	Strom, Wasser	14.800 €	14.000 €	400 €	100 €	0 €	0 €	0 €	200 €	100 €
6330 0	Reinigung	15.900 €	11.700 €	500 €	0 €	300 €	100 €	400 €	2.100 €	800 €
6335 0	Instandhaltung betrieblicher Räume	10.200 €	7.500 €	300 €	0 €	200 €	100 €	300 €	1.300 €	500 €
6350 0	Grundstücksaufwendungen, betrieblich	73.100 €	45.700 €	7.300 €	0 €	0 €	400 €	7.600 €	9.200 €	2.900 €
Summe	Zeile 120	184.900 €	147.000 €	10.600 €	800 €	500 €	600 €	8.300 €	12.800 €	4.300 €
7685 0	Kfz-Steuern	1.800 €	1.300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	300 €	100 €
Summe	Zeile 140	1.800 €	1.300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	300 €	100 €
6400 0	Haftpflichtversicherungen	2.200 €	1.600 €	100 €	0 €	0 €	0 €	100 €	300 €	100 €
6401 0	Sachversicherungen	32.100 €	31.100 €	700 €	300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6402 0	Personenversicherungen	2.400 €	2.300 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6420 0	Beiträge	1.100 €	1.000 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6425 0	Gebühren	1.800 €	800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	500 €	400 €	100 €
6432 0	Abwasserabgabe	178.500 €	174.500 €	4.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 150	218.100 €	211.300 €	5.000 €	300 €	0 €	0 €	600 €	700 €	200 €
6300 0	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.800 €	1.600 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	0 €
6304 0	Aufwandsentschädigungen	2.100 €	2.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 160	3.900 €	3.700 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	0 €
6520 0	Kfz-Versicherungen	6.700 €	4.900 €	200 €	0 €	100 €	100 €	200 €	900 €	300 €
6530 0	Laufende Kfz-Betriebskosten	29.000 €	21.300 €	800 €	0 €	500 €	300 €	800 €	3.800 €	1.500 €
6540 0	Kfz-Reparaturen	64.700 €	47.600 €	1.800 €	0 €	1.100 €	600 €	1.700 €	8.500 €	3.400 €
6560 0	Mietleasing Kfz	3.300 €	2.400 €	100 €	0 €	100 €	0 €	100 €	400 €	200 €
6570 0	Sonstige Kfz-Kosten	5.700 €	4.300 €	200 €	0 €	100 €	0 €	100 €	700 €	300 €
Summe	Zeile 180	109.400 €	80.500 €	3.100 €	0 €	1.900 €	1.000 €	2.900 €	14.300 €	5.700 €
6600 0	Öffentliche Bekanntmachungen	2.500 €	1.800 €	100 €	0 €	0 €	0 €	100 €	400 €	100 €
6643 0	Aufmerksamkeiten	100 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6663 0	Reisekosten Arbeitnehmer, Fahrtkosten	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6664 0	Reisekosten AN Verpfleg.mehraufwand	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6668 0	Kilometergelderstattung Arbeitnehmer	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 200	2.600 €	1.900 €	100 €	0 €	0 €	0 €	100 €	400 €	100 €
6785 0	Andere Dienst- und Fremdleistungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 220	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6200 0	Abschreibung immaterielle VermG	8.800 €	8.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6220 0	Abschreibungen auf Sachanlagen	1.504.800 €	1.229.200 €	30.700 €	244.900 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6221 0	Abschreibungen auf Gebäude	180.200 €	87.800 €	2.000 €	90.400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6222 0	Abschreibungen auf Kfz	62.400 €	61.600 €	800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6260 0	Sofortabschreibung GWG	1.000 €	1.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 240	1.757.200 €	1.388.400 €	33.500 €	335.300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6450 0	Reparatur u.Instandhaltung von Bauten	43.200 €	17.600 €	1.600 €	21.400 €	200 €	100 €	300 €	1.400 €	600 €
6460 0	Reparatur/Instandh. Verbandsanlagen	404.900 €	388.600 €	16.300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6470 0	Rep./Instandh. Betriebs-/Geschäftsausst.	5.200 €	4.500 €	300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	200 €	200 €
6485 0	Instandhaltung Außenanlagen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6486 0	Reparatur/Instandh. Geräte/Maschinen	3.000 €	2.500 €	200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	200 €	100 €
6490 0	Reparatur/Instandh. Ortsanlagen	657.500 €	0 €	0 €	0 €	61.300 €	52.100 €	86.100 €	358.800 €	99.200 €
6494 0	Wartungskosten für Hard-/Software	18.900 €	16.200 €	300 €	100 €	200 €	200 €	400 €	1.100 €	400 €
Summe	Zeile 250	1.132.700 €	429.400 €	18.700 €	21.500 €	61.700 €	52.400 €	86.800 €	361.700 €	100.500 €

Konto	Bezeichnung	Plan 2025	BKU	Fremde Dritte	Gesamt. Bioco	ON Arnsdorf	ON Großröhrsdorf		ON Radeberg	ON Wachau
			70000000	11000000+	16000000	10000000	Bret./Hausw.	Großrsd./Kleinrsd.	50000000	60000000
			12000002				20000000	40000000		
6303 0	Aufwendungen für Beratungen	500 €	500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6800 0	Porto	2.700 €	1.600 €	100 €	0 €	100 €	100 €	100 €	500 €	200 €
6805 0	Kommunikationsaufwendungen	12.100 €	9.400 €	300 €	100 €	100 €	0 €	100 €	1.300 €	800 €
6815 0	Bürobedarf	600 €	500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	0 €
6820 0	Zeitschriften, Bücher	4.400 €	4.000 €	100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	200 €	100 €
6821 0	Ausbildungs- und Fortbildungskosten	7.500 €	7.400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	0 €
6821 5	Ausbildungskosten AZUBI	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6825 0	Rechts- und Beratungskosten	29.700 €	27.400 €	700 €	100 €	100 €	100 €	200 €	800 €	300 €
6826 0	Steuerberatungskosten	500 €	0 €	300 €	200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6827 0	Abschluss- und Prüfungskosten	29.600 €	20.600 €	2.100 €	6.900 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6828 0	örtliche und überörtl. Prüfungsk. JA	18.000 €	17.700 €	300 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6829 0	Steuererklärungskosten	1.200 €	0 €	600 €	600 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6831 0	Aufwendungen für Gebührenabrechnung	40.800 €	0 €	0 €	0 €	5.900 €	4.000 €	7.600 €	17.300 €	6.000 €
6835 0	Miete für Geräte/Maschinen/Einrichtungen	1.800 €	1.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6837 0	DATEV-Kosten	45.000 €	23.700 €	200 €	100 €	2.200 €	1.400 €	2.900 €	11.300 €	3.200 €
6840 0	Miete und Mietleasing Kopiertechnik	4.500 €	3.400 €	100 €	0 €	100 €	0 €	100 €	600 €	200 €
6842 0	verauslagte Kosten zur WB #48310	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6846 0	Werkzeuge und Kleingeräte	4.900 €	4.400 €	400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	100 €	0 €
6850 0	Verbrauchsmaterial Labor	8.400 €	7.200 €	1.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	200 €
6853 0	Sonstiger Betriebsbedarf	17.400 €	15.400 €	1.400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	500 €	100 €
6853 5	Dienst- und Schutzkleidung	13.100 €	9.700 €	400 €	0 €	200 €	100 €	300 €	1.700 €	700 €
6855 0	Nebenkosten des Geldverkehrs	1.500 €	1.200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	200 €	100 €
6859 0	Aufwand Abraum-/Abfallbeseitigung	3.500 €	2.900 €	200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	300 €	100 €
6969 0	Kosten für Gutachtenerstellung	6.400 €	6.200 €	200 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 260	254.100 €	165.000 €	8.400 €	8.000 €	8.700 €	5.700 €	11.300 €	35.000 €	12.000 €
7320 0	Zinsen DKB	6.705 €	6.638 €	0 €	67 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7321 0	Zinsen OSK Kto. Nr. 6191580019	13.058 €	0 €	0 €	13.058 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7322 0	Zinsen OSK Kto. Nr. 6160505635	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7326 0	Zinsen OSK Kto. Nr. 6650003938	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 310	19.763 €	6.638 €	0 €	13.125 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
6960 0	Periodenfremde Aufwendungen	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 312	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7110 0	Sonstiger Zinsertrag	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7111 0	Zinsertrag aus Guthaben Kreditinstitute	-40.000 €	-40.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 322	-40.000 €	-40.000 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
4960 0	Periodenfremde Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 323	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7600 0	Körperschaftsteuer	9.300 €	0 €	200 €	9.100 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7608 0	Solidaritätszuschlag	500 €	0 €	0 €	500 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7610 0	Gewerbesteuer	7.300 €	0 €	-500 €	7.800 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7630 0	Kapitalertragsteuer 15%	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
7633 0	SolZ auf Kapitalertragsteuer 15%	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
Summe	Zeile 355	17.100 €	0 €	-300 €	17.400 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	Summe Erträge	-8.147.530 €	-5.830.838 €	-320.900 €	-475.792 €	-117.400 €	-96.000 €	-195.800 €	-771.400 €	-339.400 €
	Summe Aufwendungen	8.046.663 €	5.830.838 €	263.000 €	432.825 €	117.400 €	96.000 €	195.800 €	771.400 €	339.400 €
	Ergebnis	-100.867 €	0 €	-57.900 €	-42.967 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
	(-) = Jahresgewinn / (+) = Jahresverlust									

Anlage 2 Entgelt Betriebsführung Mitgliedskommunen Ortsnetze 2025

Nach § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) erfolgt die Planung und Buchung der Betriebsführungsentgelte der Ortsnetze ab dem Jahr 2025 netto und wird zuzüglich Umsatzsteuer an die Gemeinden verrechnet.

Zur Vergleichbarkeit werden die Betriebsführungsentgelte sowohl netto als auch brutto dargestellt.

Betriebsführungsentgelt netto:

Mitglied	2025	Entgelt / Monat	Entgelt/Jahr 2026	Entgelt/Jahr 2027	Entgelt/Jahr 2028
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Arnsdorf mit OT Fischbach, Wallroda	117.400	9.783	120.300	123.300	134.900
Großröhrsdorf	291.800	24.317	299.000	306.500	314.100
Bretnig/Hauswalde	96.000	8.000	98.400	100.900	103.400
Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf	195.800	16.317	200.600	205.600	210.700
Radeberg mit OT Liegau-Augustusbad, Großerkmannsdorf, Ullersdorf	771.400	64.283	788.300	808.000	828.200
Wachau mit OT Leppersdorf, Lomnitz, Seifersdorf	339.400	28.283	341.100	342.900	344.700
Großharthau, OT Seeligstadt	0	0	0	0	0
Gesamt	1.520.000	126.666	1.548.700	1.580.700	1.621.900

Dem Planansatz für die Jahre 2026 - 2028 liegen die Kostensteigerungen analog der BKU-Planung zu Grunde.
Die Planungsansätze werden jedoch jährlich mit jedem Mitglied einzeln und nach Bedarf neu abgestimmt.

Betriebsführungsentgelt brutto:

Mitglied	2025	Entgelt / Monat	Entgelt/Jahr 2026	Entgelt/Jahr 2027	Entgelt/Jahr 2028
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Arnsdorf mit OT Fischbach, Wallroda	139.706	11.642	143.157	146.727	160.531
Großröhrsdorf	347.242	28.937	355.810	364.735	373.779
<i>Brettnig/Hauswalde</i>	<i>114.240</i>	<i>9.520</i>	<i>117.096</i>	<i>120.071</i>	<i>123.046</i>
<i>Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf</i>	<i>233.002</i>	<i>19.417</i>	<i>238.714</i>	<i>244.664</i>	<i>250.733</i>
Radeberg mit OT Liegau-Augustusbad, Großerkmannsdorf, Ullersdorf	917.966	76.497	938.077	961.520	985.558
Wachau mit OT Leppersdorf, Lomnitz, Seifersdorf	403.886	33.657	405.909	408.051	410.193
Großharthau, OT Seeligstadt	0	0	0	0	0
Gesamt	1.808.800	150.733	1.842.953	1.881.033	1.930.061

Ab 2025 sind die Umsätze aus den Betriebsführungsverträgen nach § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) komplett steuerbar und somit auch die Personalkosten. Dies verursacht Mehrkosten von ca. 4 %.

Das Betriebsführungsentgelt der Gemeinde Wachen wurde auf ca. 400.000,00 € brutto pro Jahr gedeckelt.

Anlage 3 Mengenermittlung

Menge lt. Verbrauchsabrechnung 2023

Mitglieder

Arnsdorf	189.669 m³
Bretnig/Hauswalde	107.820 m ³
Großröhrsdorf/Kleinröhrsdorf	253.052 m ³
gesamt Großröhrsdorf	360.872 m³
Radeberg	1.306.754 m ³
gesamt Radeberg	1.306.754 m³
Großharthau OT Seeligstadt	17.300 m³
Wachau OT Leppersdorf	31.723 m³

Nichtmitglieder

Wachau OT Feldschlößchen	21.304 m³
--------------------------	-----------------------------

Grundlage für BKU 2021

1.927.622 m³

2.7.2. Erläuterungen zum Liquiditätsplan

Der Liquiditätsplan beinhaltet die Finanzplanung gemäß EigBVO § 20 Abs.1 Nr. 2.

Als Berechnungsgrundlage des Liquiditätsplanes werden die durchschnittlichen Veränderungen der Vorjahre, Erfahrungswerte des Unternehmens, vorhersehbare Vorkommnisse sowie aktuelle Zahlen und die Planzahlen herangezogen.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 lassen sich benötigte Finanzierungsmittel für Investitionen und für die Tilgung von Kreditverbindlichkeiten mit Hilfe des Investitionsplanes und des Zins- und Tilgungsplanes vorherplanen.

Anhand der aktuell vorliegenden Zahlen des aufgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.2023 ist ersichtlich, dass dem AZV 2.860.782 € als Finanzmittelfonds ab 2024 zur Verfügung stehen.

Für beide Darlehen bei der Ostsächsischen Sparkasse hat der AZV in 2024 Sondertilgungen in Höhe von insgesamt 504.279 € geleistet (Zeile 37 im Liquiditätsplan). Ein Darlehen wurde somit zum 30.06.2024 abgelöst.

Der AZV plant für das Wirtschaftsjahr 2025 im Liquiditätsplan dahingehend, dass die zur Finanzierung der Investitionen benötigten Mittel und die Mittel für Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Verfügung stehen.

Des Weiteren wird die zinsertragsbringende Anlage eines Teils der angesparten Liquidität geplant.

Aus der aufgestellten Kapitalflussplanung ist ersichtlich, dass dem AZV am Ende jeder Periode ein positiver Finanzmittelfonds zur Verfügung steht.

2.7.3. Erläuterung zur Finanzplanung

In der Finanzplanung wird die voraussichtliche Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des AZV dargestellt. Dies erfolgt in der Erfolgsplanübersicht 2023 - 2028 unter Punkt 3.1 des Wirtschaftsplanes. Die voraussichtliche Entwicklung des Mittelzuflusses und -abflusses wurde entsprechend im Liquiditätsplan 2023 - 2028 unter Punkt 4 des Wirtschaftsplanes aufgestellt und erläutert.

Die voraussichtliche Entwicklung berücksichtigt neben dem Planjahr 2025 drei folgende Wirtschaftsjahre anhand der zum Planungszeitraum vorliegenden wirtschaftlichen Erkenntnisse.

Mittels der dazu aufgestellten Erfolgsplanübersicht ist ersichtlich, dass der AZV von einem nahezu linearen Ergebnis ausgeht. Die steigenden Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus einer steigenden BKU auf Grund der Kostensteigerungen. Der Zusammenhang wurde bereits unter 2.6 erläutert.

Finanzbeziehungen zu den Mitgliedern:

Gewinnabführungen sind nicht geplant. Die durch die Mitglieder zu entrichtenden Umlagen entsprechen der Haushaltsatzung des Verbandes.

Finanzbeziehungen zu Kreditinstituten

Diese sind im Zins- und Tilgungsplan (Punkt 5) detailliert dargestellt.

Investitionsprogramm

Seitens des AZV sind Investitionen für das Wirtschaftsjahr 2025 in die Verbandsanlagen i. H. v. 313,6 T€ geplant.

Davon entfallen 40,0 T€ auf Investitionen, die bereits in den Vorjahren beschlossen wurden und teilweise aufgestockt werden mussten:

- 40 T€ Einführung Betriebsführungssoftware

Im Investitionsprogramm 2025 sind folgende Investitionen mit einer Gesamtsumme von 273,6 T€ geplant:

- Mess-, Pumpwerks- und Fördertechnik,
- Pumpen, Aggregate, Geräte
- Fahrzeugpark,
- BV RÜB An den Leithen - Erneuerung Schieber
- IT-Technik,
- Digitale Zeiterfassung,
- Büroeinrichtung,
- die Sicherung von Dienstbarkeiten,
- kleinere Maßnahmen.

In den Folgejahren (2026-2028) sind derzeit Investitionen i. H. v. 425,0 T€ geplant.

Die im letzten Jahr für 2023/2024 angekündigte Maßnahme „RÜB 1 Havariebecken – Sanierung Becken“ wird vorerst nicht geplant und in Abhängigkeit der Ergebnisse der zu erstellenden Schmutzfrachtberechnung verschoben.

Seit 2014 erfolgt die Finanzierung der Ersatzinvestitionen aus Eigenmitteln.

Die Finanz- und Investitionsplanung wird jährlich der Entwicklung und den Erfordernissen angepasst.

2.7.4 Erläuterung zum Kassenkredit

Die Genehmigungspflicht von Kassenkrediten (§ 84 SächsGemO) wurde in 2017 geändert. Der Höchstbetrag der Kassenkredite bedarf seit 01.01.2018 im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde, wenn er ein Fünftel der im Finanzhaushaltveranschlagten Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit übersteigt. Die genehmigungsfreie Obergrenze der Kassenkredite ist damit in der Regel niedriger als nach der vorherigen Rechtslage. Das Vorgenannte ist auch für die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe und für Haushaltssatzungen der Zweckverbände zu beachten.

Bei Wirtschaftsplänen nach Eigenbetriebsrecht ist die Position „Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit“ nicht im Liquiditätsplan enthalten. Im Einzelfall ist eine Euro-genaue Ermittlung nicht möglich. Mit Schreiben vom 05.01.2018 hat die Behörde gebeten, bei der Einreichung von Unterlagen den entsprechenden Betrag zu benennen.

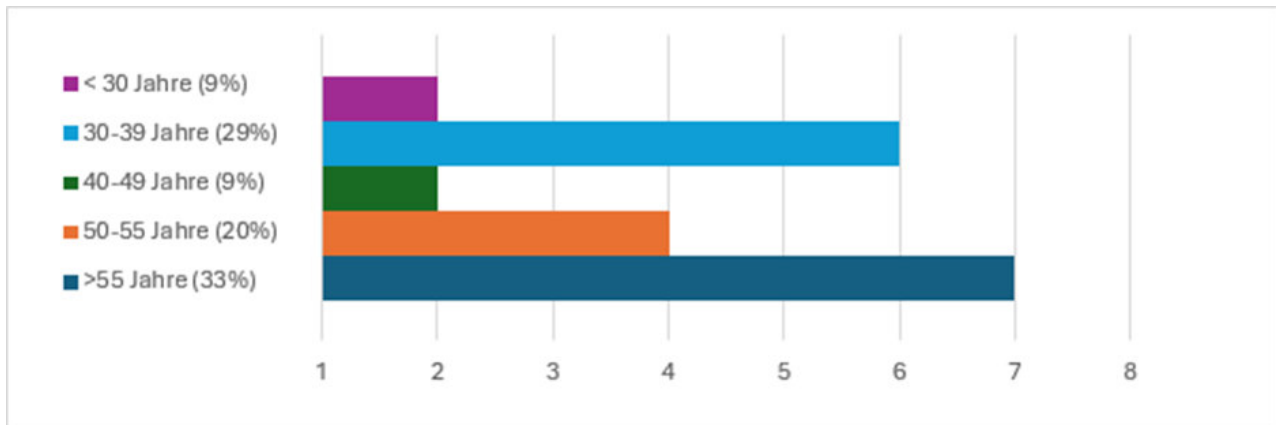
Die Auszahlungen berechnen sich aus den Gesamtausgaben des Erfolgsplanes abzüglich Abschreibungsaufwand und Zinsen. Damit ergeben sich für 2023 Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 6.269.700 EUR.

2.7.5 Erläuterungen zur Stellenübersicht

Die Stellenübersicht beinhaltet alle im WJ 2025 erforderlichen Stellen.

Vollzeitbeschäftigte werden mit 1,00 VzÄ im Stellenplan dargestellt, Teilzeitkräfte entsprechend ihrem Zeitanteil. Die Stellen sind entsprechend ihrer Entgeltgruppe nach dem gültigen Firmentarifvertrag abgebildet. Im Stellenplan 2025 sind insgesamt 20,9 VzÄ (ohne Geschäftsführer und Auszubildende) ausgewiesen.

Der Altersdurchschnitt im Unternehmen liegt bei 47 Jahren und die Altersstruktur (inkl. GF) stellt sich im Diagramm wie folgt dar:



Stellen, welche nicht stellenplanpflichtiges Personal sind, werden im Teil D der Stellenübersicht ausgewiesen. Hierzu zählen im AZV ehrenamtlich Tätige wie der Verbandsvorsitzende, stellvertretende Verbandsvorsitzende sowie die Verbandsräte in der Verbandsversammlung. Diese erhalten entsprechend der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung.

Erfolgsplan

3.1. Erfolgsplanübersicht 2023 – 2028

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Vorläuf. JA- Ergebnis 2023 €	Plan 2024 €	gemäß § 2b UStG			
				Plan 2025 €	Plan 2026 €	Plan 2027 €	Plan 2028 €
1	Umsatzerlöse	6.844.553	7.339.609	7.257.418	7.384.998	7.348.612	7.485.114
	davon vorl. BKU Umlage informativ	4.619.473	4.885.370	4.990.313	5.083.205	5.010.589	5.099.664
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Waren						
3	andere aktivierte Eigenleistungen	0					
4	sonstige betriebliche Erträge	869.683	854.434	850.112	850.112	850.112	850.112
	davon Auflösung von Sonderposten	845.612	857.907	845.612	845.612	845.612	845.612
	davon Bioco (informativ)		105.191	105.192	105.192	105.192	105.192
5	Materialaufw and						
	a) Aufw endungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	965.840	798.500	966.500	988.770	1.011.597	1.034.994
	b) Aufw endungen für bezogene Leistungen	1.674.609	1.949.900	1.964.000	2.011.350	2.059.884	2.109.631
6	Personalaufw and						
	a) Löhne und Gehälter	939.335	1.090.400	1.121.900	1.151.280	1.180.062	1.209.564
	b) soziale Abgaben und Aufw endungen für Altersversorgung und für Unterstützung	260.585	267.200	292.700	298.685	306.152	313.806
7	Abschreibung						
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.894.045	1.841.400	1.757.200	1.782.147	1.777.021	1.757.138
	davon Bioco (informativ)		344.700	335.300	335.321	323.378	319.814
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB						
8	sonstige betriebliche Aufw endungen	1.654.263	2.149.200	1.905.700	1.912.505	1.764.757	1.809.943
	davon Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil						
9	Erträge aus Beteiligungen						
	davon aus verbundenen Unternehmen						
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
	davon aus verbundenen Unternehmen						
11	Zinsen und ähnliche Erträge	276	20.000	40.000	40.000	40.000	40.000
	davon aus verbundenen Unternehmen						
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
13	Zinsen und ähnliche Aufw endungen	54.854	43.334	19.763	11.226	8.416	6.094
	davon aus verbundenen Unternehmen						
14	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	270.983	74.109	119.767	119.147	130.836	134.057
15	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen						
16	Aufw endungen aus Verlustübernahmen						
17	außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
18	außerordentliche Aufw endungen						
19	außerordentliches Ergebnis						
20	Steuern vom Einkommen und Ertrag	40.933	19.600	17.100	17.100	18.800	19.300
21	sonstige Steuern	1.810	1.400	1.800	1.800	1.800	1.800
22	Jahresgewinn / Jahresverlust	228.239	53.109	100.867	100.247	110.236	112.957

3.2. Erfolgsplan-Erträge

Lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Vorläufiges JA-Ergebnis 2023 €	Planansatz 2024 €	Planansatz 2025 €
1		Umsatzerlöse			
	4065	Sonderchargen	5.353	10.300	5.400
	4081	Betriebskostenumlage	4.619.473	4.885.370	4.990.313
	4083	Klärschlammverwertung Nichtmitglieder	0	0	0
	4830	Einleitentgelt OT Feldschlößchen	51.625	53.839	55.505
	4084	Einleitentgelt OT Schönborn	99.384	61.400	99.400
	4086	Betriebsführungsentgelt Verbandsmitglieder Ortsnetze	1.349.882	1.707.000	1.520.000
	4087	Einleitentgelt SAHO	191.892	185.000	130.000
	4401	Einleitung Salzlake	17.342	12.100	8.700
	4410	sonstige Erlöse (19 % Ust)	0	0	0
	4690	Miete für Biocovergärungsanlage	345.335	345.500	345.500
	4510	Erlöse Altmetallverwertung	3.052	0	0
	4200	sonstige betriebliche Erlöse	3.101	3.200	3.100
	4831	Erlöse aus Weiterberechnungen	62.027	0	0
	4220	Erlöse BVR mbH	91.528	70.900	95.300
	4230	Erlöse nach VKS	390	800	0
	4100	Mieteinnahmen	4.171	4.200	4.200
	4700	Erlösschmälerungen	-2		
		Summe Umsatzerlöse	6.844.553	7.339.609	7.257.418
2		Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Waren	0	0	0
3		andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4		sonstige betriebliche Erträge			
	4064	Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	845.612	849.934	845.612
		Erträge für das Vorjahr	0	0	0
	4949	Verrechnete Sachbezüge	4.363	4.500	4.500
	4830	Sonstige betriebliche Erträge	1.342	0	0
	4831	Erträge aus Weiterberechnungen			
	4832	Entgelt BVR mbH			
	4860	Mieteinnahmen			
	4925	Erträge Zuschreibung Forderungen			
	4960	Periodenfremde und neutrale Erträge	8.466		
		Abgang von AV			
	4930	Auflösung Rückstellungen	2.973		
	4970	Versicherungsentschädigung	6.928		
		Summe sonstiger betrieblicher Erträge	869.683	854.434	850.112
5		Erträge aus Beteiligungen			
		Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
		Summe Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
6		Zinsen und ähnliche Erträge			
	7105	Zinserträge § 233a AO	39	0	0
	7111	Zinsertrag aus Guthaben Kreditinstitute		20.000	40.000
	7142	Zinsertrag Abzinsung Rückstellungen	237		
		Summe Zinsen und ähnliche Erträge	276	20.000	40.000
7		Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilabführungsverträgen			
8		außerordentliche Erträge	0	0	0
9		Entnahme aus Rücklagen	0	0	0
10		Summe der Erträge	7.714.512	8.214.043	8.147.530

3.3. Erfolgsplan-Aufwendungen

Lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Vorläufiges JA-Ergebnis 2023 €	Planansatz 2024 €	Planansatz 2025 €
5		Materialaufwand			
	5100	Wärme und Energie f. Klärschlammverwertung	96.486	127.500	140.800
	5102	Energiebezug (Strom für AW-Anlagen)	575.716	447.200	614.000
	5103	Wasser auf Abwasseranlagen	2.687	4.400	2.700
	51031	Wasser für BioCo-Vergärungsanlage	21.325	25.100	25.100
	5104/5105	RHB-Stoffe f. Betriebsführung	39.762	21.000	14.300
	5880	Bestandsveränderungen RHB-Stoffe	229.863	173.300	169.600
			965.840	798.500	966.500
		Aufwendungen für bezogene Leistungen			
	5900	Entsorgung Sand u. Rechengut	21.303	22.500	19.400
	5901	Einleitentgelt Sonderchargen	20.229	15.900	19.800
	5902 bis 5908 5909	bezogene Leistungen für Betriebsführung Klärschlammentsorgung	198.365 1.434.712	276.100 1.635.400	308.800 1.616.000
		Summe Materialaufwand	1.674.609	1.949.900	1.964.000
6		Personalaufwand			
		a) Löhne und Gehälter			
	6010	Löhne	418.216	471.000	550.100
	6011	Ausbildungsvergütung	0	0	0
	6012-6019	Bereitschaft, AZK, sonst. Zuschläge und Aufwand	40.877	42.500	42.500
	6020/6027	Gehälter	421.053	516.300	464.600
	6021-6025	Einmalzahlungen/Erholungsbeihilfe/Jubiläums-			
	6072-6090	zuwendungen/Sonderzahlungen Azubi/sonstige	59.189	60.600	64.700
		b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung			
		gesetzliche Sozialaufwendungen einschließlich Berufsgenossenschaft etc.	260.585	267.200	292.700
		Summe Personalaufwand	1.199.919	1.357.600	1.414.600
7		Abschreibungen			
	6200	Abschreibungen auf immaterielle VermG	15.751	11.400	8.800
	6220	Abschreibungen auf Sachanlagen	1.649.039	1.600.600	1.504.800
	6221	Abschreibungen auf Gebäude	178.437	176.000	180.200
	6222	Abschreibungen auf Kfz	49.139	52.400	62.400
	6264	Sofortabschreibungen GWG außerplanmäßige AfA	1.680	1.000	1.000
		Summe Abschreibungen	1.894.045	1.841.400	1.757.200
8		sonstige betriebliche Aufwendungen			
	6300 ..	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	1.874	1.000	1.800
	6303	Aufwendungen für Beratungen	85	500	500
		Bewertungskosten			
	6304	Aufwandsentschädigungen (Organe)	2.100	1.900	2.100
	6320	Heizung	53.575	71.000	70.900
	6325	Strom, Wasser	11.993	11.800	14.800
	6330	Reinigung	16.589	17.200	15.900
	6335	Instandhaltung betrieblicher Räume	10.621	200	10.200
	6350	Grundstücksaufwendungen	61.943	77.000	73.100
	6400	Haftpflichtversicherungen	2.265	2.800	2.200
	6401	Sachversicherungen	31.210	28.600	32.100
	6402	Personenversicherungen	2.417	2.600	2.400
	6420	Beiträge	1.196	1.100	1.100
	6425	Gebühren	1.914	600	1.800
	6432-33	Abwasserabgabe	178.502	180.800	178.500
	6450	Rep. u. Instandh. von Bauten	43.622	51.900	43.200
	6460	Rep. u. Instandh. von techn. Anlagen u. Maschinen VA	283.452	488.800	404.900
	6470	Rep. u. Instandh. von Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.442	3.200	5.200
	6485	Instandhaltung Außenanlagen	0	0	0
	6486	Rep. u. Instandh. Geräte u. Maschinen	3.227	3.300	3.000
	6490	Rep. u. Instandh. Betriebsführung ON	575.000	820.500	657.500
	6494	Wartungskosten Hard- und Software	14.207	16.200	18.900
	6520	Kfz-Versicherungen	6.730	7.300	6.700
	6530	laufende Kfz-Kosten	30.210	34.100	29.000
	6540	Kfz-Reparaturen	67.604	32.700	64.700
	6560	Mietleasing Kfz	3.462	1.900	3.300
	6570	sonstige Kfz-Kosten	5.920	6.100	5.700

Lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Vorläufiges JA-Ergebnis 2023 €	Planansatz 2024 €	Planansatz 2025 €
	6600	öffentliche Bekanntmachung	2.631	800	2.500
	6643	Aufmerksamkeiten	52	100	100
	6645	nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	100	0	0
	6668	km-Geld-Erstattungen an Arbeitnehmer	0	0	0
	6780	andere Fremd- und Dienstleistungen	869	0	0
	6800	Porto	2.817	3.200	2.700
	6805	Kommunikationsaufwendungen	12.201	12.700	12.100
	6815	Bürobedarf	629	1.900	600
	6820	Zeitschriften, Bücher	4.315	4.200	4.400
	6821	Ausbildungs- und Fortbildungskosten	1.536	15.200	7.500
	6823	Ausbildungskosten AZUBI	0	0	0
	6825	Rechts- und Beratungskosten	29.022	7.000	29.700
	6826	Steuerberatungskosten	460	400	500
	6827	Abschlusskosten	28.700	28.500	29.600
	6828	Prüfungskosten	17.517	15.700	18.000
	6829	Steuererklärungskosten	1.200	1.200	1.200
	6831	Aufw. f. Gebührenabrechnung	48.389	48.100	40.800
	6835	Mieten für Geräte und Einrichtungen	1.870	2.000	1.800
	6837	externe EDV-Kosten (DATEV-Gebühren)	30.968	40.800	45.000
	6840	Miete und Mietleasing für Kopiertechnik	4.742	5.800	4.500
	6842	verauslagte Kosten	0	0	0
	6845/46	Werkzeuge und Kleingeräte	4.937	2.600	4.900
	6850	Verbrauchsmaterial Labor	8.203	14.800	8.400
	6853	sonstiger Betriebsbedarf	12.981	15.500	17.400
	6854	Arbeitskleidung Arbeitnehmer	13.225	12.400	13.100
	6855	Nebenkosten des Geldverkehrs	1.660	2.900	1.500
	6859	Abfallbeseitigungskosten	3.577	3.900	3.500
	6969	Gutachtererstellung	1.400	46.400	6.400
	6960	Periodenfremde Aufwendungen	5.097	0	0
		Forderungsverluste	0	0	0
	6923	EWB zu Forderungen	0	0	0
	6890	Erlöse Sachanlageverkäufe Buchverlust	6	0	0
	6895	Abgänge Sachanlagen RBW	0	0	0
		Summe sonstige betriebl. Aufwendungen	1.654.263	2.149.200	1.905.700
9		Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
	7308	Zinsen für Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
	7310	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
	7311	Zinsen zu öffentlichen Zuwendungen	0	0	0
	7320	Zinsen Ostsächs. SpK. Nr. 8641580019 (Umschuldung in 2009)	0	0	0
	7321	Zinsen OSK Kto. Nr. 6191580019	19.519	17.120	13.058
	7322	Zinsen Ostsächs. SpK Nr. 8610105635	0	0	0
	7324	Zinsen DKB Nr. 7243850	21.888	11.918	6.705
	7326	Zinsen Ostsächs. SpK Nr. 8130003938	13.447	14.296	0
	7362	Zinsaufwand Abzinsung RST	0	0	0
		Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54.854	43.334	19.763
10		sonstige Steuern			
	7685	Kfz-Steuer	1.810	1.400	1.800
	7600-7641	Steuern vom Einkommen und Ertrag	40.933	19.600	17.100
		Summe sonstige Steuern	42.743	21.000	18.900
		Gesamtaufwendungen	7.486.273	8.160.934	8.046.663
		Summe der Erträge	7.714.512	8.214.043	8.147.530
		Jahresgewinn/-verlust	228.239	53.109	100.867

4. Liquiditätsplan 2023 – 2028

Nr.	+/-	Bezeichnung	vorläufig Ist 2023 €	angepasst Plan 2024 €	gemäß § 2b UStG			
					Plan 2025 €	Plan 2026 €	Plan 2027 €	Plan 2028 €
1.		Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	228.239	53.109	100.867	100.247	110.236	112.957
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.894.045	1.841.400	1.757.200	1.782.147	1.777.021	1.757.138
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-59.903	0	0	0	0	0
4.	+/-	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-845.612	-854.434	-850.112	-850.112	-850.112	-850.112
5.	-/+	Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-20.055	0	0	0	0	0
6.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-260.504	0	0	0	0	0
7.	-/+	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6	0	0	0	0	0
8.	+/-	Zinsaufwendungen/Zinserträge	54.578	16.705	-20.238	-28.774	-31.584	-33.906
9.	-	Sonstige Beteiligungserträge						
10.	+/-	Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten						
11.	+/-	Ertragsteueraufwand/-ertrag						
12.	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten						
13.	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten						
14.	-/+	Ertragsteuerzahlungen						
15.	=	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14)	990.794	1.056.780	987.717	1.003.508	1.005.561	986.076
16.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens						
17.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-3.121					
18.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens						
19.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-302.745	-417.000	-313.600	-153.000	-136.000	-136.000
20.	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens						
21.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
22.	+	Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis						
23.	-	Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis						
24.	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
25.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition						
26.	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten						
27.	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten						
28.	+	Erhaltene Zinsen	276	20.000	40.000	40.000	40.000	40.000
29.	+	Erhaltene Dividenden						
30.	=	Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 16 bis 29)	-305.590	-397.000	-273.600	-113.000	-96.000	-96.000
31.	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens						
32.	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern						
33.	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens						
34.	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter						
35.	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten						
36.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-526.194	-881.603	-352.814	-214.064	-165.814	-165.814
37.	+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	1.031.789					
38.	+	Einzahlungen aus außerordentlichen Posten						
39.	-	Auszahlungen aus außerordentlichen Posten						
40.	-	Gezahlte Zinsen	-54.854	-36.705	-19.762	-11.226	-8.416	-6.094
41.	-	Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens						
42.	-	Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter						
43.	=	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 31 bis 42)	450.741	-918.308	-372.576	-225.290	-174.230	-171.907
44.		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 15, 30, 43)	1.135.945	-258.528	341.541	665.218	735.331	718.169
45.	+/-	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds						
46.	+/-	Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds						
47.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.724.837	2.860.782	2.602.254	2.943.795	3.609.013	4.344.344
48.	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 44 bis 47)	2.860.782	2.602.254	2.943.795	3.609.013	4.344.344	5.062.513

5. Zins- und Tilgungsplan

Nr.	Konto-Nr. Zinsaufwand	Darlehen	Aufnahme- jahr	Zins- satz in %	fest bis	Stand 31.12.2023 in €	Zinsen 2024 in €	Tilgung 2024 in €	Stand 31.12.2024 in €	Zinsen 2025 in €	Tilgung 2025 in €	Stand 31.12.2025 in €	Zinsen 2026 in €	Tilgung 2026 in €	Stand 31.12.2026 in €	Zinsen 2027 in €	Tilgung 2027 in €	Stand 31.12.2027 in €	Zinsen 2028 in €	Tilgung 2028 in €	Stand 31.12.2028 in €	Bemerkung
1	7323	Ostsächs. SPK Dresden # 8641580019	15.10.2009	4,24	31.10.2019																	Zinsbindung bis 31.10.2019 Restschuld 2.987.200 EUR
		Sondertilgung						124.360														
		Umschuldung von	Nov 19	1,40	30.01.2031	1.298.875	16.259	165.814	1.008.700	13.058	165.814	842.887	10.736	165.814	677.073	8.416	165.814	511.259	6.094	165.814	345.445	Zinsbindung bis 30.01.2031 Restschuld 0 EUR
2	7326	Ostsächs. SPK # 8130003938	2002	5,46	02.04.2012																	
		Sondertilgung						379.918														
		Zinsanpassung	2012	3,17	01.04.2027	404.428	6.150	24.510	0													
3	7329	DKB # 7243850	2003	4,40	30.09.2013																	
		Vertragsänderung	2010	4,04	30.03.2026	422.250	14.296	187.000	235.250	6.704	187.000	48.250	490	48.250	0 (30.03.2026)							Zinsbindung bis 30.03.2026 Restschuld 0 EUR
						2.125.553	36.705	881.603	1.243.950	19.762	352.814	891.137	11.226	214.064	677.073	8.416	165.814	511.259	6.094	165.814	345.445	

6. Investitionsprogramm

6.1 Investitionsprogramm 2025

Maßnahmen	Planansatz	Finanzierung durch		
		Eigene Mittel	Fördermittel	Kredite
	EUR	EUR	EUR	EUR
RÜB An den Leithen - Erneuerung Schieber	8.500	8.500	0	0
KA Radeberg - Zulaufschieber	7.000	7.000	0	0
APW: Pumpentechnik	15.000	15.000	0	0
KA Radeberg: Messtechnik	15.000	15.000	0	0
KA Leppersdorf: Ersatz Aggregate	5.000	5.000	0	0
KA Radeberg: Drainagewasserpumpe	2.500	2.500	0	0
Gaswarngeräte	3.600	3.600	0	0
Geräte	2.000	2.000	0	0
IT / PC-Clients	50.000	50.000	0	0
Datenzentrale / Leitsystem	30.000	30.000	0	0
Digitale Zeiterfassung	20.000	20.000	0	0
Büroeinrichtung	30.000	30.000	0	0
Fahrzeugpark (T5)	50.000	50.000	0	0
Grunderwerbskosten/Grunddienstbarkeiten	5.000	5.000	0	0
Nicht planbare Investitionen	30.000	30.000	0	0
Summe Investitionsprogramm	<u>273.600</u>	<u>273.600</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Fortschreibung von in Vorjahren bereits beschlossenen Maßnahmen	Planansatz	Finanzierung durch		
		Eigene Mittel	Fördermittel	Kredite
	EUR	EUR	EUR	EUR
Betriebsführungssoftware	40.000	40.000	0	0
Summe Investitionen aus Vorjahren	<u>40.000</u>	<u>40.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Gesamtsumme Investitionsprogramm	<u>313.600</u>	<u>313.600</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

6.1.1 Erläuterungen zu den Investitionen 2025

Seitens des AZV sind Investitionen für das Wirtschaftsjahr 2025 in die Verbandsanlagen i. H. v. 313,6 T€ geplant.

Die Einführung einer Betriebsführungssoftware zur weiteren Digitalisierung im AZV und um die Anforderungen an Nachweispflichten (z. B. Betriebstagebücher) und Planungsgrundlagen erfüllen zu können, wird fortgeschrieben. Hier wird davon ausgegangen, dass das Projekt in 2025 abgeschlossen werden kann.

Die verbleibenden Mittel für Investitionen werden in

- Mess-, Pumpwerks- und Fördertechnik,
- Pumpen, Aggregate, Geräte
- Fahrzeugpark,
- BV RÜB An den Leithen - Erneuerung Schieber
- IT-Technik,
- Digitale Zeiterfassung,
- Büroeinrichtung,
- die Sicherung von Dienstbarkeiten,
- kleinere Maßnahmen.

eingesetzt.

Finanzierung und finanzielle Auswirkung

Die Finanzierung der Projekte ist grundsätzlich durch Eigenmittel geplant.

6.2 Anlage zum Investitionsprogramm AZV "Obere Röder" 2025

Entwicklung fortzuschreibender Maßnahmen

Betriebsführungssoftware	EUR
Fortschreibung Wirtschaftsplan 2022	40.000
Realisierte und geplante Auszahlungen bis 31.12.2023	0
Aufstockung 2024	0
zukünftig verfügbar	40.000

6.3 Investitionsprogramm 2026

Maßnahmen	Planansatz	Finanzierung durch		
		Eigene Mittel	Fördermittel	Kredite
	EUR	EUR	EUR	EUR
APW: Pumpentechnik	15.000	15.000	0	0
KA Radeberg: Messtechnik	15.000	15.000	0	0
KA Leppersdorf: Ersatz Aggregate	5.000	5.000	0	0
RÜB 1 Havariebecken Talstr. - Erneuerung Schieber	8.500	8.500	0	0
Geräte	2.000	2.000	0	0
IT / PC-Clients	4.000	4.000	0	0
IT / Server	10.000	10.000	0	0
Datenzentrale / Leitsystem	10.000	10.000	0	0
Siemens PG	8.500	8.500	0	0
Fahrzeugpark	50.000	50.000	0	0
Grunderwerbskosten/Grunddienstbarkeiten	5.000	5.000	0	0
Nicht planbare Investitionen	20.000	20.000	0	0
Summe Investitionsprogramm	<u>153.000</u>	<u>153.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

6.4 Investitionsprogramm 2027

Maßnahmen	Planansatz	Finanzierung durch		
		Eigene Mittel	Fördermittel	Kredite
	EUR	EUR	EUR	EUR
APW: Pumpentechnik	15.000	15.000	0	0
KA Radeberg: Messtechnik	15.000	15.000	0	0
KA Leppersdorf: Ersatz Aggregate	5.000	5.000	0	0
Geräte	2.000	2.000	0	0
IT / PC-Clients	4.000	4.000	0	0
IT / Server	10.000	10.000	0	0
Datenzentrale / Leitsystem	10.000	10.000	0	0
Fahrzeugpark	50.000	50.000	0	0
Grunderwerbskosten/Grunddienstbarkeiten	5.000	5.000	0	0
Nicht planbare Investitionen	20.000	20.000	0	0
Summe Investitionsprogramm	<u>136.000</u>	<u>136.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

6.5 Investitionsprogramm 2028

Maßnahmen	Planansatz	Finanzierung durch		
		Eigene Mittel	Fördermittel	Kredite
	EUR	EUR	EUR	EUR
APW: Pumpentechnik	15.000	15.000	0	0
KA Radeberg: Messtechnik	15.000	15.000	0	0
KA Leppersdorf: Ersatz Aggregate	5.000	5.000	0	0
Geräte	2.000	2.000	0	0
IT / PC-Clients	4.000	4.000	0	0
IT / Server	10.000	10.000	0	0
Datenzentrale / Leitsystem	10.000	10.000	0	0
Fahrzeugpark	50.000	50.000	0	0
Grunderwerbskosten/Grunddienstbarkeiten	5.000	5.000	0	0
Nicht planbare Investitionen	20.000	20.000	0	0
Summe Investitionsprogramm	<u>136.000</u>	<u>136.000</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

7. Stellenübersicht

Teil A: Beamte trifft nicht zu

Teil B: 1. tariflich Beschäftigte (Firmentarifvertrag)

	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen						Vermerke, Erläuterungen zum Beispiel Aufwands- entschädigungen)
		insgesamt	darunter		nachrichtlich			
			mit Zulage	Leerstellen	Zahl der geplanten 2024	Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2024	davon Kernverwaltung bezogen auf die Spalte 3 - Zahl der Stel- len insgesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	12							
	11							
	10	1			1	1	1	
	9	2				2	2	
	8	3			5,77	3,77	3	
	7	1,9			2,9	1,9	1,9	
	6	1					1	
	5	1			1	1	1	
	4	7			5,9	5	7	
	3	4			4	4	4	
	2							
	1							
Beschäftigte insgesamt		20,9			20,57	18,67	20,9	

Teil B: 2. außertariflich Beschäftigte

	Entgelt- gruppe	Zahl der Stellen						Vermerke, Erläuterungen zum Beispiel Aufwands- entschädigungen)
		insgesamt	darunter		nachrichtlich			
			mit Zulage	Leerstellen	Zahl der Stellen 2024	Zahl der tatsächl. besetzten Stellen am 30.06.2024	davon Kernverwaltung bezogen auf die Spalte 3 - Zahl der Stel- len insgesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Beschäftigte insgesamt		1			1	1	1	

Beschäftigte insgesamt (A+B)		21,9			21,57	19,67	21,9	
Beschäftigte insgesamt ohne A II		21,9			21,57	19,67	21,9	
Beschäftigte insgesamt mit All +		21,9			21,57	19,67	21,9	

Teil C: - nachrichtlich - Aufteilung der Stellen nach der Gliederung des Wirtschaftsplanes

I. Beamte trifft nicht zu

II.1. nach Tarif vergütete Stellen

(umfasst auch die vergleichbaren Beschäftigten der nicht dem TVöD beigetretenen kommunalen Körperschaften)

Kostenstelle	Gliederungsangaben	Einteilung der Kopfspalte nach den Entgeltgruppen												gesamt
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
6020	Betrieb: Leiter Technik										1			1
6020	technische/r SachbearbeiterIn							0,9						0,9
6020	BearbeiterIn technische Fragen			1										1
6020	GruppenleiterIn								3					3
6020	Elektrofachkraft				2									2
6010	Fachkraft für Abwassertechnik			3	4									7
6020	LaborantIn				1									1
6020	Verwaltung: MA Allgemeine Aufgaben der Verwaltung/ Personalwesen/ Controlling/Risiko-/ Vertragsmanagement/Buchführung BVR GmbH							1		1				2
6020	GruppenleiterIn Fibu									1				1
6020	SachbearbeiterIn Fibu/Gebührenabrechnung					1	1							2
	insgesamt:	0	0	4	7	1	1	1,9	3	2	1	0	0	20,9

II.2. außertariflich vergütete Stellen

Kostenstelle	Gliederungsangaben	außertariflich vergütete Stellen	gesamt
6027	Betrieb: Geschäftsführer		1

Teil D: - nachrichtlich - Ehrenbeamte, Beschäftigte in der Probe- und Ausbildungszeit

I. Ehrenbeamte

trifft nicht zu

II. Beamte auf Probe

trifft nicht zu

III. Nachwuchskräfte und informatorisch Beschäftigte

Bezeichnung	Art der Verfügung	Zahl	vorgesehen im Jahr 2025	beschäftigt am 30.06.2024	Erläuterungen
Auszubildende	Ausbildungsverhältnis				
Aushilfskraft	400-€-Job				
ehrenamtlich Verbandsvorsitzender	Aufwandsentschädigung lt. Satzung	1	1	1	
ehrenamtlich stellvertretender Verbandsvorsitzender	Aufwandsentschädigung lt. Satzung	1	1	1	
ehrenamtlich Verbandsräte	ohne Aufwandsentschädigung lt. Satzung	3	3	3	
insgesamt:		5	5	5	

8. Anlage

BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH

Wirtschaftsplan zum Wirtschaftsjahr 2025

Inhaltsverzeichnis
Wirtschaftsplan 2025

	Seite
1. Vorbericht u. Festsetzung	3
2. Erläuterungen	9
2.1 Erläuterungen zum Erfolgsplan	9
2.2 Erläuterungen zum Liquiditätsplan	18
2.3 Erläuterungen zum Finanzplan	19
2.4 Erläuterungen Investitionsprogramm	19
2.5 Erläuterung zur Stellenübersicht	19
3. Erfolgsplan	20
3.1 Erfolgsplan	20
3.2 Erfolgsplan – Erträge	21
3.3 Erfolgsplan – Aufwendungen	22
4. Verwendung des Jahresergebnisses	24
5. Liquiditätsplan	25
5.1 Erläuterungen	26
6. Finanzplan	27
6.1 Finanzplan – Erfolgsplan	27
7. Stellenplan	28
8. Erfolgsplan hoheitlich – gewerblich	29
8.1 Erfolgsplan hoheitlich – gewerblich	29
8.2 Erfolgsplan - Erträge hoheitlich – gewerblich	30
8.3 Erfolgsplan - Aufwendungen hoheitlich – gewerblich	31

1. Vorbericht und Festsetzung des Wirtschaftsplanes 2025

Festsetzung Wirtschaftsplan 2025:

Die Gesellschafter der BVR mbH haben auf Grundlage des Gesellschaftsvertrages den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 wie folgt beschlossen:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2025 wird wie folgt festgesetzt:

im Erfolgsplan mit:

Gesamterträgen von:	2.442.800,00 €
Gesamtausgaben von:	2.426.500,00 €
Gewinn/Verlust:	16.200,00 €

im Liquiditätsplan mit:

Saldo der Ein- u. Auszahlungen aus operativer Geschäftstätigkeit von:	55.300,00 €
--	-------------

Saldo der Ein- u. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von:	-25.000,00 €
--	--------------

Saldo der Ein- u. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von:	0,00 €
---	--------

Kreditaufnahmen für Investitionen sind nicht geplant, auch nicht die Aufnahme von Kassenkrediten und Verpflichtungsermächtigungen (für Vorjahre ebenfalls Fehlanzeige). Eine Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde entfällt somit. Finanzbeziehungen zu Gesellschaftern bzw. Kreditinstituten bestehen nicht.

Der Wirtschaftsplan wurde entsprechend den Vorschriften des SächsEigBVO, sowie in Anlehnung der Anwendungshinweise aufgestellt.

Der Wirtschaftsplan des Vorjahres wurde durch die Gesellschafter mit Beschluss GV-04-2022 am 29.11.2022 mit 100 Ja-Stimmen von 100 Soll-Stimmen beschlossen.

Gründung / Gesellschaftsvertrag:

Die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH wurde mit Notarurkunde vom 21.01.1997 gegründet. Der beschlossene Gesellschaftsvertrag vom 09.01.1997 mit 1. Nachtrag vom 28.10.1998 (Änderung des Unternehmensgegenstandes) wurde mit Satzungsneufassung vom 14.12.2007 u. mit Nachtrag vom 28.07.2008 neu geschlossen. Im Dezember 2016 erfolgte letztmalig eine Änderung des Gesellschaftervertrages (UR 4843/16-H), welche am 21.12.2016 in das Register des Amtsgerichtes eingetragen wurde. Mit Beschluss Nr. GV-04-2017 der Gesellschafterversammlung wurde der Erwerb der Nehlsen-anteile durch die Gesellschaft, auf Grundlage des geschlossenen Kauf- und Abtretungsvertrages vom 17. März 2017 mit der Urkundenrolle-Nummer: 1074/2017 – H, beschlossen.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Dresden unter HRB 14994 eingetragen.

Stammkapital:

Das Stammkapital beträgt 51.129,19 €.

Gesellschafter:

- > Abwasserzweckverband "Obere Röder" zu 51 %
- > Bio-Verwertungsgesellschaft mbH zu 49 % (eigene Anteile)

Aufgrund des Erwerbs eigener Anteile werden 25.053,30 € in der Bilanz offen vom gezeichneten Kapital abgesetzt.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlamm. Daneben kann das Unternehmen Grünabfälle und Bioabfällen aller Art verarbeiten, soweit dadurch die Klärschlammbehandlung nicht beeinträchtigt wird. Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu fördern. Die Gesellschaft arbeitet mit dem vom Abwasserzweckverband "Obere Röder" angemieteten Anlagengebäude.

wirtschaftliche Verhältnisse:

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2025 ist als Geschäftsführer Herr Friedemann bestellt.

Herr Friedemann ist aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. GV-04-2009 befugt, die Gesellschaft bei der Vornahme von Rechtsgeschäften mit sich selbst oder als Vertreter eines Dritten uneingeschränkt zu vertreten. Die notarielle Beglaubigung erfolgte am 10.02.2010 mit Eintragung ins Handelsregister am 24.02.2010.

Der Abwasserzweckverband "Obere Röder" hat auf dem Gelände seiner Kläranlage im Jahr 1998 die Bioverwertungsanlage errichtet, die im Jahr 1999 fertiggestellt wurde. Die Vermietung erfolgt an die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH ab 01.06.1999.

Nach dem Bescheid des Regierungspräsidiums Dresden (neu: Landesdirektion Dresden) vom 31.08.1998 über die Genehmigung der Beteiligung des Abwasserzweckverbandes "Obere Röder" an der BVR Radeberg mbH sowie nach dem Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Dresden (neu: Landesdirektion Dresden) vom 08.04.1999 zum Um- und Ausbau der Kläranlage Radeberg einschließlich Errichtung einer Bio-Co-Vergärungsanlage ist mit dem Betrieb der BVR vorrangig die Klärschlamm Entsorgung zu sichern, daneben dürfen Bioabfälle verwertet werden. Die BVR ist in den organisatorischen Ablauf des Kläranlagenbetriebes eingebunden.

Seit der Anmietung der BVR am 01.06.1999 besteht zwischen dem AZV und der BVR das Institut der Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der Abwasserzweckverband betätigt sich mit der Vermietung der BVR außerhalb seiner hoheitlichen Aufgabe insoweit, als die BVR die Anlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Klärschlammverwertung - hoheitliches Aufgabengebiet

Auch wenn die Klärschlammverwertung durch die BVR erfolgt, stellt diese weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar. Die Klärschlammentsorgung ist Aufgabe des Abwasserzweckverbandes und ist seinem Hoheitsgebiet zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem Abwasserzweckverband hat.

Dieser Kostenersatz wird entsprechend im Wirtschaftsplan 2025 berücksichtigt. Die Klärschlammverwertung unterliegt nicht der Steuerpflicht.

Für die Klärschlammbehandlung / -verwertung ergibt sich anhand des Kostendeckungsprinzips der hoheitl. Aufgabe und der Planung des Wirtschaftsplanes ein Verwertungspreis pro m³ Klärschlamm von:

29,46€/m³ brutto

Dieser Verwertungspreis setzt sich aus dem Plan der Gesamtkostendeckung von 1.622.400 € (unter Berücksichtigung hoheitl. anfallender Erlöse) und der Klärschlammmenge 55.000 m³ zusammen.

Es ist jedoch anzumerken, dass sich der endgültig exakte Verwertungspreis erst nach der Feststellung des Jahresabschlusses ergibt (tatsächl. Mengen zu tatsächl. Aufwendungen).

Der hier angegebene Verwertungspreis pro m³ wird lediglich als Abschlag behandelt, unter Vorbehalt der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses.

Verwertung biogener Abfälle - gewerbliches Aufgabengebiet

Die Verwertung von biogenen Abfällen stellt für die BVR eine selbstständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der die BVR ihren Gewinn erzielt. Dieser Bereich steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben. Dementsprechend unterliegt nur dieser biogene Abfallverwertungsbereich der Steuerpflicht. Mit der Genehmigung zur Betreibung der Anlage wurde seitens der Aufsichtsbehörde die Höchstverarbeitungs menge festgelegt. Da die Verwertung von Bioabfällen nur die sekundäre Aufgabe der Gesellschaft darstellt, ergeben sich im gewerblichen Bereich zwangsläufig Mengenbegrenzungen, obwohl nur mit der Verwertung gewerblicher Abfallstoffe Überschüsse erzielt werden können.

Verhältnisbildung - nicht direkt dem gewerblichen / hoheitlichen Teil zuordenbar

Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen. Ab dem Zeitpunkt der Anmietung und Inbetriebnahme der BVR wurden dieser Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 ergibt sich anhand der Planzahlen folgende Verhältnisbildung:

Verhältnissberechnung für den nicht direkt gewerblich oder hoheitlich zuordenbaren Bereich

Zur Verhältnissberechnung wird folgendes Schema verwendet:

Verhältnissberechnung für den nicht direkt gewerblich oder hoheitlich zuordenbaren Bereich

Zur Verhältnissberechnung wird folgendes Schema verwendet:

1. Varianten für Verhältnis hoheitl. und gewerbl. Bereich der vermieteten Anlage / nach Plan

1.1. einfache Verhältnissbildung

Anteil in %

1) unbearbeiteter Input

für Klärschlamm in m³	180.000,00	91,84	0,9184
für biogene Abfälle in t	16.000,00	8,16	0,0816
	<u>196.000,00</u>	<u>100,00</u>	<u>1,0000</u>

2) aufbereiteter Input

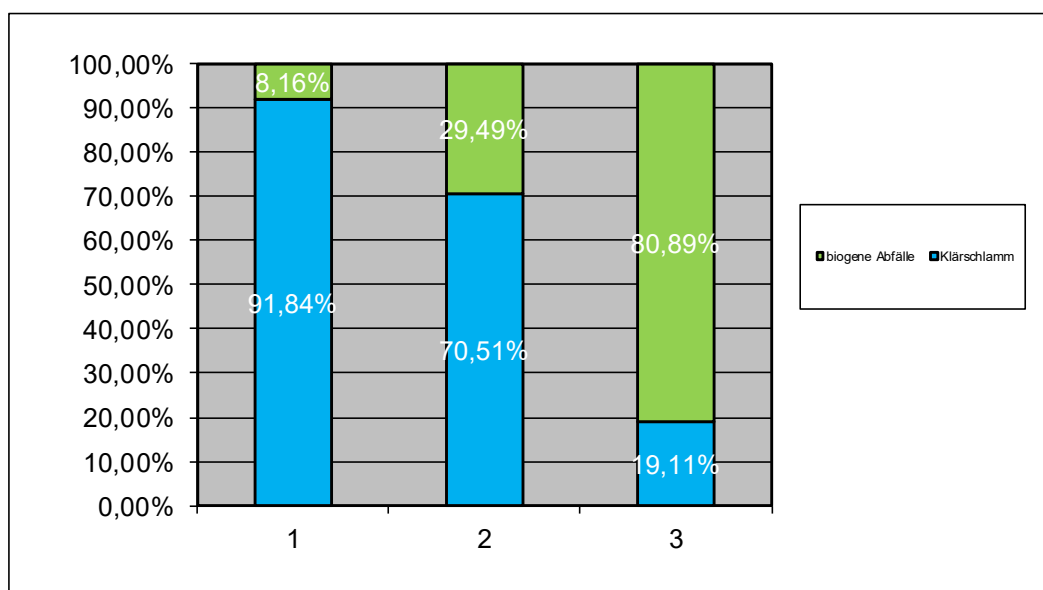
für Klärschlamm in m³	55.000,00	70,51	0,7051
für biogene Abfälle in m³	23.000,00	29,49	0,2949
	<u>78.000,00</u>	<u>100,00</u>	<u>1,0000</u>

3) nach Output

für Klärschlamm in m³	378.000,00	19,11	0,1911
für biogene Abfälle in m³	1.600.000,00	80,89	0,8089
	<u>1.978.000,00</u>	<u>100,00</u>	<u>1,0000</u>

zusammenfassende Darstellung

	1)	2)	3)
Klärschlamm	91,84%	70,51%	19,11%
biogene Abfälle	8,16%	29,49%	80,89%



1.2. Verhältnisbildung unter Berücksichtigung der Investitionskosten**1.2.1. Grundlage ist die Aufteilung vom 2001-11-23 (nur informativ)**

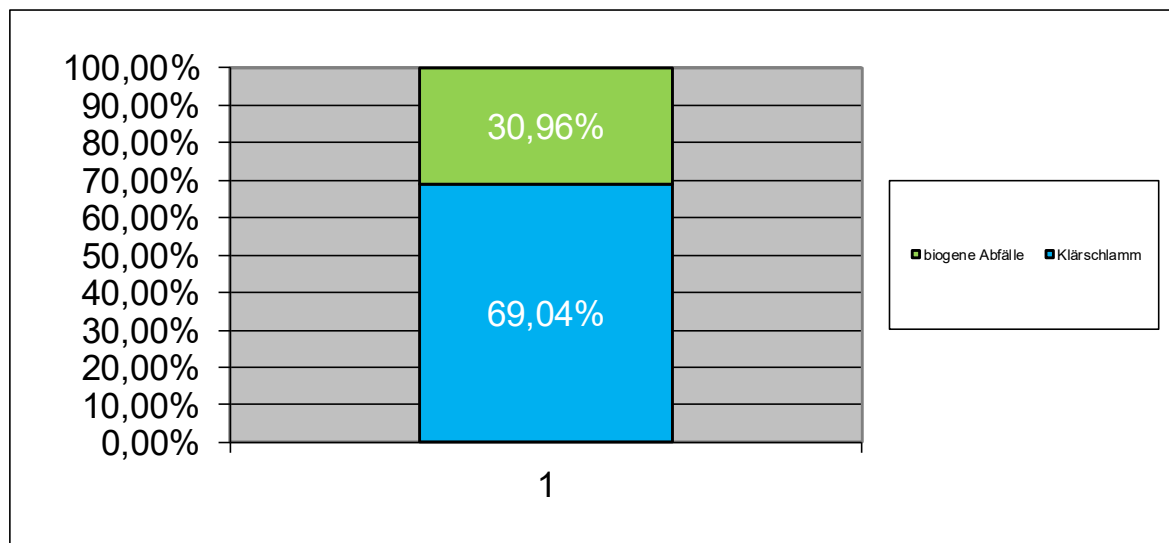
		<u>Anteil in %</u>
unmittelbare Investitionskosten b biogene Abfälle	4.392.851 €	40,17
unmittelbare Investitionskosten Klärschlamm	6.541.790 €	59,83
	<u>10.934.641 €</u>	<u>100,00</u>

Verhältnis unter Berücksichtigung genehmigter Mengen und Investitionskosten

Input (unbehandelt)			
für Klärschlamm in m³	180.000	824.201 €	756.920 €
für biogene Abfälle in t	16.000	1.131.771 €	92.389 €
Input (Vergärung)			
für Klärschlamm in m³	55.000	4.518.119 €	3.185.853 €
für biogene Abfälle in m³	23.000	1.671.085 €	492.756 €
Output/Gas			
für Klärschlamm in m³	378.000	1.199.470 €	229.221 €
für biogene Abfälle in m³	1.600.000	1.589.995 €	1.286.143 €
Summe für Klärschlamm		4.171.994 €	69,04%
Summe für biogene Abfälle		1.871.289 €	30,96%
		6.043.283 €	100,00%

zusammenfassende Darstellung

	4)	Plan 2025
Klärschlamm	69,04%	69,00%
biogene Abfälle	30,96%	31,00%



Die herangezogenen Werte werden mittels Zählerstände bzw. Betriebstagebuch erfasst und dokumentiert.

Der Berechnung liegen die aktuellen Genehmigungszahlen der Anlage zugrunde, sowie die Zahlen des zum Planungszeitraumes aktuellen Wirtschaftsjahres und des Vorjahres. Im Abrechnungsmodus ändert sich das Verhältnis jeden Monat anhand der tatsächlichen Input- und Outputmengen. Im Wirtschaftsplan 2025 wird die Anlage demzufolge zu 31% für gewerbliche Zwecke und zu 69% hoheitlich genutzt. Die angesetzten nicht direkt zuordenbaren Geschäftsvorfälle werden zu diesen Prozentsätzen umgelegt.

Wärme und Strom AZV:

Die produzierte Wärmemenge steht neben der Eigenversorgung der BVR auch dem AZV zur Beheizung des Verwaltungsgebäudes und seiner Räume im Maschinenhaus zur Verfügung. Soweit diese Wärme aus der Verwertung von Bioabfall entstammt, hat der AZV einen Nutzungsvorteil. Die Abrechnung erfolgt zu fremdüblichen Bedingungen und unterliegt der Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den erzeugten Strom.

Die ermittelten Mengenpreise werden jährlich auf Grundlage einer erarbeiteten Kalkulation überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Ermittlung der monatlichen Verbräuche erfolgt über entsprechende Messeinrichtungen bzw. werden diese rechnerisch ermittelt.

INFORMATIV - FÜR DEN AZV BEDEUTET DIES:

Die Kosten für die Entnahme von Wärme sowie Strom müssen zusätzlich zu den Klärschlammverwertungskosten im Wirtschaftsplan des AZV "Obere Röder" berücksichtigt und eingestellt werden.

Risikobetrachtung / Investitionen / Sonstiges:

Risiken:

Ein dauerndes Risiko für den gewerblichen Bereich stellt die Marktentwicklung und die Preisentwicklung auf dem Entsorgungsmarkt dar. Zum einen ist die Entsorgungsmenge von Fettabscheiderinhalten der Gesellschaft weiterhin rückläufig, Hauptgrund hier ist die Covergärungsanlage der Stadtentwässerung Dresden. Dort agiert die Stadtentwässerung zum einen mit Niedrigpreisen und zum anderen hat die Anlage auf Grund ihrer zentralen Lage einen nicht unerheblichen logistischen Vorteil gegenüber der Anlage in Radeberg. Eine weiter andauernde negative Entwicklung könnte zur Einstellung des gewerblichen Bereiches führen. Dies hätte dann eine Steigerung der Klärschlammkosten zur Folge und eine komplette energetische Eigenversorgung wäre auch nicht mehr gegeben.

Ein generelles Risiko ergibt sich aus den Verpflichtungen, welche aus dem Mietvertrag hervorgehen, da die Gesellschaft für alle Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen aufkommen muss. Diese Verpflichtung ist auf Grund des zunehmenden Alters der Anlage sehr kostenintensiv.

Ein weiteres Risiko stellt die Ausrichtung der Energiepolitik der Bundesregierung dar. Diese hat wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung und den Trend an der Strombörse. Nach aktueller Gesetzgebung besteht weiterhin die Pflicht der Netzbetreiber den erzeugten Strom aus unserer Anlage abzunehmen, eine etwaige Vergütung für diesen Strom richtet sich nach dem aktuellen Preisen an der Strombörse. Diese sind Anfang 2023 erheblich gefallen und liegen derzeit bei ca. 0,06 €/kWh. Es ist nicht vorhersehbar ob sich dieser Preis „einpegelt“ oder hier mit erheblichen Schwankungen zu rechnen ist.

Investitionen:

Es werden Ersatzinvestitionen für verschiedenen Aggregate (Pumpen, etc.) i.H.v. ca. 25 TEUR und Investition-Biofilter von ca. 340 TEUR erforderlich.

Radeberg, den 5. August 2024

Jörg Friedemann
Geschäftsführer

2.1 Erläuterungen zum Erfolgsplan

Wie bereits im Vorbericht erläutert, erfolgt die Aufteilung der nicht direkt zuordenbaren Erträge und Aufwendungen anhand eines Aufteilungsschlüssels auf den gewerblichen und den hoheitlichen Teil. Dieser Aufteilungsschlüssel wurde im Vorbericht anhand der aktuellen Planjahres- sowie Genehmigungszahlen berechnet und ergibt für das Wirtschaftsjahr 2025 folgende Verteilung der nicht direkt zuordenbaren Geschäftsvorfälle:

gewerbliche Nutzung (KTR. 213): 31,00 %
hoheitliche Nutzung (KTR. 441): 69,00 %

Im Wirtschaftsplan 2025 wird dieses Verhältnis angesetzt, jedoch ändert sich der Aufteilungsschlüssel monatlich für das operative Geschäft anhand der tatsächlichen Input- u. Outputmengen.

IST	2015	213: 30,00 %	441: 70,00 %
IST	2016	213: 31,00 %	441: 69,00 %
IST	2017	213: 32,00 %	441: 68,00 %
IST	2018	213: 32,00 %	441: 68,00 %
IST	2019	213: 30,00 %	441: 70,00 %
IST	2020	213: 29,00 %	441: 71,00 %
IST	2021	213: 30,00 %	441: 70,00 %
IST	2022	213: 28,50 %	441: 71,50 %
IST	2023	213: 31,0 %	441: 69,00 %
Plan	2024	213: 29,00 %	441: 71,00 %
Plan	2025	213: 31,00 %	441: 69,00 %

ERTRÄGE

1. Umsatzerlöse:

4400 Erlöse Feststoffe (gewerblich):

Kein Planansatz

4402 Erlöse Flüssigstoffe (gewerblich):

Annahme biogener flüssiger Abfallstoffe zur Verwertung, es wird mit einer Jahrestonnage in Höhe von ca. 11.500 t biogener flüssiger Abfallstoffe geplant. Die entsprechenden Umsatzerlöse setzen sich aus den getroffenen Kundenvereinbarungen sowie Anliefermengen zusammen.

4404 sonstige Erlöse:

Kein Planansatz

4405 Erlöse Stromeinspeisung:

Das seitens der BVR Radeberg erzeugte Klärgas wird verstromt, ein Teil davon wird in das Verteilernetz der SachsenEnergie Netz AG zu aktuellen Marktpreisen (Strombörse) eingespeist. Die hierfür vergütete Einspeisung wird für das Jahr 2025 mit 99 TEUR geplant.

4406 Strom AZV:

Aus den bestehenden vertraglichen Regelungen ergibt sich ein Mengenpreis für die Stromlieferung von derzeit 0,1804 € / kWh netto, zzgl. der gesetzlich gültigen Ust. und ohne. EEG-Umlage. Der ermittelte Mengenpreis wird jährlich auf Grundlage einer erarbeiteten Kalkulation überprüft und gegebenenfalls angepasst.

4407 Erlöse Wärmeverkauf (WVR):

Seit September 2008 versorgt die BVR Radeberg der WVR Wärmeversorgung GmbH Radeberg mit Wärme. Das Wärmeversorgungsgebiet, für welches diese Wärme bereitgestellt wird, umfasst die Mittelschule Lotzdorf sowie das Tierheim Radeberg. Für das Wirtschaftsjahr 2025 wird mit einem Erlös in Höhe von 11,4 TEUR gerechnet.

4409 Entnahme Wärme:

Die produzierte Wärmemenge steht neben der Eigenversorgung der BVR auch dem AZV zur Beheizung des Verwaltungsgebäudes und seiner Räume im Maschinenhaus zur Verfügung. Aus den bestehenden vertraglichen Regelungen ergibt sich ein Mengenpreis für die Wärmelieferung von 0,1036 € / kWh netto, zzgl. der gesetzlich gültigen USt. Der ermittelte Mengenpreis wird jährlich auf Grundlage einer erarbeiteten Kalkulation überprüft und ggf. angepasst.

4510 Erlöse Altstoffe:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

4691 Klärschlamm Entsorgung AZV (hoheitlich):

Hier wurde der Anspruch auf Kostenersatz seitens der BVR gegenüber dem AZV, anhand der monatlichen Kosten unter Berücksichtigung der auf den hoheitlichen Teil entfallenden Erlöse geplant. Hoheitlich sind für 2025 Kosten in Höhe von 1.622,4 TEUR zu decken. Diese Summe setzt sich aus der Verhältnissberechnung hoheitl. zu gewerbl. sowie den direktzuordenbaren Teil von Kosten / Erlösen zusammen, unter Berücksichtigung nicht abzugsfähiger und abzugsfähiger Vorsteuer.

Im Wirtschaftsplan 2025 wird von einem Aufteilungsverhältnis von 69% hoheitl. zu 31% gewerbl. ausgegangen. Anhand der momentan seitens des AZV angedienten Klärschlamm mengen lässt sich eine Jahresgesamtmenge von ca. 55.000 m³ vorherplanen, diese Menge ergibt im Verhältnis zu den gesamt hoheitlich anfallenden Kosten und Erlösen einen Verwertungspreis des angedienten Klärschlammes von 29,46 €/m³ brutto. Die Rechnungslegung der BVR Radeberg an den AZV "Obere Röder" erfolgt monatlich als Abschlag. Mit Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgt eine Endabrechnung.

4696 Kostenerstattungen von AZV:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes anfertigen und unfertigen Erzeugnissen und Waren

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

3. andere aktivierte Eigenleistungen:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

8. sonstige betriebliche Erträge:

4930 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

4835 sonstige betriebliche Erträge

Hier erfolgt seitens der BVR kein Planungsansatz.

9. Erträge aus Beteiligungen:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

10. Erträge a. a. Wertpapieren u. Ausleih. d. Finanzanlagevermögens:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

11. Zinsen und ähnliche Erträge:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

15. außerordentliche Erträge:

Hier erfolgt seitens der BVR kein Planungsansatz.

Im Wirtschaftsplan 2025 wird mit einem Ertrag von 706 TEUR gewerblich und 1.642,4 TEUR hoheitlich geplant. Dem stehen folgende Aufwendungen gegenüber:

A U F W E N D U N G E N

5. Materialaufwand:

5a Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:

5037 RHB-Stoffe Anlage:

Um eine bessere Energieausbeute zu erreichen werden zu den zur Verwertung angenommen Abfallstoffen zusätzlich Stoffe mit einem sehr hohen Energiegehalt, wie Schleimstoffe und Seifenwasser, zugekauft. Es wird mit einem Materialzukauf energiereicher Stoffe i. H. v. von 60 TEUR , auf gewerblicher Seite, geplant.

5100 Verbrauch Hilfsstoffe:

In der BVR werden Hilfsstoffe wie Flockungsmittel, Antispumin und Kalk eingesetzt. Der Flockungsmittelverbrauch wurde anhand der entsprechenden Eingangsstoffe sowie aktuellen Betriebsdaten berechnet. Es wird mit einem Verbrauch von durchschnittlich 30 t/a geplant. Der Entschäumerverbrauch (Antispumin) wurde ebenfalls anhand der entsprechenden Eingangsstoffe sowie Betriebsdaten berechnet.

5101 nabzf. VSt. RHB-Stoffe:

Ansatz des nicht abzugsfähigen Vorsteueranteiles (hoheitlich) für den Bereich der Hilfsstoffe.

5110 Verbrauch Betriebsstoffe:

In der BVR kommen Betriebsstoffe wie Öle und Fette zum Einsatz. Der Verbrauch wurde anhand aktueller Betriebsdaten berechnet. Es wird ein Durchschnittsverbrauch von ca. 2.000 Liter/a Motorenöl für die BHKW's angesetzt sowie ca. 2,5 TEUR für sonstige Fette und Öle.

5802 Bezugsnebenkosten RHB-Stoffe:

Hier erfolgt seitens der BVR kein Planungsansatz.

5b Aufwendungen für bezogene Leistungen:

5909 Entsorgung Zentrat:

Für die Kosten zur Zentratentsorgung /-behandlung werden für 2025 12 TEUR eingestellt. Die Aufteilung dieser Aufwendungen erfolgt, aufgrund der Zusammensetzung des Mediums, 31% gewerblich sowie zu 69% hoheitlich.

5900 Entsorgung PPK:

Kein Planansatz

5916 Transport Sand:

Kein Planansatz

5920 Speicherreinigungen:

Kein Planansatz

5922 Transport Gärrest:

Als Abfallprodukt fallen durch die Verwertung von Klärschlämmen und Bioabfällen Gärreste an, welche ebenfalls durch Entsorgungsfirmen abtransportiert werden. Aufgrund der Zusammensetzung des Gärrestes erfolgt die Kostenaufteilung zu 75% hoheitlich und zu 25% gewerblich. Im Wirtschaftsjahr 2025 wird mit einer anfallenden Gärrestmenge von ca. 7.500 t gerechnet. Diese Mengen werden überwiegend thermisch verwertet.

5924 Entsorgung Sand:

Kein Planansatz

5926 Entsorgung Gärrest:

Der Planansatz erfolgt, analog dem Transport.

5928 sonstige Leistungen Subunternehmer:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

5941 sonstige Leistungen gewerblich:

Dies beinhaltet u.a. Analysekosten und Maklerprovisionen, der Planansatz beträgt 5,5 TEUR.

5942 sonstige Leistungen hoheitlich:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

5943 sonstige Leistungen nicht direkt zuordenbar:

Analyseleistungen des AZV für die BVR mbH i.H.v. ca. 17,5 TEUR

6. Personalaufwand:

6010 Lohn:

Löhne aller Mitarbeiter im Bereich Produktion der BVR Radeberg. Grundlagen hierfür sind die einzelnen Arbeitsverträge mit den dazugehörigen Anlagen bzw. Vereinbarungen zur Regelung der Bereitschaft, Jahressonderzahlungen, etc. (siehe Erläuterung zum Stellenplan S.28)

6011 Überstunden- u. Bereitschaftsvergütung:

Grundlage zur Vergütung der Rufbereitschaft sowie des Bereitschaftsdienstes sind die entsprechenden Arbeitsverträge mit den jeweiligen gültigen Regelungen.

6012 Zuschläge Bereitschaft:

Grundlage zur Vergütung von Zuschlägen sind die entsprechenden Arbeitsverträge mit den jeweils gültigen Regelungen.

6016 Verrechnung AZK:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

6017 Schmutzzulage:

Hier wird die den AN in der Produktion gewährte Schmutzzulage von 50 €/Monat eingeplant.

6019 Jahressonderzahlungen/Einmalzahlung:

Anhand der getroffenen Vereinbarungen und Arbeitsverträgen der MA

6027 Gehälter:

Gehälter der MA

6080 VWL Lohn:

Seitens der BVR wird den Mitarbeitern ein Zuschuss für vermögenswirksame Leistungen gezahlt.

6035 Leiharbeitskräfte:

Kosten für externes Beauftragtenwesen

6110 gesetzl. Sozialaufwendungen:

Aufwendungen zur SV anhand der entsprechenden Löhne und Gehälter.

6111 AG-Anteil Sondervergütung:

Kein Planansatz

6119 Gesundheitsfürsorge:

Einsatz des Betriebsarztes anhand der getroffenen Vereinbarungen und notwendigen Pflichtuntersuchungen aller Mitarbeiter. Spezielle Impfungen und Untersuchungen für alle Mitarbeiter werden vom Unternehmen getragen.

6120 Berufsgenossenschaft:

Anhand der Bescheide der Vorjahre (Gefahrenklassen) wird mit einem Beitrag zur Berufsgenossenschaft von 10,1 TEUR geplant.

6140 Direktversicherung:

Für die Geschäftsführung wurde lt. Vertrag eine Direktversicherung abgeschlossen.

6147 pauschale Steuer f. Versicherungen:

Die für die abgeschl. Direktversicherung anfallende pauschale Versteuerung wird durch die BVR übernommen.

7. Abschreibungen:

6220 Abschreibungen auf Sachanlagen:

Für 2025 werden Abschreibungen für versch. Büromaschinen, Werkzeuge und Maschinen eingestellt.

6222 Abschreibungen auf Kfz:

Für 2025 werden Abschreibungen für die PKW's eingestellt.

6260 Abschreibung geringwertige WG:

Seit dem Wirtschaftsjahr 2010 ist mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Altregelung zur GWG-Abschreibung wieder zulässig (Sofortabschreibung im Wirtschaftsjahr 250 € - 800 €) neben der GWG-Poolabschreibung. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile beider Methoden hat sich die BVR für die "Altregelung" entschieden.

8. Sonstige betriebliche Aufwendungen:

Hier wurden folgende anfallenden Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2025 geplant:

6300 sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige Aufwendungen, wie Bankbestätigungen, Veröffentlichung Jahresabschluss.

6311 Miete und 6833 Miete:

Ansatz der derzeit gültigen Jahresmiete von 345.335 € an den AZV laut Mietvertrag

6325 Gas:

Erdgasbezug von der SachsenEnergie (Netz) AG.

6326 Strom:

Strombezug seitens der BVR von der SachsenEnergie (Netz) AG

6327 Wasser:

Kosten für die Trinkwassernutzung, Berechnung erfolgt über den AZV.

6335 Insth. betrieblicher Räume:

Kosten für Reparaturen Renovierungsarbeiten etc. an den genutzten Räumen.

6346 Reinigung:

Reinigung des Bürogebäudes sowie der Sozialräume und Warte inkl. Fensterreinigung. Einsatz von Kehrmaschinen für die Grundstücksreinigung.

6351 Aufwend. f. Hygienemaßnahmen:

Schädlingsüberwachung durch eine Fachfirma, sowie entsprechende Bekämpfung bei Schädlingsbefall.

6392 Zuwendungen, Spenden:

Der Planansatz liegt bei 0,1 TEUR.

6400 Haftpflichtversicherungen:

Seitens BVR wurden folgende Haftpflichtversicherungen abgeschlossen:
Betriebshaftpflicht und Managementversicherung (D. & O).

6401 Sachversicherungen:

Die BVR ist über den AZV mitversichert, die dafür anfallenden Aufwendungen werden der Gesellschaft vom AZV in Rechnung gestellt:

Maschinenversicherung, Maschinen-BU-Versicherung, Feuerversicherung

6402 Rechtsschutzversicherungen:

Seitens der BVR wurde eine entsprechende Rechtsschutzversicherung abgeschlossen.

6420 Beiträge:

Beitrag zur LVR Entsorgungsgemeinschaft Sachsen (Zertifizierung) und GEZ.

6421 Beiträge Berufsvertretung:

Beitrag zur IHK Dresden, anhand des Vorjahresbescheides.

6425 Gebühren:

Gebühren für Überwachungen durch Behörden.

6450 Reparatur / Instandhaltung von Bauten:

Reparatur an den seitens BVR gemieteten Bauten, hier speziell Reparaturen und Wartung der gesamten Rolltore sowie Brandschutztüren.

6450 Reparatur / Instandhaltung von Speichern:

Hier werden Speicherreinigungen und Instandsetzungsmaßnahmen geplant.

6460 Reparatur / Instandhaltung Anlagen und Maschinen:

Planung aller soweit vorhersehbaren Reparaturen und Wartungen der gesamten Maschinen und Anlagenteile. Die Planung erfolgt anhand der momentanen Reparaturaufwendungen unter Berücksichtigung für 2025 geplanter Aufwendungen sowie der geschlossenen Wartungsverträge.

6461 Reparatur Instandhaltung BHKW:

Wartungskosten sowie Reparaturkosten der BHKW-Anlage.

6462 Reparatur Instandhaltung Dekanter:

Ansatz für Reparaturen sowie der jährlichen Revisionen der 3 vorhandenen Dekanter sowie der Flockmittelstation. Die Verteilung der Aufwendungen erfolgt, aufgrund der Mengenzusammensetzung, welche über die Dekanter verarbeitet werden.

6464 Reparatur Instandhaltung Reaktor

Kein Planansatz

6470 Reparatur Instandhaltung Betriebsausrüstung:

Wartung aller Kompressoren, Gaswarngerät und Sonstigem.

6485 Reparatur Instandhaltung Biofilter:

Kosten für die Optimierung (neue Düsen, etc.)

6490 Reparatur Instandhaltung elektr. Anlagen u. sonst.:

Kehrgebühren Schornsteinfeger, Reparaturen u. Durchsicht Kärcher, UVV-Prüfung Denka Lift. Wartung der Druckbehälter sowie Feuerlöscher.

6495 Wartungskosten f. Hard- und Software:

Hier speziell Kosten für die DATEV-Programme, Drucker, PC etc.

6520 KFZ-Versicherung:

Hier Planung der KFZ-Versicherung.

6531 Betriebsstoffe PKW:

Betriebsstoffe wie Öle, Fette, Reiniger und Diesel für die Fahrzeuge. Die Kostenzuordnung erfolgt über den Aufteilungsschlüssel hoheitlich / gewerblich.

6532 nabzf. VSt. Betriebsstoffe Fahrzeuge:

Ansatz des nicht abzugsfähigen Vorsteueranteiles (hoheitlich) im Bereich der Betriebsstoffe für Fahrzeuge.

6541 Reifen:

Beinhaltet Erneuerung von Reifen sowie Radwechsel inkl. Einlagerung.

6542 Reparaturen PKW:

Reparaturen und Durchsichten für den PKW. Kostenzuordnung anhand Aufteilungsschlüssel hoheitlich / gewerblich.

6561 Leasing PKW:

Beinhaltet die Leasingkosten für den PKW des Geschäftsführers.

6571 sonstiger Aufwand PKW

Kosten für sicherheitstechnische Prüfungen.

6595 Fremdfahrzeuge:

Erfolgt seitens der BVR mbH ein Planungsansatz von 0,2 TEUR.

6600 Werbungskosten

Anzeigenwerbung, Sponsoring

6601 Anzeigenwerbung:

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

6640 Bewirtungskosten

Aufwendungen für die Bewirtung von Geschäftspartnern und MA.

6643 Aufmerksamkeiten:

Aufmerksamkeiten der BVR gegenüber ihren Mitarbeitern u. Geschäftskunden.

6645 nichtabzugsfähige Betriebsausgaben

Erfolgt seitens der BVR mbH kein Planungsansatz.

6668 Kilometergelderstattungen AN:

Für Dienstreisen, die durch Mitarbeiter mit ihrem Privatfahrzeug erledigt werden, erstattet die BVR diese entsprechenden Fahrkilometer.

6800 Porto:

Portokosten für Briefe und Pakete des gesamten Schriftverkehrs.

6805 Telefon u. ähnl.:

Telefon-, Fax-, Internet-, und Handykosten der Gesellschaft.

6815 Bürobedarf:

Aufwendungen des gesamten, notwendigen Büromaterials.

6821 Fortbildungskosten:

Fortbildungskosten bzw. Lehrgangskosten. Hier speziell der Lehrgang Entsorgungsfachbetrieb.

6822 Zertifizierung EfB:

Kosten im Zusammenhang der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb, entsprechende Nachprüfungen erfolgen durch TÜV und LVR.

6826 Steuerberatungskosten:

Steuerliche Beratung bzw. Unterstützung seitens Steuerbüro.

6825 Rechts- und Beratungskosten:

Kosten für juristische Beratung und Ingenieurleistungen.

Die Kostensteigerung ist durch die vorzunehmende Ausschreibung für die Gärrestverwertung inkl. Transport geschuldet.

6827 Abschlusskosten:

Kosten für die Aufstellung des Jahresabschlusses seitens Steuerberater.

6828 Prüfungskosten:

Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses seitens Wirtschaftsprüfer. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird mittels Gesellschafterbeschluss bestellt.

6830 Verwaltungskosten:

Verwaltungskosten, hier hauptsächlich DATEV-Lizenzgebühren und der Dienstleistungsvertrag zwischen der BVR mbH und dem AZV „Obere Röder“.

6831 Steuererklärungskosten:

Erstellung der Steuererklärungen. Ansatz erfolgt zu 100% gewerblich.

6839 Mieten f. Einrichtungen (gesamt):

Miete für Gasflasche und NS-Messung gewerbl. Anteil (Aufteilung erfolgt anhand des im Vorbericht ermittelten Aufteilungsschlüssels).

6845 Werkzeuge und Kleingeräte Anlage:

Anschaffung von Werkzeugen und Kleingeräten unter 250 €.

6850 sonstiger Betriebsbedarf:

Anfallender Betriebsbedarf der BVR, wie Putzrollen, Besen, Lampen, Batterien, Reinigungsmittel und sonstigem, ohne Inventurerfassung.

6851 Berufsbekleidung:

Wäsche der seitens BVR bereitgestellten Betriebsbekleidung aller Mitarbeiter. Bereitstellung von Arbeitsschutzkleidung wie Schuhe, Handschuhe, etc. .

6855 Nebenkosten Geldverkehr:

Kosten für Kontoauszüge, Porto, Postenpreise u. elektr. Datenübermittlung.

6859 Aufwendung Abraum-/Abfallbeseitigung:

Abfallgebühren laut Satzung des Landkreis Bautzen.

6895 Verlust Abgang Anlagevermögen:

Da einige Ersatz- bzw. Reparaturteile sehr lange Lieferzeiten haben wurde seitens BVR eine Lagerhaltung eingeführt, um den laufenden Betrieb zu gewährleisten. Werden Teile aus dem Lager entnommen ist es steuerrechtlich erforderlich dieses Konto zu bebuchen. Es ist jedoch anzumerken, dass diese Anlagenabgänge wie Ersatzteile bzw. Reparaturen der Anlagen und Maschinen betrachtet werden sollten.

12. Abschr. a. Finanzanlagen u. Wertpapiere:

Hier erfolgt seitens der BVR kein Planungsansatz.

16 außerordentliche Aufwendungen:

Hier erfolgt seitens der BVR kein Planungsansatz.

18. Steuern vom Einkommen und Ertrag:

7600 Körperschaftsteuer:

Berechnung der Körperschaftsteuer anhand des ermittelten zu versteuernden Einkommens (Grundlage: KStG/EStG).

7608 Solidaritätszuschlag:

Berechnung des Soli-Zuschlag anhand der Bemessungsgrundlage (Körperschaftssteuer).

7610 Gewerbesteuer:

Berechnung der Gewerbesteuer anhand der derzeit gültigen Hebesätze und Messbeträge sowie des nach §7 GewStG ermittelten Gewerbeertrages unter Berücksichtigung von Hinzurechnungen, Kürzungen und Freibeträgen.

19. sonstige Steuern:

7675 Verbrauchssteuer (Mineralölsteuer/Stromsteuer):

Aufgrund der Änderungen im Steuerbereich Energie (Kohlenwasserstoff) ist die zur Verbrennung im Heizkessel verwendete Energie (Klär gas) zu versteuern. Zu zahlende Stromsteuer auf im Netz eingespeisten elektrischen Strom lt. Stromsteuergesetz (StromStG):

7685 KFZ-Steuer:

KFZ-Steuer für Betriebsfahrzeuge, lt. Steuerbescheid vom Hauptzollamt.

2.2 Erläuterungen zum Liquiditätsplan

Dem Wirtschaftsplan 2025 wird ein aufgestellter Liquiditätsplan in Form einer Kapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2) beigelegt. Als Berechnungsgrundlage des Liquiditätsplanes werden die durchschnittlichen Veränderungen der Vorjahre, Erfahrungswerte des Unternehmens, vorhersehbare Vorkommnisse sowie aktuelle Zahlen und die Planzahlen herangezogen.

Für das Wirtschaftsjahr 2025 lassen sich benötigte Finanzierungsmittel für Investitionen oder für die Tilgung von Kreditverbindlichkeiten an Hand des Investitionsplanes und des Zins- und Tilgungsplanes vorherplanen.

Anhand der vorläufig vorliegenden Zahlen des aufgestellten Jahresabschlusses zum 31.12.2023 ist ersichtlich, dass der BVR 761 TEUR als Finanzmittelfonds ab 2024 zur

Verfügung stehen. Anhand der aufgestellten Kapitalflussplanung ist dargelegt, dass der BVR am Ende jeder Periode ein positiver Finanzmittelfonds zur Verfügung steht.

2.3 Erläuterungen zum Finanzplan - Erfolgsplan 2025

In der Finanzplanung wird die voraussichtliche Entwicklung der Erträge und Aufwendungen der BVR dargestellt. Die voraussichtliche Entwicklung des Mittelzu- und Mittelabflusses wurde entsprechend im Liquiditätsplan aufgestellt und erläutert.

Die voraussichtliche Entwicklung berücksichtigt, neben dem Planjahr 2025, drei folgende Wirtschaftsjahre, anhand der zum Planungszeitraum vorliegenden wirtschaftlichen Erkenntnisse.

Mittels des dazu aufgestellten Erfolgsplanes ist ersichtlich, dass die Gesellschaft mit einer gleichbleibenden Geschäftsentwicklung der kommenden Jahre rechnet, unter Annahme der im Vorbericht und Erläuterungsteil dargestellten Vorgehensweisen zur Risikobetrachtung.

Risiken der voraussichtlichen Geschäftsentwicklungen:

1. Entwicklung der Markterlöse (Strombörse) für Strom
2. Entwicklung Umsatzerlöse durch Anlagenbetrieb der Stadtentwässerung Dresden
3. Marktentwicklung
4. Verpflichtungen aus dem Mietvertrag
5. Verpflichtungen, welche aus gesetzlichen Änderungen resultieren
6. Entwicklung der Entsorgungs- und Transportkosten für die Gärrestentsorgung

Diese Punkte wurden bereits ausführlich im Vorbericht erläutert, sollte es hier zu einer anderen, als seitens der Gesellschaft geplanten Entwicklung kommen, ist die Geschäftslage der Gesellschaft als kritisch zu betrachten.

Finanzbeziehungen zu Gesellschaftern oder Kreditinstituten bestehen nicht und sind auch in den kommenden Wirtschaftsjahren nicht geplant. Gleiches gilt für die Aufnahme von Kassenkrediten und Verpflichtungsermächtigungen.

2.4 Erläuterungen zum Investitionsprogramm:

Für das Wirtschaftsjahr 2025 sind Investitionen in Höhe von 365 TEUR geplant. Hierbei handelt es sich um mehrere kleine Ersatzanschaffungen wie Pumpen und die Investition in einen neuen Biofilter (ca. 340 TEUR).

Die Finanzplanung und das Investitionsprogramm werden jährlich der Entwicklung angepasst.

2.5 Erläuterung zur Stellenübersicht

Die Stellenübersicht beinhaltet alle im WJ 2025 erforderliche Stellen. Vollzeitbeschäftigte werden mit 1,00 VzÄ in der Stellenübersicht dargestellt, Teilzeitkräfte entsprechend ihrem Zeitanteil.

Im Stellenplan 2025 sind insgesamt 5,00 VzÄ (einschl. Geschäftsführung) ausgewiesen.

3. Erfolgsplan

3.1 Erfolgsplan

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2025 T€	Plan 2024 T€	vorl. Ergebnis 2023 T€
1		Umsatzerlöse	2.432,8	2.338,4	2.303,0
2		Erhöhung o. Verminderung des Bestandes an fert. u. unfert. Erzeugn. u. Waren	0,0	0,0	0,0
3		andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0
4		sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0	17,9
5		Materialaufwand			
		a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	298,0	297,6	268,8
		b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	738,8	802,3	691,2
6		Personalaufwand			
		a) Löhne und Gehälter	291,4	278,5	272,4
		b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	70,1	71,2	65,4
7		Abschreibung			
		a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	44,1	46,9	31,1
		b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0,0	0,0	0,0
8		sonstige betriebliche Aufwendungen	937,8	842,8	909,0
9		Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
10		Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlageverm.	0,0	0,0	0,0
11		Zinsen und ähnliche Erträge	10,0	10,0	0,0
12		Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0
13		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,6
14		ERGEBNIS DER GEWÖHNL. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	62,6	9,1	82,4
15		außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
16		außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
17		AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	62,6	9,1	82,4
18		Steuern vom Einkommen und Ertrag	5,7	0,6	24,3
19		sonstige Steuern	40,7	4,7	2,6
20		JAHRESGEWINN / JAHRESVERLUST	16,2	3,8	55,5

3.2 Erfolgsplan - Erträge

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Planansatz 2025 T€	Planansatz 2024 T€	vorl. Ergebnis 2023 T€
1		Umsatzerlöse			
	4402	Erlöse Flüssigstoffe (gewerblich)	300,0	240,0	297,9
	4404	sonstige Erlöse	0,0	0,0	1,0
	4405	Erlöse Stromeinspeisung	99,0	108,0	234,0
	4406	Strom AZV	234,5	184,1	183,0
	4407	Erlöse Wärmeverkauf (WVR)	11,4	14,1	11,4
	4409	Wärme AZV	165,5	156,8	140,2
	4691	KS-Ents. AZV (hoheitlich)	1.622,4	1.635,4	1.434,2
	4693	Kostenerstattungen (fremde Dritte)	0,0	0,0	0,0
	4696	Kostenerstattungen AZV (19% UStG)	0,0	0,0	0,4
		Summe Umsatzerlöse:	2.432,8	2.338,4	2.302,5
2		Erh. o. Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen u. Waren	0,0	0,0	0,0
3		andere aktivierte Eigenleistung	0,0	0,0	0,0
4		sonstige betriebliche Erträge			
	4830	sonst. betr. Erträge	0,0	0,0	0,0
	4835	Erstattung AG-Anteil SV Quarantäne	0,0	0,0	0,3
	4930	Erträge Auflösung Rückstellung	0,0	0,0	3,8
	4945	Sachbezüge 19/16 % Usta.	0,0	0,0	11,4
	4960	periodenfremde Erträge	0,0	0,0	2,4
	4976	Marktprämie § 20 EEG	0,0	0,0	0,0
	4970	Versicherungsentschädigung	0,0	0,0	0,0
		Summe sonst. betr. Erträge:	0	0,0	17,9
9		Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
10		Erträge a. a. Wertpapieren u. Ausleih. d. Finanzanlageverm.	0,0	0,0	0,0
11		Zinsen und ähnliche Erträge			
	7100	Zinsen und ähnliche Erträge	10,0	10,0	0,0
	7102	Aufzinsg. KöSt-Guthaben			0,0
		Summe Zins u. ähnl. Erträge:	10,0	10,0	0,0
15		außerordentliche Erträge	0	0,0	0,0
		Summe der Erträge	2.442,8	2.348,4	2.320,4

3.3 Erfolgsplan – Aufwendungen

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2025 T€	Plan 2024 T€	vorl. Ergebnis 2023 T€
5		Materialaufwand			
		a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. für bezogene Waren			
	5037	RHB-Stoffe	60,0	100,0	72,0
	5100	Verbrauch Hilfsstoffe	204,8	155,8	184,7
	5101	nabzf. VSt für RHB-Stoffe	19,5	24,2	0,0
	5110	Verbrauch Betriebsstoffe	13,4	15,8	11,8
	5802	Bezugsnebenkosten RHB-Stoffe	0,3	1,8	0,3
			298,0	297,6	268,8
		b) Aufwendungen für bez. Leistungen			
	5900	Entsorgung PPK und Altöl	-0,1	0,0	-0,1
	5909	Zentratbehandlung	12,0	12,0	35,7
	5916	Transport Sand/Reaktor	0,0	0,0	0,1
	5922	Transport Gärrest	99,3	128,5	81,9
	5924	Verwertung Sand	0,8	0,0	0,8
	5926	Verwertung Gärrest	603,8	642,3	552,3
	5941	sonstige Leistungen gewerblich	5,5	1,4	5,3
	5943	sonst. Leistungen nicht direkt zuordenbar	17,5	18,1	15,2
			738,8	802,3	691,2
		Summe Materialaufwand:	1.036,8	1.099,9	960,0
6		Personalaufwand			
		a) Löhne und Gehälter			
	6010	Löhne	156,1	157,4	143,4
	6011	Bereitschaftsdienst stpfl.	5,8	5,6	5,0
	6012	Zuschläge Bereitschaft stfr.	0,0	0,0	0,0
	6015	Erstattung nach AAG	0,0	0,0	-3,8
	6016	Aufwand Arbeitszeitkonto	-0,3	0,3	-0,3
	6017	Schmutzzulage	2,5	2,6	2,4
	6018	Abfindungen	0,0	0,0	0,0
	6019	Jahressonderzahlungen/Einmalzahlung	12,9	13,2	12,2
	6024	Veränderung Urlaubsrückstellung	2,5	1,0	2,4
	6027	Gehälter	89,9	95,4	76,5
	6029	Jahressonderzahlungen/Einmalzahlung	18,9	0,0	17,8
	6032	KfZ Gestellung			13,7
	6035	Leiharbeitskräfte	2,1	2,2	2,2
	6080	VwL Lohn	1,0	0,8	0,7
			291,4	278,5	272,2
		b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung			
	6110	gesetzliche Sozialaufwendungen	58,7	60,0	55,4
	6111	AG-Anteil Sondervergütung	0,0	0,1	0,0
	6117	Gesundheitsfürsorge	0,5	0,5	0,5
	6120	Berufsgenossenschaft	10,1	9,7	8,8
	6140	Aufwendungen für Altersvorsorge	0,7	0,8	0,7
	6147	pauschale Steuer f. Versicherungen	0,1	0,1	0,2
			70,1	71,2	65,6
		Summe Personalaufwand:	361,50	349,7	337,8
7		Abschreibungen			
		a) Anlagevermögen / Sachanlagen			
	6200	Abschreibung immaterielle VermG	0,5	5,8	0,5
	6220	AfA Sachanlagen	32,6	29,8	20,7
	6221	AfA auf Gebäude	6,8	6,8	6,0
	6222	AfA KfZ	4,2	4,2	3,8
	6260	Sofortabschreibung GWG	0,0	0,3	0,0
		b) Umlaufvermögen	0,0	0,0	0,0
		Summe Abschreibungen:	44,1	46,9	31,0

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2025 T€	Plan 2024 T€	vorl. Ergebnis 2023 T€
8		sonst. betriebliche Aufwend.			
	6311	Miete Gebäude u. Anlage vom AZV (unb. AV)	128,5	128,5	128,5
	6833	Miete Gebäude u. Anlage vom AZV (bew. AV)	217,0	217,0	216,9
	6320	Heizung	0,0	0,0	0,0
	6325	Gas	14,0	22,1	12,2
	6326	Strom	20,0	47,5	15,7
	6327	Wasser	24,7	25,1	21,3
	6335	Instandhaltung betrieblicher Räume	0,0	0,0	0,0
	6346	Reinigung An den Dreihäusern 14	8,1	6,1	7,0
	6351	Aufwendungen f. Hygienemaßnahmen	5,6	4,4	4,9
	6392	Spenden	0,1	0,2	0,1
	6400	Haftpflichtversicherungen	10,3	10,1	7,2
	6401	Sachversicherungen	31,3	29,4	26,9
	6402	Rechtsschutzversicherungen	0,7	0,7	0,6
	6420	Beiträge LVR	0,6	0,4	0,5
	6421	Beiträge Berufsvertretungen	0,7	0,7	0,6
	6425	Gebühren	0,6	2,2	0,6
	6450	Rep./Inst. Bauten	11,2	0,3	9,7
	6451	Rep./Inst. Speicher	75,2	37,0	70,7
	6460	Rep./Inst. Anl.u.Masch.	47,7	47,6	71,5
	6461	Rep./Inst. BHKW	157,0	104,1	136,4
	6462	Rep./Inst. Dekanter	55,9	36,4	47,3
	6464	Reparatur/Instandhaltung Reaktor	9,4	11,2	8,4
	6470	Rep./Inst. Betriebsausstattung	3,1	3,4	2,7
	6471	Rep. u. Instandh. Büroausstattung	0,0	0,0	0,0
	6485	Rep./Inst. Biofilter	0,0	3,0	0,0
	6490	sonst. Rep./Inst.	2,1	3,7	1,8
	6495	Wartungsk. Hard- u. Software	1,4	0,1	1,3
	6520	Kfz-Versicherungen	2,4	2,3	2,0
	6531	Betriebsstoffe Pkw	7,0	8,4	7,1
	6532	nabzf. VSt Betriebsstoffe Fahrzeuge	0,7	1,1	0,0
	6541	Reifen	2,8	1,9	2,2
	6542	Reparaturen Pkw	1,6	3,6	1,4
	6561	Leasing PKW gewerblich	1,5	1,5	1,4
	6562	Leasing PKW hoheitlich	4,0	4,0	4,0
	6571	sonstiger Aufwand Pkw	0,9	0,0	0,8
	6595	Fremdfahrzeugkosten	0,2	0,5	0,8
	6600	Werbekosten	0,0	0,0	0,1
	6601	Anzeigenwerbung	0,0	0,0	0,0
	6640	Bewirtungskosten	0,1	0,0	0,1
	6643	Aufmerksamkeiten	0,2	0,3	0,2
	6300	sonstige betriebliche Aufwendungen	0,7	0,9	0,6
	6303	Fremdleistungen	0,0	0,0	0,0
	6800	Porto	0,2	0,2	0,2
	6805	Kommunikationsaufwendungen	2,5	2,9	2,2
	6815	Bürobedarf	0,1	0,3	0,1
	6820	Zeitschriften, Bücher	0,0	0,0	0,0
	6821	Fortbildungskosten	2,1	0,6	1,8
	6822	Aufwendungen für Zertifizierung	1,7	1,7	1,7
	6826	Steuerberatungskosten	0,0	0,0	0,0
	6825	Rechts- u.Beratungskosten	11,2	4,6	9,8
	6827	Abschlusskosten	0,0	1,3	0,0
	6828	Prüfungskosten	5,9	6,0	5,1
	6830	Verwaltungskosten	34,8	28,1	29,9
	6831	Steuererklärungskosten	2,5	2,1	0,0
	6836	Mieten für Einrichtungen (hoh. Anteil)	0,0	0,0	5,0
	6835	Mieten für Einrichtungen (gew. Anteil)	0,0	0,0	1,8
	6837	Lizenzen	0,0	0,0	4,2
	6839	Mieten für Einrichtungen (ges.)	7,0	6,5	0,0
	6846	verauslagte Kosten AZV	0,0	1,8	0,0
	6845	Werkzeuge u.Kleingeräte	1,2	7,5	1,0
	6850	Betriebsbedarf	2,4	5,3	2,1
	6851	Berufsbekleidung Arbeitnehmer	6,2	2,5	5,4
	6855	Nebenkosten Geldverkehr	0,9	2,0	0,8
	6859	Abfallbeseitigung	2,0	0,0	1,7
	6860	nichtabzf. Vorsteuer	0,0	0,0	0,0
	6936	Forderungsverluste		0,0	1,2
	6960	periodenfremde Aufwendungen	0,0	0,0	8,1
	6895	Anlagenabgang Sachanlagen	9,7	3,7	8,7
		Summe sonstige betriebliche Aufwendungen:	937,8	842,8	908,8

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2025 T€	Plan 2024 T€	vorl. Ergebnis 2023 T€
12		Abschr. a. Finanzanl. u. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0
13	7330	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen zinsähnl.Aufwend.	0,0	0,0	0,6
		Summe Zinsen u. ähnl. Aufw.:	0,0	0,0	0,6
16		außerordentl. Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
18		Steuern v. Einkommen und Ertrag			
	7600	Körperschaftsteuer	3,3	0,6	12,5
	7608	Solidaritätszuschlag	0,2	0,0	0,7
	7610	Gewerbesteuer	2,2	0,0	10,9
		Summe Steuern v. Eink. u. Ertr.:	5,7	0,6	24,1
19		sonstige Steuern			
	7686	Kfz-Steuer	0,7	0,7	1,0
	7604	Steuern VJ	0,0	0,0	0,0
	7675	Verbrauchssteuer (sonstige Steuern)	40,0	4,0	1,6
		Summe sonstige Steuern:	40,7	4,7	2,6
		Gesamtausgaben	2.426,6	2.344,6	2.264,9
		Gesamteinnahmen	2.442,8	2.348,4	2.320,4
20		Jahresgewinn / Jahresverlust	16,2	3,8	55,5

4. Verwendung des Jahresergebnisses

Nachrichtlich:

Verwendung des Jahresgewinns 2025

- a) zur Tilgung des Verlustvortrages
b) zur Einstellung in Vermögensplan
c) Gewinnausschüttung
d) auf neue Rng. vorzutragen
bzw. Einstellung in die Kapitalflussrechnung **16.200 EUR**
e) Einstellung in zweckgebundene Rücklage

oder

Behandlung des Jahresverlustes 2025

- a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag
b) aus dem Haushalt der
Gemeinde auszugleichen
c) auf neue Rechnung vorzutragen

5. Liquiditätsplan

I. Nr.	Bezeichnung	vorl. Ist 2023 T€	Plan angepasst 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1	Periodenergebnis v. außerordentl. Posten	55,5	3,8	16,2	19,2	21,8	24,3
2	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	31,0	46,9	44,1	61,6	61,6	61,6
3	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4	Veränderung Vorräte	30,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5	Veränderung Forderung aLL sowie sonst. Aktiva, die nicht der Investitions- bzw. Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	3,2	-3,5	-3,5	2,0	3,0	-2,0
6	Veränderung Rückstellungen	-109,2	-1,5	-1,5	3,0	0,5	-1,0
7	Veränderung Verbindlichkeiten aLL sowie sonst. Passiva, die nicht der Investitions- bzw. Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind	-7,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8	Cashflow operative Geschäftstätigkeit	4,0	45,7	55,3	85,8	86,9	82,9
9	Auszahlung f. Investitionen in das Sachanlagevermögen	-25,8	-25,0	-365,0	-10,0	-10,0	-10,0
10	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-25,8	-25,0	-365,0	-10,0	-10,0	-10,0
11	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführung (Erhöhung, Verkauf Anteile)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	Auszahlung an UN-eigner u. Gesellschafter (Dividenden, Erwerb Anteile, andere Ausschüttungen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13	Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen u. Investitionskrediten				0,0	0,0	0,0
14	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	zahlungswirks. Veränderung d. Finanzmittel- fonds (Summe 10,8,14)	-21,8	20,7	-309,7	75,8	76,9	72,9
16	Finanzmittelfonds Anfang d. Periode	783,0	761,2	781,9	472,2	548,0	624,8
17	Finanzmittelfonds Ende d. Periode	761,2	781,9	472,2	548,0	624,8	697,7

5.1 Erläuterungen

Es werden lediglich die im Liquiditätsplan beplanten Finanzströme und Vorfälle erläutert.

Ifd. Nr. 1:

Periodenergebnis

Der Planansatz entspricht dem Jahresgewinn laut Erfolgsplan der Gesellschaft für das entsprechende Wirtschaftsjahr.

Ifd. Nr. 2:

Abschr./Zuschr. auf Gegenstände d. Anlagevermögens

Einstellung der Abschreibungsposten des laufenden Geschäftsjahres der Gesellschaft. Berechnung erfolgt mit Hilfe der AFA-Simulation für die einzelnen Wirtschaftsjahre.

Ifd. Nr. 5:

Veränderung der Vorräte und Veränd. Ford. aLL u. sonst. Aktiva die nicht d. Investitions- bzw. Finanzierungstätigkeit zugeordnet sind

Einstellung der einzelnen Vorratsbewegungen unter Berücksichtigung angekündigter Preissteigerungen. Ermittlung erfolgt anhand einer körperlichen, stichtagsbezogenen Bestandsaufnahme

Ifd. Nr. 6:

veränderte Rückstellungen

Einstellung von Steuer- u. sonstiger Rückstellungen.

Ifd. Nr. 9:

Auszahlung f. Investitionen in das Sachanlagevermögen

Einstellung aller angedachten Investitionen gemäß Investitionsprogramm

Ifd. Nr. 12:

Auszahlung an Gesellschafter

6. Finanzplan

6.1 Erfolgsplan

lfd. Nr.	Bezeichnung	vorl. Ist 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1	Umsatzerlöse	2.303,0	2.338,4	2.432,8	2.496,5	2.558,5	2.622,0
2	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3	andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
4	sonstige betriebliche Erträge davon Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	17,9 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,5 0,0	0,4 0,0	0,4 0,0
5	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	268,8	297,6	298,0	304,0	310,0	316,2
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	691,2	802,3	738,8	738,8	753,6	768,6
6	Personalaufwand						
	a) Löhne und Gehälter	272,4	278,5	291,4	306,0	321,3	337,3
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	65,4	71,2	70,1	73,6	77,3	81,1
7	Abschreibung						
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	31,1	46,9	44,1	61,6	61,6	61,6
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	b) auf Vermögensgegenst. des Umlaufverm., sow. diese d. im Unternehmen übl. Abschr. übersch. davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0
8	sonstige betriebliche Aufwendungen davon Zuführung zu Sonderposten mit Rücklagenanteil	909,0 0,0	842,8 0,0	937,8 0,0	956,6 0,0	975,7 0,0	995,2 0,0
9	Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0
10	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens davon aus verbundenen Unternehmen	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0
11	Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	0,0 0,0	10,0 0,0	10,0 0,0	10,0 0,0	10,0 0,0	10,0 0,0
12	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen	0,6 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0
14	ERGEBNIS D. GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	82,4	9,1	62,6	66,5	69,4	72,2
15	außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	82,4	9,1	62,6	66,5	69,4	72,2
18	Steuern vom Einkommen und Ertrag	24,3	0,6	5,7	6,7	6,9	7,2
19	sonstige Steuern	2,6	4,7	40,7	40,7	40,7	40,7
20	JAHRESGEWINN / JAHRESVERLUST	55,5	3,8	16,2	19,2	21,8	24,3

7. Stellenplan

Die Beschäftigten der Gesellschaft unterliegen keinem Tarifvertrag, alle Anstellungsverhältnisse richten sich nach den einzeln abgeschlossenen Arbeitsverträgen. Es erfolgt keine Einteilung in Entgelt- / Besoldungsgruppen. Zum Stichtag ergeben sich keine Stellenveränderungen zum Vorjahr.

Teil A: Beamte
entfällt

Teil B: tariflich Beschäftigte
tariflich Beschäftigte: entfällt
Beschäftigte ohne Tarifvertrag: siehe Tabelle

Teil C: Aufteilung Stellen nach Gliederung Haushaltsplan
entfällt

Teil D: Ehrenbeamte, Beschäftigte in Probe- u. Ausbildungszeit
entfällt

zu Teil B: Beschäftigte ohne Tarifvertrag

Zahl der Stellen (VzÄ)								Vermerke, Erläuterungen
	darunter				nachrichtlich			
insgesamt 2022	mit Zulage	ausge- sondert	Sonder- schlüssel	Leer- stellen	Zahl der gepl. Stellen 2025	tats. besetzte Stellen 30.06.24	Kern- verw altung	
5	0	0	0	0	5	5	5	1 x Geschäftsführer 1 x Leiter Technik 3 x Anlagenfahrer
5	0	0	0	0	5	5	5	Summe

8. Erfolgsplan hoheitlich - gewerblich

8.1 Erfolgsplan

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	2024 T€	2025 T€	gewerbl.	hoheitl.
1		Umsatzerlöse	2.338,4	2.432,8	810,4	1.622,4
2		Erhöhung o. Verminderung d. Bestandes an fert. u. unfert. Erzeugn. u. Waren	0,0	0,0	0,0	0,0
3		andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
4		sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0
5		Materialaufwand				
		a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	297,7	298,0	147,0	151,0
		b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	802,4	738,8	193,7	545,1
6		Personalaufwand				
		a) Löhne und Gehälter	278,4	291,3	87,3	204,0
		b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	71,2	70,1	23,1	47,2
7		Abschreibung				
		a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5,8	0,4	0,1	0,3
		b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	40,8	43,4	9,9	33,5
		c) auf GWG`s	0,3	0,0	0,0	0,0
8		sonstige betriebliche Aufwendungen	843,0	937,8	290,9	647,0
9		Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0
10		Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlageverm.	0,0	0,0	0,0	0,0
11		Zinsen und ähnliche Erträge	10,0	10,0	3,0	7,0
12		Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere d. Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0
13		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0
14		ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	9,2	62,6	62,1	0,5
15		außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0
16		außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0
17		AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	9,2	62,6	62,1	0,5
18		Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,6	5,7	5,7	0,0
19		sonstige Steuern	4,7	40,7	40,2	0,5
20		JAHRESGEWINN / JAHRESVERLUST	3,8	16,2	16,2	0,0

8.2 Erfolgsplan Erträge hoheitlich - gewerblich

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	gewerbl.	hoheitl.
1		Umsatzerlöse				
	4400	Erlöse Feststoffe (gewerblich)	0,0	0,0	0,0	0,0
	4402	Erlöse Flüssigstoffe (gewerblich)	240,0	300,0	300,0	0,0
	4404	sonstige Erlöse	0,0	0,0	0,0	0,0
	4405	Erlöse Stromeinspeisung	108,0	99,0	99,0	0,0
	4406	Strom AZV	184,1	234,5	234,5	0,0
	4407	Erlöse Wärmeverkauf (WVR)	14,1	11,4	11,4	0,0
	4409	Wärme AZV	156,8	165,5	165,5	0,0
	4510	Erlöse Altstoffe (Schrott)	0,0	0,0	0,0	0,0
	4691	KS-Ents. AZV (hoheitlich)	1.635,4	1.622,4	0,0	1.622,4
	4692	KS-Ents. AZV (f. fremde Dritte)	0,0	0,0	0,0	0,0
	4693	Kostenerstattungen (fremde Dritte)	0,0	0,0	0,0	0,0
	4696	Kostenerstattungen AZV (19% UStG)	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe Umsatzerlöse:	2.338,4	2.432,8	810,4	1.622,4
2		Erh. o. Verm. d. Best. an fert. u. unfert. Erzeugnissen u. Waren	0,0	0,0	0,0	0,0
3		and. aktivierte Eigenleistung	0,0	0,0	0,0	0,0
4		sonstige betriebliche Erträge				
	4835	sonst. betr. regelm. Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0
	4970	Versicherungsentschädigung	0,0	0,0	0,0	0,0
	4930	Erträge Auflösung Rückstellung	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe sonst. betriebl. Erträge:	0,0	0,0	0,0	0,0
9		Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0
10		Erträge a. a. Wertpapieren u. Ausleih. d. Finanzanlageverm.	0,0	0,0	0,0	0,0
11		Zinsen und ähnliche Erträge				
	7100	Zinsen und ähnliche Erträge	10,0	10,0	3,0	7,0
	7102	Aufzinsg. KöSt-Guthaben	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe Zinsen u. ähnl. Erträge:	10,0	10,0	3,0	7,0
15		außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe der Erträge	2.348,4	2.442,8	813,4	1.629,4

8.3 Erfolgsplan Aufwendungen hoheitlich - gewerblich

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	gewerbl. T€	hoheitl. T€
5		Materialaufwand				
		a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe u. für bezogene Waren				
	5037	RHB-Stoffe	100,0	60,0	60,0	0,0
	5100	Verbrauch Hilfsstoffe	155,8	204,8	81,7	123,1
	5101	nabzf.VSt für RHB-Stoffe	24,2	19,5	0,0	19,5
	5110	Verbrauch Betriebsstoffe	15,8	13,5	5,1	8,4
	5802	Bezugsnebenkosten RHB-Stoffe	1,8	0,3	0,3	0,0
			297,7	298,0	147,0	151,0
		b) Aufwendungen für bez. Leistungen				
	5900	Entsorgung PPK und Altöl	0,0	0,0	0,0	0,0
	5908	Verwertung/Entsorgung aus Gewerbe	0,0	0,0	0,0	0,0
	5909	Zentratbehandlung	12,0	12,0	3,6	8,4
	5916	Transport Sand/Reaktor	0,0	0,0	0,0	0,0
	5920	Transport/Verwertung Speicherreinigungen	0,0	0,0	0,0	0,0
	5922	Transport Gärrest	128,5	99,3	22,0	77,3
	5924	Verwertung Sand	0,0	1,0	1,0	0,0
	5925	Verwertung Siedlungsabfälle	0,0	0,0	0,0	0,0
	5926	Verwertung Gärrest	642,3	603,8	157,5	446,3
	5928	sonstige Leistungen Subunternehmer	0,0	0,0	0,0	0,0
	5941	sonstige Leistungen gewerblich	1,4	5,5	5,3	0,2
	5942	sonstige Leistungen hoheitlich	0,0	0,0	0,0	0,0
	5943	sonst.Leistungen nicht direkt zuordenbar	18,1	17,6	4,7	12,9
			802,4	738,8	193,7	545,1
		Summe Materialaufwand:	1.100,1	1.036,8	340,7	696,1
6		Personalaufwand				
		a) Löhne und Gehälter				
	6010	Löhne	157,4	156,1	46,8	109,3
	6011	Bereitschaftsdienst stpfl.	5,6	5,8	1,6	4,2
	6012	Zuschläge Bereitschaft stfr.	0,0	0,0	0,0	0,0
	6015	Erstattung nach AAG	0,0	0,0	0,0	0,0
	6016	Aufwand Arbeitszeitkonto	0,3	-0,3	-0,1	-0,2
	6017	Schmutzzulage	2,6	2,4	0,7	1,7
	6019	Jahressonderzahlungen/Einmalzahlung	13,2	12,9	3,9	9,0
	6020	Gehälter	0,0	0,0	0,0	0,0
	6024	Veränderung Urlaubsrückstellung	1,0	2,6	0,8	1,8
	6027	Gehälter	95,4	89,9	27,0	62,9
	6028	kfz Gestellung	0,0	0,0	0,0	0,0
	6029	Jahressonderzahlungen/Einmalzahlung	0,0	18,9	5,7	13,2
	6031	Urlaubsabgeltung	0,0	0,0	0,0	0,0
	6035	Leiharbeitskräfte	2,2	2,1	0,6	1,5
	6080	VwL Lohn	0,8	1,0	0,3	0,7
	6081	VwL Gehalt	0,0	0,0	0,0	0,0
			278,4	291,3	87,3	204,0
		b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung				
	6110	gesetzliche Sozialaufwendungen	60,0	58,7	19,7	39,0
	6111	AG-Anteil Sondervergütung	0,1	0,0	0,0	0,0
	6117	Gesundheitsfürsorge	0,5	0,6	0,2	0,4
	6120	Berufsgenossenschaft	9,7	10,2	3,0	7,2
	6140	Aufwendungen für Altersvorsorge	0,8	0,7	0,2	0,5
	6141	pauschale Steuer für Kfz.	0,0	0,0	0,0	0,0
	6147	pauschale Steuer f. Versicherungen	0,1	0,1	0,0	0,1
			71,2	70,3	23,1	47,2
		Summe Personalaufwand:	349,6	361,6	110,4	251,2

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	gewerbl. T€	hoheitl. T€
7		Abschreibungen				
	6200	Abschreibung immaterielle VermG	5,80	0,4	0,1	0,3
	6220	AfA Sachanlagen	29,80	32,5	7,3	25,2
	6221	AfA Gebäude	6,80	6,7	1,6	5,1
	6222	AfA KfZ	4,20	4,2	1,0	3,2
	6260	Sofortabschreibung GWG	0,30	0,0	0,0	0,0
		Summe Abschreibungen:	46,90	43,8	10,0	33,8
8		sonstige betriebliche Aufwendungen				
	6311	Miete Gebäude u. Anlage vom AZV (unb. AV)	128,5	128,5	38,6	90,0
	6833	Miete Gebäude u. Anlage vom AZV (bew. AV)	217,0	217,0	65,1	151,9
	6325	Gas	22,1	13,9	3,7	10,2
	6326	Strom	47,5	20,0	15,0	5,0
	6327	Wasser	25,1	24,7	6,3	18,4
	6335	Instandhaltung betrieblicher Räume	0,0	0,0	0,0	0,0
	6346	Reinigung An den Dreihäusern 14	6,1	8,0	1,9	6,1
	6350	Grundstückaufwand	0,0	0,0	0,0	0,0
	6351	Aufwendungen f. Hygienemaßnahmen	4,4	5,6	1,3	4,3
	6392	Spenden	0,2	0,1	0,1	0,0
	6400	Haftpflichtversicherungen	10,1	10,3	4,2	6,1
	6401	Sachversicherungen	29,4	31,3	8,3	23,0
	6402	Rechtsschutzversicherungen	0,7	0,7	0,2	0,5
	6420	Beiträge LVR	0,4	0,5	0,1	0,4
	6421	Beiträge Berufsvertretungen	0,7	0,7	0,2	0,5
	6425	Gebühren	2,2	0,7	0,2	0,5
	6450	Rep./Inst. Bauten	0,3	11,3	2,7	8,6
	6451	Rep./Inst. Speicher	37,0	75,1	54,5	20,6
	6460	Rep./Inst. Anl.u.Masch.	47,6	47,7	10,1	37,6
	6461	Rep./Inst. BHKW	104,1	157,0	37,3	119,7
	6462	Rep./Inst. Dekanter	36,4	55,9	7,2	48,7
	6464	Reparatur/Instandhaltung Reaktor	11,2	9,4	2,5	6,9
	6468	Rep./Inst. Behälter	0,0	0,0	0,0	0,0
	6470	Rep./Inst. Betriebsausstattung	3,4	3,1	0,3	2,8
	6471	Rep. u. Instandh. Büroausstattung	0,0	0,0	0,0	0,0
	6485	Rep./Inst. Biofilter	3,0	0,0	0,0	0,0
	6490	sonst. Rep./Inst.	3,7	2,1	0,5	1,6
	6495	Wartungsk. Hard- u. Software	0,1	1,4	0,4	1,0
	6520	Kfz-Versicherungen	2,3	2,2	0,6	1,6
	6531	Betriebsstoffe Pkw	8,4	7,1	1,9	5,2
	6532	nabzf. VSt Betriebsstoffe Fahrzeuge	1,1	0,7	0,0	0,7
	6541	Reifen	1,9	2,8	0,7	2,1
	6542	Reparaturen Pkw	3,6	1,7	0,4	1,3
	6561	Leasing PKW gewerblich	1,3	1,6	1,5	0,1
	6562	Leasing PKW hoheitlich	3,5	4,1	0,0	4,1
	6571	sonstiger Aufwand Pkw	0,0	0,9	0,2	0,7
	6595	Fremdfahrzeugkosten	0,5	0,2	0,1	0,1
	6600	Werbekosten	0,0	0,0	0,0	0,0
	6601	Anzeigenwerbung	0,0	0,0	0,0	0,0
	6611	Zuwendungen an Dritte	0,0	0,0	0,0	0,0
	6612	pauschale Steuer 37b EStG zu Konto 6611	0,0	0,0	0,0	0,0
	6640	Bewertungskosten	0,0	0,1	0,0	0,1
	6643	Aufmerksamkeiten	0,3	0,3	0,1	0,2
	6645	nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	0,0	0,0	0,0	0,0
	6668	km-Geld-Erstattung Arbeitnehmer	0,0	0,0	0,0	0,0

lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	gewerbl. T€	hoheitl. T€
	6300	sonstige betriebliche Aufwendungen	0,9	0,8	0,2	0,6
	6800	Porto	0,2	0,1	0,0	0,1
	6805	Kommunikationsaufwendungen	2,9	2,5	0,6	1,9
	6815	Bürobedarf	0,3	0,1	0,0	0,1
	6820	Zeitschriften, Bücher	0,0	0,0	0,0	0,0
	6821	Fortbildungskosten	0,6	2,0	0,5	1,5
	6822	Aufwendungen für Zertifizierung	1,7	1,6	0,4	1,2
	6826	Steuerberatungskosten	0,0	0,0	0,0	0,0
	6825	Rechts- u. Beratungsgskosten	4,6	11,3	2,8	8,5
	6827	Abschlusskosten	1,3	0,0	0,0	0,0
	6828	Prüfungskosten	6,0	5,8	1,3	4,5
	6830	Verwaltungskosten	28,1	34,7	8,9	25,8
	6831	Steuererklärungskosten	2,1	2,5	2,5	0,0
	6836	Mieten für Einrichtungen (hoh. Anteil)	0,0	0,0	0,0	0,0
	6835	Mieten für Einrichtungen (gew. Anteil)	0,0	2,5	0,0	0,0
	6839	Mieten für Einrichtungen (ges.)	6,5	7,0	1,8	5,2
	6846	verauslagte Kosten AZV	1,8	0,0	0,0	0,0
	6845	Werkzeuge u. Kleingeräte	7,5	1,2	0,3	0,9
	6850	Betriebsbedarf	5,3	2,4	0,6	1,8
	6851	Berufsbekleidung Arbeitnehmer	2,5	6,2	1,5	4,7
	6855	Nebenkosten Geldverkehr	2,0	0,8	0,1	0,7
	6859	Abfallbeseitigung	0,0	2,0	0,5	1,5
	6860	nichtabzf. Vorsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0
	6960	periodenfremde Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0
	6885	Erlöse Sachanlagenverkäufe 19%	0,0	0,0	0,0	0,0
	6895	Anlagenabgang Sachanlagen	3,7	9,7	2,3	7,4
	6923	Einstellung EWB zu Forderungen	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe sonst. betriebl. Aufwendungen:	843,0	937,8	290,9	647,0
12		Abschr. a. Finanzanl. u. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0
13		Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
	7304	nabzf. Nebenleistungen zu Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
	7310	Zinsaufwand kfr. Vbl.	0,0	0,0	0,0	0,0
	7320	Zinsen an AZV Kautio (gew. Anteil)	0,0	0,0	0,0	0,0
	7329	Zinsen an AZV (gewerbl. Anteil)	0,0	0,0	0,0	0,0
	7331	Zinsen an AZV (hoh. Anteil)	0,0	0,0	0,0	0,0
	7332	Zinsen an AZV Kautio (hoh. Anteil)	0,0	0,0	0,0	0,0
	7330	zinsähnl. Aufwend.	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe Zinsen u. ähnl. Aufwendungen:	0,0	0,0	0,0	0,0
16		außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0
18		Steuern vom Einkommen und Ertrag				
	7600	Körperschaftsteuer	0,6	3,3	3,3	0,0
	7608	Solidaritätszuschlag	0,0	0,2	0,2	0,0
	7610	Gewerbesteuer	0,0	2,2	2,2	0,0
		Summe Steuern v. Einkommen u. Ertrag:	0,6	5,7	5,7	0,0
19		sonstige Steuern				
	7675	Verbrauchssteuer (Mineralölst.-Stromst.)	4,0	40,0	40,0	0,0
	7686	Kfz-Steuer	0,7	0,7	0,2	0,5
	7604	Steuern VJ	0,0	0,0	0,0	0,0
		Summe sonstige Steuern:	4,7	40,7	40,2	0,5
		Gesamtausgaben	2.344,6	2.426,6	797,2	1.629,4
		Gesamteinnahmen	2.348,4	2.442,8	813,4	1.629,4
20		Jahresgewinn / Jahresverlust	3,8	16,2	16,2	0,0

TOP 6

AZV „Obere Röder“

Beschlussvorlage Verbandsversammlung	Beschluss-Nr. 06/2024 Datum: 04.12.2024 Einreicher: Verbandsvorsitzender
Beratungsfolge: Verbandsversammlung	Öffentlich 04.12.2024

Thema

Beschluss Wirtschaftsplan 2025 BVR mbH

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ bevollmächtigt den Verbandsvorsitzenden, Herrn Veit Künzelmann, in der Gesellschafterversammlung der BVR Bioverwertungsgesellschaft Radeberg mbH, dem Beschluss des Wirtschaftsplanes der BVR mbH für das Jahr 2025 zuzustimmen.



Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

TOP 7

1. Gesellschaft

Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH
An den Dreihäusern 14
01454 Radeberg

Tel.: 03528/433 512
Fax: 03528/433 511
E-Mail: info@bvr-radeberg.de

Gründungsjahr: 1997

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Durch Beschluss vom 09.01.1997 Gesellschaftsvertrag mit Handelsregistereintragung
Amtsgericht Dresden HRB14994

Änderungen:

- Beschluss vom 14.12.2007, Nachtrag vom 28.07.2008 Gesellschaftsvertrag mit Handelsregistereintragung Amtsgericht Dresden HRB14994
- Beschluss vom 08. Dezember 2016, Anpassung des Gesellschaftervertrages an § 96a Abs.1 SächsGemO, Urkunde 4844/2016-H

2. Gegenstand des Unternehmens / öffentlicher Zweck

Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlamm. Daneben kann das Unternehmen Grünabfälle und Bioabfälle aller Art verarbeiten, soweit dadurch die Klärschlammentsorgung nicht beeinträchtigt wird.

3. Stammkapital

- Stamm- oder Grundkapital: 51.129,19 €

davon:

- BVR mbH: 25.053,30 €
AZV „Obere Röder“: 26.075,89 €

- Prozentualer Anteil des AZV „Obere Röder“: 51 %

Finanzbeziehung zwischen Zweckverband und Gesellschaft

- Summe aller Gewinnabführungen an den Haushalt des AZV: 43.350,00 €
in 2010 25.500,00 €
in 2012 17.850,00 €

- Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Haushalt des Zweckverbandes: 0 €

- Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen: 0 €

- Summe sonstiger Einlagen ins Eigenkapital: 0 €

- Summe aller vom Zweckverband übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen: 0 €

4. Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Namentliche Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern:

Geschäftsführer: Herr Jörg Friedemann

Gesellschafter: BVR mbH
AZV „Obere Röder“ Radeberg
- Anzahl Mitarbeiter: 4 (ohne Geschäftsführung)
- Name des bestellten Abschlussprüfers:

LISKA Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner:

BVR mbH: 49 %

5. Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde mit Notarvertrag URNr. 32/1997-H am 09.01.1997 durch den Abwasserzweckverband „Obere Röder“ (nachfolgend AZV genannt) und der Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH (nachfolgend Nehlsen genannt) gegründet. Der AZV war zu 51 % und Nehlsen zu 49 % an der Gesellschaft beteiligt. Die Radeberger Stadtentsorgung K. Nehlsen GmbH ist aufgrund des Verschmelzungsvertrages vom 21.07.2005 mit der Nehlsen Entsorgungs GmbH Pirna verschmolzen. Mit Beschluss Nr. GV-04-2017 der Gesellschafterversammlung wurde der Erwerb der Nehlsenanteile durch die Gesellschaft, auf Grundlage des geschlossenen Kauf- und Abtretungsvertrages vom 17. März 2017 mit der Urkundenrolle-Nummer: 1074/2017 – H, beschlossen.

Durch die Änderungen der Sächsischen Gemeindeordnung bedurfte es einer Änderung des Gesellschaftsvertrages. In der Gesellschafterversammlung vom 08.12.2016, die beim Notar Dr. jur. Heribert Heckschen stattgefunden hat, wurde die Satzung der Gesellschaft geändert. Die Eintragung der Änderung im Handelsregister erfolgte am 21.12.2016.

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst unter Berücksichtigung der Auflagen aus der Genehmigung des Regierungspräsidiums Dresden die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlämmen sowie von Grün- und Bioabfällen, soweit dadurch die Klärschlammverwertung nicht beeinträchtigt wird. Die Hauptaufgabe der BVR besteht darin, die anfallenden Klärschlämme und biogenen Stoffe mit Hilfe der Bio-Covergärungsanlage und den dazu erforderlichen verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten so zu verarbeiten, dass aus den Inputstoffen Methangas zur Energieproduktion gewonnen wird. Zusätzlich entsteht ein Energieträger, der in Kraftwerken zur Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt werden kann und wird, oder der seine Verwendung als Substrat in der Kompostierung findet.

Zur Realisierung des Unternehmensgegenstandes mietet die BVR ab dem 01.06.1999 die Bioverwertungsanlage vom AZV an.

Seit der Anmietung der Bioverwertungsanlage besteht zwischen dem AZV und der BVR eine Betriebsaufspaltung mit der Folge der umsatzsteuerlichen Organschaft. Der AZV betätigt

Beteiligungsbericht zum 31.12.2023

zur Beteiligung des AZV „Obere Röder“ an der BVR mbH

sich mit der Vermietung der Bioverwertungsanlage außerhalb seiner hoheitlichen Aufgaben insoweit, als die Gesellschaft die Bioverwertungsanlage zum Zwecke der gewerblichen Tätigkeit nutzt.

Die Klärschlammverwertung, auch wenn sie durch die BVR GmbH erledigt wird, stellt weiterhin die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben dar, denn mit der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben kann keine gewerbliche Tätigkeit ausgeübt werden. Gleiches gilt, wenn der für die Klärschlamm Entsorgung zuständige AZV zur Erfüllung seiner Pflichtaufgaben die BVR als Betriebskapitalgesellschaft einsetzt. Die Klärschlammverwertung bleibt somit Aufgabe des AZV und ist dem Hoheitsbetrieb zuzuordnen. Daraus folgt, dass die BVR hinsichtlich der ihr entstandenen Kosten für die Verwertung des Klärschlammes einen Anspruch auf Kostenersatz gegenüber dem AZV hat.

Die Verwertung von Bioabfällen stellt für die BVR eine selbständige Tätigkeit dar, mit der sie am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt und aus der sie Gewinn erzielt. Dieser Bereich

steht in keinem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben. Dementsprechend unterliegt nur der Bereich Verwertung von Bioabfällen der Steuerpflicht.

Die Geschäftsvorfälle sind, soweit keine direkte Zuordnung möglich ist, im Verhältnis der hoheitlichen zur gewerblichen Nutzung aufzuteilen. Bei der Verhältnisbildung ist der gesamte Verarbeitungsprozess unter Einbeziehung des Nutzungsgrades der angemieteten Anlage zu berücksichtigen.

Für den Zeitraum vor Anmietung (= bis zum 31.05.1999) wurde das Nutzungsverhältnis aus den Planmengen unter Einbeziehung des tatsächlichen Investitionsvolumens gebildet. Ab dem Zeitpunkt der Anmietung und Inbetriebnahme wurden der Berechnung die tatsächlichen Mengen zugrunde gelegt. Die nicht direkt zuordenbaren Aufwendungen und Erträge werden verhältnismäßig auf den hoheitlichen und gewerblichen Bereich zugeordnet.

Danach ergeben sich folgende Nutzungsverhältnisse:

	Nutzungsverhältnisse	
	hoheitlicher Anteil	gewerblicher Anteil
	%	%
01.01.2014 bis 31.12.2014	71	29
01.01.2015 bis 31.12.2015	70	30
01.01.2016 bis 31.12.2016	69	31
01.01.2017 bis 31.12.2017	68	32
01.01.2018 bis 31.12.2018	68	32
01.01.2019 bis 31.12.2019	70	30
01.01.2020 bis 31.12.2020	71	29
01.01.2021 bis 31.12.2021	71	29
01.01.2022 bis 31.12.2022	71,5	28,5
01.01.2023 bis 31.12.2023	69	31

Die Reparatur- und Instandhaltungskosten lagen mit 350 TEUR um ca. 100 TEUR unter dem Vorjahresniveau. Auf die Entwässerungstechnik entfielen 47 TEUR, auf die BHKW-Anlage 136 TEUR, auf die Speicher 71 TEUR. 96 TEUR entfielen auf sonstige gemeinsam genutzte Anlagentechnik, davon betreffen 32 TEUR die Gasreinigungsanlage.

Beteiligungsbericht zum 31.12.2023 zur Beteiligung des AZV „Obere Röder“ an der BVR mbH

Auch in diesem Wirtschaftsjahr wurde das Überwachungsaudit zum Entsorgungsfachbetrieb erfolgreich absolviert und die Gesellschaft ist weiterhin ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb.

5.1. Rentabilitätsverhältnisse

Ergebnisanalyse:

	Ergebnisanalyse	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
betragsmäßige Ergebnisanalyse		
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	55.517,55	240.031,33
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	753.415,82	513.384,49
zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
Gewinnausschüttung	0,00	0,00
Bilanzgewinn	808.933,37	753.415,82
	%	%
strukturelle Ergebnisanalyse		
Personalkostenanteil = (Personalaufwand / Gesamtaufwand)*100	15,07	13,11
Materialkostenanteil = (Materialaufwand / Gesamtaufwand)*100	42,84	37,24
Abschreibungskostenanteil = (Abschreibungsaufwand / Gesamtaufwand)*100	1,38	1,57

Rentabilitätsanalyse:

	Rentabilitätsanalyse	
	2023	Vorjahr
	%	%
Ertragslage:		
Eigenkapitalrendite (vor Steuern)	7,15	31,09
Eigenkapitalrendite (nach Steuern)	4,82	21,89
Umsatzrendite (vor Steuer)	3,58	14,16
	TEUR	TEUR
ordentlicher Cashflow (Jahresüberschuss + Abschreibungen)	86	274

Rentabilitätsanalyse:

Die Ergebnisrechnung 2023 ist durch folgende wesentliche Sondereinflüsse geprägt:

- Die Strompreise an der Strombörse haben sich gegenüber dem Vorjahr von durchschnittlich 0,235 €/kWh auf 0,095 €/kWh reduziert. Somit verringerte sich auch der Vergütungsanspruch auf die in das Netz eingespeiste Energie gegenüber dem Vorjahr erheblich.
- Preissteigerung für die Gärrestverwertung um ca. 54 % auf Grundlage der im Jahr 2021 erfolgten europaweiten Ausschreibung. Die Kosten für Transport und Verwertung liegen daher um ca. 30,00 €/t Gärrest höher als im Vorjahr.
- massiv gestiegene Preise für nahezu alle eingesetzten RHB-Stoffe
- Inflationsrate von 5,9 % in 2023

5.2 Risikobetrachtung

Mit dem Entschluss des AZV, lediglich Ersatzinvestitionen in Anlagenteile vorzunehmen, welche zur Erfüllung des Hauptzweckes (Verwertung von Klärschlamm) notwendig sind, kann die Gesellschaft nur noch flüssige biogene Abfälle verwerten und hat dadurch ihr Alleinstellungsmerkmal verloren und steht nun unmittelbar in Konkurrenz mit der Covergärungsanlage der Stadtentwässerung Dresden, welche große logistische Vorteile für die Entsorger gegenüber Radeberg bietet.

Ein weiteres Risiko stellt die Ausrichtung der Energiepolitik der Bundesregierung und deren Auswirkung dar. Diese hat wesentlichen Einfluss auf die Preisentwicklung und den Trend an der Strombörse und somit auf den Vergütungsanspruch für die in das Netz eingespeiste Energie. Nach aktueller Gesetzgebung besteht weiterhin die Pflicht der Netzbetreiber den erzeugten Strom aus unserer Anlage abzunehmen, eine etwaige Vergütung für diesen Strom richtet sich nach dem aktuellen Preisen an der Strombörse. Diese liegen derzeit bei ca. 0,06 €/kWh. Es ist nicht vorhersehbar ob sich dieser Preis „einpegelt“ oder weiter einen fallenden Trend verzeichnet. Die Geschäftsleitung wird ständig prüfen, ob eine Stromproduktion über den Eigenbedarf hinaus unter den gegebenen Rahmenbedingungen darstellbar ist.

Die voraussichtlich im Jahr 2024 in Kraft tretende neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie, wird bis jetzt nicht definierbaren Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft haben. Die Geschäftsführung geht hier prinzipiell von zu erwartenden Mehrkosten aus.

Die Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind zurzeit noch nicht vollständig absehbar. Im Bereichen Energie sind die Auswirkungen durch deutlich steigende Preise bereits spürbar. Des Weiteren stehen derzeit auch bestimmte Ersatzteile (Zündkerzen für BHKW) nicht ausreichend am Markt zur Verfügung Inwieweit diese Entwicklung anhält, ist schwierig abzuschätzen.

Für das Jahr 2024 geht die Gesellschaft von einem positiven Betriebsergebnis aus.

6. Bilanz- und Leistungskennzahlen

6.1 Bilanz

Aktiva	Bilanz		
	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
	TEURO	TEURO	TEURO
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Sachanlagen	139	153	139
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	31	59	28
II. Forderungen	250	338	378
III. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	774	783	761
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	3
	1.195	1.334	1.309

Beteiligungsbericht zum 31.12.2023
zur Beteiligung des AZV „Obere Röder“ an der BVR mbH

Passiva	Bilanz		
	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023
	TEURO	TEURO	TEURO
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	317	317	317
III. Bilanzgewinn	513	753	808
B. Rückstellungen	243	149	77
C. Verbindlichkeiten	95	88	81
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
	1.195	1.334	1.309

6.2 Gewinn- und Verlustrechnung

In der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich folgende Werte:

	Gewinn- und Verlustrechnung		
	2021	2022	2023
	EUR	EUR	EUR
Umsatzerlöse:	2.057.740	2.407.309	2.302.932
darin u. a.			
Annahme von Bioabfall	245.924	239.890	297.922
Stromeinspeisung	212.699	475.006	233.999
Klärschlamm Entsorgung für AZV	1.193.002	1.337.852	1.434.712
Strom an AZV	243.515	198.121	183.032
Wärme an AZV	140.287	137.821	140.245
Wärmeverkauf	15.481	14.098	11.431
sonst. Erträge	71.350	66.516	17.939
Materialaufwand	609.099	794.377	960.076
Personalaufwand	260.212	279.570	337.806
Abschreibungen	27.131	33.499	31.032
sonstige betriebliche Aufwendungen	966.246	1.025.423	908.989
darin u. a.			
Raumkosten	438.623	441.026	409.533
Reparatur / Instandhaltung	160.339	449.948	349.917
Verluste aus dem Abgang von AV	6.786	3.314	8.655
Zinsen u. ähnliche Erträge	72	26	0
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	21	94	568
Steuern	78.610	100.857	26.883
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	187.843	240.031	55.517

6.3 Angaben zum Personalaufwand

Während des Zeitraums vom 01.01.2023 bis 31.12.2023 waren durchschnittlich 4 Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt (Vorjahr 3 AN). Geschäftsführer im Jahr 2023 war Herr Jörg Friedemann.

Beteiligungsbericht zum 31.12.2023
zur Beteiligung des AZV „Obere Röder“ an der BVR mbH

	Gesamtpersonalaufwand	
	2023	Vorjahr
	EUR	EUR
Gesamtpersonalaufwand	337.806	279.570

Die Steigerung des Personalaufwandes liegt in der erhöhten Arbeitnehmerzahl und den Lohnentwicklungen begründet.

6.4 Finanzlage

	2023	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	3	55
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-25	-46
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-22	9
Liquide Mittel zu Beginn der Periode	783	774
Liquide Mittel zu Ende der Periode	761	783

6.5 Plan-/Ist-Vergleich

	Plan- /Ist-Vergleich			
	Ist 2023	Plan 2023	Abweichung	
	TEURO	TEURO	absolut	%
Umsatzerlöse	2.303	2.276	27	1,19
Sonstige betriebliche Erträge	18	0	18	100,00
Materialaufwand	960	1.028	-68	-6,61
Rohergebnis	1.361	1.248	113	9,05
Personalaufwand	338	328	10	3,05
Abschreibungen	31	40	-9	-22,50
Sonstige betriebliche Aufwendungen	909	846	63	7,45
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	100,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	1	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	82	34	48	141,18
Steuern vom Einkommen und Ertrag	24	9	15	166,67
Sonstige Steuern	3	5	-2	0,00
Jahresüberschuss	55	20	35	175,00
Gewinn aus Vorjahr	753	753		0,00
Einstellung in Gewinnrücklage	0	0		
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	808	773	35	4,53


7. Wesentliche Sachverhalte

Ab dem Jahr 2024 unterliegt nun auch der selbst erzeugte Strom welcher für den Eigenbedarf oder zur Weitergabe an Dritte entnommen wird der Stromsteuer. Diese Gesetzesänderung wird voraussichtlich Mehrkosten von ca. 50 TEUR/Jahr netto verursachen.

Die weiteren Auswirkungen des seit Februar 2022 bestehenden Krieges in der Ukraine sind nicht absehbar und eine Entwicklung ist schwierig abzuschätzen.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche nicht im Bericht erwähnt sind, haben sich nach dem Ende des Geschäftsjahres 2023 nicht ergeben.

Radeberg, 20. September 2024



Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

Zuarbeit zum Beteiligungsbericht der Städte und Gemeinden für das Jahr 2023

1. Angaben zum AZV „Obere Röder“

1.1. Allgemeine Angaben

Einrichtung: Abwasserzweckverband „Obere Röder“

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts - Eigenbetrieb

Prozentualer Anteil: folgende Städte und Gemeinden sind prozentual am Abwasserzweckverband „Obere Röder“ beteiligt:

Stadt/Gemeinde	prozentualer Anteil (lt. Satzung)
Arnsdorf mit OT	12,59
Großröhrsdorf mit OT	26,48
Radeberg mit OT	57,45
Wachau, OT Leppersdorf	2,40
Großharthau, OT Seeligstadt	1,08

Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck:

Der Zweckverband hat nach § 2 der Verbandssatzung als Teilzweckverband die Aufgabe, einen Teil der den Gemeinden nach § 50 Abs. 1 und 2 des Sächsischen Wassergesetzes obliegenden Abwasserbeseitigungspflichten zu erledigen. Die Errichtung und der Betrieb von Kläranlagen sowie der Bau und der Betrieb von Hauptsammlern, Pumpwerken, Regenüberlaufbecken und Messschächten sind Verbandsaufgabe. Der Bau und der Betrieb der Ortskanalisation bleibt Aufgabe der Verbandsmitglieder. Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch Dritter bedienen. Das Satzungsrecht, insbesondere das Recht, Beiträge und Gebühren zu erheben, bleibt bei den Verbandsgemeinden.

Stamm- und Grundkapital: 0,00 €

1.2. Finanzbeziehung

- Summe aller Gewinnabführungen an den Haushalt der Gemeinde:	0,00 €
- Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Haushalt der Gemeinde:	0,00 €
- Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen:	0,00 €
- Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen:	0,00 €

1.3. Lagebericht

1.3.1 Grundlagen der Gesellschaft

Gemäß § 2 der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ (nachfolgend „AZV“, „Verband“ oder „Zweckverband“ genannt) hat der Zweckverband die Aufgabe, das im Verbandsgebiet anfallende Abwasser nach § 50 Abs. 1 und 2 des Sächsischen Wassergesetzes zu beseitigen. Die Ortskanalisation wird von den Verbandsmitgliedern in eigener Verantwortung hergestellt und betrieben.

Darüber hinaus kann der Zweckverband für andere Gemeinden und für Gemeindeteile, die nicht zum Verbandsgebiet gehören, Aufgaben der Abwasserbeseitigung erledigen.

Das gilt auch für die den Verbandsmitgliedern obliegenden Aufgaben aus dem Betrieb der Ortskanalisation. Für den Betrieb der Ortskanalisation der Mitglieder hat der AZV entsprechende Vereinbarungen mit der Stadt Großröhrsdorf, der Großen Kreisstadt Radeberg, der Gemeinde Wachau und der Gemeinde Arnsdorf getroffen.

Weiterhin führt der Verband zwei Betriebe gewerblicher Art (BgA). Dazu gehören der BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage und der BgA Leistungen für fremde Dritte. Die Ergebnisse der Betriebe gewerblicher Art sind in dem Gesamtabschluss des AZV enthalten.

Zur Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben in Bezug auf die Klärschlammentsorgung gründete der AZV mit der im Entsorgungsbereich tätigen Nehlsen-Gruppe mit Gesellschaftervertrag vom 9. Januar 1997 die BVR Bio-Verwertungsgesellschaft Radeberg mbH, Radeberg (BVR mbH). Gegenstand des gegründeten Unternehmens ist die Aufbereitung, Verwertung und Vermarktung von Klärschlamm. Daneben kann das Unternehmen Grünabfälle und Bioabfälle aller Art verarbeiten, soweit dadurch die Klärschlammbehandlung nicht beeinträchtigt wird. Der AZV hält 51 % der Gesellschaftsanteile, die verbleibenden 49 % hält die Tochtergesellschaft selbst.

Um die übertragenen Aufgaben erfüllen zu können, mietete die BVR mbH ab dem 1. Juni 1999 die Bio-Covergärungsanlage vom Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, an.

1.3.2 Steuerungssystem

Die Zuständigkeiten der einzelnen Organe des Abwasserzweckverbandes sind in der Verbandssatzung geregelt. Die Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende in der aufgeführten Reihenfolge. Ein weiteres Instrument ist der jährlich aufgestellte und zu beschließende Wirtschaftsplan, welcher die finanziellen Rahmenbedingungen festlegt. Der vorgeschriebene zu erstellende Halbjahresbericht gibt einen Überblick über den Geschäftsverlauf, den Soll-Ist Stand in Bezug auf den Wirtschaftsplan und einen stichtagsbezogenen Überblick auf die Liquiditätslage des Verbandes. Mithilfe des eingeführten Risikomanagementsystems werden zusätzlich die wesentlichen Risiken analysiert und überwacht.

Im Verlauf des Wirtschaftsjahres 2023 wurden in zwei Verbandsversammlungen die für die wirtschaftliche Tätigkeit des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ notwendigen Beschlüsse gefasst.

Die Mitgliedskommunen erhielten drei Quartalsauswertungen und eine Halbjahresauswertung in Form eines Auszuges aus der Kostenrechnung und einen Plan-Ist-Vergleich zum Stand der Erfüllung des Wirtschaftsplanes sowie eine Aussage zur Liquidität.

Weiterhin erhalten die Kommunen im Rahmen der Betriebsführung quartalsweise Auswertungen über den Stand der offenen Posten sowie der Erlöse aus der Gebührenabrechnung, welche der AZV im Auftrag der Kommunen vornimmt.

Anhand der Kostenrechnung werden monatlich die Kosten durch die Geschäftsleitung ausgewertet, Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in den einzelnen Bereichen erörtert und entsprechende Maßnahmen ergriffen.

1.3.3 Geschäftsverlauf

Das Jahr 2023 war im Bereich der Abwasserentsorgung durch die Folgeerscheinungen des russischen Krieges in der Ukraine und dem turbulenten Energiemarkt geprägt. Im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe waren weiterhin Preissteigerungen zu verzeichnen. Grundsätzlich positiv zu bewerten ist die rückläufige Inflationsrate im Jahr 2023 gegenüber 2022, aber auch diese führte grundsätzlich zu Verteuerungen. Inwieweit diese Entwicklung anhält, ist schwierig abzuschätzen. Die Entwicklung der Einnahmen aus den Sonderchargen und den bestehenden Einleitverträgen war analog dem Vorjahr. Wesentliche neue Investitionsmaßnahmen haben nicht stattgefunden.

Während des Zeitraums vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 waren durchschnittlich 21 (Vorjahr: 21) Arbeitnehmer (ohne Geschäftsführer) beschäftigt. Der Verband geht auch im Jahr 2024 von einem nahezu gleichbleibenden Personalbestand aus.

1.3.4 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1.3.4.1 Vermögenslage

Das Vermögen des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“, Radeberg, stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	255	0,6	267	0,6	-12
Sachanlagen	40.817	92,6	42.392	95,2	-1.575
Finanzanlagen	26	0,1	26	0,1	0
Anlagevermögen	41.098	93,3	42.685	95,9	-1.587
Vorräte	70	0,2	62	0,1	8
Liefer- und Leistungsforderungen	60	0,1	47	0,1	13
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	5	0,0	8	0,0	-3
Flüssige Mittel	2.861	6,4	1.725	3,9	1.136
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	2.996	6,7	1.842	4,1	1.154
Gesamtvermögen	44.094	100,0	44.527	100,0	-433

Im Wirtschaftsjahr wurden Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 306 vorgenommen. Davon entfielen TEUR 111 auf die Maßnahme Klimatisierung der Büroräume und TEUR 13 auf die Fällmitteldosieranlage/KA Leppersdorf, TEUR 92 auf einen LKW und sonstige Transportmittel (Radlader), TEUR 11 auf die Bioverwertungsanlage, TEUR 2 auf Grunddienstbarkeiten, TEUR 59 auf KA Radeberg und Pumpwerke sowie TEUR 18 auf die Betriebsausstattung und kleinere Maßnahmen.

In den kommenden Wirtschaftsjahren wird mit jetzigem Kenntnisstand das Volumen für erforderliche Ersatzinvestitionen in ähnlicher Größenordnung ausfallen.

Das Vermögen des AZV ist wie folgt finanziert:

	31.12.2023		31.12.2022		Verände - rung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Wirtschaftliches Eigenkapital					
Kapitalrücklagen	19.600	44,5	18.568	41,7	1.032
Gewinnrücklage	3.603	8,2	3.603	8,1	0
Gewinnvortrag	2.515	5,7	2.406	5,4	109
Jahresergebnis	228	0,5	109	0,2	119
Eigenkapital	25.946	58,8	24.686	55,4	1.260
Erhaltene Investitionszuschüsse	14.865	33,7	15.711	35,3	-846
	40.811	92,6	40.397	90,7	414
Mittel- und langfristiges Fremdkapital					
Archivierungsrückstellung	10	0,0	10	0,0	0
Finanzkredite	1.724	3,9	2.126	4,8	-402
Sicherheitseinbehalte	8	0,0	4	0,0	4
	1.742	3,9	2.140	4,8	-398
Kurzfristiges Fremdkapital					
Rückstellungen	459	1,0	519	1,2	-60
Finanzkredite	402	0,9	526	1,2	-124
Verbindlichkeiten des laufenden Geschäftsbetriebes	680	1,5	945	2,1	-265
	1.541	3,5	1.990	4,5	-449
Gesamtkapital	44.094	100,0	44.527	100,0	-433

Die wesentlichen Vermögenswerte sind Sachanlagen, sowie liquide Mittel. Der Eigenkapitalanteil liegt bei 92,6 % (Vorjahr: 90,7 %) unter Einbeziehung des Sonderpostens.

Das Fremdkapital besteht zu 64,8 % aus drei Finanzkrediten (drei Tilgungsdarlehen) mit Zinssätzen von 1,40 % bis 4,04 %. Die Laufzeiten für die Zinsbindung reichen von 2026 bzw. 2027 bis 2031. Die übrigen 35,2 % des Fremdkapitals resultieren aus geschäftstypischen Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr.

1.3.4.2 Finanzlage

Eine Übersicht der Finanzlage stellt sich in folgender verkürzter Kapitalflussrechnung dar:

	2023	2022
	TEUR	TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.837	1.448
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-1.151	-326
Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	450	-595
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1.136	527
Liquide Mittel zu Beginn der Periode	1.725	1.198
Liquide Mittel zu Ende der Periode	2.861	1.725

Für das Jahr 2023 waren Ersatzinvestitionen in Höhe von TEUR 560 geplant. Es wurden Ersatzinvestitionen im Wert von TEUR 306 vorgenommen. Es wurden Investitionszuwendungen in Form von Zuschüssen in Höhe von TEUR 1.032 für Investitionen der Vorjahre vereinnahmt. Die Finanzierung der Anlagenzugänge im Wirtschaftsjahr erfolgte aus Eigenmitteln.

Die Ersatzinvestitionen erfolgten im Wesentlichen in Entsorgungs- und Behandlungsanlagen, in Maschinen- und Fahrzeuge und der EDV- und EMSR-Technik. Der AZV hat im Wirtschaftsjahr 2023 keine Grundstücke erworben oder veräußert, allerdings weitere Grunddienstbarkeiten gesichert. Die bestehenden Kreditverbindlichkeiten wurden planmäßig getilgt und zusätzlich wurde eine Sondertilgung von TEUR 124 vorgenommen. Die Zahlungsfähigkeit des AZV war während des gesamten Wirtschaftsjahres gewährleistet. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

Die Liquidität des AZV stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

1. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} = \frac{\text{TEUR } 2.861}{\text{TEUR } 1.541} = 1,86$
2. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Leistungsforderungen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} = \frac{\text{TEUR } 2.921}{\text{TEUR } 1.541} = 1,90$
3. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Leistungsforderungen} + \text{Vorräte} + \text{Sonstige Vermögensgegenstände}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} = \frac{\text{TEUR } 2.996}{\text{TEUR } 1.541} = 1,94$

1.3.4.3 Ertragslage

Nach Satzung des Abwasserzweckverbandes „Obere Röder“ § 2 Abs. 4 strebt der Zweckverband keinen Gewinn an. Da der AZV ein Teilzweckverband ist, finanziert sich der Verband hauptsächlich für die nicht durch Zuschüsse Dritter (Fördermittel) gedeckten Kosten über die Erhebung von Betriebskosten- und Kapitalumlagen von den Mitgliedskommunen.

Entsprechend der genehmigten Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2023 wurden im Erfolgsplan die Erträge mit EUR 7.514.072 und die Ausgaben mit EUR 7.439.840 und im Liquiditätsplan ein Saldo der Ein- und Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 1.191.743 festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde auf EUR 750.000 festgesetzt und durch das LRA Bautzen mit Schreiben vom 8. Dezember 2022 bestätigt.

Die Umsatzerlöse liegen mit TEUR 6.845 um TEUR 193 über dem Planansatz. Die Gewinn- und Verlustrechnung verzeichnet insgesamt einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 228 und liegt über dem Planansatz von TEUR 74.

Durch die Vereinbarungen zur Betriebsführung der Ortsnetze, seiner Betriebe gewerblicher Art und die Annahme von Fäkalien/Abwasser aus Fremdgebieten werden zusätzlich Deckungsbeiträge erwirtschaftet, die zur Finanzierung des AZV beitragen und die Mitglieder entlasten. Die endgültigen Umlagen werden mit Feststellung des Jahresabschlusses 2023 beiden Mitgliedsgemeinden im Folgejahr erhoben.

Die Abrechnung des Erfolgsplanes stellt sich wie folgt dar, wobei die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis die auch für die interne Steuerung der Gesellschaft relevanten finanziellen Leistungsindikatoren darstellen:

	Planansatz 2023	Ist 2023	Abweichung	
	EUR	EUR	%	
Umsatzerlöse	6.652.365	6.844.552	192.187	2,9
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	1.049	100,0
Sonstige betriebliche Erträge	861.707	869.683	7.976	0,9
Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	763.100	965.840	202.740	26,6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.706.000	1.674.609	-31.391	-1,8
Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	987.100	939.335	-47.765	-4,8
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	261.600	260.585	-1.015	-0,4
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.922.700	1.894.045	-28.655	-1,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.710.700	1.654.263	-56.437	-3,3
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge/	0	276	276	100,0
Erträge aus Beteiligungen				
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	61.740	54.854	-6.886	-11,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	101.132	270.980	169.848	168,0
Steuern	26.900	42.742	15.842	58,9
Jahresergebnis	74.232	228.238	154.006	207,5

Die höheren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe resultieren hauptsächlich aus Preissteigerungen und Mehrverbrauch. Das Jahresergebnis wurde im Wesentlichen durch die Zusammenarbeit mit dem Kunden Sachsenmilch Anlagen Holding GmbH und den Einleitungen aus Schönborn positiv beeinflusst.

Die Summe und Zusammensetzung der Erträge sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

	Planansatz 2023	Ist 2023	Abweichung
	EUR	EUR	%
Umsatzerlöse			
Betriebskostenumlage	4.613.153	4.619.473	0,1
Betriebsführungsentgelt Verbandsmitglieder	1.364.600	1.349.882	-1,1
Miete für BVR-Anlage	345.500	345.335	-0,1
Einleitentgelt OT Schönborn	68.000	99.384	46,2
Einleitentgelt SAHO	104.600	191.892	83,5
Sonderchargen (FAS)	9.700	5.353	-44,8
Abfallbeseitigung	0	3.052	100,0
Entgelt BVR mbH	64.300	91.528	42,4
Betriebskosten Einl. Feldschlößchen	54.612	51.625	-5,5
Erlöse aus Weiterberechnungen	0	62.027	100,0
Sonstige Erlöse	27.900	25.002	-10,4
	6.652.365	6.844.553	2,9
Sonstige betriebliche Erträge			
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	857.907	845.612	-1,4
sonstige Erträge	3.800	5.705	50,1
Versicherungsentschädigung, Schadenersatz	0	6.928	100,0
Erträge aus Anlagenabgängen	0	0	0,0
Auflösung von Rückstellungen	0	2.972	100,0
Periodenfremde Erträge	0	8.466	100,0
	861.707	869.683	0,9
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge/			
Zinsen und ähnliche Erträge	0	276	0,0
	0	276	0,0
	7.514.072	7.714.512	2,7

1.3.5 Angaben zum Personalaufwand

Während des Zeitraums vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 waren durchschnittlich 22 Arbeitnehmer beschäftigt. Da der Geschäftsführer nicht der gesetzliche Vertreter des AZV „Obere Röder“ ist, wurde er vorliegend in die Anzahl der Arbeitnehmer mit einbezogen.

1.3.6 Annextätigkeiten

Darunter werden wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen verstanden, die daraus resultieren, dass vorhandene Kapazitäten für hoheitliche Aufgaben nicht ausgeschöpft werden können, wohl aber durch ein ergänzendes Angebot an Dritte, sodass letztlich durch die Kapazitätsauslastung noch ein zusätzlicher Ertrag erwirtschaftet wird.

Die wirtschaftliche Betätigung des AZV erfolgt in Betrieben gewerblicher Art (BgA). Der AZV führt den BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage und den BgA Leistungen für fremde Dritte.

Die Betriebe stellen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung im Einzelnen wie folgt dar:

	Jahresergebnis	
	2023	2022
	TEUR	TEUR
BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage	36	50
BgA Leistungen für fremde Dritte	91	28

1.3.7 Risikobetrachtung

Die Risikofelder des Verbandes haben sich gegenüber dem Vorjahr erweitert.

Die folgenden Risiken werden in der Reihenfolge ihrer Bedeutung für den AZV dargestellt.

Aufgrund der Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung müssen Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen mit einer Ausbaugröße von bis zu 100.000 Einwohnern (EW) ab 1. Januar 2032 und einer Ausbaugröße über 100.000 EW ab 1. Januar 2029 den im Klärschlamm enthaltenen Phosphor zurückgewinnen bzw. einer entsprechenden Verwertung zuführen, sofern ein Phosphorgehalt von 20 g oder mehr je Tonne Trockenmasse gegeben ist. Der AZV betreibt eine Abwasserbehandlungsanlage mit einer Ausbaugröße von 100.000 EW und der Phosphorgehalt im Klärschlamm liegt in einem Bereich, welcher zur Phosphorrückgewinnung verpflichtet. Daraus ergeben sich nach derzeitigem Kenntnisstand massive Kostensteigerungen in der Klärschlammverwertung.

Ein weiterer Risikopunkt ist die aktuelle Auslastung der Verbandskläranlage in Radeberg, diese liegt im Mittel ca. 6 % über der Ausbaustufe von 100.000 EW und ist somit ausgelastet. Der AZV hat keinen unmittelbaren Einfluss auf das Einleitverhalten und die Einleitbedingungen (Qualität und Quantität), dies regeln die jeweiligen Mitglieder in Ihren Abwassersatzungen. Hier besteht die Gefahr der Einstufung in die nächste Größenklasse durch die Obere Wasserbehörde. Dies hätte aufgrund dann geltender verschärfter Grenzwerte erhebliche Neuinvestitionen zur Folge. Weiterhin wäre bei einer Einstufung in die nächste Größenklasse der AZV schon ab 2029 zur Phosphorrückgewinnung verpflichtet. Dies hätte auch eine erhebliche Kostensteigerung zur Konsequenz. Hier sollten die Mitglieder die Einführung von Starkverschmutzerzuschlägen prüfen, um eine verursachergerechte Kostenverteilung bzw. Kostenbeteiligung anzustreben.

Die im Jahr 2023 weitgehend abgestimmte neue EU-Kommunalabwasserrichtlinie, welche im Jahr 2024 beschlossen werden soll, wird massive wirtschaftliche Auswirkungen auf die regionale Abwasserentsorgung haben. Nach der zu erwartenden Richtlinie sind Einleitungen aus Gemeinden bzw. Kläranlagen von 10.000 EW — 150.000 EW in sensiblen Gebieten bis 2033 zu 10 %, bis 2036 zu 30 %, bis 2039 zu 60 % und bis 2045 zu 100 % der Einleitungsstellen mit einer vierten Reinigungsstufe auszurüsten. Die Frage wird sein, ob sich Deutschland insgesamt zum sensiblen Gebiet erklärt, was wegen der weiterhin vorhandenen Probleme in Nord- und Ostsee nicht unwahrscheinlich ist oder es diese Gebietsausweisung allein den einzelnen Bundesländern überlässt. Bei Überlassung der Gebietsausweisung an die Bundesländer, kann man sich an der bisherigen Gebietsausweisung für Sachsen gemäß § 2 Sächsischen Kommunalabwasserverordnung orientieren, siehe Anlagen 1 und 2 dieser Verordnung. Als empfindliche Gebiete in Sachsen wurden bisher Standgewässer, einschl. Talsperren, und Trinkwasserschutzgebiete bei Oberflächengewässern ausgewiesen. Bei entsprechender unveränderter Weitergeltung dieser Gebiete würden die Anforderungen nach der EU-Richtlinie für die weitergehende

Nährstoffeliminierung und ggf. auch für die 4. Reinigungsstufe auf die Einleitung der Kläranlage Radeberg im Einzugsgebiet des Speichers Radeburg I zutreffen.

Ein ständiger Risikopunkt für den AZV sind die Ergebnisse aus der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Hier könnten aus Sicht des Gewässerschutzes die Grenzwerte für die Einleitung ins Gewässer verschärft werden. Sollte dies so Eintreten, stehen hier auch erhebliche Investitionen an, die die wirtschaftlichen Verhältnisse des AZV belasten würden.

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) zur Vermietung seiner Bio-Covergärungsanlage auf dem Grundstück der Kläranlage Radeberg ist immer noch risikobehaftet. Dieser BgA schließt zwar im Berichtsjahr positiv ab, jedoch stehen hier weiterhin Ersatzinvestitionen gemeinsam genutzter Anlagenteile an. Hier muss genau geprüft werden, welche Ersatzinvestitionen aus Sicht des Verbandes wirtschaftlich sinnvoll sind und welche Risiken daraus resultieren. Ersatzinvestitionen, welche zur Erfüllung seiner Aufgaben und der Betreiberpflichten zwingend erforderlich sind, wird der Verband tätigen müssen. Es sollte grundsätzlich geprüft werden, ob dieses Konstrukt zukünftig für den Verband noch vorteilhaft ist.

Im Bereich Personal ergibt auf Grund der pandemiebedingten Erfahrungen die Notwendigkeit, die vorhandene Personaldecke aufzustocken. Speziell im kaufmännischen Bereich ergibt sich diese Notwendigkeit.

Ein weiterer neuer Risikopunkt ist das Auftreten von Pandemien. Wichtig ist hier, dass der AZV die Digitalisierung vorantreibt. Weiterhin muss der Verband seine Anlagen auf den aktuellen Stand der Technik halten und wo es möglich und sinnvoll ist, den Automatisierungsgrad erhöhen und seine Mitarbeiter entsprechend schulen.

Ein zusätzliches Risiko sind internationale Auseinandersetzungen und Krisenherde. Diese haben Auswirkungen auf den Globalen Rohstoffmarkt und die Logistik. Der Verband muss hier zur Erfüllung seiner Aufgaben zukünftig noch mehr Vorhaltung (Lager) betreiben.

Die dargestellten Risiken sind bedeutend für den Verband, da deren Eintrittswahrscheinlichkeit in einem mittleren Rahmen liegt und teilweise gegeben ist. Zurzeit bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

Unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und der prognostizierten Folgen ergeben sich für den Abwasserzweckverband „Obere Röder“, Radeberg, zurzeit keine bestandsgefährdenden Risiken. Die Auswirkungen der Inflation (auch als Folgewirkung des Ukrainekrieges) sind zurzeit noch nicht vollständig absehbar. In den verschiedensten Bereichen sind die Auswirkungen durch deutlich steigende Preise weiterhin spürbar. Weiterhin führt die immer noch relativ hohe Inflation grundsätzlich zu Verteuerungen. Inwieweit diese Entwicklung anhält, ist schwierig abzuschätzen.

1.3.8 Risikomanagement

Der AZV ist im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt der AZV wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein. Diese wurden in einem einheitlichen Risikomanagementsystem zusammengefasst. Die Risikosituation wird regelmäßig und standardisiert erfasst und mit den bestehenden Vorgaben verglichen. So können rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wenn sich negative Entwicklungen abzeichnen sollten.

Es wurde ein Risikobericht erstellt, in dem die zurzeit erfassten Risiken in einem Risikokatalog klassifiziert und Verantwortlichkeiten sowie Überwachungszeiträume festgelegt wurden.

Die Beteiligung des AZV an der BVR mbH wird mittels des Risikomanagementsystems überwacht. Die sich aus dem BgA Vermietung Bio-Covergärungsanlage ergebenden Risiken werden im Zusammenhang mit Finanzierung, Investitionen, Betriebskosten und dem Energiemanagement überwacht

Die Überwachung der Unternehmensbeteiligung des AZV an der BVR mbH erfolgt über die von der Tochtergesellschaft zu erstellenden Quartalsberichte bzw. deren genauer Auswertung.

1.3.9. Prognosebericht

Die Haushaltssatzung und der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 wurden in der Verbandsversammlung am 25. September 2023 beschlossen.

Die Planung geht von einer unverändert stabilen Umsatzlage bei um den Betrag der ordentlichen Tilgung fallender Liquidität aus. Eine Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen.

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand, der aktuellen Planung und den getroffenen Einschätzungen wird der Verband auch im Wirtschaftsjahr 2024 seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen können.

Unter Beachtung der Finanzierung des Verbandes werden die Abschreibungen für die Verbandsanlagen über die BKU-Umlage erhoben und eingezogen. Somit hat der Verband die Möglichkeit ausreichend liquide Mittel anzusparen, um daraus Ersatzinvestitionen zu tätigen und seine Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten zu bedienen. Die Planung des Jahres 2024 weist Erträge von TEUR 8.214 und einen Jahresüberschuss von TEUR 53 aus.

1.3.10 Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Vorgänge nach dem Bilanzstichtag, die von besonderer Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind, haben sich nicht ereignet.

2. Angaben nach § 99 SächsGemO Abs. 2 Nr. 1

2.1. Struktur des Zweckverbandes :

2.1.1 Organe des Zweckverbandes:

- Verbandsversammlung
- Verwaltungsrat
- Verbandsvorsitzender

2.1.2 Namentliche Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Verbandsvorsitzender:	Herr Veit Künzelmann Bürgermeister der Gemeinde Wachau
Stellv. Verbandsvorsitzender:	Herr Jens Krauße, Bürgermeister der Gemeinde Großharthau
Geschäftsführer	Herr Jörg Friedemann

Verwaltungsrat:

Herr Frank Höhme	Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Radeberg
Herr Jens Krauße	Bürgermeister der Gemeinde Großharthau
Herr Stefan Schneider	Bürgermeister der Stadt Großröhrsdorf
Herr Veit Künzelmann	Bürgermeister der Gemeinde Wachau

2.1.3 Name des bestellten Abschlussprüfers

BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Radeberg, 20. September 2024


Veit Künzelmann
Verbandsvorsitzender

